

LANDESKOOPERATIONSSTELLE SCHULE - JUGENDHILFE (HRSG.)

Bildung lokal gestalten

RAHMENBEDINGUNGEN UND ANSÄTZE FÜR DIE GESTALTUNG LOKALER BILDUNGSLANDSCHAFTEN IN BRANDENBURG



kobra.net
Kooperation in Brandenburg
deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Teil A – Lokale Bildungslandschaften: Grundlagen, Akteure, Inhalte und Ziele

Einleitung	4
Bildung ist mehr als Schule: Das Bildungsverständnis erweitern	6
Konzeptioneller Anspruch und Akteure lokaler Bildungslandschaften	8
Strukturelle Hindernisse	11
Kooperation und Vernetzung in kommunaler Verantwortung	13
Eckpfeiler einer lokalen Bildungslandschaft	15
Beteiligung als durchgehendes Prinzip einer lokalen Bildungslandschaft	19
Abgestimmtes Zusammenwirken der kommunalen Ebene mit dem Land	21
Fazit	23

Teil B – Aktivitäten und Erfahrungen im Land Brandenburg

Das Amt Döbern-Land	25
Schule als Bestandteil der Kommune erhalten	27
Ein Interview mit Günter Quander, Amtsdirektor von Döbern-Land	
Wenn das Wir-Gefühl entsteht, dann kann man etwas erreichen!	28
Ein Interview mit Michael Koch, Schulrat im Staatlichen Schulamt Cottbus	
Wir wollen hier die Schullandschaft verändern	30
Ein Interview mit der Sonderpädagogin Heike Pfeiffer	
Die Zukunft der Kinder	32
Die Kinderkonferenz des Amtes Döbern-Land, eine Reportage von Christine Pläß	
Die Vernetzung ist in Gang gekommen	36
Ein Interview mit der Prozessbegleiterin Manuela Kohlbacher	
Auf die Jugend kann man zählen	38
Eine Reportage über die Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land	
Jugendliche in ihrer Eigenverantwortung stärken – Jugendarbeit als Teil der Bildungslandschaft	44
Ein Interview mit Christian Müller, dem Jugendkoordinator aus Döbern-Land und Neuhausen/Spree	

GESAMTREDAKTION: ROMAN RIEDT (Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe)

TEIL A: ROMAN RIEDT

unter Mitwirkung von Katrin Kantak (Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe) und Anregungen durch Dr. Klaus Schorner (Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe), Markus Wicke (IOS-Regionalpartner Potsdam), Anne Sieber (Servicestelle Schülerfirmen), Karen Dohle (Serviceagentur Ganzttag) und Melanie Ebell (Landesjugendring Brandenburg)

TEIL B: CHRISTINE PLASS

mit Anregungen durch Roman Riedt

Die Interviews wurden von Christine Plass geführt, zum Teil unter Mitwirkung von Roman Riedt

TEIL C: ROMAN RIEDT

mit Anregungen durch Katrin Kantak (Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe), Dr. Klaus Schorner (Landeskooperationsstelle Schule-Jugendhilfe), Markus Wicke (IOS-Regionalpartner Potsdam), Anne Siebers (Servicestelle Schülerfirmen) und Melanie Ebell (Landesjugendring Brandenburg)

Inhalt

Der Landkreis Elbe-Elster	47
Reden reicht nicht, Bildung muss man machen	50
Ein Gespräch mit Bildungsverantwortlichen im Landkreis Elbe-Elster	
Im Bus durch die Bildungslandschaft	53
Zu Besuch bei Betrieben im Landkreis Elbe-Elster	
Qualifikation ist der wichtigste Standortfaktor	57
Ein Gespräch mit Wilfried Höhne und Jens Zwanzig von der Regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft	
Für uns ist Schule ein Lebensraum	60
Ein Gespräch in der allgemeinen Förderschule Finsterwalde mit Uwe Mader, Sabine Mehnert und Torsten Winkler	
Kitas zu Familienkompetenzzentren ausbauen	64
Ein Interview mit dem Leiter des Jugendamtes, Jens Scheithauer	
Die Gemeinde Schwielowsee	67
Grenzen überwinden – Bildung neu denken	69
Ein Interview über die Bildungslandschaft Caputh mit drei Frauen, die sie aufgebaut haben	
Ein Schultag in Schwielowsee	72
Zu Besuch bei der Grundschule Albert-Einstein in Caputh	
Integrierte Kindertagesbetreuung	76
im Verbund mit Grundschule im Rahmen von Ganztagschulmodellen im Landkreis Potsdam-Mittelmark	
 TEIL C – Übergreifende Aspekte bei der Entwicklung lokaler Bildungslandschaften	
Demografischer Wandel	80
Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Schulstandorte	81
Bildungsteilhabe und Bildungsbenachteiligung	84
Übergänge	88
Literatur	93
Weiterführende Literatur und Websites	94

Einleitung

»Für die Bundesrepublik Deutschland wird im 21. Jahrhundert Bildung das alles bestimmende Thema sein.« Diese These wird in den fachlichen, politischen und gesellschaftlichen Diskussionen der vergangenen Jahre bestätigt. Nicht nur durch, aber mindestens seit PISA stehen Fragen der Bildung ganz oben auf der Agenda von Politik und im öffentlichen Interesse. Durch das vom Bund initiierte IZBB-Programm zum Ausbau von Schulen mit ganztägigen Angeboten hat die Bildungsdiskussion weitere wesentliche Impulse und Anregungen erhalten. Die erhöhte Aufmerksamkeit zieht sich von der Bundes- auf die Landesebene bis in die Kommunen durch. Keine Wochen- oder Tageszeitung, die nicht regelmäßig über Bildung berichtet oder eine eigene Kolumne dafür eingerichtet hat. Durch die aktuelle Finanzmarkt- und damit verbundene Wirtschaftskrise haben Bildungsthemen nochmals an

Als landesweit tätige Beratungseinrichtung und Unterstützungsagentur stellen wir fest: Immer mehr Kommunen nehmen eine gestaltende und verantwortliche Rolle in Bildungsfragen ein. Dieses Engagement vor Ort stößt zunehmend auf Zuspruch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Bildungsleistungen können bedarfsgerechter und abgestimmter erbracht werden und entsprechen mehr den Interessen und Lebenslagen der Menschen vor Ort.

Gleichzeitig ergeben sich mit diesen Aktivitäten Fragen und Unsicherheiten: Wie kann die verbindliche Zusammenarbeit aller Bildungsakteure auf der lokalen Ebene hergestellt werden? Welche verschiedenen Bereiche/Institutionen sind zu beteiligen und wie können sie zusammenwirken, damit ein bedarfsgerechtes Bildungsangebot für jeden einzelnen Menschen entsteht? Wie kann die Zusammenarbeit der Bildungsakteure organisiert und institutionalisiert werden? Welche

Entwicklungsherausforderungen sind damit verbunden und welche Aufgaben kommen dabei der kommunalen Politik und Verwaltung zu? Die vorliegende Publikation wendet sich diesen Fragen zu, bietet Orientierung und zeigt Handlungsansätze auf.

In **TEIL A** werden die konzeptionellen Grundlagen, die

zentralen Ziele und die wesentlichen Elemente einer lokalen Bildungslandschaft näher betrachtet. Der Bezug zu einem erweiterten Bildungsbegriff ist dabei zwingend notwendig. Im Anschluss werden die wesentlichen Elemente und Zielsetzungen einer lokalen Bildungslandschaft sowie zu beteiligende Bildungsakteure benannt.

Ausgehend von einer organisationstheoretischen Sicht wird eine Beschreibung struktureller Hindernisse bei der Zusammenarbeit der Bildungsakteure vor Ort vorgenommen und eine Entwicklungsperspektive beschrieben, wie kommunale Politik, Verwaltung und Bildungsinstitutionen vor Ort ihre Zusammenarbeit gestalten können. Die zentralen Eckpfeiler für die Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft und die damit verbundenen Entwicklungsherausforderungen schließen sich an.

Nach den Aspekten Beteiligung als durchgehendes Prinzip einer lokalen Bildungslandschaft und dem notwendigen Zusammenwirken zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen mit dem Land schließt das Kapitel A mit einem kurzen Fazit.

TEIL B der Broschüre bildet Aktivitäten aus drei Kommunen im Land Brandenburg ab, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre lokale Bildungslandschaft zu entwickeln. Die Praxisbeispiele werden mit einem kurzen Portrait der Kommune eingeleitet. Interviews mit Schlüsselakteuren (Landrat, Bürgermeisterin, Amtsdirektor, Schulleiter, Jugendliche, Schulrat, Jugendkoordinator, Vertreter der Wirtschaft, Leiterin eines Bildungsbüros, etc.), sowie konkrete Projekte und die Darstellung der vor Ort etablierten

BILDUNG ALS WESENTLICHER BEITRAG FÜR DIE		
INDIVIDUELLE ENTWICKLUNG	WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG	GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung der Eigenverantwortung • Gesellschaftliche Teilhabe • Persönlichkeitsentwicklung • Partizipationsfähigkeit • Beschäftigungsfähigkeit • Bereitschaft zum lebenslangen Lernen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bewältigung des demografischen Wandels • Fachkräftesicherung • Bewältigung des Strukturwandels zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft • Innovationsbereitschaft 	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Werteentwicklung • Stärkung der Demokratie • Stärkung von Toleranz • Stärkung von Engagement • Stärkung intergenerativer Ansätze

Bedeutung gewonnen. Dies ist nur folgerichtig, wird der Bildung doch eine Schlüsselrolle für die individuelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zugesprochen.

Seit der Jahrtausendwende wurden vielfältige Reformen, Aktivitäten und Programme umgesetzt (z.B. IZBB-Programm, Schulzeitverkürzung »G8«, Schulvisitationsprogramme, etc.), die ihre Tauglichkeit noch unter Beweis stellen müssen. Die Bildungsleistungen der verschiedenen Bereiche und Institutionen werden hinterfragt und öffentlich diskutiert. Das betrifft Kindertageseinrichtungen und Schulen ebenso wie die Jugend(sozial)arbeit, die Jugendberufshilfe, das berufliche Übergangssystem bis hin zu den Volkshochschulen.

Bei dieser Diskussion zeichnet sich eine Gewissheit deutlich ab: Die Bildungsleistungen der verschiedenen Bildungsakteure müssen auf der Grundlage eines erweiterten Bildungsverständnisses, das verschiedene Lernorte und Bildungsprozesse verknüpft erbracht werden. Kein System – ob Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Kultur oder Wirtschaft – kann Bildung alleine betreiben. Es bedarf der abgestimmten, verbindlichen und planvollen Zusammenarbeit unterschiedlicher Bildungsbereiche und Institutionen. Zunehmend rückt die kommunale Ebene zur Bewältigung dieser zentralen Herausforderung in den Mittelpunkt der Bildungsdiskussion verbunden mit dem Begriff der »Bildungslandschaft«. Die Kommunen haben im Bildungsbereich wichtige Aufgaben und Kompetenzen, insbesondere als örtliche Träger der Jugendhilfe, der allgemeinen und beruflichen Schulen sowie der Volkshochschulen.

Strukturen vermitteln Einblicke in die Entwicklung der Kommunen.

Der **LANDKREIS ELBE-ELSTER** widmet sich seit mehreren Jahren erfolgreich dem Übergang Schule – Beruf und der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft. So wurde ein Förderprogramm für Projekte an dieser Schnittstelle aufgelegt und im Oktober 2009 fand die sechste Bildungskonferenz unter dem Motto »Schulen und Betriebe sichern als Partner die Perspektiven junger Menschen in der Region« statt. Der Landkreis richtete zur Koordinierung dieser und weiterer Aktivitäten ein Bildungsbüro ein. Wie das Bildungsbüro in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern konkret wirkt, zeigt der Bericht über eine »Schülerbustour«. Am Beispiel der Allgemeinen Förderschule Finsterwalde werden die Verbindungen zwischen der »Schülerbustour« und dem curricular eingebetteten Anspruch der Schule an eine zielgerichtete Berufsorientierung deutlich.

Die Aktivitäten im **AMT DÖBERN-LAND** zeichnen sich vor allem durch den partizipativen Ansatz aus: Ausgehend von einer Kinderkonferenz und einer Zukunftskonferenz unter dem Motto »Bildungschancen – Lebenschancen. Unsere Perspektive in Döbern-Land« wurden Ideen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen für die Bildungslandschaft im Amt Döbern-Land erfasst und in konkrete Projekte überführt. »Auf die eigenen Stärken schauen« und »das vor Ort Machbare« anzugehen sind im Amt Döbern-Land die Leitsätze. Damit konnten unter anderem die Oberschule in der Region erhalten und die Grundschulen gestärkt werden. Koordiniert werden die Aktivitäten in der Region durch eine Stabsstelle in der Amtsverwaltung und einen Bildungsbeirat.

Die **GEMEINDE SCHWIELOWSEE** setzt einen starken Akzent auf die Zusammenarbeit zwischen Ganztagschule und der »integrierten Kindertagesbetreuung«. Wie sich diese Zusammenarbeit in der Praxis gestaltet, ist anhand der Grundschule »Albert Einstein« anschaulich dokumentiert. Der Beitrag von Bodo Rudolph, Leiter des Fachdienstes Kinder, Jugend und Familie beim Landkreis Potsdam-Mittelmark, geht auf die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Gemeinde ein.

Kapitel B bietet interessante und ermutigende Einblicke in drei Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre lokale Bildungslandschaft zu gestalten. »Gestalten statt verwalten« ist der Ansatz, der sie alle eint.

Die Gegebenheiten vor Ort bestimmen die Themen und Prioritäten bei der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften. Für die Entwicklung des Bildungswesens sind aber prägende Aspekte mit grundsätzlicher Bedeutung festzustellen, die immer Berücksichtigung finden sollten¹. Nicht alle können in dieser Broschüre ausführlich dargestellt werden. In **TEIL C** wird eine Eingrenzung auf den demografischen Wandel, die Bildungsteilhabe und -benachteiligung sowie die Bildungsübergänge vorgenommen.

- Der demografische Wandel wirkt sich als Querschnittsthema auf fast alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens aus. Der Rückgang von Schülerzahlen und damit verbunden eine hohe Zahl von Schulschließungen sind insbesondere für die östlichen Bundesländer prägende Erfahrungen der vergangenen Jahre.

- Viele junge Menschen werden im bestehenden Bildungssystem nicht ausreichend entsprechend ihren Fähigkeiten gefördert, benachteiligt und ausgesondert. Diese Gruppe wird weitgehend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen und birgt ein hohes Potential an sozialer Sprengkraft. 20 bis 25% der Jugendlichen sind davon betroffen und werden als »Risikojugendliche« eingeschätzt. Vor Ort, in den Kommunen, sind die Lasten und Probleme, die mit der mangelnden Förderung und Unterstützung dieser Gruppe verbunden sind, am deutlichsten zu spüren und zu beobachten. Das spiegelt sich auch in einer finanziellen Belastung der Kommunen wider.
- Die Schul- und Berufsbiographie ist durch eine Vielzahl von Übergängen gekennzeichnet. Diese Übergangspassagen sind entscheidende Weichenstellungen in den individuellen Bildungsverläufen. Die bewusste Gestaltung der Übergänge zwischen den beteiligten Institutionen und Professionen vor Ort sowie die notwendige individuelle Unterstützung wird zunehmend zur Nagelprobe von Qualität und Effektivität im Bildungswesen und dem verantwortlichen Umgang mit den Menschen.

Die Beschreibung dieser drei Punkte in Kapitel C erfolgt unter einer problemzentrierten Perspektive. Wo sinnvoll und möglich wird dabei auf die Situation im Land Brandenburg eingegangen.

1 Der Bildungsbericht 2008 listet folgende Themen mit zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Bildungswesens auf: »(1) Bildungsbeteiligung, (2) Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse, (3) Übergänge im Bildungswesen, (4) Kompetenzerwerb, (5) Bildungszeit, (6) Qualitätssicherung und Evaluierung, (7) demografische Entwicklungen, (8) Bildungsausgaben, (9) Bildungsressourcen, (10) Bildungsangebote und Bildungseinrichtungen sowie (11) Bildungserträge« (Bildung in Deutschland 2008, S. 2).

Bildung ist mehr als Schule: Das Bildungsverständnis erweitern

»Neben individueller Förderung und systematischer Qualitätsentwicklung spielt die Verbindung formaler (schulischer) Bildungsprozesse mit non-formalen Bildungsangeboten und informellen Lernprozessen in der aktuellen Bildungsdebatte eine wichtige Rolle« (Bildung in Deutschland 2006, S. 77). Wurde Bildung lange Zeit in erster Linie mit der Institution Schule verbunden, so weitet sich das Verständnis von Bildung zunehmend über diese Engführung hinaus und umfasst auch Prozesse des nichtformellen und informellen Lernens. In lokalen Bildungslandschaften gilt es, diese Bildungsprozesse und die relevanten Bildungsbereiche einzubinden und zu verbinden.

Die unterschiedlichen Bildungsprozesse lassen sich wie folgt systematisieren:

[1] Bei der formellen Bildung vollzieht sich Lernen innerhalb eines stark strukturierten Prozesses im Rahmen von Lehrplänen und curricularer Systematisierung. Die Teilnahme ist verpflichtend, die Bildungserfolge werden zertifiziert bzw. die Misserfolge sanktioniert. Diese Form der Bildung ist dem Schul-, Ausbildungs- und Hochschulsystem sowie spezifischen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe, z.B. der Jugendberufshilfe, zuzuordnen.

[2] »Nichtformeller Bildung liegen organisierte Prozesse mit einem Angebotscharakter zugrunde, die freiwillig sind« (Pauli 2006, S.29). Die Bildungsangebote sind geplant und verfügen in der Regel über ausgewiesene Bildungsziele. Die Kinder und Jugendhilfe, insbesondere die Jugendarbeit, wird in weiten Teilen der nichtformellen Bildung zugerechnet, z.B. die kulturelle Bildung durch Jugendkunstschulen, die verbandliche Jugendarbeit (z.B. Jugendfeuerwehr, Jugendrotkreuz, BUND-Jugend, etc.) und die organisierte Jugendarbeit im Sport. Ein Großteil der Volkshochschulangebote sind diesem Bereich ebenfalls zuzuordnen.

[3] Die informelle Bildung vollzieht sich in der Regel ungeplant als nicht strukturierter oder nicht bewusst organisierter Prozess. Sie kann zielgerichtet, aber auch unbewusst, im »Nebenbei« erfolgen. Informelle Bildung findet in der Familie, in der Gruppe der Gleichaltrigen, in der Nachbarschaft und bei der Arbeit statt (vgl. ebd.,



Lokale Bildungslandschaften beziehen Orte des informellen Lernens bewusst ein

S.29). Informelles Lernen ereignet sich im Rahmen von Hobby- und Freizeitaktivitäten, bei der Ausübung eines Ehrenamtes und immer stärker unter Nutzung bzw. Einfluss der Medien.

»Bildung ist der umfassende Prozess der Entwicklung und Entfaltung derjenigen Fähigkeiten, die Menschen in die Lage versetzen, zu lernen, Leistungspotentiale zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen zu gestalten. Junge Menschen in diesem Sinne zu bilden, ist nicht allein Aufgabe der Schule. Gelingende Lebensführung und soziale Integration bauen ebenso auf Bildungsprozesse

in Familien, Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit und der beruflichen Bildung auf. Auch wenn der Institution Schule ein zentraler Stellenwert zukommt, reicht Bildung jedoch weit über Schule hinaus« (Bundesjugendkuratorium 2002, S.1). Bildung ist als aktiver Prozess zu verstehen, der durch vielfältige und anregungsreiche Bildungsgelegenheiten befördert wird. Erfolgreiche formelle Bildung kann nur stattfinden, wenn sie sich auf vorhandene – im positiven Sinne gelungene – nichtformelle und informelle Bildungsprozesse beziehen kann (vgl. Deinet / Icking 2006, S. 11).²

Die Übergänge zwischen den Bildungsprozessen sind nicht trennscharf³. Auf der

2 So auch Holger Rupprecht, Minister für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, anlässlich der Zweiten Lesung der Schulgesetznovelle im Brandenburger Landtag am 13.12.2006 in Verbindung mit der Einrichtung ganztagsschulischer Angebote: »Durch mehr Zeit für gemeinsames Lernen und die Integration von informellen und nicht formalen Lerngelegenheiten bereiten wir sie [die Schülerinnen und Schüler] besser auf das Leben vor.«

3 Darauf verweist Stolz / DJI, wenn er die Gleichsetzung von formale Bildung = Unterricht, nonformale Bildung = Vereine und Jugendarbeit und informelles Lernen = Familie und Peer-Groups als unpräzise kennzeichnet. Er verweist auf die zunehmende Zertifizierung der Jugendhilfe sowie die Durchbrechung des Primats der Freiwilligkeit der Jugendarbeit und -bildung, besonders im Kontext der Ganztagsangebote. Zum anderen ist formales Lernen im Unterricht immer begleitet von nicht beabsichtigtem informellem Lernen (vgl. Stolz 2006, S. 119). Aus Gründen der Vereinfachung wird im Rahmen dieser Publikation aber an der analytischen Teilung festgehalten.

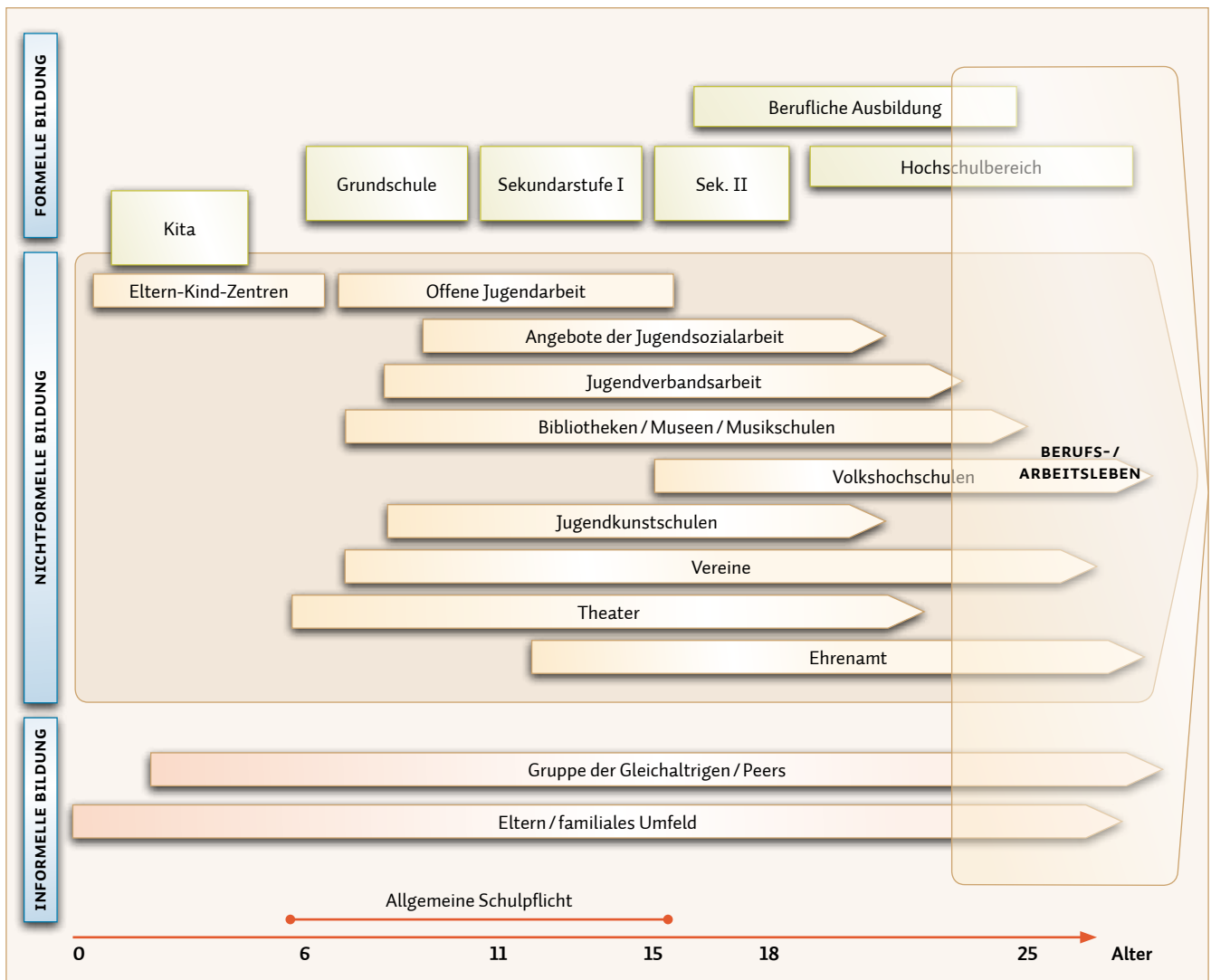


Abb. 1: Formelle, informelle und nichtformelle Lernorte im Lebensalter

Grundlage der analytischen Teilung kann aber eine Systematisierung nach den Bildungsprozessen sowie nach den beteiligten Institutionen/Akteuren erfolgen, wobei eine abschließende Aufzählung der Institutionen nicht angestrebt ist. (siehe Abb. 1)

Die in der öffentlichen Diskussion vorherrschende Fokussierung auf die formelle Bildung spiegelt nicht deren quantitativen Anteil am Bildungsprozess wider. »Die erfolgreiche Bewältigung der Aufgabe, sich selbst zu anderen in Beziehung zu setzen, mit sich selbst umgehen zu können und Vertrauen in das eigene Handeln und Denken, die eigene Meinung und Wirksamkeit zu entwickeln, wird zu einer zentralen Entwicklungsleistung im Lauf des Schulalters. [...] Diese objektiv wichtiger werdenden Kompetenzen werden nach allem, was man derzeit weiß, überwiegend an nicht-schulischen Bildungsorten und Lernwelten

erworben [...]« (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 127).



Vereins-Sport – gute Voraussetzungen, die verschiedenen Bildungsprozesse zu verbinden

Lokale Bildungslandschaften verbinden formelle, nichtformelle und informelle Bildungsprozesse

Dabei geht es nicht um einen philosophisch verklärten Bildungsanspruch, der mit der heutigen Lebensrealität wenig zu

zutun hat. Unsere Gesellschaft ist von Unsicherheit und Offenheit geprägt, verlässliche Orientierungspunkte sind immer weniger vorhanden und neue Orientierungen sind beliebiger, kurzlebiger und widersprüchlicher geworden. Bildung muss neben dem reinen Wissen kritische Selbstständigkeit ebenso vermitteln wie den Erwerb von Orientierung und Einstellungen, von Wahrnehmungs- und Deutungsmustern zum Zurechtfinden in einer unübersichtlichen Realität (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 109). Und es sind nicht zuletzt ökonomische Gründe, die eine verstärkte Beachtung von Bildung im erweiterten Sinne erzwingen: »In einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft werden analytisches Denken, Kommunikations- und Problemlösekompetenzen stärker gefordert. Hierauf muss das (Aus-) Bildungssystem reagieren« (Bildung in Deutschland 2008, S. 22).

Ein eindimensionaler Bildungsbegriff, der sich lediglich auf die formelle Bildung stützt, kann diese Anforderung nicht erfüllen und grenzt darüber hinaus eine große Zahl von Kindern und Jugendlichen aus. »Entsprechend bringt die neue Freiheit der Lebensgestaltung auch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit des Scheiterns mit sich. Hier sind diejenigen Jugendlichen, die ohnehin mit den erhöhten Belastungen in Schule und Beruf bis an ihre Leistungsgrenzen gefordert sind, besonders betroffen. Wie lange werden sie dem Druck standhalten?« (Shell Jugendstudie 2006, S. 36).

Um gerade die Zielgruppe der Bildungsbenachteiligten besser fördern zu können und ihnen den bestmöglichen Abschluss zu sichern (denn qualifizierte Abschlüsse bleiben die zentrale Voraussetzung für eine gesellschaftliche Teilhabe) müssen die Bildungsorte und Bildungsgelegenheiten auf der Grundlage eines erweiterten Bildungsverständnisses gestaltet werden. Bildungs- und Entwicklungsräume sind bildungsbiographisch zu denken und zu pla-

nen. Welchen Bildungsherausforderungen müssen sich Kinder und Jugendliche in den verschiedenen Altersstufen stellen? Welche Unterstützungsangebote und Bildungsgelegenheiten stehen ihnen dafür zur Verfügung? Wie können diese so aufeinander abgestimmt werden, dass sie auch problembelasteten Menschen Orientierung bieten und Bildungsteilhabe ermöglichen?

Kinder- und Jugendhilfe und Schule stehen in besonderer Verantwortung

Die beiden Systeme Schule und Jugendhilfe stehen als öffentlich verantwortete Bildungsinstitutionen dabei in besonderer Verantwortung. Ihnen muss besser als bisher eine wechselseitige Bezugnahme ihrer Angebote und damit der formalen und informellen Lernprozesse gelingen. Sie sind es, die an der Schnittstelle zu den privaten Lebensbereichen, den Familien agieren und damit eine kontinuierliche Bezugnahme auf nichtformelle Lernprozesse gewährleisten können.

Dazu bedarf es neben einer Qualifizierung der Akteure in Schule und Jugendhilfe (schon während des Studiums⁴) eines bundes- und landespolitisch stärker betonten Auftrages an beide Systeme zur Kooperation. In den Konzepten der öffentlichen und freien Jugendhilfeträger und den Schulprogrammen sollte sich dieser Auftrag ebenso widerspiegeln wie in Stellenbeschreibungen und Arbeitszeitmodellen. Denn damit verbunden ist ein Zeitaufwand für Austausch- und Abstimmungsprozesse sowie für die Planung, Durchführung und Auswertung gemeinsamer Angebote. So empfiehlt die Bertelsmann Stiftung mit Blick auf die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen, »ausreichend Verfügungszeit für Beratungs- und sozialpädagogische Tätigkeiten sowie für Vernetzungsarbeit im Stadtteil« zuzugestehen (Bertelsmann Stiftung 2008b, S. 18). Für Lehrkräfte ist diese Forderung analog zu stellen.

Konzeptioneller Anspruch und Akteure lokaler Bildungslandschaften

Bildungsorte und -gelegenheiten sind lokal verortet und werden wesentlich von den Entscheidungsträgern in der Kommune, in den Regionen gestaltet und mit Ressourcen ausgestattet⁵. Die Kita, die Schule, der Verein, die Bibliothek, die Musikschule, das Jugendzentrum, der Treffpunkt im Park, die Volkshochschule, etc.: Sie sind Orte und Einrichtungen in einer Kommune, die den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber der Kinder und Jugendlichen prägen und Bildung ermöglichen. Sie tragen maßgeblich zur Identitätsstiftung der hier lebenden Menschen bei. Hier werden Beziehungen gestaltet, auf deren Grundlage sich eine gelingende Bildungsbiographie aufbauen lässt. Durch das »Expertenwissen« der Akteure vor Ort können auf den unmittelbaren Bedarf zugeschnittene Angebote aufeinander abgestimmt, entwickelt und umgesetzt werden.

Betrachtet man bestehende Definitionen von lokalen Bildungslandschaften, so finden sich zum Teil unterschiedliche Zielstellungen und Schwerpunktsetzungen. Die bestehenden Beschreibungen unterscheiden sich unter anderem nach den Begriffen »lokal«, »regional« und »kommunal«. Im vorliegenden Text wird der Begriff der »lokalen Bildungslandschaft« gewählt.

»Lokal« als Attribut der Bildungslandschaft lässt den Akteuren vor Ort Definitionsspielraum.

Der Begriff »lokal« ist gegenüber kommunalen Gebietskörperschaften (Stadt, Amt, Gemeinde oder Landkreis) mit entsprechenden Aufgaben, Pflichten und Zwängen zunächst neutral. Die Bezeichnungen »regional« oder »kommunal« sollten dann genutzt werden, wenn diese Be-

griffe von den Akteuren vor Ort auch als geeignet empfunden und selbst eingebracht werden. Je nach Kontext können die unterschiedlichen Begriffe also durchaus sinnvoll eingesetzt werden.

Was fasst der Begriff der lokalen Bildungslandschaft? Dazu gibt es bereits eine Reihe von Definitionsansätzen, u.a. des Deutschen Städtetages, des Deutschen Vereins und des Deutschen Ju-

4 »Bisherige Schwerpunkte und Routinen der grundständigen Ausbildung sowohl von Lehrerinnen und Lehrern als auch von Fachkräften der Jugendhilfe sind kaum geeignet, die Motivationen, Kompetenzen und Handlungsstrategien zur Kooperation zu fördern« (OlK 2006, S. 75).

5 Im Jahr 2005 wurden bundesweit 141,6 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben, wovon auf die Gemeinden ein Anteil von 23,647 Milliarden Euro (16,7%) entfiel (Quelle: Bildung für Deutschland 2006).

FAMILIE, SCHULE UND JUGENDHILFE SIND GRUNDLEGENDE AKTEURE EINER LOKALEN BILDUNGSLANDSCHAFT

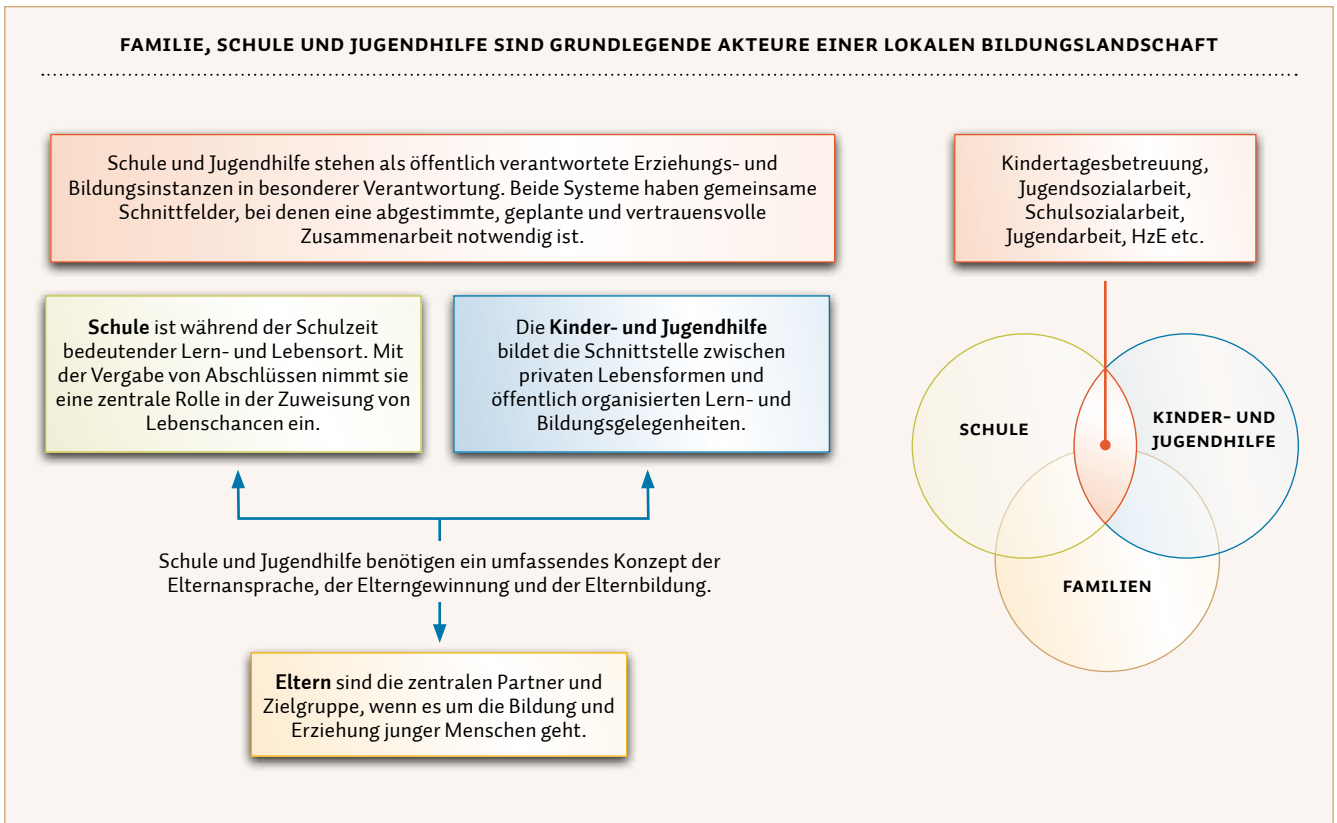


Abb. 2: Familie, Schule und Jugendhilfe sind grundlegende Akteure einer lokalen Bildungslandschaft

gendinstituts (DJI)⁶. Alle nennen explizit Kinder und Jugendliche als Zielgruppe, wobei die Zielgruppe der benachteiligten Kinder und Jugendlichen zum Teil besonders hervorgehoben wird.

Kinder und Jugendliche – Lebenswelten im Fokus

»Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind:

- Individuelle Potentiale des Individuums und dessen Förderung in der Lebensperspektive sind der Ausgangspunkt in der Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft, etc.
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.
- Übergänge werden nach dem Prinzip »Anschlüsse statt Ausschlüsse« ermöglicht und gestaltet.

• Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.«
(Deutscher Städtetag 2007, S. 2)

Ausgangspunkt der zu entfaltenden Aktivitäten in einer Bildungslandschaft sind die Lebensverhältnisse, die Lern- und Lebenswelten sowie die individuellen Potentiale der Kinder und Jugendlichen. Der konzeptionelle Anspruch ist aber weiter zu fassen: Lokale Bildungslandschaften erreichen alle Bürgerinnen und Bürger und berücksichtigen stärker die Perspektive des lebenslangen Lernens. Eine solche Sichtweise schließt die Erfassung der Kinder- und Jugendsicht und eine weitestgehende Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger ein.

Eltern als Bildungspartner und Zielgruppe

Die partnerschaftliche Einbeziehung der Eltern ist eine zentrale Voraussetzung zur erfolgreichen Gestaltung lokaler Bildungslandschaften. Eltern sind durch gezielte Informationsmaterialien und -wege

für unterschiedlichste Themen (von Fragen des Kinderschutzes, zur Gewalt- und Suchtprävention bis hin zur Berufsorientierung) zu sensibilisieren und durch geeignete Formate an der Entwicklung einer lokalen Bildungslandschaft zu beteiligen. Die Eltern/Familien sollten aber ebenfalls als Zielgruppe bei den Aktivitäten innerhalb lokaler Bildungslandschaften berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Angebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz oder der stärkeren Einbeziehung in Aktivitäten bestehender Eltern-Kind-Zentren.

Schule und Kinder- und Jugendhilfe als zentrale Akteure

Wenn es um die relevanten Akteure in einer Bildungslandschaft geht, haben die unterschiedlichen Definitionsansätze alle gemeinsam, dass sie durchweg die Kinder- und Jugendhilfe und Schule als zentrale Akteure benennen. Die gelingende Kooperation von Schule sowie Kinder- und Jugendhilfe ist eine tragende Säule im Konzept lokaler Bildungslandschaften und entspricht auch den Erfahrungen unserer

⁶ Beim DJI ist das Forschungsprojekt »Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagschulen und Jugendhilfe« angesiedelt. Laufzeit: 01.02.2007 bis 31.01.2010. Siehe hierzu www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=596

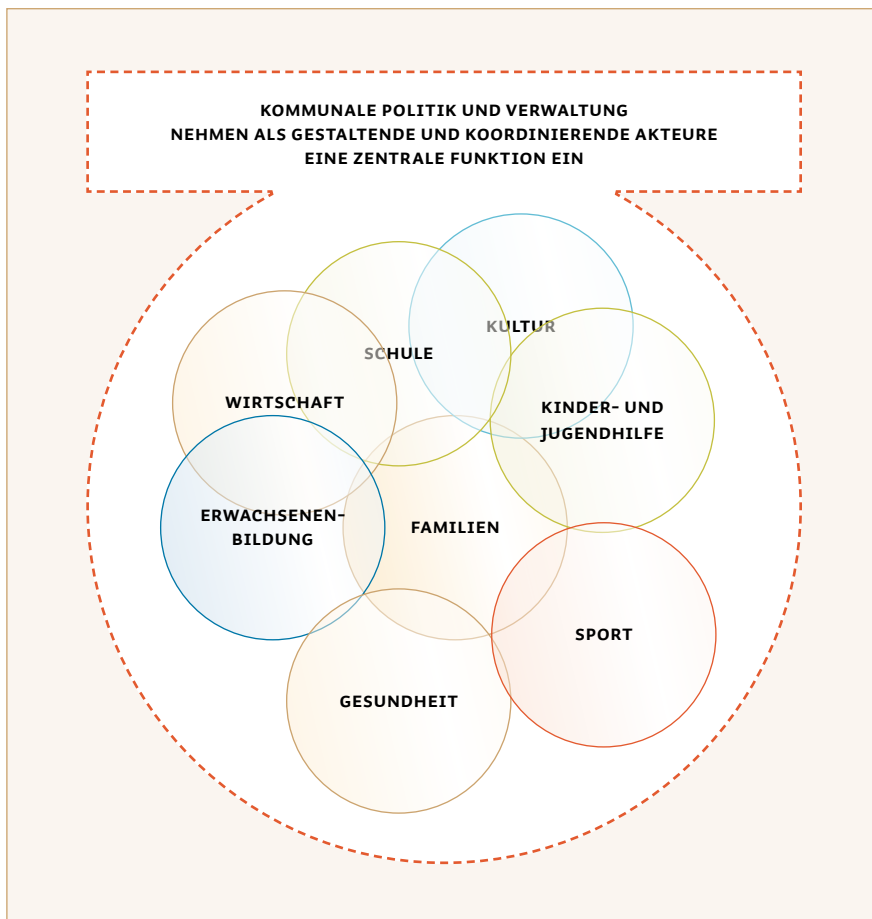


Abb. 3: Akteure einer lokalen Bildungslandschaft mit einer koordinierenden und gestaltenden kommunalen Politik und Verwaltung

Beratungsarbeit. Die Entwicklung einer geeigneten Kooperationspraxis zwischen beiden Systemen wird als »Hauptvoraussetzung einer bedarfsgerechten und lebensweltorientierten Gestaltung von Bildungsorten betrachtet« (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S.480 ff). Der Ausbau der ganztags-schulischen Angebote hat die Anforderungen an eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Schule und Kinder- und Jugendhilfe noch erhöht. Ganztags-schule ist darauf angewiesen, ihre pädagogische Qualität und damit ihre Daseinsberechtigung durch integrierte Konzepte von Bildung, Betreuung und Erziehung zu erbringen.

Das partnerschaftliche Miteinander von Schule, Kinder- und Jugendhilfe und Familien ist eine grundlegende, aber nicht hinreichende Voraussetzung dafür, dass lokale Bildungslandschaften gestaltet werden können. Dieser Kern muss zwingend

um weitere relevante Institutionen/Bereiche erweitert werden, zum Beispiel Kultur, Sport, Wirtschaft, Gesundheit und Erwachsenenbildung. Hier kann es keine abschließende Aufzählung geben, zu unterschiedlich sind die vor Ort vorfindbaren Voraussetzungen.

**Unverzichtbar:
Eine steuernde und gestaltende kommunale Politik und Verwaltung**

*»Kommunale Bildungslandschaften [...] zielen auf eine strukturierte Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisationen, auf die Entwicklung eines gemeinsamen Förderplans der Institutionen und Akteure, mithin auf ein Gesamtkonzept der gemeinsamen Verantwortung und des Handelns ab. Ihre Grundstruktur richtet sich nach den Lern- und Lebenswelten junger Menschen, den staatlich vorgegebenen Leistungsanforderungen und den Bildungsbedingungen im kommunalen Raum.«
(Deutscher Verein 2007, S.7.)*

Eine planvolle und abgestimmte Zusammenarbeit der verschiedenen Bereiche stellt sich nicht von alleine her. Erst wenn kommunale Politik und Verwaltung als zentral steuernde und gestaltende Akteure wirken, wird eine gemeinsame Zielsetzung und abgestimmte Koordination aller Bildungsbereiche möglich. Gelingt dies, können thematische und räumliche Begrenzungen überwunden werden.

Das Zusammenspiel der unterschiedlichen Bereiche erfordert von den professionellen Akteuren zum Teil ein verändertes Rollenverständnis verbunden mit einem hohen Maß an Kooperations- und Moderationsfähigkeiten. Lokale Bildungslandschaften berücksichtigen und planen daher den Bedarf an Weiterqualifizierung der kommunalen Politik und Verwaltung sowie der Fachkräfte in den Bildungsinstitutionen, insbesondere in den beiden Systemen Schule und Kinder- und Jugendhilfe.⁷ Diese Qualifizierungsdimension ist im Sinne einer Gelingensbedingung bisher zu wenig beachtet worden.

Ausgehend von bestehenden Beschreibungen und den bisherigen Ausführungen wird folgende Definition vorgenommen:

ARBEITSDEFINITION DER LOKALEN BILDUNGSLANDSCHAFTEN

»Lokale Bildungslandschaften« sind Ansätze und Konzepte, die auf eine geplante Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisationen zielen. Sie beziehen sich auf die Ebene von Stadtteilen, Städten und Gemeinden, Landkreisen oder Planungs-Regionen. Die kommunale Politik und Verwaltung sind die zentral steuernden und gestaltenden Akteure, die eine gemeinsame Zielsetzung und abgestimmte Koordination ermöglichen. Eine weitestgehende Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ist ein grundlegendes Prinzip bei der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften.

Auf der Grundlage eines erweiterten Bildungsverständnisses stehen die Systeme Jugendhilfe und Schule sowie deren gelingende Kooperation in besonderer Verantwortung. Eltern sind als zentrale Partner und Zielgruppe prioritär beteiligt. Wirtschaft, Kultur und Sport sowie andere relevante Insti-

⁷ So auch Stolz/DJI in seinem Vortrag beim Forum »Kommunaler Bildungsraum« im Rahmen der Fachtagung »Lernräume gestalten« am 8. Juli 2009 in Ludwigsfelde.



Lokale Bildungslandschaften binden die unterschiedlichen Statusgruppen ein

tutionen im zu gestaltenden Raum sind weitere Akteure einer Bildungslandschaft. Ihre gelingende Zusammenarbeit und Vernetzung sind wesentliche Merkmale der Bildungslandschaft.

Ausgangspunkt aller Aktivitäten innerhalb einer lokalen Bildungslandschaft sind die Lebenslagen und bildungsbiographischen Lebensverläufe aller Bürgerinnen und Bürger, insbeson-

dere der Kinder und Jugendlichen. Die Bedarfe bildungsbenachteiligter Zielgruppen werden besonders berücksichtigt.

Lokale Bildungslandschaften greifen den Bedarf an Qualifizierung der Akteure in Politik, Verwaltung, Schule, Jugendhilfe und weiteren beteiligten Systemen zielgerichtet auf und ermöglichen ein gemeinsames Lernen im Prozess.

Der Begriff der lokalen Bildungslandschaft und die inhaltliche Beschreibung sollen eine Orientierung und Zielrichtung bieten. Der weit gefasste konzeptionelle Anspruch, der auf die realen Verhältnisse und Notwendigkeiten im jeweils zu gestaltenden Raum angepasst werden muss, bringt notwendig eine Unschärfe mit sich.

Strukturelle Hindernisse

Zentrales Element einer lokalen Bildungslandschaft ist die geplante Abstimmung von Bildungsstrukturen und -organisationen. Die Koordination und Steuerung soll, so der Anspruch, durch die lokale Politik und Verwaltung geleistet werden. Um diese koordinierende Funktion zu übernehmen bedarf es einer geeigneten Organisationsstruktur und verbindlicher Formen der Zusammenarbeit. Eine Analyse der kommunalen Steuerung und Vernetzung zeigt, dass die notwendigen Voraussetzungen hierfür in der Breite (noch) nicht gegeben sind. Der IST-Stand der Steuerung und Vernetzung ist überwiegend durch Zuständigkeits- und Ressortdenken geprägt, das sich in entsprechenden Organisationsstrukturen niederschlägt.

Von den Kommunen wird eine strategische und planerische Ebene zur Gestaltung der Bildungs-Infrastruktur erwartet, die in den bisherigen Arbeitsweisen und Planungszusammenhängen bislang keine Entsprechung hat (vgl. Maykus 2008, S. 26). Die Organisationsstruktur einer Kommune zeichnet sich, im Gegenteil, in der Regel durch eine funktionale Trennung auf den verschiedenen Ebenen aus (vgl. Schubert 2008, S. 7).

Versäulung und Verinselung prägen das Bild ...

Bildung ist nicht als kommunale Gestaltungsaufgabe zusammengefasst, sondern wird in unterschiedlichen Zuständigkeiten und Ausschüssen bearbeitet. Das

kooperative Gestalten unterschiedlicher Bereiche, eine Gesamtstrategie oder ein Zusammenspiel der verschiedenen Bildungsorte und Bildungsqualitäten ist in der Regel nicht gegeben. Unterschiedliche Finanzierungsmodelle und Planungsprinzipien, wie sie insbesondere zwischen der Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung zum Ausdruck kommen, prägen das Bild. Auf der Ebene der Netzwerke findet trotz Überschneidung der Akteure keine planvolle Abstimmung statt. Jugendamt und Schulamt wirken zum Beispiel in einer Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften mit, eine systematische Verknüpfung der Aktivitäten der Netzwerke und der beiden Ressorts findet aber nur selten statt. Da erscheint der Weg über den Flur im Verwaltungsgebäude oft unüberbrückbar.

Die Schnittstelle zwischen öffentlicher Verwaltung und den Netzwerken/Arbeitsgemeinschaften bzw. den Institutionen wird unzureichend gestaltet. Hier ist ein Bruch wahrzunehmen, der unter anderem aus einer hoheitlichen, hierarchisch geprägten Sichtweise der Verwaltung resultiert und dialogisch angelegte und beteiligungsorientierte Handlungsweisen oft ausblendet. »Strategische Steuerung, ressortübergreifende Zusammenarbeit, partizipative Stadtentwicklung und eine konstruktive Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung sind noch in zu wenigen Kommunen der Regelfall« (Bertelsmann Stiftung 2008a, S. 12). Auswirkungen der Versäulung sind unter anderem Angebote, die den Bedarfslagen der Zielgruppen nicht optimal entsprechen, da lediglich ein

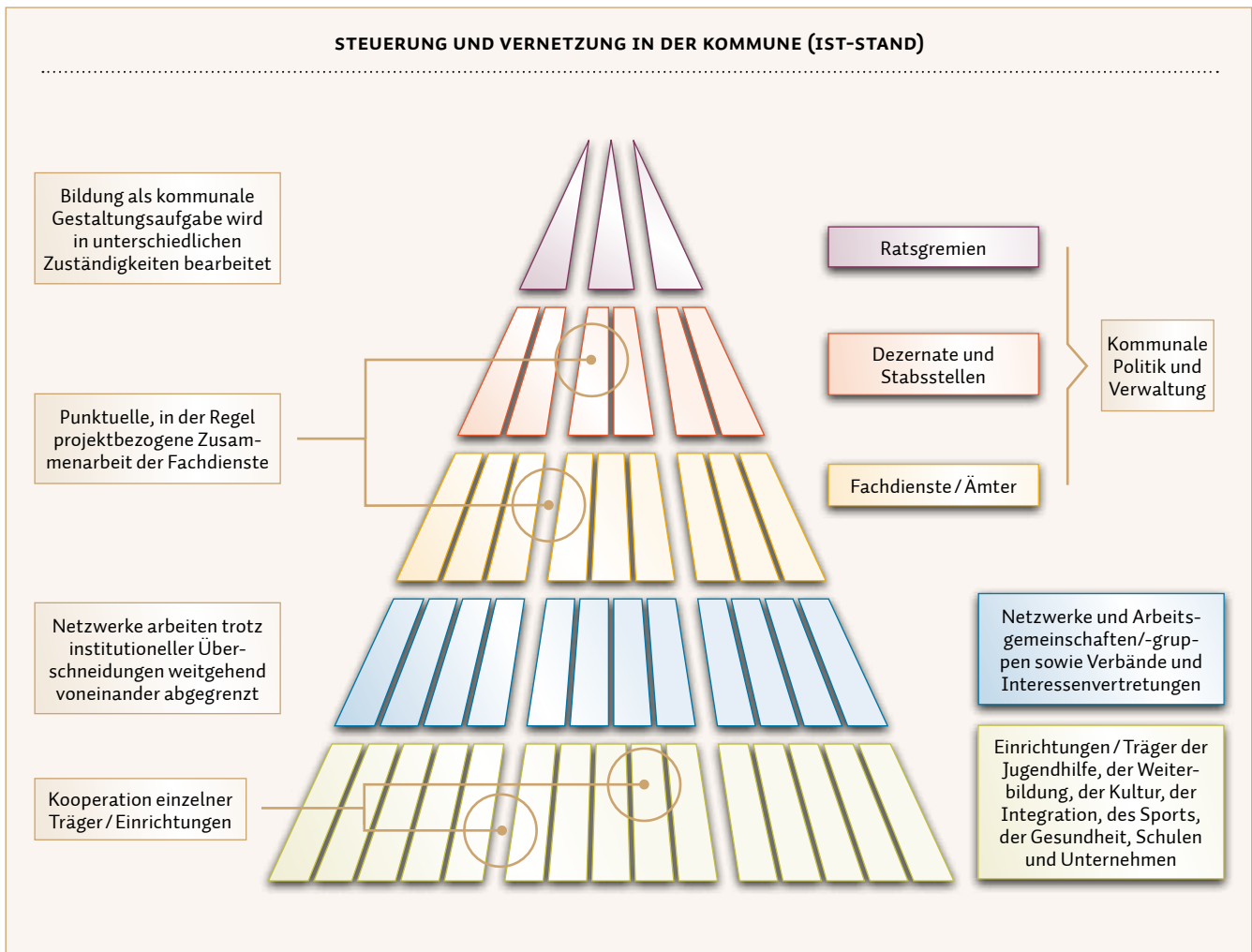


Abb. 4: Steuerung und Vernetzung in der Kommune (IST-Stand).
Quelle: Schubert 2008, S. 6 (veränderte und erweiterte Darstellung)

kleiner Ausschnitt der realen Lebenslagen wahrgenommen wird, sowie ein unkoordiniertes Nebeneinander von Angeboten.

... bei punktuell gelingender Kooperation.

Selbstverständlich gibt es gelungene Kooperationen und Anstrengungen auf der Ebene der Einrichtungen, zum Beispiel bei der Etablierung von Ganztagsangeboten oder bei Eltern-Kind-Zentren und deren Bemühen, Familienbildung und Erziehungsberatung miteinander zu verknüpfen. Eine Ausweitung gelungener Kooperationen in die Fläche bzw. auf ganze Bereiche ist allerdings bislang nicht gelungen. Die mit so hohen Erwartungen verbundene Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe verharrt seit Jahren, ja Jahrzehnten auf bescheidenem Niveau bei punktuellen Highlights.

Exemplarisch soll die Ebene der Netzwerke und Institutionen an der Schnittstel-

le Schule – Wirtschaft betrachtet werden, die durch eine Träger- und Institutionenvielfalt gekennzeichnet ist. Im Bereich der Berufsorientierung sind grundsätzlich drei Statusbereiche zu identifizieren: Schule, Betriebe und Anbieter beruflicher Bildungsmaßnahmen sowie Unterstützer(-systeme)/Verbände. Innerhalb der Bereiche bestehen in der Regel ein oder mehrere Netzwerke. Es ist eine Ausdifferenzierung der Leistungen wahrzunehmen, und die Akteure sind zunehmend spezialisiert. Das Arbeitsfeld ist durch die (versuchte) Steuerung von Programmen und Projektstrukturen gekennzeichnet. Das beinhaltet neben positiven Impulsen immer wieder neue Förderregularien und -strukturen, neue Anbieter sowie eine zeitliche Befristung von Projekten und damit fehlende Kontinuität.

Bis zu einem gewissen Grad der Verflechtung kann eine Steuerung über Institutionen erfolgen, die die Koordination nebenbei leisten. Durch die oben beschrie-



benen Entwicklungen wird die Struktur komplexer und unübersichtlicher und es kommt zu Überlastungen bei den Institutionen. Eine Gesamtschau der Aktivitä-

ten kann von einzelnen Institutionen nicht mehr erbracht werden, da der Auftrag und die Ressourcen dazu fehlen. Zum Teil wird diesen Entwicklungen durch die Gründung von weiteren Netzwerken begegnet. Das kann zunächst entlastend sein, in der Regel ist allerdings für die Koordination dieser Netzwerke keine Ressource vorhanden, d.h. sie wird also auch nebenbei betrieben, was die Gefahr des »Netzwerk-overkill« bei einigen Institutionen birgt.

Folgen: Fehlende Gesamtschau und Koordination, nicht abgestimmte Angebote und Ineffizienz

Die beschriebene Situation birgt folgende Gefahren:

FEHLENDE GESAMTSCHAU

- Angebote werden nicht aufeinander abgestimmt, sind nicht anschlussfähig an Folgemaßnahmen (Synergien werden nicht genutzt).
- Parallel laufende Aktivitäten, z.B. werden Schulen oder Betriebe in relativ kurzen Abständen von verschiedenen Akteuren aus dem gleichen System angefragt (Doppelaktivitäten).

- Fehlende Abstimmung und Lücken zwischen den Angeboten. Die Kategorien Förderprogramme, (gesetzl.) Aufträge und Zuständigkeiten bestimmen die Sichtweise der Akteure. Man verlässt sich darauf, dass da, wo die eigene Zuständigkeit endet, ein anderer (spezialisierter) Anbieter vorhanden ist bzw. verweist auf die anderen Akteure. Ob diese wirklich zuständig sind bzw. sich zuständig sehen oder der Jugendliche in der für ihn geeigneten Maßnahme ankommt, wird in der Regel nicht überprüft.

UNDURCHSICHTIGKEIT UND UNÜBERSICHTLICHKEIT

- Den professionellen Akteuren in den Institutionen und Netzwerken fällt eine zielgerichtete Weitergabe von »Fällen« schwer und es entsteht eine unkoordinierte Öffentlichkeitsarbeit.
- Die Zielgruppen verlieren sich in der Intransparenz: Wer macht was? Welche Unterstützung kann ich von wem erhalten?

Die Spezialisierung hat den Vorteil,

dass die jeweilige Institution ihre spezifischen Leistungen in der Regel in guter Qualität erbringt. Demgegenüber steht aber die Lebensrealität der jungen Menschen: Deren unterschiedliche Lebenslagen, Verhaltensweisen und individuelle Prägungen, vorhandene oder nicht vorhandene Unterstützung durch die Familie etc. Diese Lebensrealität ist komplex und richtet sich nicht nach Zuständigkeiten oder Förderprogrammen. Um darauf angemessen reagieren zu können ist ein möglichst realistisches Bild dieser Lebenswelt notwendig, auf die es komplexe, aufeinander abgestimmte Antworten zu erarbeiten gilt.

Kooperation und Vernetzung in kommunaler Verantwortung

Die Abstimmung und Koordination auf kommunaler Ebene und eine Gesamtschau sind unumgänglich, um die dargestellten Hemmnisse zu beheben. Der kommunalen Politik und Verwaltung kommt dabei eine gestaltende Funktion zu, die sie vor organisationstheoretische Herausforderungen stellt und ein geändertes Rollenverständnis erfordert: Weg vom hierarchischen und starren Verwaltungshandeln hin zu einer gestaltenden Rolle nach den Prinzipien dialogisch, moderierend und aktivierend. »Zukunftsfähige Kommunalpolitik entwickelt aktiv eine lokale Kultur der Partizipation und Kooperation. [...] Beteiligung und Vernetzung müssen kompetent organisiert, freiwilliges Engagement muss gezielt gefördert werden. Wer soll die Prozessverantwortung hierfür tragen, wenn nicht die Politik?« (Bertelsmann Stiftung 2008a, S. 22).

Die komplexen Anforderungen verlangen ein Miteinander in einem Zusammenspiel unterschiedlicher Kompetenzen um die dargestellten negativen Auswirkungen zu überwinden (vgl. Schubert 2008, S. 8).

»Die politischen Gremien in der Kommune übernehmen die normative Verantwortung. Dazu müssen die Leitziele in einem Orientierungsrahmen festgelegt, programmatisch gebunden und die erforderlichen dezentralen Strukturen mit einer angemessenen Ressourcenausstat-

tung abgesichert werden. Die strategische Verantwortung liegt bei den Fachbereichen der Kommunalverwaltung. [...] Es wird auch Verantwortung für die kreuzfunktionale Verbindung der Ressorts übernommen. Vor Ort, d.h. z.B. dezentral in den Sozialräumen der Adressaten bzw. in den Einrichtungen [...], wird die operative Verantwortung getragen« (Schubert 2008, S. 16).

Durch die explizite Benennung der unterschiedlichen Verantwortungsebenen ist eines ausgeschlossen: Dass die Fragen des

Netzwerkaufbaus, der Netzwerkkoordination und der Gesamtsteuerung auf die operative Ebene abgeschoben werden. In der Regel wurde bisher das Ge- oder Mislingen von Kooperation der einzelnen Institution (Schule, Jugendzentrum, Bibliothek) bzw. einer Einzelperson (Lehrkraft oder Schulleitung, Sozialpädagog/in) zugeschrieben. »Die bislang schwerpunktmäßig [...] fokussierte Kooperationsdebatte [...] vermittelte den Eindruck, dass das Gelingen der Kooperation vor allem vom Engagement und der Organisationsfähigkeit der Beteiligten

KOOPERATION UND VERNETZUNG IN KOMMUNALER VERANTWORTUNG

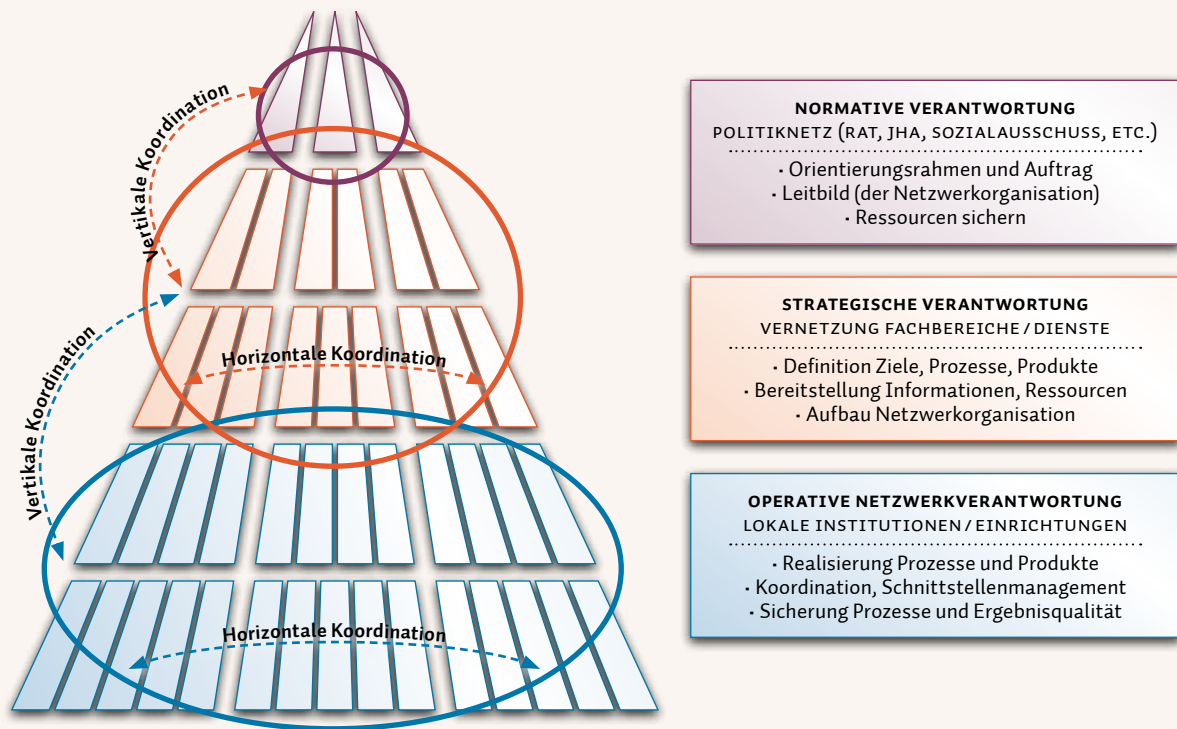


Abb. 5: Kooperation und Vernetzung in kommunaler Verantwortung
Quelle: Schubert, 2008, S. 17 (veränderte Darstellung)

abhängt; nur die Notwendigkeit förderlicher Ausstattung hierfür wird als Einflussfaktor noch zugestanden« (Maykus 2008, S. 25).

Zuweilen wird von den Schulen, insbesondere von Ganztagschulen, eine koordinierende Funktion erwartet, bei der die Fäden zusammenlaufen, und die sich als Kristallisationspunkt in der Kommune bewähren und engagieren. Wie die Beispiele von Amt Döbern-Land (siehe S. 25 ff) oder Schwielowsee (siehe S. 67 ff) zeigen, ist es sehr wohl möglich, dass Ganztagschulen eine Rolle als Initiator und Motor für bestimmte Themen einnehmen. So kann zum Beispiel die Konzeptionierung von ganztagschulischen Angeboten der Anlass dafür sein, dass verschiedene Bildungsinstitutionen zusammenkommen und sich über ihre Angebote, ihre Zielstellungen und Bildungsansprüche austauschen. Damit diese Aktivitäten aber über den Status von standortbezogenen Lösungen hinausgehen, braucht es immer einen nächsten Entwicklungsschritt, der nicht in der Verantwortung und Kompetenz der Schule

liegt. Beispielsweise war im Amt Döbern-Land der Entwicklungsschritt nach der Einrichtung einer Ganztagschule eine strukturelle Veränderung in der Verwaltung (Einrichtung einer Stabsstelle) und damit verbunden die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen, um das Thema Bildung zielgerichteter zu bearbeiten.

Ohne diesen Entwicklungsschritt würden die anderen Bildungsinstitutionen und Bildungspartner auf Dauer lediglich eine Zulieferer- und Unterstützungsfunktion für die Schule übernehmen. Auf dieser Grundlage kann aber keine gelingende Kooperationslandschaft aufgebaut werden.

Fragen der professionellen Zusammenarbeit und die standortbezogene Schulentwicklung sind selbstverständlich weiterhin relevant. Hier können, im Sinne von Bottom-Up-Prozessen, Impulse in Richtung der strategischen oder normativen Ebene gesetzt werden. Das Modell der lokalen Bildungslandschaft weist aber darauf hin, dass die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen einen geeig-

neten Rahmen mit Vorgaben, Zielen und gesicherten Ressourcen braucht. Dieser Rahmen wird in einem dialogischen Prozess zwischen den beteiligten Akteuren unter Koordination und Steuerung durch die lokale Politik und Verwaltung gestaltet. Es ist nicht mehr länger dem Zufall bzw. dem Einzelfall überlassen, ob es eine Zusammenarbeit gibt oder nicht. Dabei sollte die Formel lauten: So viele Vorgaben wie notwendig und so viel Gestaltungsspielräume wie möglich für eine Konkretisierung auf der Umsetzungsebene.

Eckpfeiler einer lokalen Bildungslandschaft

Damit die lokale Politik und Verwaltung sowie die beteiligten Systeme die notwendigen Entwicklungsschritte in Richtung des beschriebenen SOLL-Standes gehen können, braucht es neben geeigneten Strukturen und Instrumenten ausreichend (zusätzliche) Ressourcen. Neben Fragen der Finanzsteuerung und methodischer Herangehensweisen werden hier Fragen der Organisationsentwicklung einer kommunalen Verwaltung berührt. Die zu etablierende Struktur der Steuerung und Koordination muss intelligent mit vorhandenen Strukturen abgestimmt werden. Im Folgenden werden die wesentlichen Eckpfeiler einer lokalen Bildungslandschaft näher erläutert.

Ausgehend von den Erfahrungen laufender oder abgeschlossener Maßnahmen⁸ sowie der kobra.net-Erfahrungen aus der Beratungspraxis können folgende Eckpfeiler einer Bildungslandschaft benannt werden:

- [1] das Vorhandensein einer Gesamtstrategie in Form eines Leitbilds/einer abgestimmten Vision und abgestimmter Leitziele,
- [2] eine kommunale Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring,
- [3] eine kommunale Bildungsplanung und
- [4] die Sicherstellung einer geeigneten Infrastruktur.

[1] Gesamtstrategie

Lokale Bildungslandschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie das Thema Bildung und Bildungsförderung übergreifend bearbeiten und eine langfristige Gestaltungsperspektive vor Augen haben. Ein gemeinsamer und verbindender Zielhorizont dient als motivierendes Element für alle Akteure ebenso wie als Gradmesser für erfolgreiches Handeln. Dabei ist gewährleistet, dass die Gestaltungsperspektive der lokalen Bildungslandschaft eingebettet ist in bestehende strategische Ausrichtungen vor Ort, zum Beispiel in die Familien- und Wirtschaftsförderung.

Der Einstieg in eine Gesamtstrategie kann über die Formulierung eines Leitbildes und/oder von Leitzielen erfolgen. Definierte Qualitätsstandards zur Erbringung von Bildungsleistungen, wie in einigen Kommunen bereits umgesetzt, sind ein weiterer Weg. Im Rahmen einer Gesamtstrategie muss immer eine Prioritätensetzung stattfinden, da nicht alle (wünschens-

werten) Zielsetzungen gleichberechtigt und gleichzeitig angegangen werden können. Des Weiteren sollte eine Gesamtstrategie Aussagen zur zeitlichen Perspektive und somit zur Sicherstellung von Kontinuität enthalten.

Die Gesamtstrategie ist im Sinne einer »Chefsache« gewollt und gefördert. Landräte, Amtsdirektoren, Bürgermeister und Dezernenten gehen voran. Sie werben um eine breite politische Akzeptanz und um weitere »führende Köpfe« in der Region (zum Beispiel Leiterin des staatlichen Schulamtes, Regionalleitung der Agentur für Arbeit, Vorsitzende der IHK oder der Handwerkskammer, [...]), um deren Mitwirkung und Engagement. Gemeinsam tragen sie Sorge dafür, dass die Gesamtstrategie in den jeweiligen Institutionen mitgetragen wird. Sie wirken als Motoren der Gesamtstrategie und als Mentoren für die Menschen, die in den Institutionen die Vernetzung und Kooperation umsetzen.

Die Gesamtstrategie kann dabei nicht losgelöst von der Frage nach (zusätzlichen) Ressourcen entwickelt werden. Hier gilt es angesichts der angespannten kommunalen Haushalte realistisch zu bleiben. Wenn die Gesamtstrategie aber parteiübergreifend und als gemeinsame Chefsache in einer Region betrieben wird, dann können hier eher Lösungen gefunden werden.

In Verbindung mit einer Bildungsplanung (siehe S. 17) sollte sich die Gesamtstrategie in einer mittelfristigen Zielsetzung niederschlagen und sollten Visionen in Handlungskonzepte übersetzt werden. »Eine handlungsfähige kommunale Selbstverwaltung [...] entwickelt übergreifende Leitbilder und Langfristziele. Solche Leitbilder müssen realistisch sein und gleich-

zeitig motivierend wirken. Sie müssen einfach formuliert, anschaulich sein, Orientierung geben und Konsens stiften. Damit bilden sie eine Art Vertragsgrundlage zwischen Verwaltung, Politik, Bürgern und freien Trägern« (Bertelsmann Stiftung 2008, S. 20).

[2] Infrastruktur und Ressourcen

Für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften muss es Funktionsstellen geben, die hauptverantwortlich die Koordination übernehmen, Akteure zusammenführen, konzeptionelle Weiterentwicklungen anregen bzw. federführend begleiten und Dienstleistungsfunktionen übernehmen. Dafür braucht es geeignete Strukturen und Ressourcen.

Zentrales Merkmal der Organisationsstruktur einer lokalen Bildungslandschaft: Die kommunale Verwaltung und Politik tragen die Gesamtverantwortung. Das kann beispielsweise in Form eines Bildungsbüros umgesetzt werden (siehe Landkreis Elbe-Elster, S. 48), Stabsstellen (siehe Beschreibung Amt Döbern-Land, S. 26) oder ein Sachgebiet Bildung sind weitere Varianten. Integrierte Fachdienste/Dezernate, in denen die Bereiche Schule, Jugendhilfe und Soziales zusammengefasst sind, unterstützen diese Koordinierungsstellen. Wo es noch keine integrierten Fachdienste/Dezernate gibt, sind ressortübergreifende Gremien einzurichten und mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten. Mittelfristig sollten aber mindestens Schulverwaltung und Jugendamt in einem Fachdienst/Dezernat zusammengeführt werden.

Im Mittelpunkt der neuen Struktur steht ein »Knotenpunkt«, der eine Ma-

⁸ Hier können u. a. das Programm Schule & Co in NRW sowie das Programm »Lebenswelt Schule« der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung in Zusammenarbeit mit der Jacobs-Foundation genannt werden.

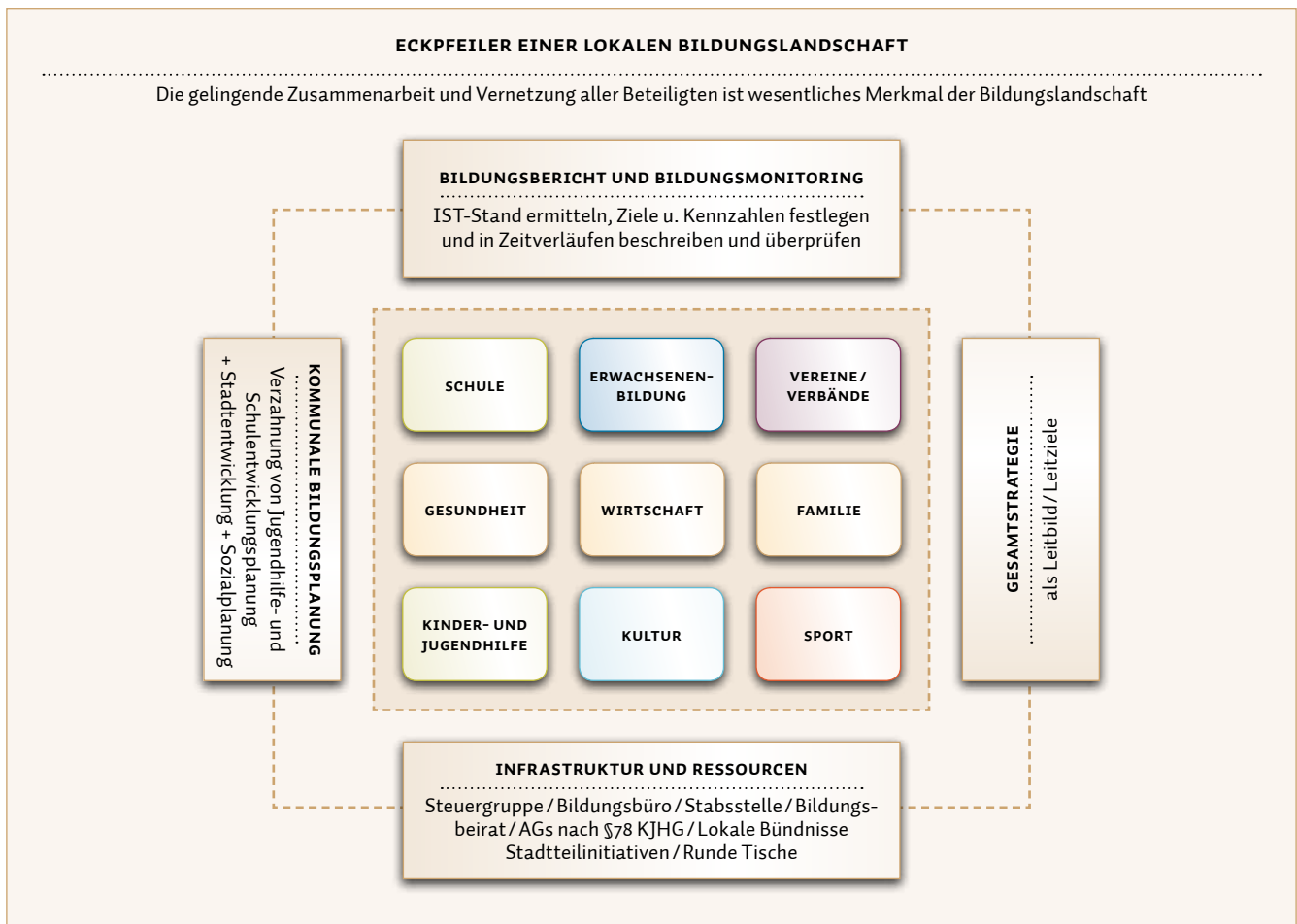


Abb. 6: Eckpfeiler einer lokalen Bildungslandschaft

nagement- und Servicefunktion übernimmt. Aufgaben einer solchen Stelle sind unter anderem:

- Informationsbündelung, -beschaffung und -aufbereitung,
- Überblick über die Gesamtsituation herstellen,
- Kooperationsstrukturen aufrecht erhalten, als »Öl im Getriebe« fungieren: Einladungen und Protokolle schreiben, Räumlichkeiten für Treffen bieten, Materialien aufbereiten und zur Verfügung stellen, Moderation von Treffen, ...
- Handlungs- und Steuerbedarfe erkennen bzw. aufnehmen und in das Netzwerk einbringen,
- Unterstützung/Beratung einzelner Akteure bei der Umsetzung von Maßnahmen/Programmen,
- Fachveranstaltungen organisieren und eine institutionsübergreifende Öffentlichkeitsarbeit entwickeln,
- Moderationsleistungen im Konfliktfall,
- Impulse für die Weiterentwicklung des Netzwerks geben,
- ggf. Qualifizierung von Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern in der Verwaltung sowie in den beteiligten Institutionen.

Neben neu zu schaffenden Personalressourcen und Strukturen müssen bestehende Steuerungsgremien (z.B. Arbeitsgruppen nach §78 SGB VIII, Schulleiterkonferenzen, Stadtteilrunden, Runde Tische, Präventionsräte, etc.) strategisch mitgedacht und genutzt werden. Dabei ist folgendes Spannungsfeld zu berücksichtigen:

- Baut die angestrebte Gesamtkoordination lediglich auf der Verfasstheit der bestehenden Institutionen und der ggf. vorhandenen Netzwerke auf, ist keine Entwicklung über das Bestehende hinaus möglich. Es muss durch die neue Struktur ein Unterschied zum bisherigen Tun ermöglicht und neue Routinen erarbeitet werden.
- Die vorhandenen Netzwerke/Arbeitsgemeinschaften sind zu beteiligen, bewährte Routinen sind aufzugreifen und zu überführen. Ansonsten wird die neue Struktur nicht akzeptiert und ne-

ben den bestehenden Aktivitäten ein Parallelsystem aufgebaut, das die Unübersichtlichkeit der Ausgangslage noch verschärft (vgl. Grossmann u.a. 2007, S. 110).

Zentrale Fragestellungen bei der Etablierung einer Gesamtkoordination sind:

- Wie können verlässliche Kommunikationswege etabliert werden?
- Wie gestalten sich tragfähige und leistbare Arbeits- und Entscheidungsstrukturen?
- Wie können Kooperation und Konkurrenz zwischen den beteiligten Akteuren austariert werden?
- Welche Regeln sind notwendig? Braucht es ein Regelwerk?
- Welche Voraussetzungen braucht es bei den teilnehmenden Institutionen in der inneren Verfasstheit ihrer Organisation?

Zentrale Erfolgsfaktoren beim Aufbau der neuen Struktur:

- Aufgaben- und Rollenklarheit bei allen Beteiligten.

- Das »TOP-Management« in den Institutionen nimmt sich der Netzwerkarbeit an oder ist zumindest als Mentor aktiv.
- Verankerung des Vorhabens in den Institutionen.
- Definierte Wege der Informationsweitergabe.

Zentrale Erfolgsfaktoren auf der Haltungsebene und Beziehungsebene:

- Zusammenarbeit durch Aushandlung, nicht Über- oder Unterordnung.
- Interessen der Anderen anerkennen und berücksichtigen.

Es müssen also eine geeignete Struktur UND tragfähige Beziehungen vorhanden sein bzw. geschaffen werden. Eine Struktur ohne tragfähige Beziehungen wird nicht gelebt. Die Beziehungen müssen aber institutionalisiert werden, um bei einem Wechsel der Personen Anknüpfungspunkte in einem vorgegebenen Rahmen zu haben und damit Kontinuität zu sichern. Selbstverständlich soll und kann die »Koordinierungsstelle« keine Aufgaben, die von den einzelnen Institutionen erbracht werden (müssen), übernehmen bzw. an sich ziehen.

Die Einrichtung einer »Koordinierungsstelle« ist nicht für umsonst zu haben! Deren anspruchsvollen Aufgaben können nicht im »Nebenbei« mit einem geringen Stundenumfang bearbeitet werden und in der Regel auch nicht mit dem vorhandenen Personal. Damit verbunden ist die Bereitstellung von Ressourcen. Bei kleineren Städten/Gemeinden ist hier von einer Vollzeitstelle auszugehen, je nach Größe des zu gestaltenden Raumes mit wesentlich mehr.⁹ Das dafür erforderliche Finanzbudget ist im Rahmen einer Gesamtstrategie zu berücksichtigen.

[3] Bildungsplanung

Eine kommunale Bildungsplanung verbindet bestehende Planungsprozesse wie die Jugendhilfe- und Schulentwicklungs-

planung, ergänzt um Daten wie zum Beispiel der Stadt- oder Sozialplanung. »Erst durch die kontinuierliche und systematische Erfassung zentraler Grunddaten der demografischen und soziostrukturellen Lebenslagen der Kinder, Jugendlichen und deren Familien (Bevölkerungsentwicklung, Gemeinde- und Stadtteilprofile, soziale Aspekte, Infrastrukturdaten) sowie



Kommunale Bildungsplanung nimmt alle relevanten Bildungsorte in den Blick

der Daten, die Aussagen über Bildungsvläufe von Kindern und Jugendlichen und die Nutzung der Angebote der Kinder- und Jugendhilfe über einen längeren Zeitraum ermöglichen, wird eine valide Entscheidung über die bei der bildungspolitischen Förderung zu legenden Schwerpunkte möglich« (Deutscher Verein 2007, S. 13).

Maykus sieht die abgestimmte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung als Basis für eine umfassende Bildungsplanung. Notwendig sind:

- eine Planungsorganisation, die die Schnittstellen zwischen den Verwaltungsstrukturen berücksichtigt und die integrierte Planung strukturell¹⁰ absichert sowie
- ein geeignetes Datenkonzept (vgl. Maykus 2008b, S. 45).

Bei der Schulentwicklungs- und der Jugendhilfeplanung kann zwar an bestehende Aktivitäten angeknüpft werden, es reicht aber nicht aus, diese Prozesse wie

gewohnt einfach weiterzuführen und die erhobenen Daten isoliert nacheinander abzubilden und punktuelle gemeinsame Sitzungen des Schul- und Jugendhilfeausschusses mit den Tagesordnungspunkten »Information, Austausch und Diskussion« ersetzen nicht ein abgestimmtes Vorgehen.

Die bestehenden Planungsprozesse müssen aufeinander bezogen und die Daten in ihrer Wechselwirkung interpretiert werden. Zwischen dem Schul- und Jugendhilfeausschuss sind gemeinsame Planungsziele ebenso zu vereinbaren wie Orte des Austauschs und der Kommunikation. Und es müssen sicherlich auch neue – qualitative und kleinräumig erhobene – Daten generiert werden. So ist zu fragen, welche Bildungsorte bisher nicht im Blick waren, ob verfügbare Daten, z.B. der statistischen Landesämter oder der Agenturen für Arbeit kleinräumig genug dargestellt sind oder ob dies vor Ort geleistet werden muss. »Erfahrungs-, Lern- und Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen finden in der Alltagswelt statt, die sich längst in »kleine soziale Lebenswelten« ausdifferenziert hat. Hierzu gehören Familie, Schule, Medien, Peers sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ebenso dazu wie alle anderen Orte, an denen soziales Handeln (im weitesten Sinne) stattfindet. Es gilt, diese Orte genauer in den Blick zu nehmen« (Otto/Oelkers 2006, S. 340).

Die so gewonnenen und zusammengestellten Daten stellen eine sachliche und fachliche Informations- und Diskussionsgrundlage (z.B. für die Ausschüsse) dar, die es ermöglicht, geplante Entwicklungsschritte mit empirischen Daten zu unterlegen bzw. zu begründen. Auf der Grundlage einer solchen Planung kann eine Gesamtstrategie umgesetzt oder entwickelt werden. Eine Bildungsplanung definiert somit eine mittel- bis langfristige Handlungsstrategie.¹¹

Eine so verstandene integrierte Planung ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, bei der zwei unterschiedliche Planungsver-

9 »Im Bildungsbüro des Landkreises Herford arbeiten acht fachliche MitarbeiterInnen und vier Verwaltungskräfte. Dies macht die Größenordnung der lokal aufzubringenden Ressourcen deutlich« (Stolz 2007, S. 7).

10 Ein Beispiel für die strukturelle Absicherung ist die Stadt Osnabrück, die seit 2005 über ein Querschnittsreferat Bildung, Sozialplanung und Integration verfügt. Das Referat ist die »zentrale Stelle für Bildung, die nicht auf die klassischen Schulträgerbelange begrenzt ist. Strategisch laufen hier die Zuständigkeiten von Sozialplanung, Bildungsplanung und Jugendhilfeplanung zusammen« (Tromp/Weber 2008, S. 62).

11 So hat die Stadt Weiterstadt auf der Grundlage des »Bildungsgesamtplans 2005 - 2010 für die Stadt Weiterstadt« im Jahre 2008 eine Rahmenkonzeption für die frühkindliche Bildung erarbeitet. Weiterstadt ist eine der teilnehmenden Kommunen im Programm »Lebenswelt Schule – Vernetzung lokaler Akteure und Ressourcen für die individuelle Förderung von Kindern«, das gemeinsam von der DKJS mit der Jacobs Foundation umgesetzt wird. Weitere Informationen zu dem Programm unter www.lebenswelt-schule.net

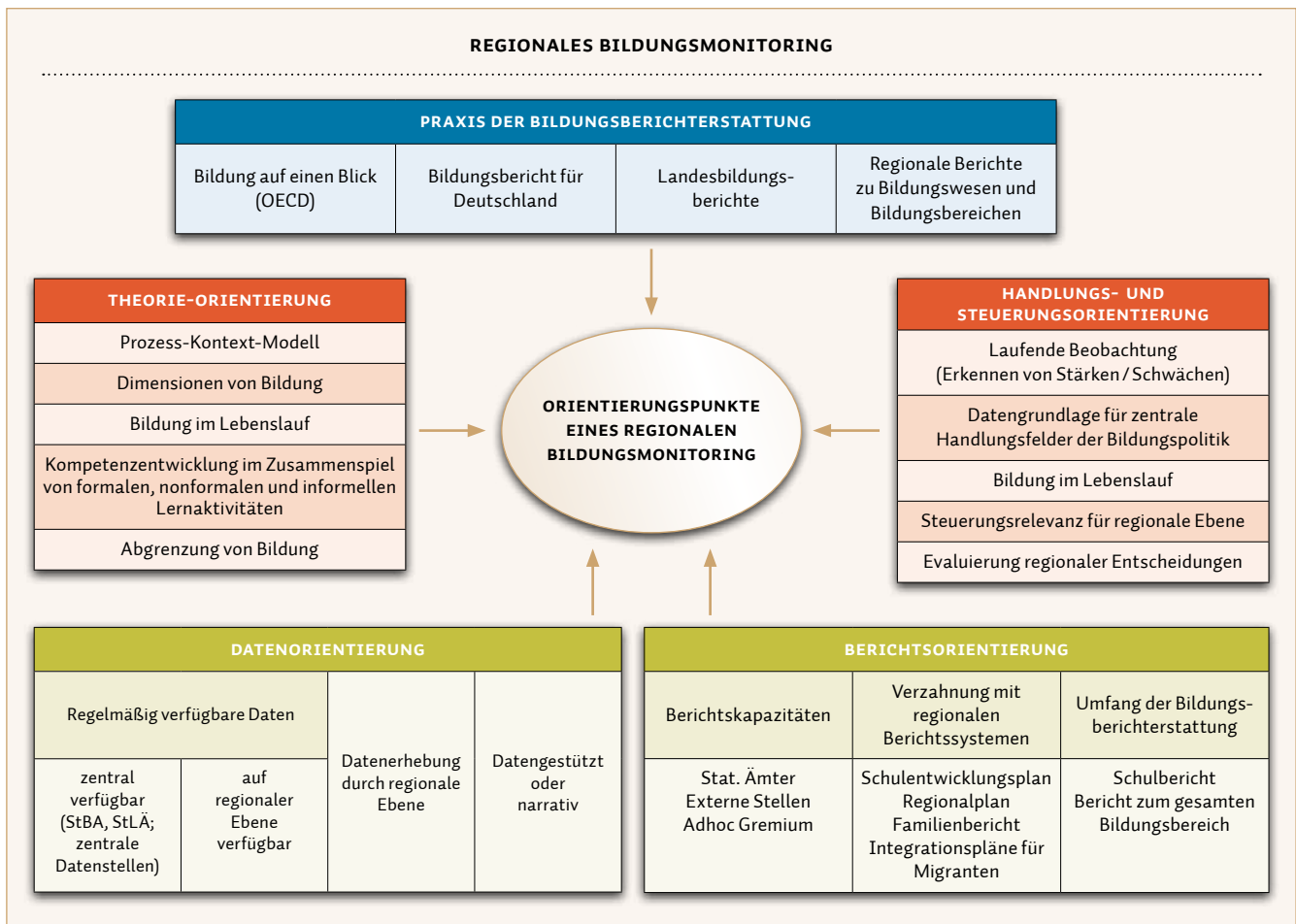


Abb. 7: Orientierungspunkte eines regionalen Bildungsmonitoring / Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung 2007

ständnisse aufeinandertreffen: Eine stark technokratische, rein nach Schülerzahlen ausgerichtete Schulentwicklungsplanung und eine Jugendhilfeplanung mit starken qualitativen und partizipativen Ansprüchen an die Mitwirkung von freien Trägern und von den Betroffenen. Damit verbunden ist aber auch die Chance einer neuen Planungsqualität, die wiederum Rückwirkung auf die jeweiligen Planungsprozesse hat: »Eine Abstimmung von Planungsverfahren betrifft viele Ebenen und verlangt Raum und Entwicklungsziele für einen Wandel der Planungsstrukturen durch ihre Annäherung. Es braucht ferner Offenheit, Freiräume und eine Auseinandersetzungskultur der Beteiligten in diesem Prozess, damit nicht nur abgestimmt, sondern vielmehr ein drittes, gemeinsames Projekt ein-

gegangen wird, etwa als kommunale Bildungsberichterstattung. [...] Integriertheit ist infolgedessen als organisatorisch und strukturell abgesicherte Schnittstellenbildung beider Planungsverfahren zu definieren« (Maykus 2008b, S. 25).¹² Eine solide Planungsgrundlage ist für ein reflektiertes Vorgehen umso notwendiger, je komplexer und schwieriger zu steuern der Gesamtzusammenhang ist. »Erfahrung, Lernen und Bildung als individuelle Prozesse lassen sich nicht organisieren – wohl aber diejenigen Orte, die aus erziehungswissenschaftlicher Perspektive greif- und erfassbar sind« (Otto/Oelkers 2006, S. 340).

[4] Bildungsberichterstattung und Bildungsmonitoring

Anhand der (kleinräumig) vorhandenen bzw. erhobenen und zusammengeführten Daten ergeben sich Indikatoren, die im Vergleich mit anderen Sozialräumen, Stadtteilen oder Kommunen einen IST-Stand abbilden und Stärken und Schwächen erkennen lassen. Aber erst durch eine laufende systematische Beobachtung und die mehrfache Erfassung von Kenngrößen über einen Zeitraum hinweg werden Maßnahmen und Handlungsstrategien in ihrer Wirksamkeit überprüfbar sowie Entwicklungstendenzen deutlich. Diese Daten können zum Beispiel die Übergangquoten vom Primarbereich in das weiterführende Schulsystem, die Besucherquote eines Ju-

12 Als Orientierung kann der von Maykus dargestellte Ablauf einer integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung dienen. In aufeinander folgenden Phasen stellt er Aufgaben und Aktivitäten der relevanten Akteure (Jugendhilfe- und Schulverwaltung, Schulaufsicht, Angebotsträger / Institutionen), Fachkräfte in der Praxis, kommunale Politik, junge Menschen und deren Familien) dar. In dieses Modell ist allerdings die Bildungsberichterstattung ebenso wie wesentliche Teile eines Bildungsmonitorings integriert und Maykus definiert sie somit als Teile der Bildungsplanung. Das ist höchst anspruchsvoll und die Umsetzung einer so verstandenen Bildungsplanung wird stark von den zur Verfügung stehenden zusätzlichen Ressourcen abhängig sein. Ein pragmatischer Einstieg in die Bildungsplanung ist gegeben wenn die Bildungsberichterstattung und das -monitoring als gesonderte Elemente betrachtet und angegangen werden.

gendenzentrums, die Inanspruchnahme der Erziehungsberatungsstelle oder auch die Anzahl der Schulverweigerer und der Schulabgänger ohne Abschluss sein. Monitoring bildet die Grundlage für Entscheidungen, die ergriffenen Maßnahmen/Aktivitäten entweder zu bestätigen, auszubauen, konzeptionell weiterzuentwickeln oder aber einzustellen. »Bildungsmonitoring ist die systematische und auf Dauer angelegte Beschaffung und Aufbereitung von Informationen über ein Bildungssystem und dessen Umfeld. Es dient als Grundlage für Bildungsplanung und bildungspolitische Entscheide, für die Rechenschaftslegung und die öffentliche Diskussion« (Schweizerische Koordinierungsstelle für Bildungsforschung).

Abbildung 7 gibt eine Übersicht über den Bezugsrahmen und die Einbettung eines regionalen Bildungsmonitorings.

Regionale Bildungsberichte sollten sich bei zentralen Kennzahlen und der Gliederung an den Landesbildungsberichten orientieren, deren Bezugspunkt wiederum der nationale Bildungsbericht darstellt. Daneben sind sinnvoller- und notwendigerweise die vor Ort gesetzten Prioritäten

und inhaltlichen Zielsetzungen zu berücksichtigen. »Bildungsberichterstattung – in einem erweiterten Sinn auch »Bildungsmonitoring« – beschäftigt sich mit unterschiedlichsten Institutionen, die am Bildungsgeschehen beteiligt sind. Dem Konzept des lebenslangen Lernens verpflichtet, reichen die Systemkomponenten von der Kinder- und Jugendhilfe [...] über Aspekte der Bildungsinfrastruktur in einer Region (Bibliotheken, Zugang zum Internet und dessen Nutzung, Museen/Ausstellungen, Musikschulen, usw.) bis hin zu den Hochschulen und zur betrieblichen oder auch privaten Weiterbildung und Bildungsangeboten für Senioren« (Kühn 2008, S.15). Fakt ist allerdings, dass die bisherige Berichterstattung durch den Bereich der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie das Hochschulwesen dominiert wird. Dieser Bereich ist stark im öffentlichen Bewusstsein verankert, und entsprechende Daten sind am ehesten verfügbar bzw. leicht zu erheben. Es ist ein sinnvolles Vorgehen, sich beim Einstieg in die Berichterstattung pragmatisch auf das zunächst Machbare zu beschränken. Perspektivisch sollte die Berichterstattung, vor allem die regionale, dann aber erwei-

tert werden und stärker das informelle und nichtformelle Lernen berücksichtigen.

Das regionale Bildungsmonitoring und die Bildungsberichterstattung dienen der Transparenzherstellung und bieten Anlass für eine breite Diskussion. Die regionale Berichterstattung muss sich an alle Bürgerinnen und Bürger richten. Allgemeinverständlichkeit ist aus diesem Grund ein Qualitätsmerkmal für die regionale Berichterstattung. Das Vorliegen eines schriftlichen Berichts, eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, die als Broschüre zur Verfügung gestellt werden, und die Veröffentlichung im Internet sind Mindestanforderungen in Bezug auf die Herstellung einer breiten Öffentlichkeit. Eine zusätzliche Diskussion des Berichts in Regional- oder Stadtteilkonferenzen kommt dem Anspruch näher alle Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Interaktive Plattformen zur Diskussion der Bildungsberichte und eine speziell auf Kinder und Jugendliche zugeschnittene Publikation wären weitere denkbare Formate. Eine Bildungsberichterstattung sollte mindestens alle zwei Jahre stattfinden, damit die damit verbundenen Zielsetzungen erreicht werden können.

Beteiligung als durchgehendes Prinzip einer lokalen Bildungslandschaft

Die Komplexität des Vorhabens lokale Bildungslandschaften zu gestalten, die in vielfältigen, sich verändernden Bedarfen, Lebenslagen und Kompetenzen junger bis alter Menschen liegt, kann nur dann zufriedenstellend bearbeitet werden, wenn die Zielgruppen konsequent einbezogen sind. Es geht darum, eine Bewegung zu initiieren, bei der die Bürgerinnen und Bürger Selbstwirksamkeit erfahren (»Ich kann mitgestalten« im Gegensatz zu »Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen«). Verbleiben die Bürgerinnen und Bürger lediglich in der Rolle der Adressatinnen und Adressaten, für die etwas gedacht und umgesetzt wird, kann sich kein oder nur geringes Engagement und vor allem keine Selbstverantwortung entfalten. Es bliebe eine Kluft zwischen Angebot und Akzeptanz (und damit der Inanspruchnahme) und die Gefahr eines technokratischen Abarbeitens der oben genannten Eckpfeiler.

»Betroffene zu Beteiligten« machen ist eine Leitidee einer lokalen Bildungslandschaft. Einzelne Personen sollen sich als Teil des Gesamtvorhabens begreifen können, mit ihren Kompetenzen Anerkennung erfahren und so motiviert werden, sich entsprechend einzubringen. Dazu bedarf es sowohl praktischer, projektorientierter Gestaltungsräume wie auch klarer Beteiligungsstrukturen und Mitbestimmungsregelungen. Durch eine umfassende Betei-



Präsentation partizipativer Projekte und Unterrichtsformen durch die Kinder und Jugendlichen

ligungskultur kann es gelingen, Aktivitäten in einer lokalen Bildungslandschaft mit einer breiten Akzeptanzbasis zu versehen und zielgerichteter (effektiver) sowie mit Langzeitwirkung (nachhaltig) umzusetzen. »Partizipation als Prozess und Kultur sichert die Anschlussfähigkeit der Politik an die Gesellschaft und fördert auch das Verständnis der Gesellschaft für die Politik. Wie intensiv und wie gut Partizipation gelingt, entscheidet am Ende über die Leistungsfähigkeit und Lebensqualität unserer Demokratie. [...] Politik und Verwaltung müssen ihre mündigen Bürger aber auch zur sozialen Teilhabe befähigen, und zwar bereits in der frühkindlichen und schulischen Bildungsphase« (Bertelsmann 2008a, S. 21).

Dabei verstehen sich die Verwaltung und die professionellen Institutionen als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger. Sie ermöglichen eine Veränderung institutioneller Strukturen und räumen entsprechende Mitgestaltungsmöglichkeiten ein. Es findet ein Prozess der Verantwortungsübertragung und der Schaffung entsprechender Gestaltungsmöglichkeiten statt, der eine Verantwortungsübernahme durch die Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht.

Bausteine eines umfassenden Beteiligungskonzepts

Notwendige Bausteine eines umfassenden Beteiligungskonzepts für die Gestaltung lokaler Bildungslandschaften sind:

- Die Schaffung von Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten in bestehenden und neu zu bildenden Gremien (Bildungsbeirat, Jugend- oder Bürgerparlamente) sowie in lebensweltnahen Projekten (Umgestaltung eines Schulhofes, Planung von öffentlichen Plätzen, etc.).
- Die zielgruppenspezifische Information und Ansprache, um eine Motivation zur Mitwirkung zu erzeugen. Die Menschen sind auf Wegen zu informieren, die sie erreichen. Dies gelingt einmal über die konsequente Einbindung von Institutionen aller beteiligten Bereiche, insbesondere von Schulen und



Bei der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften werden Kinder und Jugendliche als »Experten in eigener Sache« beteiligt

Jugendhilfeeinrichtungen. Zum anderen müssen Orte und Wege außerhalb der herkömmlichen Institutionen erschlossen werden, z.B. durch Lernfeste oder Lerntage.

- Eine Sensibilisierung und Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung und den beteiligten Institutionen. Sie müssen einerseits Beteiligung zulassen und nehmen eine wichtige Funktion als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ein. Andererseits sind sie selbst Betroffene: Als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, die Veränderungen unterzogen sind und diese mittragen sollen.
- Aktivierende sozialräumliche Analyseverfahren und die Anerkennung der unterschiedlichen Erfahrungen aller Bürgerinnen und Bürger als spezifisches Expertenwissen. Voraussetzung für die Erfassung des jeweiligen Expertenwissens der Beteiligten sind dem Alter, Bildungsstand und der Lebenslage angemessene Methoden. Exemplarisch seien hier genannt: Fotoaufzüge, wertschätzende Interviews, Ideenwerkstätten, aktivierende Befragungen, Konferenzen sowie lebensweltorientierte Projekte im Sozialraum.
- Sichtbarmachen bestehender indivi-

dueller Gestaltungsräume. Das beinhaltet eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit und die Dokumentation von Erkenntnisgewinnen und Ergebnissen aus durchgeführten Beteiligungsprojekten.

- Entwicklung einer Anerkennungskultur und Veröffentlichung gelungener Praxisbeispiele bzw. individueller Bildungsbiographien.

Das Beteiligungskonzept soll alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Ein besonderer Fokus ist dabei aber auf die Kinder und Jugendlichen zu richten, die in der Regel nicht über die Mittel und Kenntnisse verfügen, ihren Anliegen eine adäquate Stimme zu verleihen bzw. diese in die vorgegebenen – von Erwachsenen dominierten – Strukturen einzubringen.

Kommunaler Politik und Verwaltung sowie den Schulen kommt hier eine entscheidende Funktion zu. Sie müssen Vorbild und Förderer von Ermöglichungsstrukturen für eine weitgehende Partizipation von Kindern und Jugendlichen sein.¹³

13 Siehe vertiefend hierzu: Ausgabe 5/08 des Forums GANZGUT, das grundlegende Beiträge zur Partizipation an Schulen, rechtliche Rahmenbedingungen, Weiterbildungsansätze sowie gelungene Praxisbeispiele aus Brandenburg enthält, Download unter www.kobranet.de/162.html. Umfassender ist das Handbuch zur Durchführung von Beteiligungsprojekten mit Kindern und Jugendlichen »Mitwirkung (er)leben« der Bertelsmann Stiftung, das erprobte Verfahren der Beteiligung aus den Bereichen Jugendarbeit, Schulen und Kommunalverwaltung darstellt (siehe Literaturhinweise am Ende der Broschüre).

Abgestimmtes Zusammenwirken der kommunalen Ebene mit dem Land

Damit lokale Bildungslandschaften die erhofften Potentiale entfalten können, braucht es ein abgestimmtes Zusammenspiel zwischen den verschiedenen kommunalen Ebenen einerseits und zwischen dem Land und den Kommunen – bzw. deren Interessenvertretungen – andererseits. Die Zusammenarbeit betrifft Fragen der Finanzierung ebenso wie hinderliche Zuständigkeitsregelungen oder fehlende gesetzliche Grundlagen, so zum Beispiel die Trennung in äußere und innere Schulträgerschaft oder fehlende rechtliche Verbindlichkeiten für eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe.

Im 12. Kinder- und Jugendbericht wird hinsichtlich des zentralen Bereichs der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ausgeführt: »Eine bessere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schule sowie die Stärkung der Rolle der Kommunen beim Aufbau eines integrierten Systems von Bildung, Betreuung und Erziehung erfordern auch vermehrte Anstrengungen bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie eine verbesserte Abstimmung zwischen ihnen. Damit Kommunen stärker an der inhaltlichen Gestaltung von Schulentwicklung beteiligt werden und Schule und Jugendhilfe sich besser aufeinander beziehen können, bedarf es einer Anpassung bzw. Synchronisierung der administrativen und politischen Strukturen im Bereich der Bildungs- und Jugendpolitik von Bund, Ländern und Gemeinden« (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 559).

Zusammenwirken zwischen Städten/Gemeinden

Städte/Gemeinden sollten bei ihren Aktivitäten rund um die Entwicklung lokaler Bildungslandschaften sowohl die umliegenden Städte/Gemeinden mit einbeziehen als auch eine Abstimmung mit dem Landkreis vornehmen. So können Themen und Problemfelder angegangen werden, die eine Stadt/Gemeinde alleine nicht bewältigen kann. Ein Beispiel hierfür sind die Aktivitäten in der Bildungslandschaft Oderbruch »Lernen im Oderbruch«, die gemeindeübergreifend das Thema Zusammenarbeit von Kita und Grundschule bearbeitet. Durch abgestimmte gemeindeübergreifende Aktivitäten kann eine An-

schlussfähigkeit an bestehende Konzepte weiterführender Bildungsinstitutionen, die außerhalb der Gemeinden verortet sind, besser gewährleistet werden.

Zusammenwirken zwischen Landkreisen und kreisangehörigen Städten/Gemeinden

Dies gilt in entsprechender Weise für Aktivitäten, die auf Landkreisebene entfaltet werden. Sie müssen die Anliegen und Aktivitäten der kreisangehörigen Städte/Gemeinden mit berücksichtigen, partnerschaftlich einbeziehen sowie eine Abstimmung mit angrenzenden Kreisen vornehmen. »Aus ihrer verfassungsrechtlichen Stellung als Gemeindeverband ... sind die Landkreise in allen Bundesländern für die Erfüllung gemeindeübergreifender oder die Leistungsfähigkeit von kreisangehörigen Gemeinden übersteigenden Aufgaben prädestiniert und auch regelmäßig gesetzlich vorgesehen. Aus dieser Funktion heraus ist es sinnvoll, dass Landkreise über ihren engeren Auftrag insbesondere als Schulträger und auch über ihre Funktion außerhalb des formalen Bildungssystems hinaus koordinierende Aufgaben im Sinne einer kommunalen Bildungslandschaft wahrnehmen« (Freese 2008, S. 7). So ist z.B. im Landkreis Elbe-Elster ein kommunaler Steuerungskreis vorgesehen, der sich aus kreisangehörigen Gemeinden zusammensetzt (siehe S. 48).

Zusammenwirken zwischen den Landkreisen

Der Zusammenarbeit zwischen den

Kommunen kommt vor dem Hintergrund des demografischen Wandels insgesamt eine große Bedeutung zu (siehe S. 83). Spätestens, wenn die Kreise Aktivitäten am Übergang Schule – Beruf entfalten, erweist sich der ausschließliche Blick auf die eigene Kreisgrenze als zu eng. Um den jungen Menschen echte Optionen und Zukunftsperspektiven bieten zu können ist der Blick auf die angrenzenden Kreise zu weiten.

Zusammenwirken zwischen kommunaler Ebene und Land

Erfahrungen und Aktivitäten der kommunalen Ebene sind wiederum mit dem Land auszutauschen und abzustimmen. Dabei sind die kommunalen Spitzenverbände, der Brandenburger Städte- und Gemeindebund sowie der Brandenburger Landkreistag zwingend einzubeziehen. Im Dialog können notwendige landesseitig zu initiiierende Rahmenbedingungen im Sinne einer Ermöglichungsstruktur für lokale Bildungslandschaften geschaffen werden, wie zum Beispiel:

- Eine verbindliche Regelung für eine integrierte Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung als ein wesentlicher Schritt, um den Aufbau lokaler Bildungslandschaften zu befördern.¹⁴
- Eine abgestimmte Zusammenarbeit des Landesjugendhilfeausschusses sowie des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport des Brandenburger Landtages; diese hätte sicherlich auch eine Vorbildfunktion für die Aktivitäten auf kommunaler Ebene. Sinnvoll und denkbar wären auf Landesseite zum Beispiel ein gemeinsamer Unter-

14 Wie sie in Nordrhein-Westfalen bereits vorgeschrieben ist: »Die obere Schulaufsichtsbehörde beobachtet die Schulentwicklungsplanung in ihrem Bezirk und fördert die Koordinierung der Bildungs- und Abschlussangebote. Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung sind aufeinander abzustimmen« (§ 80 Schulgesetz NRW). Und korrespondierend dazu: »Die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe wirken darauf hin, dass im Rahmen einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung ein zwischen allen Beteiligten abgestimmtes Konzept über Schwerpunkte und Bereiche des Zusammenwirkens und über Umsetzungsschritte entwickelt wird« (§ 7 Abs. 3 Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes; Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz).

ausschuss, der sich kontinuierlich dem zentralen Aspekt Kooperation von Jugendhilfe und Schule widmet.

- Eine Regelung, die den Kommunen generell ein Stimmrecht in den Schulkonferenzen einräumt. Dies wurde mit Beginn des Schuljahres 2007/08 im Rahmen eines Standarderprobungsverfahrens bei fünf Kommunen in Brandenburg bereits umgesetzt.¹⁵ Durch die Kommunen und die beteiligten Schulen wurden die ersten Erfahrungen durchaus positiv bewertet, wenngleich es auch kritische Rückmeldungen gab.
- Gemeinsam von Land und Kommunen bzw. den Verbänden aufgelegte Förderprogramme zur Unterstützung und Begleitung von Kommunen bei der Entwicklung lokaler Bildungslandschaften wären ein weiterer möglicher Beitrag, der auf diesen Ebenen eine »Verantwortungsgemeinschaft« signalisiert.¹⁶
- Eine gezielte Förderung »lokaler Bildungslandschaften« in benachteiligten Regionen, abseits herkömmlicher Förderstrategien, die auf Wachstum setzen, könnte ebenfalls Bestandteil der Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Interessenverbänden der Kommunen sein.

Insbesondere der letztgenannte Punkt, die Förderung von benachteiligten Regionen, verdient eine besondere Beachtung. »Es zeigen sich Polarisierungsprozesse zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen« (Bertelsmann 2008a, S. 10). Diese unterschiedlichen Entwicklungen werden sich voraussichtlich noch verstär-

ken. Die wachsenden – in der Regel damit auch die finanzstärkeren Kommunen – sind in einer ungleich besseren Ausgangslage, mit zusätzlichen Ressourcen lokale Bildungslandschaften zu initiieren und zu fördern. Natürlich steht an erster Stelle der Entschluss der in der Region agierenden Menschen und Institutionen, sich auf den Weg zu machen. Die Gefahr aber, dass durch die erhöhte Aufmerksamkeit für den Bildungsbereich die Schräglage zwischen armen und reichen Regionen größer wird, ist nicht von der Hand zu weisen. Damit würde die Verteilung von Lebenschancen noch stärker durch die regionale Herkunft bestimmt. Damit es hier nicht zu einer weiteren Polarisierung kommt, sollte über eine besondere Förderung von »benachteiligten Regionen« hinsichtlich ihrer Bildungsaktivitäten nachgedacht werden.

Die Auflistung möglicher Einzelaktivitäten soll allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es im Zusammenspiel zwischen der kommunalen Ebene und dem Land eine Gesamtstrategie geben muss¹⁷. Das Land sollte hier als unterstützender, aktivierender und gegebenenfalls auch moderierender Akteur wirken und ebenfalls eine ressortübergreifende Abstimmung und Planung vornehmen. Es genügt nicht, eine beobachtende – ob kritische oder wohlwollende – Rolle einzunehmen. Eine solche Haltung entspricht einem Denken in Zuständigkeiten und ist rückwärtsgerichtet. Anzustreben ist ein abgestimmtes und partnerschaftliches Vorgehen mit der kommunalen Ebene im Sinne einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft. Die aktuelle Vereinbarung

zur Zusammenarbeit in der Regierungskoalition in Brandenburg weist beim Punkt Bildung bei einigen der aufgeführten Punkte Verbindungen zu diesem Anspruch auf¹⁸, auch wenn das klare Bekenntnis zu einer engeren Abstimmung mit den Kommunen nicht enthalten ist.

Fazit

Lokale Bildungslandschaften in dem beschriebenen Sinne zu gestalten ist bundesweit eine konzeptionelle Zielstellung und Herausforderung, die erst allmählich – in mehr oder weniger weitgehenden Ansätzen – Umsetzung findet. Es geht dabei um weit mehr als um den »Klassiker« der Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Schule. Es geht nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft, um den Fachkräftebedarf zu sichern. Zwischen Schule und Kultur, um Toleranz zu fördern oder Bibliotheken besser zu nutzen. Zwischen Sport und Schule für ein Mehr an Gesundheit und mehr Vereinsmitglieder. Zwischen Familien und Jugendhilfe, um Kinderschutz präventiv zu betreiben. Die Zielsetzung einer lokalen Bildungslandschaft geht weit über die Teilbearbeitung von Teilbereichen hinaus: Sie soll dem Denken und Handeln in den getrennt voneinander arbeitenden Teilssegmenten rund um Fragen der Bildung entgegenwirken. Es geht darum, das Zusammenspiel aller beteiligten Bildungsakteure in einem definierten Raum durch

15 Beteiligt waren die Städte Prenzlau und Zossen, die Gemeinden Kloster Lehnin und Letschin sowie das Amt Ziesar, siehe hierzu den Beitrag »Schulträger mit Stimme« im Forum GANZGUT Ausgabe 04/07, S. 36–39. Unter www.mbjs.brandenburg.de/media/bb2.a.5813.de/Dokumentation_2-Erfahrungsaustausch.pdf steht eine Dokumentation des zweiten Erfahrungsaustausches der beteiligten Kommunen mit dem MBJS zur Verfügung, die Zwischenergebnisse und Erfahrungen wiedergibt, u. a. auf der Grundlage von Befragungen der betroffenen Schulen.

16 So werden in Schleswig-Holstein drei kreisangehörige Kommunen durch das Programm »Bildungslandschaften zwischen den Meeren – Bildung gemeinsam verantworten« bei ihren Aktivitäten unterstützt. Das Programm wird von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung verantwortet und durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren des Landes Schleswig-Holstein (MSGF), das Ministerium für Bildung und Frauen sowie die kommunalen Spitzenverbände (Städteverband und Landkreistag) des Landes Schleswig-Holstein gefördert, siehe www.dkjs.de/programme/bildungspartner-ernetzen/zwischen-den-meeren.html

17 So hat das Land Nordrhein-Westfalen mit inzwischen 40 Landkreisen eine Kooperationsvereinbarung zur »Weiterentwicklung/Entwicklung eines Bildungsnetzwerkes in der Bildungsregion ...« abgeschlossen (angestrebt wird eine flächendeckende Vereinbarung mit allen 48 Landkreisen in NRW). Die Musterkooperationsvereinbarung enthält u. a. Aussagen zu den Zielsetzungen, der Grundsätze und Prinzipien der Kooperation, über die Handlungsfelder und der Organisation der regionalen Kooperation und zu Aufgaben von Regionalen Geschäftstellen. Download der Mustervorlage unter www.schulministerium.nrw.de/BP/Bildungsnetzwerke/MusterKreis.pdf

18 Unter anderem enthält die Vereinbarung folgende Positionierungen: »Im Zeitalter des Wissens hängt die Zukunft unseres Gemeinwesens von nichts anderem so sehr ab wie von den Fähigkeiten und Kenntnissen seiner Menschen. Gute Bildung darf deshalb so wenig wie irgend möglich von sozialer oder regionaler Herkunft abhängen. Wir wollen Chancengleichheit für alle. Deswegen investieren wir in die Bildung – von der Kita über unsere Schulen bis zu den Hochschulen. [...] Bei der Berufung von Schulleitungen soll der Schulträger eine größere Mitsprache haben. [...] Unser Ziel sind regional ausgewogene und attraktive Angebote für junge Menschen in der sozialen Infrastruktur. Dafür sollen Angebote von Bildung, Erziehung, Betreuung und regionalisierte Arbeitsmarktpolitik besser verbunden sowie die Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung enger verzahnt werden« (Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Brandenburg / Die Linke Landesverband Brandenburg 2009, S. 4 ff).



Wer Bildung lokal gestalten möchte muss sich vor Ort gut auskennen

(kommunale) Standards so abzusichern, dass verlässliche Rahmenbedingungen gestaltet werden, die geeignet sind, alle Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die jungen Menschen, in ihrem Bildungsverlauf möglichst optimal zu fördern.

Notwendig: Geänderte Rollenverständnisse und Arbeitsweisen

Damit verbunden ist eine notwendige Änderung bisheriger Rollenverständnisse und Arbeitsweisen bei den handelnden Akteuren vor Ort, vor allem auf Seiten der kommunalen Politik und Verwaltung. Wenn ihnen die Gesamtverantwortung zugesprochen wird, bedeutet das nicht, in einer hierarchischen Struktur zu agieren, in der den beteiligten Organisationen Entscheidungsspielräume oder gar Kompetenzen genommen werden. »Um diese neue Rolle leben zu können, ist insbesondere seitens der Repräsentanten und Repräsentantinnen der politischen Entscheidungsträger bzw. der Verwaltung ein hohes Maß an Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Aushandlung erforderlich, eine Offenheit gegenüber den Bedürfnissen und Realitäten der Leistungserbringer bei gleichzeitiger Verfolgung der Steuerungsinteressen der Politik bzw. der Verwaltung« (Großmann u.a. 2007, S. 135).

Damit sind Herausforderungen formuliert, die bei den Akteuren vor Ort auch Verunsicherungen erzeugen können: Dies ist vor dem Hintergrund der skizzierten Eckpfeiler und der damit verbundenen Akti-

vitäten und Aufgaben verständlich. Daher gilt die Devise: Anfangen und Einsteigen in kleinen Schritten und Überforderung vermeiden. Zwar ist der Weg bei der Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft nicht wichtiger als das Ziel, aber prägend für lokale Bildungslandschaften sind das prozesshafte Vorgehen und das gemeinsame Lernen aller beteiligten Akteure.

Überforderung vermeiden, pragmatischen Einstieg wählen

Der Einstieg kann über einen der skizzierten Eckpfeiler erfolgen: Eine Zukunftswerkstatt als Beginn einer Leitbildentwicklung. Eine erste gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und Bildungsausschusses als Einstieg in die gemeinsame Bildungsplanung. Der Entschluss (und Beschluss), Aufgaben der Koordination und Gesamtsteuerung bei der kommunalen Verwaltung strukturell anzubinden und die damit verbundenen Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Durch partizipative Elemente und öffentliche Diskussionsrunden kann ein Impuls gesetzt werden, um über strukturelle Veränderungen und notwendige Ressourcen nachzudenken.

Die im Folgenden dargestellten Beispiele aus dem Land Brandenburg zeigen, wie Kommunen der Einstieg in den Aufbau lokaler Bildungslandschaften gelingen kann. Sie bieten interessante und ermutigende Einblicke in drei Kommunen, die sich auf den Weg gemacht haben, ihre loka-

le Bildungslandschaft zu gestalten. Dabei setzen sie sowohl auf bekannte Themen (z.B. Kooperation Hort und Grundschule oder Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft) als auch auf neue Ansätze (Zukunftskonferenz, Bildungsbüro oder Stabsstelle). Sie ermitteln mit Augenmaß, was vor Ort machbar ist, und gewinnen durch ihr Engagement weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter. »Gestalten statt verwalten« ist ein Ansatz, der sie alle eint. Einig sind sich die Akteure vor Ort auch darüber, dass sie noch nicht alles erreicht haben, was sie erreichen möchten. Sie wissen, dass sie bei einigen Themen schon eine Vorreiterrolle und auch Vorbildfunktion einnehmen und bei anderen Themen noch lernen.

**»Nicht weil es schwer ist,
wagen wir es nicht,
sondern weil wir es nicht wagen,
ist es schwer.«**
(SENECA)



Amt Döbern-Land

Aktivitäten und Erfahrungen im Land Brandenburg

Das Amt Döbern-Land	25
Schule als Bestandteil der Kommune erhalten	27
Ein Interview mit Günter Quander, Amtsdirektor von Döbern-Land	
Wenn das Wir-Gefühl entsteht, dann kann man etwas erreichen!	28
Ein Interview mit Michael Koch, Schulrat im Staatlichen Schulamt Cottbus	
Wir wollen hier die Schullandschaft verändern	30
Ein Interview mit der Sonderpädagogin Heike Pfeiffer	
Die Zukunft der Kinder	32
Die Kinderkonferenz des Amtes Döbern-Land, eine Reportage von Christine Plaß	
Die Vernetzung ist in Gang gekommen	36
Ein Interview mit der Prozessbegleiterin Manuela Kohlbacher	
Auf die Jugend kann man zählen	38
Eine Reportage über die Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land	
Jugendliche in ihrer Eigenverantwortung stärken – Jugendarbeit als Teil der Bildungslandschaft	44
Ein Interview mit Christian Müller, dem Jugendkoordinator aus Döbern-Land und Neuhausen/Spree	

Das Amt Döbern-Land

Im Süden von Brandenburg, 25 Kilometer von Cottbus entfernt, unmittelbar an der Grenze zu Polen liegt das Amt Döbern-Land. Es wurde erst 1990 im Zuge der Gemeindegebietsreform gegründet, hat eine Fläche von 272 Quadratkilometern und gehört zum Landkreis Spree-Neiße. An die 12.600 Einwohnerinnen und Einwohner leben in acht Gemeinden mit insgesamt 24 Ortsteilen. Neben deutsch wird nieder-



Natur und Erholung sind Stärken des Amts Döbern-Land – neben dem Engagement in Bildungsfragen

sorbisch gesprochen. Der Wald nimmt über die Hälfte der Fläche von Döbern-Land ein. Die Märkische Heidelandschaft lädt zum Wandern, Radwandern, Skaten und Angeln ein. Über 500 Kilometer ausgebaute Radwege ermöglichen abwechslungsreiche Touren. Am Badesee Eichwege inmitten von Wiesen und Wald ist Camping möglich. In Groß-Kölzig hat ein Naturbad von Frühling bis Herbst geöffnet.

Durch Döbern-Land führen Bundes- und Landstraßen, auch die Autobahn ist in der Nähe. Schlecht ist es hingegen um den öffentlichen Nahverkehr bestellt. 1996 stellte die Deutsche Bahn den Personennahverkehr nach Döbern ein.

In der strukturschwachen Region dominieren Handwerksbetriebe. Bis 2008 war die Döberner Glashütte das Wahrzeichen der Region. Seit 1867 wurde dort Glas hergestellt und veredelt. Im Zuge ihrer Insolvenz schlossen auch die »Hüttenschänke« und das Glasmuseum. Seit April 2009 setzt sich eine Bürgerinitiative für den Erhalt des Standortes ein.

Mit 13 Einrichtungen für Kinder (Kittas, Hort, Musikkindergarten), vier Grundschulen in öffentlicher Trägerschaft

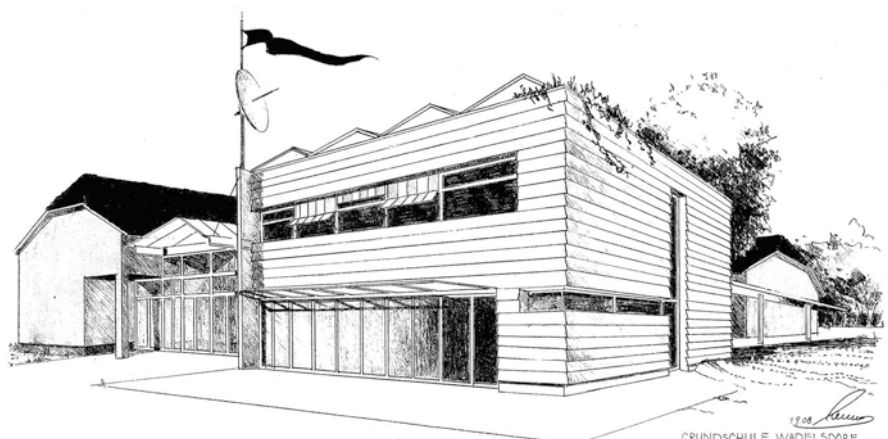
(darunter eine Ganztagschule) und einer Grundschule in freier Trägerschaft sowie einer Oberschule bietet Döbern-Land Familien eine gute Infrastruktur. Die bestehenden Jugendclubs, werden von einem Jugendkoordinator vernetzt und beraten. Die Jugendclubs werden in der Regel von ehrenamtlichen Jugendlichen eigenverantwortlich betrieben. Die Freiwilligen Feuerwehren und Sportvereine sind ansonsten die wesentlichen Träger der Jugendarbeit vor Ort.



2006 konnte der Schulstandort in Waddelsdorf, zu dem Zeitpunkt eine einzügige Grundschule ohne Profilierung mit ca. 110 Schülerinnen und Schülern, auf sein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Die drohende Schließung dieses Standortes sowie der Oberschule führte zu einer Mobilisierung der Eltern, die sich über den Förderverein der Schule für den Erhalt des Standortes stark machten. Die Schule sollte attraktiver werden, ein Profil aufbauen und noch stärker als bisher im Sozialraum verankert werden. Der Ausbau der Schule zu einer Ganztagschule war aus Sicht der Eltern im Rahmen dieser Zielsetzungen nur konsequent. Zum Schuljahr 2007/2008 wurde das ganztagschulische Konzept durch das staatliche Schulamt genehmigt.

Die anfänglichen Widerstände des Kollegiums konnten von den Eltern mit Unterstützung des staatlichen Schulamtes durch ein freundliches, aber bestimmtes Werben und eine frühe Einbindung in die konzeptionellen Planungen überwunden werden. Hilfreich war dabei ein gemeinsam mit der Brandenburgischen Architektenkammer durchgeführter Workshop unter Beteiligung von Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Vertretern der Verwaltung zur Entwicklung raumkonzeptioneller Strukturen für die Ganztagschule.

Im Ergebnis des Workshops standen mehrere Lösungsvarianten für den ganz-



tagsschulischen Ausbau, die folgende Erkenntnisse der gemeinsamen Arbeit berücksichtigten: Der geplante Ganztags unter den gegebenen Bedingungen eingeschränkt möglich. Das Nutzflächendefizit der Grundschule Wadelsdorf gegenüber der ministeriellen Raumempfehlung beträgt 770,5 qm. Ein Schulanbau ist notwendig, bis zu dessen Realisierung ein vorläufiges Raumkonzept erstellt wurde.

Ausgehend von den entwickelten Aktivitäten beim Ausbau ganztagschulischer Angebote und den damit verbundenen Aufgaben wurde im November 2007 die Stelle einer Sachbearbeitung Bildungsplanung, angesiedelt im Hauptamt der Verwaltung, geschaffen. Zunächst befristet für die Dauer eines Jahres, bei einer Wochenarbeitszeit von 30h und mit der Unterstützung der Bildungseinrichtungen bei ihren Aktivitäten, Vernetzung, Kooperation und Fundraising betraut. Die Einrichtung dieser Stelle war umstritten. Doch diese strukturelle Unterstützung und zusätzliche Ressource erwies sich als ein wesentlicher Motor bei den Bemühungen, die Bildungslandschaft im Amt Döbern-Land weiterzuentwickeln. So war die Sicherung der Stelle zu November 2008 eine einstimmige Sache. Sie wurde zu einer unbefristeten Stabsstelle, die direkt dem Amtsdirektor unterstellt ist, die Wochenarbeitszeit wurde auf 40h ausgeweitet.

Im Januar 2008 konstituierte sich der Bildungsbeirat als beratendes Gremium der Verwaltung und des Amtsdirek-

tors. Der Vorsitz im Bildungsbeirat liegt bei der Amtsverwaltung. Er setzt sich aus elf Mitgliedern zusammen, die unterschiedliche Fachkompetenzen und Expertisen einbringen, unter anderem ein Schulrat, Jugendliche, eine Lehrerin, Vertreter aus der Wirtschaft, Eltern, eine Sonderpädagogin und ein Bürgermeister. Sie alle eint der direkte Bezug zum Amtsgebiet und ein hohes Engagement für die lokale Entwicklung.

Erklärtes Ziel des Bildungsbeirates war und ist es, Schulstandorte zu sichern und weiter zu entwickeln. Dabei sollen Kooperationspartner für die Schulen gefunden werden, die die Schülerinnen und Schüler beim praxisorientierten Lernen unterstützen. Ziel ist eine lokale Bildungslandschaft, die Familien zum Niederlassen und Bleiben motiviert. Ein offensiver Umgang mit dem demografischen Wandel im ländlichen Raum ist dabei unumgänglich.

Kennzeichnend für das Amt Döbern bei der Entwicklung der lokalen Bildungslandschaft ist eine partizipativ angelegte Vorgehensweise, die es ermöglichen soll, alle relevanten Statusgruppen in die Ak-

GEMEINDE	EINWOHNER-ZAHL	GEMEINDE-FLÄCHE
Döbern	3.696	15,7 km ²
Felixsee	2.249	35,4 km ²
Groß Schacksdorf-Simmersdorf	1.228	25,1 km ²
Hornow-Wadelsdorf	638	21,3 km ²
Jämlitz-Klein Düben	495	28,8 km ²
Neiße-Malxetal	1.800	82,6 km ²
Tschernitz	1.486	13,2 km ²
Wiesengrund	1.593	50,1 km ²

Tab. 1: Einwohnerzahl und Gemeindefläche der Gemeinden im Amt Döbern-Land (Stand: 31.12.2008)

tivitäten einzubinden. Denn eine Erkenntnis setzte sich vor Ort schnell durch: »Wir brauchen nicht nur institutionelle Partner, wir brauchen das Gemeinwesen.« Die vorhandenen Potenziale der Bevölkerung sollen verdeutlicht und in kreative Prozesse des Gemeinwesens eingebunden werden. Auch politisches Engagement soll durch Partizipation erhöht werden. »Döbern-Land soll lernen, Kraft aus sich selber zu schöpfen«, fasst der Amtsdirektor den Ansatz zusammen.

Um dies zu ermöglichen wurden am 13. Mai 2009 eine eintägige Kinderkonferenz mit 70 Grundschülerinnen und Grundschülern aus allen Schulen des Amtes (siehe S.32 ff) und eine Zukunftskonferenz (05. bis 07. Juni 2009) unter Beteiligung von Eltern, Jugendlichen, Senioren und Vertreterinnen und Vertretern aus den Bereichen Bildung, Soziales, Wirtschaft, Ehrenamt, Politik und Verwaltung durchgeführt (siehe S.38 ff). 64 Personen investierten drei Tage in die intensive Auseinandersetzung mit den strukturellen Gegebenheiten im Amt und in die Entwicklung von konkreten Projekten und Handlungsansätzen. Natürlich wurden auch diese Veranstaltungen unter Mitwirkung einer Steuergruppe partizipativ geplant.

Im Rahmen des Projektes »Anstoß« ist eine wissenschaftliche Begleitung der Zukunftskonferenz installiert. Darüber hinaus unterstützt die langfristige intensive Beratung durch das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung (demos) die Bemühungen, eine Kultur für Bürgerbeteiligung im Amt Döbern-Land zur »Normalität« werden zu lassen.

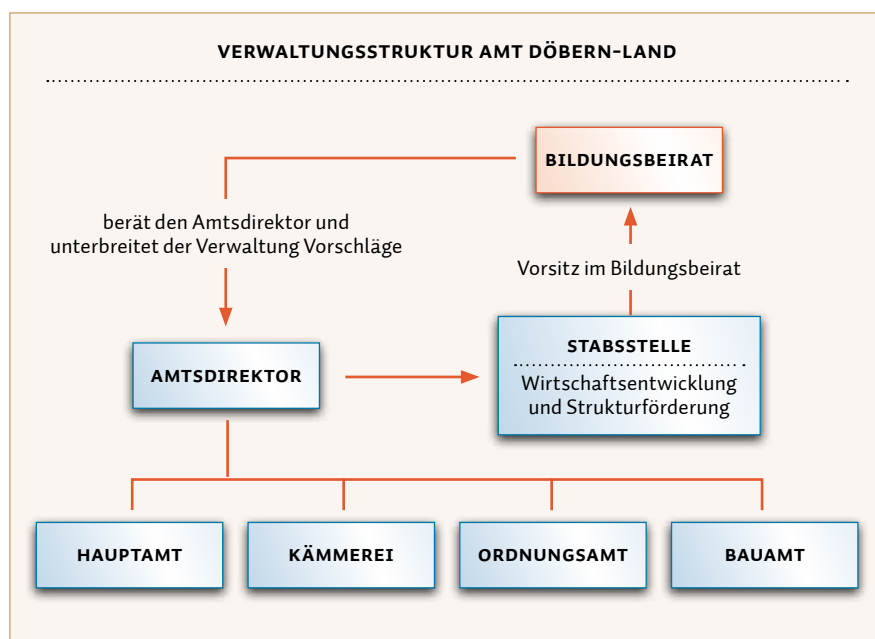


Abb. 8: Verwaltungsstruktur Amt Döbern-Land mit Einbettung des Bildungsbeirats

Schule als Bestandteil der Kommune erhalten



EIN INTERVIEW MIT GÜNTER QUANDER, AMTSDIREKTOR VON DÖBERN-LAND

Am Anfang Ihrer Bildungslandschaft stand die Ganztagschule in Wadelsdorf. Wie konnte sich daraus so eine Dynamik entwickeln?

GÜNTER QUANDER: Die Bewegung entstand bereits, bevor die Grundschule Wadelsdorf Ganztagschule wurde. Bei aller erdenklichen Unterstützung durch das Amt wäre es niemals dazu gekommen, wenn nicht der Förderverein der Schule mit Vehemenz die Initiative Ganztags betrieben hätte. Dazu hat maßgeblich Frau Müller, jetzt Vorsitzende des Bildungsbeirates, beigetragen. Sie hat es geschafft, Widerstände und erhebliche Bedenken, die bis zum Schulamt getragen wurden, zu überwinden. Dabei gelang es ihr, weitere Personen und Institutionen einzubinden und somit das Engagement auf eine breite Basis zu stellen.

Was versprach sich das Amt Döbern von der Ganztagschule?

GÜNTER QUANDER: Wir haben im Ganztags die Möglichkeit gesehen, Schule zu dem zu machen, was sie sein soll: Nicht einfach nur fünf Stunden Unterricht und dann Schluss, sondern Lebenswelt für Kinder, Jugendliche und Familien im Ort, in der die Grundlagen geschaffen werden für Lebenswert und Attraktivität ländlicher Räume. Schule sollte wieder diese Bedeutung bekommen, so wie zu der Zeit, als ich noch zur Schule gegangen bin. Wir haben versucht, diese Idee gemeinsam an die Schulen im Amt zu tragen, insbesondere an die Grundschule in Groß Schacksdorf. Das ist uns zunächst nicht gelungen. Wir haben zwar damals schon die Zusammenhänge zwischen Schülerzahlen und guten Ganztagschulen gesehen, aber es ist uns nicht gelungen, die Schulen davon zu überzeugen, Ganztagschule zu werden.

2006 hat sich dann unser Landrat berufen gefühlt, den Bürgermeister den Rat zu geben, die Oberschule in Döbern dicht zu machen und sich darauf zu konzentrieren, eine starke, gute Grundschule in Döbern zu fördern. Daraufhin ist – wie in der Vergangenheit sehr oft im Amt Döbern – genau das Gegenteil passiert. Alle in der Region waren sich schnell einig: Der Erhalt der Oberschule ist alternativlos. Aus heutiger Sicht immer noch die richtige Entscheidung. Indem wir die Angebote der Oberschule verbessert und uns intensiv um den Übergang von der Grundschule in die Oberschule gekümmert haben, konnten wir die Oberschule erhalten. Das wird auch der Leitgedanke für die Zukunft sein, der nur in enger Kooperation aller Schulen des Amtes umsetzbar ist.

Ergebnis dieses Meinungsbildungsprozesses im Amtsausschuss war im Herbst 2007 die – zunächst befristete – Schaffung einer



Günter Quander, Amtsdirektor Amt Döbern-Land

Stelle »Sachbearbeiterin Bildungsplanung« und die nachfolgende Konstituierung des Bildungsbeirates. Wie kam es dazu und wie können Sie das finanzieren?

GÜNTER QUANDER: Die Frage der Übergänge hat uns weiter beschäftigt. Wir fingen an, strukturell zu überlegen: Welche Aufgaben und Möglichkeiten haben wir als Schulträger, Schule als Bestandteil der Kommune zu erhalten und zu unterstützen. Wir waren uns einig, dass es dazu jemanden im Amt braucht, der über die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben des Sachaufwandsträgers hinaus die Initiative vorantreibt und koordiniert. Im Ergebnis einer anfänglich sehr kontrovers geführten Diskussion wurde dann doch mit sehr deutlicher Mehrheit die Stelle zunächst für ein Jahr genehmigt. Frau Müllers Aufgabe ist es, die Schulen zu begleiten, Projekte zu entwickeln und Gelder für die Projekte zu akquirieren. Sie hat die Grundschule Wadelsdorf intensiv bei der inhaltlichen Arbeit auf dem Weg zur Ganztagschule unterstützt und Projekte entwickelt, die sich sogar die Anerkennung des brandenburgischen Bildungsministers verdienen. Natürlich ist Frau Müller nicht nur für die Grundschule Wadelsdorf da. Ihre erste große Bewährungsprobe war die Vorbereitung eines Zirkusprojekts in der Grundschule Groß Schacksdorf anlässlich des 40. Schuljubiläums, insbesondere die Gewinnung von Unterstützern. Das war auch das erste gemeinsame Projekt aller Grundschulen des Amtes. Es hat den Gemeinschaftssinn sehr nachhaltig befördert.

Die Zukunftskonferenz hätte ohne das Wirken von Frau Müller aus dieser Stelle heraus niemals stattgefunden. Sie hat Bildungs-

projekte unterstützt, die im jeweiligen Schulbereich unheimlich populär waren. Insofern war es nach einem Jahr relativ einfach, dem Amtsausschuss zu empfehlen: Diese Stelle brauchen wir auf Dauer, unbefristet.

Werden Sie vom Landkreis beim Aufbau Ihrer Bildungslandschaft unterstützt?

GÜNTER QUANDER: Nicht wirklich. Eigentlich ist es traurig, dass wir für diese Arbeit, mit der wir Neuland betreten, wenig bis überhaupt kein Verständnis finden. Wir bekommen keinen Cent Unterstützung. Das schmerzt uns schon, spornt uns aber auf der anderen Seite auch immer wieder an. Ich bin gespannt, wie die Reaktion des Landkreises sein wird, wenn sie merken, was hier entsteht. Auf der Landesebene verspüre ich immerhin schon eine angenehme Wertschätzung dessen, was wir uns in Fragen Bildungslandschaft auf die Fahnen geschrieben haben. ☺



Teilnehmer der Kinderkonferenz Amt Döbern-Land

Wenn das Wir-Gefühl entsteht, dann kann man etwas erreichen!



EIN INTERVIEW MIT MICHAEL KOCH, SCHULRAT IM STAATLICHEN SCHULAMT COTTBUS
UND MITGLIED IM BILDUNGSBEIRAT DES AMTS DÖBERN-LAND.

Was war für Sie der Auftakt beim Aufbau der Bildungslandschaft in der Region?

MICHAEL KOCH: Die Entwicklung der Grundschule Wadelsdorf zur Ganztagschule war ein großer Schritt, hier ist eine Initialzündung gelungen. Es ist ein perfekter Standort, vor allem sobald der Neubau fertig sein wird. Schule wird in diesem regionalen Umfeld die zentrale Stelle, an der die Fäden zusammenlaufen. Das erfolgreiche Bemühen um den Erhalt der Oberschule war ein weiterer wichtiger Impuls und Ansporn. Um eine Oberschule zu erhalten, brauchen Sie einen gefestigten Unterbau. Sie müssen die Grundschulen vor Ort so entwickeln, dass die Eltern ihre Kinder dort einschulen möchten. Mein Wunsch wäre es, dass alle Schulen Ganztagschulen werden.

Sind denn Ganztagschulen automatisch gute oder bessere Schulen?

MICHAEL KOCH: Nein, das natürlich nicht. Sie bieten aber grundsätzlich bessere Strukturen, um in den lokalen Raum hinein zu wirken und Angebote zusammenzuführen, zu bündeln. Das ist gerade für den ländlichen Raum eine wichtige Funktion. Es muss, so unsere Erfahrung, eine Unterstützung und Begleitung der Schulen geben, damit das Potential ausgeschöpft wird. Dafür



Gemeinsam aktiv bei der Zukunftskonferenz im Amt Döbern Land: Michael Koch und Carolin Vatter, Jugendclubleiterin



Bildungskonferenz Amt Döbern-Land

hat das Staatliche Schulamt Cottbus ein Beratungs- und Unterstützungssystem für Schulen eingerichtet. Über das Staatliche Schulamt haben wir zum Beispiel begonnen, die Schulen an externe Evaluation heranzuführen. Es ist wichtig, dass Außenstehende die Schulen bewerten und nicht nur der Schulrat. Ein Qualitätsmerkmal zeichnet sich bereits jetzt ab: Die Schulen arbeiten besser zusammen, lernen voneinander. Ein anderer wichtiger Faktor sind die Eltern. Sie erkennen zum Teil viel eher als die Lehrerinnen und Lehrer, dass die Ganztagschulen ihre Interessen besser wahr- und aufnehmen.

Was ist Ihre Vision für die Bildungslandschaft Amt Döbern-Land?

MICHAEL KOCH: Ich wünsche mir, dass Kinder von der Krippe bis zur Ausbildung durchgängige, verlässliche Angebote bekommen, die an den Interessen der Kinder und der Eltern ausgerichtet sind. Dabei gilt: Je kleiner die Menschen, desto kürzer müssen die Wege zur Bildungseinrichtung sein.

Wie weit ist man hier noch von Ihrer Vision entfernt?

MICHAEL KOCH: Mit der Kinderkonferenz wurde ein wichtiger Schritt getan, weil dort die Interessen der Kinder im Mittelpunkt standen. Oft werden Entscheidungen gefällt, ohne die Interessen der Kinder zu kennen und zu berücksichtigen: Wenn es gut läuft, gibt es Vertreter, die die Interessen der Kinder kennen und formulieren. Hier tun es die Kinder selbst. Der nächste wichtige Schritt ist die Zukunftskonferenz des Amtes. Erst danach kann man Meilensteine bestimmen und sagen, wo und wie es weitergeht. Ich rechne mit spürbaren Veränderungen im nächsten halben Jahr. Am dringlichsten ist aus meiner Sicht, dass sich auch die Grundschule in Döbern zur Ganztagschule weiter entwickelt. Es gibt bereits Gespräche zwischen dem Amt Döbern-Land und der Schul-

leitung und erste Absprachen mit dem Schulamt. Im Zuge dessen würde sich anbieten, auch die Oberschule zur Ganztagschule weiterzuentwickeln. Das würde die Sache erst rund machen.

Sie kennen nicht nur Döbern-Land, sondern sind in der gesamten Region Lausitz-Spreewald unterwegs. Warum entsteht gerade hier eine Bildungslandschaft?

MICHAEL KOCH: Die größte Stärke der Menschen im Amt Döbern ist: Sie wollen etwas. Ihnen ist bewusst, dass Bildung vor Ort wichtig ist, Niveau haben muss und dass die Verantwortung dafür von allen getragen wird. Im Gegensatz dazu sind sich andere Gemeinden nicht im Klaren darüber, was sie wollen. Das ist einer der Gründe, warum ich mich im Bildungsbeirat engagiere. Veränderungswille, Engagement und Zielorientierung treffen hier aufeinander. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Einrichtung der Stabsstelle Bildung bei der Verwaltung.

In Döbern haben die Verantwortlichen realisiert, dass sie die Region nur weiterentwickeln können, wenn sie den Bevölkerungsrückgang stoppen. Sie wollen die Bevölkerung in der Region halten, den Wegzug bremsen und Perspektiven für die Menschen bieten. Dabei setzen sie auf Bildung und auf die Beteiligung aller Gemeindeglieder. Hier machen alle mit, vom Handwerker bis hin zur Feuerwehr und Kirche. Wenn beispielsweise die Unternehmen von Anfang an in den Prozess eingebunden sind, Bildung zu vermitteln, dann haben sie eine ganz andere Beziehung zu den Schulen und zu den künftigen Auszubildenden. Sie haben die Chance, sich kennen zu lernen und den Kindern und Jugendlichen zu vermitteln, was es heißt, ein Handwerk zu erlernen. Wenn die Menschen vor Ort einbezogen werden, wenn das Wir-Gefühl entsteht, dann kann man etwas erreichen. ☺

Wir wollen hier die Schullandschaft verändern



EIN INTERVIEW MIT DER SONDERPÄDAGOGIN HEIKE PFEIFFER, MITGLIED DES BILDUNGSBEIRATES

Warum arbeiten Sie beim Bildungsbeirat mit?

HEIKE PFEIFFER: Ich habe die Entwicklung der Grundschule Wadelsdorf zur Ganztagschule mit vorangetrieben und bin überzeugt, dass es in ganz Döbern-Land darum geht, Schule zusammen mit den Kindern und Jugendlichen zu erneuern. Als der Amtsausschuss beschloss, einen Bildungsbeirat zu gründen, der dabei berät und unterstützt, war mir sofort klar, dass ich mitmache, schon wegen meiner regionalen Verbundenheit: Ich bin Sonderpädagogin an der Heide-Grundschule, meine Kinder gingen in die Grundschule Wadelsdorf, ich wohne hier.

Wie sieht Ihre Arbeit beim Bildungsbeirat aus?

HEIKE PFEIFFER: Wir im Bildungsbeirat verstehen uns als Bindeglied zwischen dem Amt und den Menschen in der Gemeinde. Die Leute kommen mit Anliegen zu uns und wir überlegen, was wir tun können. Wir sind elf Personen im Bildungsbeirat, entwickeln Ideen und arbeiten Frau Müller zu, der Vorsitzenden des Bildungs-

beirats. Alle zwei, drei Monate treffen wir uns. Vieles läuft über E-Mail, weil alle von uns auch noch anderweitig engagiert und berufstätig sind.

Was hat der Bildungsbeirat bislang erreicht und wie soll es weitergehen?

HEIKE PFEIFFER: Die Wadelsdorfer Grundschule stand vor der Schließung. Sie konnte zur Ganztagschule um- und ausgebaut werden, der Erhalt ist gesichert. Jetzt geht es inhaltlich weiter: Wie profiliert sich die Schule in Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Eltern? Wie sorgen wir dafür, dass das handwerkliche und naturwissenschaftliche Lernen nicht zu kurz kommt? Wir leben auf dem Land, das Lernen an und in der Natur sollte auch mehr in die Schule einfließen.

Zu Beginn unserer Arbeit als Bildungsbeirat haben wir eine Umfrage an allen Grundschulen durchgeführt, um den Ist-Stand zu bestimmen. Wir haben gefragt, was gut läuft und in welche

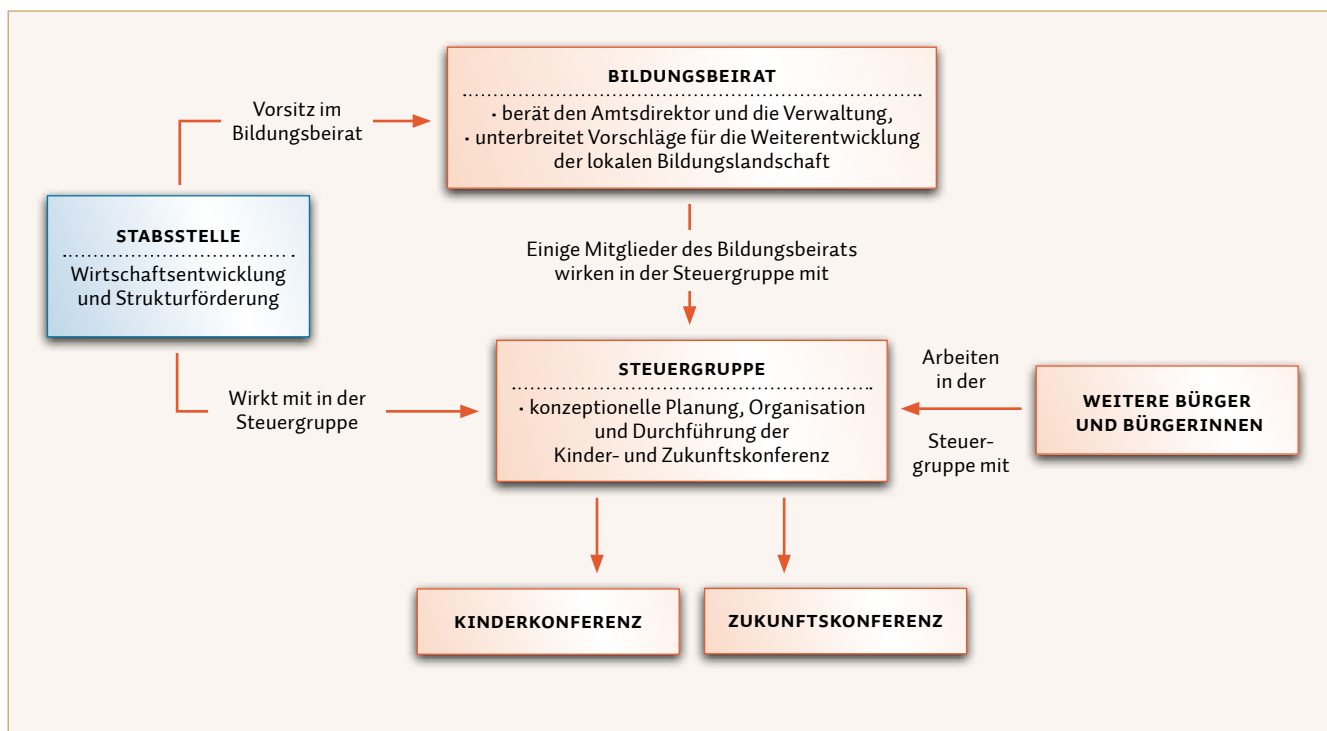


Abb. 9: Zusammenwirken von Stabsstelle, Bildungsbeirat und engagierten Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung und Durchführung der Kinder- und der Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land



Eröffnung der Zukunftskonferenz durch Frauke Postel (Moderatorin), Andrea Müller und Günter Quander


Richtung es weiter gehen soll. Dann hatten wir die Idee, die Bevölkerung in Döbern mit einzubeziehen: Die ältere Generation, die Feuerwehr, die Kindergärten, die Verwaltung. Daraus entstand dann die Idee der Kinderkonferenz und der Zukunftskonferenz.

Vor der Zukunftskonferenz fand die Kinderkonferenz statt, bei der die Kinder nach ihren Ideen gefragt wurden. Wie haben Sie die Kinderkonferenz erlebt?

HEIKE PFEIFFER: Das war eine ganz tolle Sache. Ich würde mir wünschen, dass der Unterricht in den Schulen so wäre. So müsste Schule sein: Offen für die Ideen der Kinder. Ich vermisse solche Gelegenheiten wie die Kinderkonferenz im Leben der Kinder. Entweder werden Kinder sich selbst überlassen oder sie werden durchstrukturiert. Bei der Kinderkonferenz konnten sie unheimlich viel lernen: Zuhören, sich in Gruppenarbeiten einordnen, sich Themen selbstständig erarbeiten und eigene Ideen entwickeln.

Was wünschen Sie sich für die Bildungslandschaft Döbern-Land?

HEIKE PFEIFFER: Meine Vision ist Bildung den ganzen Tag. Dabei reicht es nicht, nachmittags Arbeitsgemeinschaften anzubieten. Es ist auch wichtig, dass die Menschen vor Ort mitmachen, dass Kirche miteinbezogen wird, dass das Landleben wieder richtig aufblüht. Wenn wir in den Gemeinden besser zusammenarbeiten würden, könnten wir unsere Finanzen optimal ausschöpfen. Wir haben ja alle nicht viel Geld. Die Grundschulen und die Oberschule sollten enger zusammenarbeiten, gerade in der Kooperation mit außerschulischen Partnern, bei Arbeitsgemeinschaften, Sportveranstaltungen oder Elternstammtischen. Auch was den Unterricht betrifft könnten die Schulen stärker kooperieren, Vertretungsstunden übernehmen und Materialien austauschen. Wichtig ist vor allem, dass Übergänge bewusst gestaltet und be-

gleitet werden: Von der Kita zur Schule und von der Grundschule zur Oberschule und zum Gymnasium. Die Übergänge sollten für die Kinder fließender werden. Was die Zusammenarbeit von Kita und Grundschule betrifft hätte ich mir zum Beispiel das Projekt Ponte von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung für unsere Gemeinde gewünscht. Ich hoffe, dass wir in dieser Hinsicht in der nächsten Zeit noch etwas mehr erreichen als bisher. 



Die Zukunft der Kinder

Die Kinderkonferenz des Amtes Döbern-Land

EINE REPORTAGE VON CHRISTINE PLASS



Die anderen nennen: Tierpfleger, Sozialpädagogin. Pauline (10 Jahre) will etwas mit Kindern machen. »Bei Innenarchitektin muss man ganz gut in der Schule sein, auch in Mathe«, weiß Leonie.

schenzeitlich an den Rand der Verzweiflung. »Ich hatte kein Thema, ich konnte nicht sagen, wer teilnimmt, und ich konnte nicht sagen, was dabei heraus kommt. Und dann wollte ich auch noch Geld dafür«, bringt sie ihr damaliges Dilemma auf den Punkt. Dabei gab es gute Gründe, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht

**... Wer Konferenzen für langweilig hält,
ist noch nicht bei einer Kinderkonferenz gewesen.
Auf knallharte Analysen folgen dort
geniale Ideen ...**

Mit den Ideen der Betroffenen planen

Für Leonie und 40 andere Kinder aus fünf Grundschulen der Region ist heute ein besonderer Tag. Sie nehmen an der ersten Kinderkonferenz des Amtes Döbern-Land teil, die am Schloss Hornow durchgeführt wird. Es geht um ihre Zukunft. »Wir können nicht über Zukunft reden, ohne die Betroffenen zu hören«, fiel Andrea Müller, Vorsitzende des Bildungsbeirates, auf, als sie gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern eine Zukunftskonferenz vorbereitete. Bei einer Zukunftskonferenz entscheiden Vertreterinnen und Vertreter aller Bevölkerungsgruppen aus Döbern-Land darüber, wie sich ihre Region weiter entwickeln soll, und übernehmen Verantwortung für einzelne Projekte. Die Zukunftskonferenz soll ein Meilenstein auf Döberns Weg zur Bildungslandschaft werden. Aber kann man Zukunft über die Köpfe der Betroffenen hinweg planen? Nun, es hätte wohl wenig gebracht, die Kinder einfach mit zur Zukunftskonferenz einzuladen, in der tagelang gesessen und diskutiert wird. Deshalb beschlossen Andrea Müller und ihr Bildungsbeirat, vorab eine Kinderkonferenz zu veranstalten, mit demselben Anspruch, aber kindgerecht mit Sport und Spiel.

Die Idee war gut, aber woher das Geld dafür nehmen? Selbst eine erfahrene Fundraiserin wie Andrea Müller geriet zwi-

von vornherein zu bestimmen, sondern die Schulen von Anfang an, also schon bei der Entsendung von Teilnehmern mit einzubeziehen. Und da es eine echte Konferenz werden sollte, konnte man natürlich auch nicht vorher sagen, welche Ergebnisse dabei herauskommen würden. Die Kinder sollten die Freiheit haben, ihre Themen selbst zu bestimmen. Klar war: Es sollten nicht nur Professorkinder an der Konferenz teilnehmen, sondern auch die von Hartz IV-Familien. Nach dieser Maßgabe – verschiedene Zielgruppen und Lebenswelten zu erfassen – durften die Grundschulen selbst entscheiden, wen sie entsenden. Dabei war das wichtigste Kriterium natürlich Freiwilligkeit.

Ein Experiment, das zu funktionieren scheint

Tatsächlich empfinden die Kinder es als Privileg, heute hier sein zu dürfen. Ohne Lehrerinnen und Lehrer, ohne Eltern. Sicher, es sind auch Erwachsene bei der Kinderkonferenz. Die Radiojournalistin, ein Team vom Fernsehen, Andrea Müller natürlich und viele Helfer. Sie tragen Schmetterlingsflügel, damit man sie schon von weitem erkennt und ihre Hilfe in Anspruch nehmen kann. Es ist ungewöhnlich für die Kinder, dass die Erwachsenen hier nicht als Bestimmer, sondern als Dienstleister auftreten, und dass die Kinder es sind, die heute entscheiden.

Unter den Bäumen haben sich vier Mädchen und ein Junge im Schatten zusammgefunden. Hier herrscht dicke



Drei Mädchen und ein Junge haben sich auf einem Teppich mitten auf der Wiese niedergelassen. Eins der Mädchen schreibt Protokoll, zwei stehen vor dem Flipchart. »Was will ich später werden und wie kann ich es erreichen?« ist auf das große, weiße Blatt geschrieben. »Ich möchte Innenarchitektin werden«, sagt Leonie (8 Jahre).

Luft. Dennis platzt der Kragen: »Das ist langweilig, wenn ihr mir alles diktiert!« schimpft er, schnappt sich sein Kissen und haut ab. »Aber wir haben uns doch schon zu Hause Gedanken gemacht«, verteidigen sich die Mädchen und schreiben eifrig den Flipchart voll. Sie schreiben auf, was sie sich an ihrer Schule wünschen: AGs zu den Themen Kochen, Theater, Musik. Freundlichere Klassenzimmer, kostenloses Schulessen, Geld für Schulrenovierung und mehr Teamarbeit. Lehrer sollen Kindern, die den Stoff nicht verstanden haben, bei den Hausaufgaben helfen. Lernen soll mehr Spaß machen. Lysanne (13 Jahre) glaubt, dass Ganztagschulen eine gute Sache sind. Die anderen sind skeptisch, ob es Spaß macht, bis abends in der Schule zu sein. Nach einem Rundgang hat sich Dennis wieder eingefunden. »Schön, dass du wiederkommst«, sagt Celine (12 Jahre).

Auch das ist erlaubt: Die Arbeitsgruppe verlassen, in andere hineinschnuppern, wieder gehen oder bleiben. Die Kinderkonferenz funktioniert nach dem Open-Space-Verfahren: Interessengruppen finden sich zusammen, erarbeiten etwas und lösen sich wieder auf. Alle dürfen etwas sagen, keiner muss etwas Bestimmtes tun. Allerdings ist jede Gruppe selbst dafür verantwortlich, die Ergebnisse schriftlich

Müller. Umso erstaunter ist sie, wie schnell die Kinder die Methode begriffen und umgesetzt haben. Beeindruckt hat sie auch, welche globalen Themen die Kinder beschäftigen. Zum Beispiel wird über Braunkohle, Solarautos, Waffengesetze und den Erhalt der Glashütte in Döbern diskutiert.

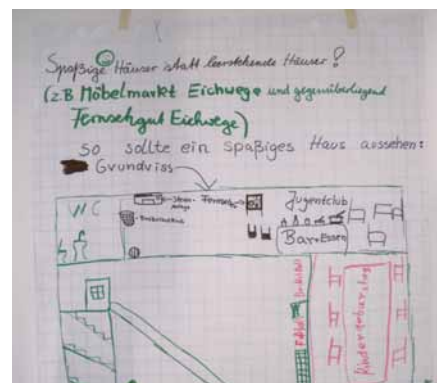
Wenn Kinder Probleme lösen

Mittags ist Zeit zum Toben und Spielen. Ein paar Mädchen haben sich als Prinzessinnen verkleidet und wandeln im Schlossgarten. Andere nutzen die Kreativecke mit ihren bunten Farben. Auf der Wiese erklärt die ehemalige Schulleiterin Angelika Kersten, wie man »Pizza backen« spielt. Die Kinder rollen auf dem Boden und klopfen sich gegenseitig den Rücken ab. Entspannen und berührt werden tut ihnen gut nach der vielen Kopfarbeit, glaubt Kersten. Sie hat die Kinderkonferenz mit vorbereitet und ist auch Mitglied der Steuergruppe für die Zukunftskonferenz. »Ich habe früher Schulkonferenzen mit Kindern durchgeführt. Die Kinder haben sie selbst geleitet und ihre Themen eingebracht«, erzählt sie und fährt fort: »Sie haben dort ihre Probleme untereinander selbst gelöst, auch die Kleinen haben sich getraut, und das wirkt viel mehr als wenn ein Erwachsener ermahnt.«

gemeine Feststellungen aufschreiben, sondern wir werden uns damit befassen, was wir selber machen möchten«, kündigt Frauke Postel an.

»Muss ich die dritte Runde mitmachen?« fragt Sebastian (10 Jahre). Schließlich hat der erklärte Star-Wars-Fan heute bereits hart gearbeitet: »Wir haben über das Sonnensystem geredet und dann haben wir die einzelnen Planeten aufgeschrieben und aufgezeichnet, eine Rakete, die Milchstraße und eine Sternschnuppe ausgemalt«, berichtet er stolz. Natürlich ahnen die Kinder nichts von der Arbeit, die es den Bildungsbeirat gekostet hat, ihre Konferenz zu organisieren. Mit viel Hartnäckigkeit ist es Andrea Müller schließlich gelungen, Unterstützer zu finden: Das Mobile Beratungsteam, die RAA Brandenburg, die Stiftung Lausitzer Braunkohle, die Berlin-Brandenburgische Landjugend, das Deutsche Kinderhilfswerk, kobra.net und nicht zuletzt das Amt Döbern-Land. »Der Amtsdirektor ist ein Fan von unserem Projekt«, verrät Müller.

Auch Sebastian macht dann die dritte Runde mit. Es gibt so viel, was er verändern möchte: »Fast alle Schulen haben Arbeitsgemeinschaften, nur wir nicht«, beklagt er. Eine Schach-AG würde ihn am meisten rei-



Intensives Arbeiten, Kreativität und vorzeigbare Ergebnisse prägten das Bild der Kinderkonferenz

festzuhalten, damit nichts vergessen wird. »Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, welche Methode die richtige ist«, erklärt Andrea Müller. »Die Kinder kennen uns nicht, sie kennen sich untereinander nur zum kleinen Teil, sie sind ohne ihre Lehrer gekommen.« Keiner wusste vorher, ob die Kinder in der Lage sein würden, selbstständig miteinander zu arbeiten. »Partizipation ist nicht so verbreitet. Man tut das nicht täglich. Open Space kennen sie aus der Schule nicht«, berichtet

Nach der Pause bei der Kinderkonferenz trifft man sich im Kaminzimmer des Schlosses wieder. Die Mädchen und Jungen nehmen auf dem Boden Platz, jeder hat ein Kissen, um es sich gemütlich zu machen. In ihrer Mitte steht Frauke Postel, die Moderatorin der Kinderkonferenz. »Jetzt habt ihr schon an zwei Arbeitsgruppen teilgenommen. Ihr habt Ideen entwickelt und Empfehlungen und Forderungen ausgesprochen. Wenn wir jetzt in die dritte Runde gehen, dann werden wir nicht mehr all-

zen, aber auch Kochen und Basteln. Neben den Arbeitsgemeinschaften stehen eine zweite Tischtennisplatte, ein Hockeyplatz, mehr Sandspielsachen für die Kleinen, eine Rutsche und ein großes Klettergerüst auf seiner Wunschliste. Seine Lieblingsidee ist ein Abenteuerspielplatz mitten im Zentrum von Döbern, wo heute ein verlassener Lidl steht. »Den würde ich wegmachen und dann alles voller Wiese.« Er holt weit aus und stößt dabei seinen Saft um. »Ich geh mal 'nen Lappen holen«, und weg ist er.



Teilnehmerinnen der Kinderkonferenz



Präsentation von Projektideen zum Thema Umweltschutz durch Teilnehmer der Kinderkonferenz

Die Ergebnisse beeindrucken alle – auch den Amtsdirektor

Bei der Abschlusspräsentation stellen alle Kinder ihre Ergebnisse vor. »Unser Thema war, wie kann ich die Tiere retten? Dazu gehört auch, dass Tiere nicht gequält werden und es keine Massentierhaltung mehr gibt. Wir haben ein Programm aufgestellt zum Schutz der Tiere. Es sollen noch mehr Tiere geschützt werden«, spricht ein Mädchen ins Mikrophon. Ihre Gruppe zeigt die beschrifteten Plakate herum. Die anderen hören gebannt zu und spenden Applaus. Auch die nächste Gruppe hat sich mit Tieren beschäftigt. »Schützt den Wald!« steht auf ihrem Plakat geschrieben. »Der Wald ist die Wohnung der Tiere. Wenn Straßen durch den Wald gebaut werden, verursachen sie Ruß und Abgase. Tiere sterben, die versuchen, die Wege zu überqueren. Beim Bau von Straßen werden Bäume gefällt, das sind

auch Wohnungen der Tiere. Deshalb keine Straßen, keine Autos, keine Abgase, alles friedlich«, fordert ihr Sprecher.

Eine andere Gruppe will einen Flugzeugwettbewerb mit Kindern aus anderen Schulen organisieren und hat schon erste Modelle gebaut, die sie jetzt durch die Luft sausen lassen. Eine willkommene Abwechslung nach dem langen Zuhören. Bäume statt Kraftwerke, mehr Musikinstrumente in Döbern-Land, sauberes Wasser, spaßige statt leer stehende Häuser, den armen Kindern in Afrika helfen, die Lausitzer Glashütte wieder in Schwung bringen, Projektarbeit und draußen lernen im Geschichtsunterricht sind weitere Themen. Eine Gruppe hat sich gleich für nächsten Samstag bei Nico verabredet, um weiter daran zu arbeiten.

Amtsdirektor Günter Quander, der am Nachmittag die Präsentationen der Kinder

verfolgt hat, ist beeindruckt, wie komplex und umfassend sich die Kinder mit ihrer Zukunft befasst haben, und wie der Schutz der Natur die Kinder beschäftigt. »Ich bitte euch, nehmt diese Eindrücke mit nach Hause. Sprecht mit euren Klassenkameraden und euren Eltern. Viele eurer Themen sind weltpolitisch, die kann nicht mal die Bundesregierung lösen, aber man kann klein anfangen«, ermutigt Quander.

»Macht es Sinn, Kinderkonferenzen zu veranstalten?« fragt Frauke Postel zum Abschluss. Ein lautes »Ja!« schallt ihr entgegen. Und warum? Weil es Spaß macht. Weil es mit Teamarbeit zu tun hat. Weil man etwas für die Zukunft tut. Weil man auf Ideen kommt. Weil man ein paar Ideen rauslassen konnte, die man schon lange hatte. Und weil es ein Tag ohne Lehrer ist, lauten die Antworten. Die erste Kinderkonferenz im Amt Döbern wird wohl nicht die letzte bleiben.

Die Vernetzung ist in Gang gekommen



EIN INTERVIEW MIT DER PROZESSBEGLEITERIN MANUELA KOHLBACHER

MANUELA KOHLBACHER berät und begleitet im Rahmen von »Anstoß – Perspektiven in der Niederlausitz« Projekte, welche die zivilgesellschaftlichen und kommunalen Kräfte für Demokratie, Vielfalt und Toleranz stärken. »Anstoß – Perspektiven in der Niederlausitz« wird vom Bundesprogramm »XENOS – Integration und Vielfalt« und der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert.

Wo setzt »Anstoß – Perspektiven in der Niederlausitz« in der Region an?

MANUELA KOHLBACHER: Uns geht es darum, in strukturschwachen ländlichen Räumen neue Perspektiven zu entwickeln. Dabei treten wir nicht als die Experten auf, die den Leuten sagen, was sie zu tun haben. Die Menschen hier wissen am besten, was sie am nötigsten brauchen und welche Projekte sinnvoll sind. Wir wollen Zukunftsprojekte unterstützen, bei denen die Intention aus der Region kommt, und stehen ihnen als Dienstleister mit Wissen, Manpower und finanziellen Mitteln zur Seite, damit diese Projekte auch etwas bewegen können und nicht nach einem Jahr zu Ende sind.

Wir möchten die Menschen aktivieren, sie zum Gestalten ermutigen. Gerade beim Thema Rechtsradikalismus reicht es nicht, Aktionen dagegen zu machen, sondern es müssen positive Akzente gesetzt werden. Und: Man muss eher ansetzen, damit die Jugendlichen gar nicht erst in diese Richtung strömen. Man muss sie fragen, was sie möchten, sie beteiligen und ihre Ideen unterstützen. Deshalb finde ich den Ansatz, die Bildungslandschaft hier in Döbern-Land durch die Kinder- und Zukunftskonferenz zu gestalten, vielversprechend.

Was versprechen Sie sich von der Kinderkonferenz?

MANUELA KOHLBACHER: Ich erhoffe mir von der Kinderkonferenz viele Impulse für die Zukunftskonferenz, weil die Kinder sich in diesem freien Rahmen ganz anders äußern können. Man merkt, dass sie ganz klar wissen, was sie wollen, was sie stört, und dass sie das auch ausdrücken können. Sie sprechen die Dinge an, die wir ändern müssen, sie geben die stärksten Impulse. Ich finde aber auch die Wertschätzung sehr wichtig, die die Kinder hier erfahren. Sie erleben, dass man sie wirklich hören will und sich für ihre Ideen interessiert.

Wie unterstützen Sie die Ergebnisse der Kinderkonferenz?

MANUELA KOHLBACHER: In der Kinderkonferenz und in der



Die Kinder ordnen sich, geleitet von ihren Interessen, den ausgeschriebenen Projektthemen zu

Zukunftskonferenz entstehen Impulse und Projektideen, die wir neben anderen Projekten mit unterstützen möchten. Hier treffen wir Akteure, mit denen wir in Kooperation treten können. Wir bekommen hier auch mit, wo wir eine Projektidee mit einbringen können. Im Juni werden wir eine Auftaktkonferenz veranstalten, bei der alle Projektideen, die wir im Vorfeld gesammelt haben, den Akteuren aus der Wirtschaft, der Verwaltung und den Trägern vorgestellt werden, die sie dann bewerten können, je nachdem, wo sie selbst Schwerpunkte sehen. Für uns ist wichtig, von den Akteuren dieser Region zu wissen, was etwas bringt und wie man es aus ihrer Sicht am besten angehen kann. Außerdem wird es bei der Konferenz die Möglichkeit für die Akteure der Region geben, sich für die eine oder andere Projektidee als Berater, Mitarbeiter, Träger oder Förderer zu entscheiden. Es werden um die zwölf Projektideen sein, abhängig davon, wie viel Unterstützung die Projekte brauchen. Wenn wir alle in Eigenregie machen müssen, werden wir keine zwölf schaffen, aber wenn es weitere Kooperationspartner gibt, können wir vielleicht auch noch mehr realisieren. Als Xenos-Projekt sind wir über ESF-Mittel finanziell relativ gut ausgestattet, sodass wir eine Menge machen können. Das Geld fließt in Honorare und in Materialien.

Was hat Sie bei der Kinderkonferenz am meisten beeindruckt?

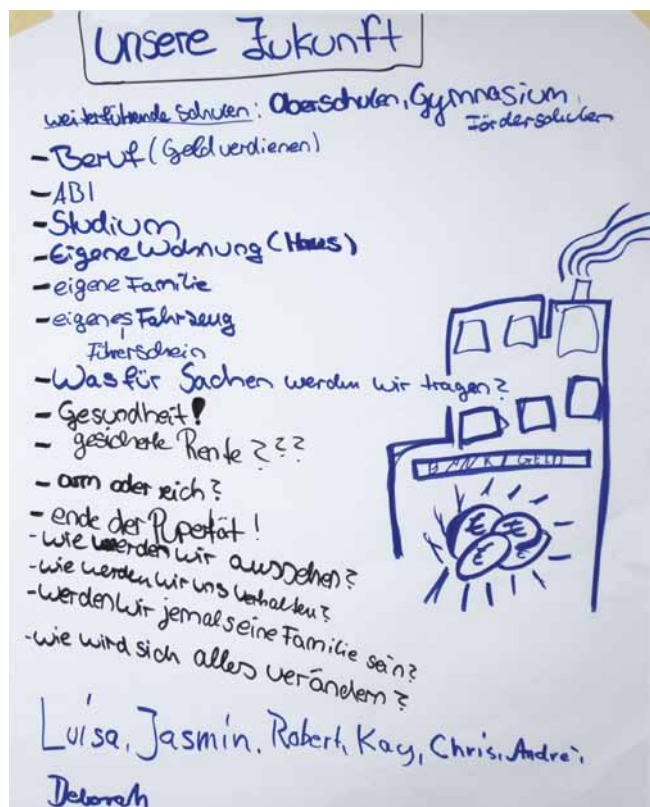
MANUELA KOHLBACHER: Ich bin fasziniert, wie schnell die Kinder die Methode verstanden haben, viel schneller als die Erwachsenen. Sie sind so intensiv am Arbeiten. Sie überlegen sich ganz genau, was und wie sie es sagen wollen. Sie fragen sich ge-

gegenseitig: Meinst du das gleiche, was ich meine? Sie entwickeln Ideen, wie diese konkret umgesetzt werden können. Ich glaube, dass ihnen die Arbeit richtig Spaß macht, gerade weil sie auch die Freiheit haben, sich zurückzuziehen oder einfach nur zu beobachten. Was die Kinder sehr fasziniert ist, dass die Erwachsenen hier als Dienstleister anwesend sind und nicht, um ihnen zu sagen, was sie zu tun haben. Sie können sich erwachsene Unterstützung suchen, aber die Erwachsenen sind auch nicht beleidigt, wenn sie weggeschickt werden. Die Kinder sind in der Lage, selbstorganisiert zu arbeiten, kommen zu Ergebnissen und können diese auf den Punkt bringen.

So hat eine Gruppe konkret erarbeitet, wie sie sich den Kunstunterricht wünscht. Zunächst ging es um die Freiheit der Kunst im Allgemeinen. Dann haben sie festgestellt, dass sie im Kunstunterricht mehr mit und in der Natur arbeiten wollen. Sie wollen mit Naturmaterialien gestalten. Sie wollen den Baum nicht mit einem Lineal zeichnen, sondern so krumm wie er ist. Die Kinder haben festgestellt, dass man beim Malen das Sehen lernt. »Da ist so viel dran an einem Baum, das merkt man erst, wenn man ihn malt und genauer hinguckt«, hat ein Mädchen gesagt.

Wie erleben Sie mit Ihrem Blick von außen die Bildungslandschaft hier?

MANUELA KOHLBACHER: Das Amt Döbern ist beispielgebend im Landkreis. Es fängt mit dem Bildungsbeirat an. Die Tatsache, dass eine Stelle für die Leitung und Begleitung des Bildungsbeirats geschaffen wurde, ist ein ganz wichtiges Element. Ein großer Meilenstein ist die Kinderkonferenz. Davor ist aber bereits vieles anderes passiert, wodurch die Vernetzung in Gang gekommen ist. Vernetzung wird oft so verstanden: Wir setzen uns mal hin und reden. Im Amt Döbern sorgt die Vorsitzende des Bildungsbeirates, Frau Müller, dafür, dass nicht nur geredet wird, sondern auch ein Ergebnis herauskommt, dass man anfängt zusammenzuarbeiten oder eben feststellt, dass man gerade darauf verzichten kann. Es ist sehr wichtig, mit einem ganz konkreten Ziel an einen Tisch zu kommen. Frau Müller tut viel dafür, dass die guten Beispiele der Öffentlichkeit bekannt werden, was auch zur Folge hat, dass die Ideen verbreitet werden und nicht jede Schule nur so vor sich hin arbeitet. Es ist für die Region wichtig, dass es Akteure wie Frau



Zukunftsthemen wie Umweltschutz, Gesundheit, Familienplanung und Beruf waren für die Kinder wichtige, selbstgewählte Themen bei der Kinderkonferenz

Müller gibt, die sich in den kommunalen Strukturen und mit der Mentalität der Leute hier auf dem Land gut auskennen. In einer Stadt wie Forst, in der wir mit unserem Büro angesiedelt sind, ist es anders als in einer Dorfgemeinschaft. Wenn man von außen kommt, versteht man manches nicht. Man muss bedenken, dass die Familien seit Generationen in einer dörflichen Gemeinschaft zusammenleben. Aber das birgt nicht nur die Gefahr des Klünnelns, darin liegt auch eine Ressource: Geborgenheit über Familiengrenzen hinaus. ☒

ANSTOSS – GENERATIONEN ÜBERGREIFENDE ENTWICKLUNG GESELLSCHAFTLICHER PERSPEKTIVEN IN DER NIEDERLAUSITZ

Mit dem Projekt »Anstoß – Generationen übergreifende Entwicklung gesellschaftlicher Perspektiven in der Niederlausitz« setzt MCRD in der Niederlausitz ein Gegengewicht zu problematischen Trends wie Abwanderung, Perspektivlosigkeit oder politische Radikalisierung. Menschen verschiedener Generationen planen Zukunftsprojekte, die die personelle und regionale Identität, berufliche Kompetenzen und die demokratische Handlungsbereitschaft stärken. Die Projektarbeit wird maßgeblich dazu beitragen, eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Heimatort zu fördern, persönliche Identität sowie berufliche Handlungskompetenzen zu stärken. Durch die positive Auseinandersetzung mit der Region und ihren Gegebenheiten erfahren Jugendliche, aber auch ältere Generationen, dass Veränderungen gestaltbar sind und dass es sich lohnt, in der Niederlausitz zu bleiben und sich zu engagieren. Weitere Informationen zum Projekt unter www.m-crd.eu

Auf die Jugend kann man zählen

EINE REPORTAGE ÜBER DIE ZUKUNFTSKONFERENZ IM AMT DÖBERN-LAND

Das Wochenende fängt gerade an, und alle sind zum Arbeiten gekommen. Zweieinhalb Tage lang werden sich Bürgerinnen und Bürger des Amtes Döbern-Land über ihre Vergangenheit, ihre Gegenwart und vor allem über ihre gemeinsame Zukunft Gedanken machen. Sie stellen mit 64 Teilnehmerinnen und Teilnehmern nicht ganz ein Prozent der Gesamtbevölkerung von Döbern-Land und repräsentieren einen Querschnitt daraus. Eltern, Schüler und Lehrer, Angestellte der Verwaltung, Unternehmer, Ehrenamtliche, Jugendliche und Sozialpädagogen sind dabei. An diesem Wochenende sind sie alle gleich mächtig. Hinzu kommen noch externe Menschen, wie zum Beispiel die Serviceagentur Ganztag, und auch ein Vertreter des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg (MBS) macht mit. Die Probleme von Döbern-Land sind ihnen allen bewusst: Überalterung, Abwanderung, Perspektivlosigkeit.

Mit dem Titel der Zukunftskonferenz »Bildungschancen – Lebenschancen. Unsere Perspektive in Döbern-Land« ist eigentlich schon die Lösung benannt. Aber wie kommt man da hin? Die Bürgerinnen und Bürger aus Döbern, die jetzt auf Tischgruppen verteilt im großen Konferenzraum sitzen und gespannt zuhören, wissen das auch noch nicht.

Zuhören – entspannen – nachdenken

Andrea Müller, Vorsitzende des Bildungsbeirates und Organisatorin der Konferenz, begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Bürgermeister spricht von

einem Experiment. Dr. Dietmar Molthagen von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die Konferenz mitveranstaltet, beglückwünscht zu diesem Wochenende. Er hat bereits eine Zukunftskonferenz in Rheinsberg miterlebt und weiß, wie viel daraus entstehen kann. »Bei einer Zukunftskonferenz werden von Anfang an Ideen generiert, die von den Bürgern umgesetzt werden. Das hat einen Mobilisierungseffekt, wie ich ihn von keiner anderen Veranstaltungsform kenne«, erzählt Molthagen.



Generationen übergreifendes Zusammenarbeiten – ein wesentliches Element der Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land

Die Moderatorin Frauke Postel und der Moderator Gerd Wermerskirch erklären, was zu tun sein wird: »Zuhören, entspannen, nachdenken«. Der Weg in die Zukunft beginnt mit einem Blick in die Vergangenheit. Auf großen Plakaten werden die Meilensteine der Vergangenheit zusammengetragen. Vor 1989 ist die Welt in Döbern geordnet: Man ist im Klassenkollektiv oder in der Arbeiterbrigade. Für junge Familien ist gesorgt, die Betreuung der Kinder gewährleistet. Man genießt soziale Sicherheit und einen größeren Zusammenhalt. Die Lebensläufe sind programmiert, jedenfalls wenn man sich anpasst. Mit der Wende erfasst die Menschen Auf-

bruchsstimmung. Alles wird anders, vieles ist neu. Man kann weit reisen, hat Betriebsräte und ein Mehrparteiensystem. Nach einer Gemeindegebietsreform wird 1990 das Amt Döbern-Land gegründet, der Satz »Ein Wessi wird Amtsdirektor« lässt die Befremdung spüren, die damit einhergeht. An persönlichen Ereignissen haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer Geburten und Todesfälle aufgeschrieben. Die meisten sind schon in der Kaffeepause, als einer noch vor dem Plakat steht und sagt:

»Ich hab nach der Wende meine Arbeit verloren und auch keine mehr gekriegt«. Er ist nicht der Einzige, dem es so ging, aber der Einzige, der offen darüber spricht. In den 90er Jahren nimmt die Arbeitslosigkeit in der Region dramatisch zu, viele Betriebe schließen, die Industrie liegt da nieder. Gleichzeitig werden kaum mehr Kinder geboren, die Jugend wandert ab, die Kommune versinkt in Schulden. Kitas, Schulen und

Bahnlinien werden geschlossen. Ab 2000 scheint es wieder aufwärts zu gehen. Man besinnt sich zurück auf die Familie, hat wieder mehr Kinder, fast jeder hat seinen neuen Platz, seine Rolle gefunden. Das Vereinsleben lebt wieder auf, man bemüht sich, die Jugend zu halten. Die Chancen der kommunalen Selbstverwaltung werden genutzt, die Basisdemokratie wird stärker. Doch die soziale Unsicherheit bleibt: Die Menschen haben weniger Geld und Zeit und nehmen lange Wege zur Arbeit auf sich. Auch wirtschaftlich geht es weiter bergab. Schließlich wird sogar die Glashütte in Döbern-Land geschlossen.

»Die Jugendlichen wollen etwas erleben!«

EIN INTERVIEW MIT JUGENDLICHEN AM RANDE DER ZUKUNFTSKONFERENZ DES AMTS DÖBERN-LAND

JERNOU CHAHIN – 21 Jahre alt, ist Auszubildender bei der Kreisverwaltung Spree-Neiße. Er engagiert sich in der Jugendarbeit, unter anderem bei der Freiwilligen Feuerwehr.

DENNY PIATER – 21 Jahre alt, ist in der Ausbildung zum Kaufmann für Bürokommunikation. Er leitet den Jugendclub Trebendorf, ist bei der Freiwilligen Feuerwehr aktiv und hat in der Steuergruppe mitgearbeitet, die die Zukunftskonferenz vorbereitet hat.

CAROLIN VATTER – 19 Jahre alt, ist in der Ausbildung zur Bürokauffrau und Jugendclubleiterin in Gahry.

MARIA-MAGDALENA WOLF – 16 Jahre alt, besucht die 10. Klasse der Oberschule in Döbern.

Was braucht es aus eurer Sicht in Sachen Bildung in der Region?

DENNY PIATER: Die Jugend muss Gefallen an der Gegend finden. Dazu braucht es attraktive Angebote an den Schulen und in der Jugendarbeit. Bei uns sind viele Jugendliche Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr. Dann gibt es noch den Fußballverein und mehr gibt es nicht. Es müsste mehr Angebote für Jugendliche geben.

JERNOU CHAHIN: Und es ist wichtig, dass man mit der Bildung, die man erwirbt, in der Region auch etwas anfangen kann. Was bringt einem eine Ausbildung, wenn man dann doch in den Westen muss? Ich habe es gut getroffen, aber viele aus dem Freundeskreis mussten weg, um einen Beruf zu erlernen oder auszuüben.

CAROLIN VATTER: Hinzu kommt, dass wir grundsätzlich weniger Geld haben als wir gern hätten. Wenn wir zum Beispiel einen Amtsjugendtag über die Jugendfeuerwehr planen, kann oder will das Amt nicht für den Eintritt in das Freibad aufkommen, in dem die Veranstaltung stattfindet. Die Jugendlichen wollen aber etwas erleben, und nicht alle Jugendlichen sind so

erfahren, dass sie es auch noch schaffen, die Finanzierung für ihre Veranstaltungen zu akquirieren.

DENNY PIATER: Der Weg, um an Geld zu kommen, ist zu bürokratisch. Allein drei Kostenvoranschläge zu machen ist ein solcher Aufwand, und das bei so kleinen Summen.

CAROLIN VATTER: Viele Jugendliche wissen nicht, wie viel Aufwand es ist, Gelder für die Jugendarbeit zu beantragen. Wenn sie es dann erfahren, ist es ihnen zu kompliziert. Es ist nicht einfach, sie dazu zu motivieren durchzuhalten und das durchzuziehen.

JERNOU CHAHIN: Und wenn wir sehen, wie viel Geld Jugendliche in anderen Regionen zur Verfügung haben, da kann man schon an die Wand springen. Andere haben Internetanschluss und Festnetztelefon im Jugendclub. Wir können davon nur träumen.

Was sind eure Ziele bei der Zukunftskonferenz?

MARIA-MAGDALENA WOLF: Wir möchten Lösungen finden, damit die Jugendlichen hier bleiben können und wollen. Wir wünschen uns, dass die Gegend aufgefrischt wird, neue Angebote für Jugendliche entstehen und die Glashütte nicht geschlossen wird. Ich finde, die Glashütte ist ein Wahrzeichen von Döbern. Wenn die nicht mehr ist, ist das echt traurig. Dafür sind wir auch bereit mit anzupacken.

CAROLIN VATTER: Ich bin jetzt seit fünf Jahren in der Jugendarbeit dabei. Ich bin nicht sicher, ob das Gerede etwas bringt, ob sich tatsächlich etwas für uns verbessert. Trotzdem finde ich die Idee der Zukunftskonferenz gut. Wenn jeder etwas mitnimmt – wie zum Beispiel Kontakte zu knüpfen, Eindrücke zu sammeln und über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen, neue zu Ideen entwickeln – und das dann weitergibt, ist schon viel gewonnen. ☺

Die Moderatoren regen an, sich auf die positiven Aspekte zu besinnen. Auch die hat Döbern-Land: Eine gute Infrastruktur für den Radtourismus, bestehende Schulnetzwerke und ein gut ausgebautes System der Kinderbetreuung. Ein Bürger sagt, er möchte das Gemeinschaftsgefühl stärken und stolz aufs Amt Döbern-Land sein. Eine Bürgerin erklärt, man dürfe nicht warten, bis der andere etwas tut, sondern müsse selbst tätig werden.

Bürger spüren Trends auf

Am nächsten Tag lassen sie die Vergangenheit ruhen, die Gegenwart steht an. »Welche Trends und Entwicklungen neh-

men Einfluss auf unser Thema?« möchte Frauke Postel von den Bürgerinnen und Bürgern wissen. Die wichtigsten lauten: Überalterung, Weggang der Jugend, sinkendes Bildungsniveau, Politikverdrossenheit (mangelnde Wahlbeteiligung), Ausbau des Tourismus, Kitas als Bildungsinstitutionen, Trend zu Zentralisierung (Einkaufsmöglichkeiten und Bildungseinrichtungen in wenigen zentralen Ortschaften). In der anschließenden Gruppenarbeitsphase untersuchen und beschreiben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Wirkung der wichtigsten Trends in ihrem jeweiligen Interessenbereich.

Am Tisch der Wirtschaft wird die man-

gelnde Bildung der Schulabgänger beklagt: »Das Leistungsniveau ist so niedrig, dass die meisten den Einstiegstest schon nicht bestehen.« Für besonders qualifizierte Ausbildungsplätze, die zusätzlich das Fachabitur ermöglichen, finden sich keine geeigneten Kandidaten. Aber auch die Infrastruktur hält potenzielle Azubis fern. Da kein Zug nach Döbern fährt, müssen die angehenden Nachwuchskräfte entweder aufs Land ziehen oder einen mühseligen und teuren Weg zur Arbeit auf sich nehmen. »Das größte Problem in Döbern ist der fehlende Zuganschluss«, ist ein Gastwirt überzeugt. Ein Handwerksmeister klagt: »Die Azubis erfüllen nicht mal die Mindestanforderungen; Allgemeinbildung, Wissen

in Mathe und Deutsch fehlt. Wir fangen in der Berufsschule bei Null an.« Kinder und Jugendliche sollten in der Schule lernen, wie Wirtschaft funktioniert, meinen die Damen und Herren am Tisch. Erste Ansätze gibt es bereits. Beim Praxislernen sind die Schülerinnen und Schüler einen Tag in der Woche im Unternehmen. Das Projekt läuft erfolgreich, der Haken an der Sache ist die Finanzierung. Bei ihrer Präsentation versprechen die Vertreter der Wirtschaft: »Wir wollen unsere Betriebe öffnen, damit mehr praxisorientierte Bildung stattfinden kann.«

Am Tisch der Ehrenamtlichen hat man festgestellt, dass das Engagement im Vergleich zu DDR-Zeiten nachgelassen habe. Fehlender Nahverkehr, lange Schulwege und mangelndes Interesse der Jugendlichen an den Vereinen mögen Gründe dafür sein. Die Lösung der Misere sehen sie in der Vernetzung der Vereine.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Verwaltung möchten ein vielfältiges und hochwertiges Bildungssystem in der Region absichern und darüber infor-

mieren. Sie suchen neue Wege im Verhältnis von Schule und Wirtschaft und wollen die Schülerinnen und Schüler früher als bisher mit Unternehmen in Kontakt bringen.



Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Zukunftskonferenz

Die Methode Zukunftskonferenz

VON FRAUKE POSTEL

Wenn es darum geht, dass viele Menschen miteinander in Kontakt treten, um ihre gemeinsamen Themen zu besprechen und um gemeinsames Handeln abzustimmen, dann könnte die Methode »Zukunftskonferenz« die richtige Methode sein. Wenn!

Eine Zukunftskonferenz ist eine sehr anspruchsvolle Vorgehensweise. Sie ist nur dann anzuraten, wenn es glaubwürdig darum geht, demokratische Formen des Aushandelns anzuwenden und weiter zu entwickeln. Um wirksam zu sein, braucht sie eine Gruppe von Pionieren, die das Projekt verantworten, und sie benötigt ein wohlwollendes Umfeld. Das Vorhaben der Zukunftskonferenz in Döbern-Land brauchte sowohl die eindeutige Zustimmung der zuständigen Verwaltung, politischer Entscheidungsträger und auch vieler Interessengruppen, die in Döbern-Land wirken, als auch die gemeinsame Überzeugung, dass Demokratie gemeinsam entwickelt werden muss.

Die Methode Zukunftskonferenz wurde in angelsächsischen Ländern entwickelt. Das Konzept der Methode Zukunftskonferenz fußt auf Lernforschungen nach dem 2. Weltkrieg. Nach den Erfahrungen des Faschismus gewann die Frage nach demokratieförderlichen Lernverfahren an Bedeutung. Welche Bedingungen braucht es, um demokratisch zu lernen und zu handeln? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um einen glaubwürdigen und wirksamen Dialog zu ermöglichen?

Seit den 90er-Jahren wird diese Methode auch in Deutschland angewendet. Sie ist sicher die durchdachteste Konferenzmethode für sehr große Gruppen, die in einen offenen Dialogprozess treten wollen.

Entsprechend haben sich einige Grundsätze des Verfahrens herausgebildet.

[1] Es geht darum, alle, die mittelbar oder unmittelbar von einem Thema betroffen sind, zusammen zu bringen, d.h. nicht nur »Entscheider«, sondern auch jetzt und zukünftig Betroffene, mit dem Anspruch »das ganze System in einen Raum« zu holen. Dies ist der wichtigste Grundsatz einer Zukunftskonferenz. Alle wichtigen Gruppen, die von dem Thema der Konferenz betroffen sind, sollten repräsentativ vertreten sind. In Döbern-Land waren es acht Interessengruppen: Eltern, Jugendliche, Lehrkräfte, Politik/Verwaltung, Soziales/Jugendarbeit, Wirtschaft und Ehrenamtliche und auch Personen dazu, die für das Konferenzthema wichtige potentielle Kooperationspartner sind. Sie wurden in einem sehr sorgfältigen Verfahren von der Vorbereitungsgruppe ausgesucht und eingeladen. .

[2] Der zweite Grundsatz ist die konsequente Ausrichtung auf eine Vision, die von allen getragen werden kann, und die Erarbeitung von realistischen Ideen, die dieser Vision und den Möglichkeiten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechen. Die gemeinsame Verantwortung wird hervorgehoben, auch wenn unterschiedliche Interessen vertreten werden. Die Teilnehmerinnen

Die Eltern stellen das Zerbrechen von traditionellen Familienstrukturen fest. Immer mehr Frauen sind allein erziehend, in den Elternrunden fehlen die Väter. Die Arbeit lässt weniger Zeit für die Kinder und die Wege zu Oma und Opa sind länger geworden. Zwar lässt sich diese Situation nicht ändern, aber Ganztagschulen, Netzwerke, Fahrgemeinschaften und Familienpaten erleichtern sie. Außerdem sollte es Mediatoren geben, die informell bei Familienproblemen beraten. Ein weiterer Trend, den die Eltern sehen, ist die Schließung von Bildungseinrichtungen, verbunden mit größeren Klassenstärken, mehr Anonymität und sinkendem Bildungsniveau. Hier setzen die Eltern auf Fördervereine, wollen mehr Interesse zeigen und mehr Einfluss auf die Schulpolitik nehmen. Weitere Ideen sind eine Elternkonferenz einzuberufen, Patenschaften zwischen Schule und Wirtschaft wiederaufleben zu lassen und

Eltern und Rentner, die beruflich nicht so belastet sind, für ehrenamtliches Engagement zu aktivieren.

Wie auf Fragen Antworten folgen und aus Antworten Zukunft wird

Auch die Gruppe der Pädagogen hat sich mit dem sinkenden Bildungsniveau beschäftigt. Ihre Antwort lautet: Sprachförderung in der Kita. Außerdem wollen sie mobile Jugendarbeit anbieten, um Jugendliche von der Flucht in Drogen und ins Internet abzuhalten.

Die Jugendlichen selbst haben noch andere Ideen: Sie wollen das Angebot der Vereine ausbauen, so dass es nicht bei Freiwilliger Feuerwehr, Jugendtreffs und Fußball bleibt, es will schließlich nicht jeder kicken. »Wir wollen Verantwortung übernehmen, aber wir brauchen dafür Perspektiven und Angebote«, lassen die Jugendlichen ihre erwachsenen Zuhörer wissen.

Die Erfahrenen haben sich gefragt, was sie gegen die Abwanderung tun können. Sie wollen das Heimatgefühl stärken, Identität entwickeln, Familien zusammenhalten, die Elternbildung unterstützen und Projekte zwischen Jung und Alt initiieren.

Die Lehrerinnen und Lehrer können die gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen Schule und Elternhaus nicht mehr hören. Es gelte, beide Partner an einen Tisch zu bringen, Elterntreffs und Elternstammtische ins Leben zu rufen. In der Schule wollen sie bessere Übergänge schaffen, Methodenlernen ausbauen und bereits in Kita und Grundschule einführen. In der Vernetzung von Schulen wird viel Potenzial gesehen.

Am Ende steht das Fazit: Wir müssen gemeinsam mehr tun. Jetzt kommt es darauf an, aus der Fülle der Ideen die wirksamen herauszufinden und sie auch umzusetzen. Kurz vor der Mittagspause

und Teilnehmer einer Zukunftskonferenz konzentrieren sich auf das, was sie verbindet, und nicht auf das, was sie trennt. Der Konsens, der durch ein sorgfältiges Verfahren abgestimmt wird, bildet die Entscheidungsplattform für alle weiteren Verabredungen. Meinungsverschiedenheiten werden dabei nicht unter den Teppich gekehrt; sie werden ebenso erkundet und beschrieben, aber sie bleiben außerhalb der gemeinsamen Entscheidungsplattform.

[3] Der dritte Grundsatz ist die pragmatische Ausrichtung auf das Machbare. Welche Projekte im Zusammenhang mit dem Thema der Konferenz sinnvoll sind, kann erst am Ende der Konferenz erkannt werden. Eins ist sicher: Sie sind maßgeschneidert und von einem »Wir-Gefühl« getragen.

Zukunftskonferenzen dauern mit gutem Grund zweieinhalb Tage, ihr Ablauf ist klar strukturiert: In fünf Arbeitsphasen wird Schritt für Schritt ein gutes Dialogklima aufgebaut. Die Vergangenheit wird erkundet, die Gegenwart im Hinblick auf Trends und Entwicklungen in Bezug auf das Thema der Tagung untersucht, aber auch in Bezug auf Dinge, die wir bedauern oder auf die wir stolz sind. Dann folgt eine kreative Darstellung utopischer Wünsche, die mit Kopf, Herz und viel Spaß erarbeitet werden, und später eine Auflistung der gemeinsamen Ziele und guter Ideen. In einer letzten Phase wählen Freiwilligengruppen Ideen aus, zu denen sie Projektkonzepte erarbeiten.

Die Arbeitsphasen der Zukunftskonferenz sind so aufeinander aufgebaut, dass am Schluss der beiden ersten Tage Aufgaben offen und Fragen unbeantwortet bleiben. So bleibt viel Stoff für Debatten, weiteres Nachdenken und man weiß ja: Wenn man über Unerledigtes schlafen kann, dann können über Nacht sehr gute Ideen entstehen.

Bei der Konferenz für Döbern-Land konnte man allen Teilnehmenden die Übernachtung in einem Tagungshotel ermöglichen, ein wichtiger Faktor für den Erfolg einer Zukunftskonferenz. Das erlaubt es, den informellen Austausch über die Pausen hinaus weiter zu führen, interessante Menschen zu treffen oder für sich nachzudenken.

Glaubwürdige demokratische Verhältnisse haben sehr viel damit zu tun, ob und wie miteinander gelernt werden kann. Ich habe die Zukunftskonferenz Döbern-Land ein gutes Jahr lang in der Vor- und Nachbereitung beratend begleitet und kann daher sagen, dass bereits die Phase der Vorbereitung ein intensives Lernen bei allen Beteiligten ermöglichte. Eine Zukunftskonferenz ist eben mehr als eine Konferenz: Sie ist ein offener Prozess. Nicht nur in der Vorbereitungszeit und der eigentlichen Durchführung sondern ebenso in der Zeit der Umsetzung der Verabredungen und Projekte. Sicher scheint mir aber, dass die geplanten Projekte die Felder des gemeinsamen Lernens und Gestaltens in Döbern-Land vervielfältigen und somit auch einen Beitrag zur Weiterentwicklung und Stärkung der demokratischen Kultur in Döbern-Land beitragen.

Die Autorin, **FRAUKE POSTEL** ist Organisationsberaterin und Moderatorin. Seit 2002 arbeitet sie mit der Methode Zukunftskonferenz in mehreren Gemeinden und Städten. Sie ist angestellt beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung und gehört dort zum Mobilen Beratungsteam. Die Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land moderierte sie mit ihrem Kollegen Gerd Wermerskirch vom argo-team in Berlin.

dürfen die Teilnehmer eine goldene Zukunft für Döbern-Land herbeiträumen, die sie nach der Mittagspause szenisch darstellen werden. Eine Gruppe sieht sich auf weit verzweigten Wegen wandernd, eine andere liegt an einem fiktiven Strand, blinzelt in die Sonne und berichtet über die entstandenen Aktivitäten im Bildungs-, Freizeit- und Wirtschaftsbereich: Der Döberner Badeteich wird zur Freizeitlandschaft. Die Schule ist im Ort und ganztags schulische Angebote sind die Grundlage dafür, dass die Schule sozialer und kultureller Knotenpunkt ist. Die Glashütte hat den Betrieb wieder aufgenommen und boomt, die Region bietet berufliche Perspektiven für junge Menschen, es gibt gut bezahlte Arbeit für jeden[...]

Klar sind sie von ihren Visionen noch weit entfernt. Doch die Erfahrungen, die die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der Zukunftskonferenz mit nach Hause nehmen werden, sind real. Eine Unternehmerin sagt: »Ich habe ja immer gedacht, auf unsere Jugend kann man nicht mehr zählen. Genau das Gegenteil habe ich heute erfahren.«

Aus Visionen werden Projekte

Am dritten Tag, zum Abschluss der Zukunftskonferenz, geht es dann darum, einen Teil der Visionen in konkrete Projekte zu überführen. Die in den vorangegangenen beiden Tagen entwickelten Ideen und aufgezeigten Trends werden mit Prioritäten versehen, und jede Teilnehmerin, jeder Teilnehmer ordnet sich ihnen, geleitet von ihren bzw. seinen Interessen, zu. In den verschiedenen Kleingruppen werden die Ideen dann weiterentwickelt, neue Ideen kommen dazu, vorhandene Ansätze werden aber ggf. auch verworfen. Die Ergebnisse, die zum Abschluss der Konferenz präsentiert werden, können sich sehen lassen. So gibt es zum Beispiel die Gruppe »Die Frischen«, die sich dem Thema der Aktivierung der Jugendlichen und Erhöhung des (politischen) Engagements zugewendet haben. Sie möchten dieses Ziel durch eine Jugendkonferenz erreichen und planen ein Jugendparlament für das Amt Döbern-Land.

Am Ende stehen zwölf Projekte in den Startlöchern (siehe nebenstehende Übersicht). Sie haben das Stadium der Vision, einer ersten Idee schon überschritten. Verantwortlichkeiten sind geregelt, Ziele

(kurz-, mittel-, langfristige) für die Teilprojekte sind definiert und die Gruppen haben Folgetreffen für die Weiterarbeit vereinbart. Von allen Projekten gibt es Kurzbeschreibungen und Protokolle zu den Ver-

Bekannten und Arbeitskollegen und -kolleginnen zu, berichten Sie über die Projekte und Pläne und werben Sie um weitere Unterstützung.» Andrea Müller sichert ihre koordinierende Unterstützung und



Zukunftskonferenz Amt Döbern-Land: Ideen gemeinsam diskutieren und entwickeln, Ergebnisse fixieren und die Weiterarbeit planen

abredungen, die dem Bildungsbeirat zur Verfügung gestellt werden. Von Seiten der Verwaltung wird eine weitgehende Unterstützung für die Umsetzung der Projekte zugesagt. Der Amtsdirektor betont aber auch: „Entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung der Projekte ist das Engagement der bisher Beteiligten und dass es gelingt, dieses Engagement weiter zu verbreiten. Gehen Sie auf Ihre Freunde,

Begleitung zu und setzt dies sofort in die Tat um: Um Transparenz bei der Weiterarbeit an den Projekten und einen guten Informationsfluss zu gewährleisten wird ein Forum auf der Website der Zukunftskonferenz eingerichtet und ein ZuKo-Newsletter auf den Weg gebracht. »Die Frischen« erhalten spontan noch weitere Zusagen zur Unterstützung: Frauke Postel verweist auf die Erfahrungen der RAA bei der Einrich-

PROJEKTE DER ZUKUNFTSKONFERENZ

- »DIE FRISCHEN«: Etablierung eines Jugendparlaments im Amt
- »DIE GLASMARDER«: Identifikation mit der Region durch Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit
Schule Friedrichshain »JUGENDUNTERNEHMEN«
- »ERGEBNISSE DER KINDERKONFERENZ IN DIE ÖFFENTLICHKEIT TRAGEN«
- »AMT DÖBERN-LAND SCHÖN UND VIELFÄLTIG«: Wandertage mit Schulen und Kitas
- »VIDS«: Vereine in die Schule holen
- »UNTERNEHMEN GEHEN IN DIE SCHULE UND UMGEKEHRT«
- »SCHAUWERK LAUSITZ GLAS«: Schule unter fremdem Dach, Lernen am anderen Ort
- »WIR SIND DABEI«: Mobil-Jugendhilfe entwickeln
- »MEHR JUNGE MENSCHEN IN DIE POLITIK«: Stärkung des politischen Engagements bei jungen Menschen
- »KINDER- UND JUGENDTREFF«: Bessere Angebote für 12-16-Jährige schaffen
- »VERNETZUNG VON KITA, SCHULE, ELTERN UND WIRTSCHAFT«

tung von Jugendparlamenten und sichert zu, den Kontakt zu den Kollegen und Kolleginnen herzustellen. Hermann Budde, Referatsleiter im MBSJ, ist vom Elan der Gruppe sichtlich angesteckt. Er gibt Hin-

halten. Sicher ist es letztlich nicht so, dass alle Projekte zum Erfolg geführt werden können. Aber die gebildeten Arbeitsgruppen werden weitgehend mit eigener Verantwortlichkeit weiterarbeiten, es ist ihr

sehr positive Außenwirkung für unser Amt. Es gibt bereits viel Interesse aus anderen Regionen und Nachfragen, ob wir über unsere Erfahrungen berichten können. Wir haben Anfragen zur Mitwirkung bei überregionalen und landesweiten Fachtagungen. Dadurch wird auch die Finanzierung von weiteren Aktivitäten leichter. Stiftungen, institutionelle Einrichtungen und Unternehmen werden aufmerksam und bieten Unterstützung direkt an.«

Ein Teilnehmer brachte schon zu Beginn der Konferenz die Sache auf den Punkt: »Der Sieg der Ideen über die Ausreden.« Die Folgekonferenz ist schon verabredet und datiert: 23.01.2010.



»Die Frischen« – Projektidee Jugendparlament der Jugendlichen

weise auf mögliche finanzielle Unterstützung durch Programme und verspricht, hier weiter am Ball zu bleiben.

Projekt. Das ist ein zentraler Erfolgsfaktor.«

Ziele erreicht? JA!

Am Ende der drei Tage werden alle Beteiligten die Zukunftskonferenz und die erreichten Ergebnisse als großen Erfolg einschätzen. Für Andrea Müller liegt der Schlüssel zum Erfolg in einer gelungenen Mixtur verschiedener Pole: Jugend und Erfahrung; Professionalität und Ehrenamt; externe Fachleute und Bürger und Bürgerinnen des Amtes; Unbefangenheit und Zweifel; Power und Gelassenheit. Und Frauke Postel ist von einem nachhaltigen Ergebnis der Zukunftskonferenz überzeugt: »Es ist gelungen, viele Menschen in die Konferenz einzubinden, die wiederum Wirkung in das Gemeinwesen ent-

Konnte das Ziel der Zukunftskonferenz erreicht werden? Fazit von Andrea Müller: »JA! Ich bin mir sicher, dass von der Konferenz eine Initialzündung ausgeht. Es konnten zeitgleich Aktivitäten an vielen Stellen entfaltet werden. Das erzeugt Wellenwirkung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erreicht. Die schon jetzt erreichte Unterstützung und Mitwirkung durch Teile der Bevölkerung fördert die Identifikation mit unserer Region und auch das Selbstwertgefühl der Beteiligten steigt.« Und die bisher erzielten Erfolge machen attraktiv: »Wir erzielen eine

DIE ZUKUNFTSKONFERENZ WURDE UNTERSTÜTZT DURCH DIE

Berlin-Brandenburgische Landjugend (www.bbl-online.com), Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de) und die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Brandenburg (www.raa-brandenburg.de)

GEFÖRDERT WURDE DIE ZUKUNFTSKONFERENZ DURCH DIE

Stiftung Lausitzer Braunkohle (www.stiftung-lausitzer-braunkohle.de), Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de), Deutsches Kinderhilfswerk (www.dkhw.de) und die Serviceagentur Ganztag im Projektverbund kobra.net (www.kobranet.de)

INFORMATIONEN zur Kinder- und Zukunftskonferenz sowie zum Bildungsbeirat und der Steuergruppe sind auf der Website www.zukunftskonferenz-online.de zu finden.

Jugendliche in ihrer Eigenverantwortung stärken – Jugendarbeit als Teil der Bildungslandschaft

EIN INTERVIEW MIT CHRISTIAN MÜLLER, DEM JUGENDKOORDINATOR
AUS DÖBERN-LAND UND NEUHAUSEN/SPREE.

Christian Müller hat unter anderem den Vorstand der Landjugend in die Kinderkonferenz mit eingebunden und an der Zukunftskonferenz teilgenommen.

Wie bauen Sie mit an der Bildungslandschaft im Amt Döbern-Land?

CHRISTIAN MÜLLER: Mein Auftrag als Jugendkoordinator ist es, die Bildung im ländlichen Raum zu fördern, speziell in den 23 Jugendclubs, die ich betreue. Das tue ich unter anderem durch Vernetzungstreffen. Dabei versammeln sich die Jugendclubleiterinnen und -leiter alle vier bis sechs Wochen zum Austausch. Sie besprechen, wo Probleme, Nöte und Bedarfe sind, und versuchen, Lösungen zu finden. Uns geht es darum, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, neue Projekte eigenständig zu entwickeln, durchzuführen und nachzubereiten und dadurch die Eigenverantwortung zu stärken. Das versuchen wir durch niedrigschwellige Angebote wie z. B. eine Spreewalddtour, ein Erlebniswochenende in der Jugendherberge oder eine Fahrt nach Berlin. Themen wie Drogenberatung, HIV- und AIDS-Prävention lassen sich nicht leicht vermitteln. Es ist extrem schwer, die Jugendlichen in ihrer Freizeit für Bildung zu interessieren. »Haben wir in der Schule schon gemacht«, lautet eine Standardantwort. In den Augen vieler Jugendlicher ist Bildung unsexy. Also müssen wir Bildung anders verpacken und kreative Momente schaffen, wo Jugendliche sich bilden und weiter entwickeln, ohne dass sie es so bezeichnen würden.

Können Sie ein Beispiel dafür geben, wo das gelingt?

CHRISTIAN MÜLLER: Die Aktion »Wir fürs Land«, unsere »48-Stunden-Aktion«, in diesem Jahr in Kooperation mit dem Bund deutscher Landjugend. Hier planen Jugendliche Aktionen im und für das Gemeinwesen. Über die Landjugend gibt es ja das Klischee: Gummistiefel, Latzhose, Bierpulle. Dieses Bild neu zu definieren ist ein Ziel der Aktion. Dabei werden Spielplätze geschaffen, Friedhöfe gekehrt, ein Weg gepflastert, Jugendclubs renoviert oder ein Volleyballfeld angelegt. In ganz Brandenburg laufen in diesen 48 Stunden 225 solcher Projekte, in meiner Region sind es 45. Die Aktion wird von der Presse begleitet, BB-Radio ist Kooperationspartner und im Nachgang gibt es eine feierliche Veranstaltung, wo der brandenburgische Landwirtschaftsminister und der



Christian Müller, Jugendkoordinator, lässt die Teilnehmer der Zukunftskonferenz Visionen 2010 für das Amt Döbern-Land aus dem Hut zaubern

Landrat den Jugendlichen anerkennend auf die Schultern klopfen. Die Jugendlichen präsentieren mittels Videoclips ihre Projekte und erhalten Pokale für ihren Jugendclub. Das ist eine Veranstaltung, bei der Wertschätzung im Vordergrund steht und wo Jugendliche die Chance haben, sich von den Projekten der anderen inspirieren zu lassen. Unser großes Problem besteht darin, dass viele gar nicht mitbekommen, was 25 Kilometer weiter läuft. Umso wichtiger sind Veranstaltungen, wo Vernetzung stattfindet und Akzeptanz und Toleranz gelebt wird.

Angesichts von Abwanderung und Bevölkerungsrückgang werden die Jugendlichen in den Dörfern immer weniger. Wie wichtig sind solche Zusammenkünfte über Dorfgrenzen hinaus?

CHRISTIAN MÜLLER: Wir haben Dörfer, da leben nur noch sechs Jugendliche, die führen ein »Einsiedlerleben«. Viele Jugendliche tun sich schwer, nach außen zu gehen, vornehmlich die männlichen im Alter zwischen 25-35 Jahren. Die sind in ihren Clubs groß geworden und bleiben auch vor Ort. Die Mädchen, in der Regel die gut ausgebildeten, gehen dorthin, wo Arbeit ist. Wer

bleibt, richtet sich in seiner Unzufriedenheit ein. Ich bin manchmal der einzige, der von außen zu ihnen kommt und ihnen sagt, was es noch so gibt und was andere Clubs machen. Leider haben wir es mit dem Phänomen zu tun, dass die Clubs sich abschirmen. Jeder Club hat sein Image. Häufig schreckt es ab und verhindert Vernetzung und Öffnung. Hinzu kommt: Man ist entweder »rechts« oder »links« oder ordnet sich nirgends zu. Durch meine Anwesenheit als Sozialarbeiter, z.B. bei Vernetzungstreffen, schaffe ich dort einen Schutzraum, in dem ein Austausch möglich ist. Das funktioniert ganz gut. Wir besuchen gemeinsam verschiedene Jugendclubs, dabei lernen sich auch die kennen, die aufgrund ihrer politischen Haltung eher nichts miteinander zu tun haben möchten. Am meisten Chancen bieten Projekte, die so groß sind, dass sie sich auf mehrere Schultern verteilen lassen und auch die gesamte Bevölkerung einbinden. Wo der Fokus nicht nur auf der Jugend liegt, sondern andere Gruppen mitbeteiligt sind.

Wer sind ihre Kooperationspartner, wenn es darum geht, die Jugendlichen zu motivieren, einen Blick über den eigenen Jugendclub hinaus zu wagen?

CHRISTIAN MÜLLER: Die Jugendclubleiterausbildung, die JULEICA, ist dabei ein wichtiges Instrument. Das läuft z.B. über den Berlin-Brandenburgischen Landjugend e.V. Sie findet an vier Wochenenden in der Jugendherberge statt. Die Jugendlichen werden in Projektentwicklung, Gruppendynamik, Akzeptanz und Toleranz, zu rechtlichen Fragen, Regeln und Pflichten, Kindeswohlgefährdung, Clubordnung, Nutzungsverträgen, Imagebildung und Öffentlichkeitsarbeit geschult. Dabei treffen Jugendliche aufeinander, die sich vorher noch nie gesehen haben. Die Gruppendynamik ist so stark, dass freundschaftliche Verbindungen entste-

hen und Nachtreffen organisiert werden. In Spree-Neiße ist die Beteiligung sehr hoch, weil ich mit sehr vielen Multiplikatoren zusammenarbeite: Mit der Feuerwehr, dem Deutschen Roten Kreuz, angehenden Sozialpädagogen.

Arbeiten Sie mit Schulen zusammen?

CHRISTIAN MÜLLER: Ich bin in einer Grundschule mit ein paar Stunden eingesetzt, um Schülersprecher zu beraten, zu begleiten und Projekte anzustoßen, die die Schule beleben. Impulse von außen sind für klassische Dorfschulen wichtig. Ich habe angefangen, den Schülern dabei zu helfen, ihre Konflikte mit Hilfe von Mediation zu bearbeiten. Dabei haben sich für mich interessante Dinge aufgetan. In Miniprojekten außerhalb von Schule ist es mir gelungen, Konflikten im Klassenverband freien Raum zu geben. Hier und da hatte ich das Gefühl, dass diese Runden mit den Schülern helfen, angestauten Druck aus dem Unterricht loszuwerden. Wenn schon in der Grundschule Gewalt unterschwellig vorherrscht, wenn Konflikte brodeln und nicht gelöst werden, dann ist es logisch, dass ich die Gewalt und die Probleme irgendwann in den Jugendclubs sitzen habe. Wenn man Problemen wie z.B. Rechtsextremismus etwas entgegensetzen will, dann muss man früh anfangen. Es ist wichtig, dass bereits Kinder lernen, mit Konflikten umzugehen. Dafür muss man Geld investieren. Die Landjugend registriert, dass in den Regionen, in denen wenig Geld für Kinder und Jugendliche zur Verfügung steht, der Rechtsextremismus stärker ausgeprägt ist. Mein Ziel wäre ein Jugendbeirat, der über ein Budget verfügt, das die Jugendlichen eigenständig verwalten können und das sie motiviert, mit vereinten Kräften zusätzliche Mittel zu akquirieren. Dazu braucht man allerdings engagierte Jugendliche, die ihr Leben in die Hand nehmen wollen und können. ☒



Welche Zukunftsperspektiven bietet Döbern-Land den Jugendlichen? Präsentation der Diskussionsergebnisse durch die Jugendlichen



Landkreis Elbe-Elster

Aktivitäten und Erfahrungen im Land Brandenburg

Der Landkreis Elbe-Elster	47
Reden reicht nicht, Bildung muss man machen	50
Ein Gespräch mit Bildungsverantwortlichen im Landkreis Elbe-Elster	
Im Bus durch die Bildungslandschaft	53
Zu Besuch bei Betrieben im Landkreis Elbe-Elster	
Qualifikation ist der wichtigste Standortfaktor	57
Ein Gespräch mit Wilfried Höhne und Jens Zwanzig von der Regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft	
Für uns ist Schule ein Lebensraum	60
Ein Gespräch in der allgemeinen Förderschule Finsterwalde mit Uwe Mader, Sabine Mehnert und Torsten Winkler	
Kitas zu Familienkompetenzzentren ausbauen	64
Ein Interview mit dem Leiter des Jugendamtes, Jens Scheithauer	

Der Landkreis Elbe-Elster

Im Süden Brandenburgs, inmitten von Natur, Landwirtschaft und Industriekultur liegt der Landkreis Elbe-Elster, dessen landschaftliches Bild durch weitläufige, zusammenhängende Waldgebiete im Nordwesten und offene Kulturlandschaften aus Äckern und Wiesen im Süden geprägt ist. Ein weit verzweigtes Radwanderwegenetz mit über 700 Kilometer Streckenlänge führt durch die flache, abwechslungsreiche Landschaft zu Sehenswürdigkeiten und Ausflugszielen. Es ist Teil der Fernradwege und sorgt somit für den nahtlosen Anschluss zu den benachbarten Reisegebieten.

Die Wirtschaft besteht vorwiegend aus kleinen und mittelständischen Unternehmen. Schwerpunktbranchen sind die Metall- und Elektroindustrie, Automotive-Zulieferer, der Tourismus, die Land- und Ernährungswirtschaft sowie der Bereich Gesundheit. Der Landkreis ist Teil der neuen Energieregion Lausitz-Spreewald, bestehend aus den Landkreisen Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neiße und der Stadt Cottbus. Mit dem Zusammenschluss verfolgen die Gesellschafter das Ziel, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Region zu leisten: Die nachhaltige Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region und ihrer Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten sowie die Stärkung der Attraktivität für Investitionen und Geschäftsmöglichkeiten.

Die Bildungsinfrastruktur in Elbe-Elster hält 102 Einrichtungen für Kinder und Jugendliche vor, darunter ein Kreismedienzentrum, eine Kreisvolkshochschule und eine Kreismusikschule, die etwa 15 Prozent aller Kinder im Kreis erreicht. Das Schulangebot besteht aus 48 Schulen für ca. 9.350 Schülerinnen und Schüler und einem Oberstufenzentrum mit derzeit ca. 3.450 Schülerinnen und Schülern. Die wohnortnahe Anbindung an Grundschulen in der Region ist gewährleistet, und in allen Schulformen ist der Besuch von Ganztagschulen möglich. Allerdings ging das Angebot an weiterführenden Schulen in den letzten Jahren stark zurück. Die Fahrzeiten für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II sowie der berufsbil-

denden Schulen haben sich dementsprechend erhöht und bringen eine zusätzliche Belastung.

Besorgnis erregend erscheint die überproportional hohe und sich bisher nicht abschwächende Abwanderung. Jährlich verlassen mehr als 1.000 Personen – mehrheitlich Ausbildungsplatzsuchende und gut Ausgebildete – den Landkreis. Seit 1990 ist die Bevölkerung um rund 27.000 Einwohner auf aktuell 115.713 Personen geschrumpft. Mit 16,3 % ist die Arbeitslosenquote die dritthöchste im Land Brandenburg, 45 % davon sind Langzeitarbeitslose (Stand: Juni 2009). Der Ausländeranteil ist mit 0,8 % signifikant niedrig. Der Jugendquotient¹ liegt mit 15,1 % deutlich unter dem von Gesamtdeutschland (21,2 %). Und noch ein Anlass zur Sorge: 8,6 % aller Schulabgänger verlassen die Schule ohne anerkannten Abschluss.

Für den Landkreis Elbe-Elster besteht eine zentrale Herausforderung darin, Zukunftsperspektiven für junge Menschen im Kreis zu schaffen. Es gilt, die Leistungsstarken zu halten, die Leistungsschwächeren zu fördern und allen eine gute berufliche Perspektive zu ermöglichen. Dazu existieren im Landkreis bereits zahlreiche Maßnahmen und Initiativen. Um sie zu koordinieren wurde im April 2008 das Bildungsbüro mit einer Personalstelle im Schulverwaltungs- und Sportamt besetzt. Das Bildungsbüro ist Teil des Schulverwaltungs- und Sportamt (siehe Abb. 10, S. 48). In der Startphase konzentrierte sich die Arbeit des Bildungsbüros auf die Schnittstelle Schule - Wirtschaft. Das Bildungsbüro versteht sich dabei als Dienstleister und zentrale Anlaufstelle für Schulen, Unternehmen und weitere regionale

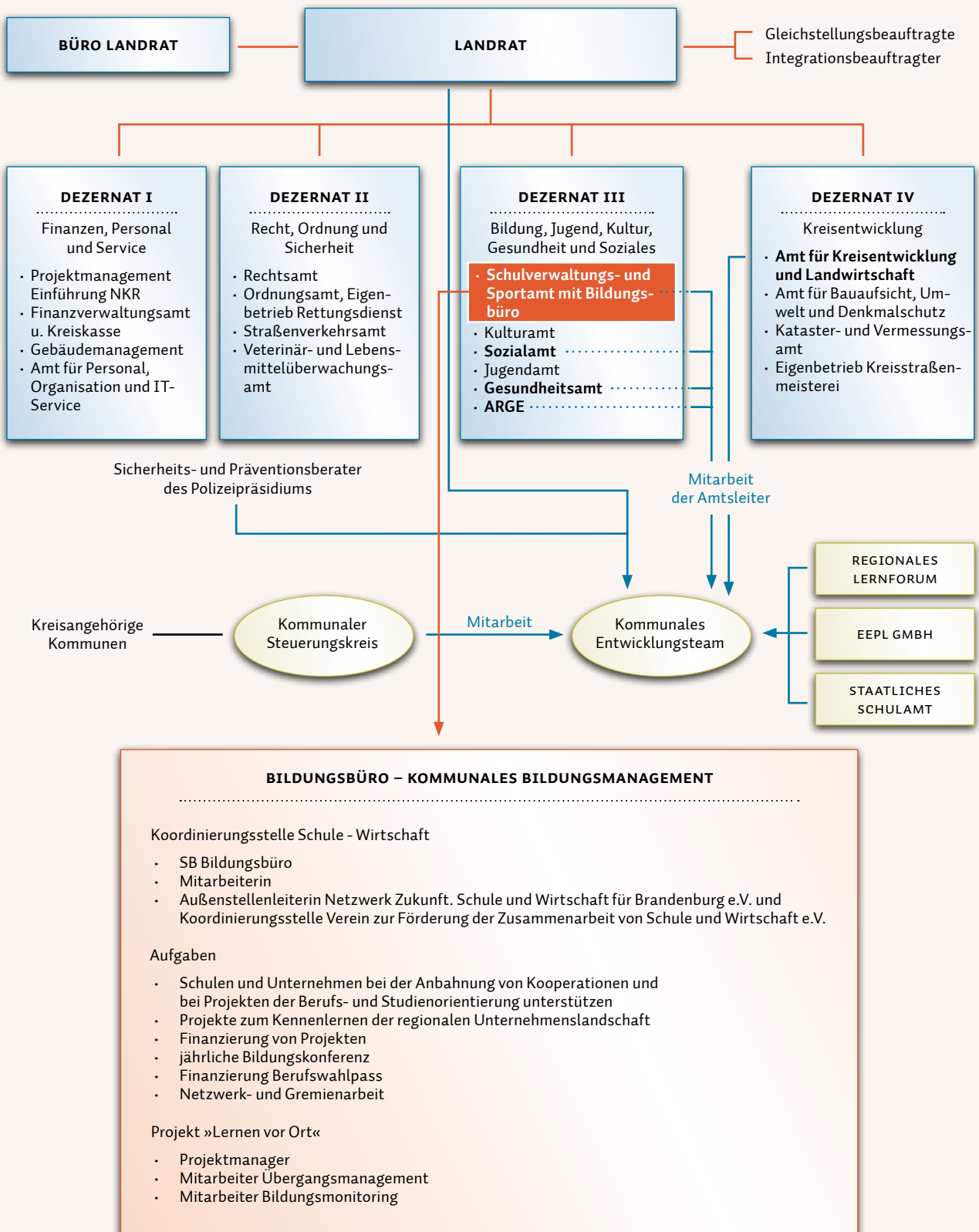


Akteure. Unterstützt werden Schulen und deren Partner beim Aufbau gemeinsamer Projekte mit dem Ziel, sowohl langfristige Partnerschaftsvereinbarungen zwischen Schulen und Betrieben, Universitäten und Fachhochschulen als auch die Einbindung außerschulischer Lernorte und Praxispartner aus Unternehmen in den Unterricht zu etablieren. Darüber hinaus unterstützt das Bildungsbüro bei der Beantragung von Fördermitteln, bei der Öffentlichkeitsarbeit und fördert bzw. organisiert den regionalen und überregionalen Erfahrungsaustausch.

Seit dem Schuljahr 2008/09 veranstaltet das Bildungsbüro Informationstouren durch ausgewählte Metall- und Elektrobetriebe der Region. Dabei lernen die Schüler und Schülerinnen die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie kennen. Als Partner für die Organisation der Touren wurde die Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz (EEpL) mit ins Boot geholt. Die Finanzierung erfolgt im Rahmen der Richtlinie des Landkreises zur Förderung von Schulprojekten im Bereich Stärkung

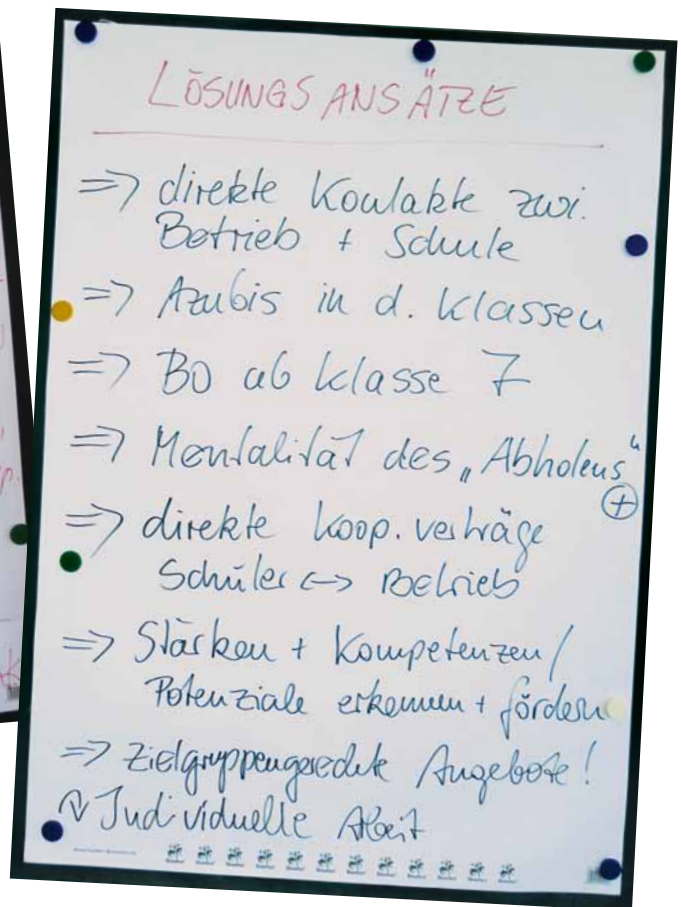
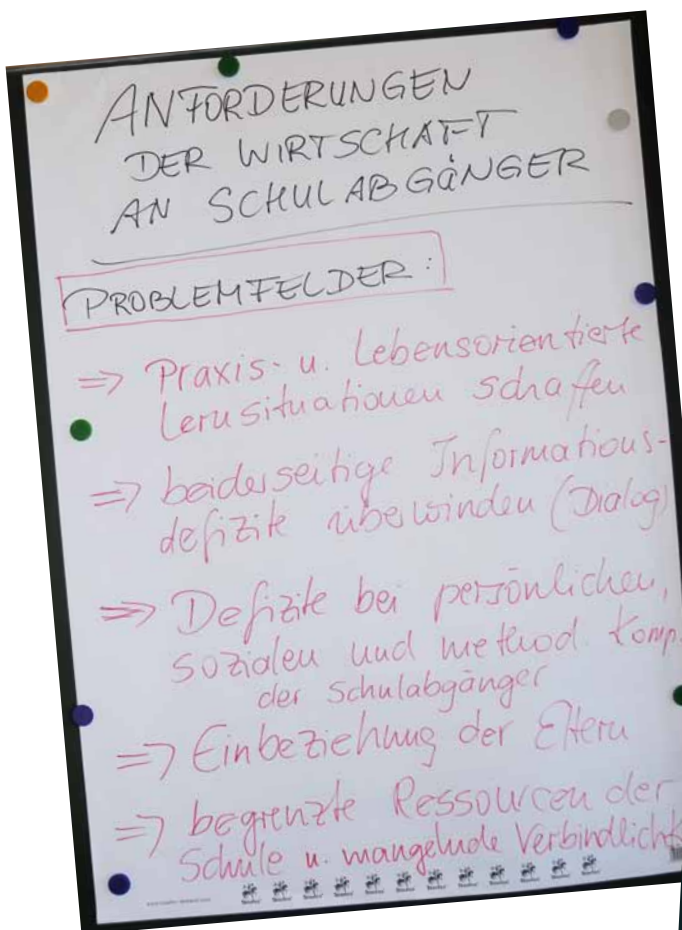
1 Als Jugendquotient bezeichnet man das Verhältnis der unter 20-Jährigen zu den 20- bis 64-Jährigen.

**VERKNÜPFUNG DER VERWALTUNGSSTRUKTUR DES LANDKREISES ELBE-ELSTER INKL. BILDUNGSBÜRO
MIT DEN STEUERUNGSELEMENTEN IM RAHMEN DES PROGRAMMS »LERNEN VOR ORT«**



Stand September 2009

Abb. 10: Verknüpfung der Verwaltungsstruktur des Landkreises Elbe-Elster inkl. Bildungsbüro mit den Steuerungselementen im Rahmen des Programms »Lernen vor Ort«



der Berufs- und Studienorientierung². Das Format ist sehr erfolgreich, weitere Touren, u.a. zum Kennenlernen der Ausbildungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft, sind in Vorbereitung.

Eine weitere Maßnahme ist die Erstellung eines Angebotskatalogs »Kooperation Schule - Betrieb«. Er liefert eine kompakte Übersicht, welche Möglichkeiten die Unternehmen des Landkreises bieten, wenn es um Betriebsbesichtigungen, Schülerpraktika, Ferienarbeit, Berufsorientierung und Kooperationspartnerschaften geht. Flächendeckend eingeführt im Landkreis ist der Berufswahlpass, der an alle Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen übergeben wird.

In Zukunft will sich das Bildungsbüro zu einer »Kommunikations- und Koordinierungsstelle Bildung« weiterentwickeln. Ziel sind standardisierte Abläufe für eine funktionierende Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen im kommunalen Bildungssystem. Neben dem Übergang

Schule - Beruf soll insbesondere der Übergang Kita - Grundschule stärker ins Blickfeld der Aktivitäten rücken. Die Angebote der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe sollen besser mit dem System Schule und angrenzenden Ressorts, wie Gesundheit und Soziales, abgestimmt werden, so dass die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus sozial schwächeren Familien reduziert wird. Darüber hinaus ist die schrittweise Einführung eines kommunalen Bildungsmonitorings geplant. Diese Ziele sind auch Bestandteil des Projekts »Kommunales Bildungsmanagement im Landkreis Elbe-Elster«, mit dem sich der Landkreis für das Programm »Lernen vor Ort«³ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung beworben und dafür den Zuschlag erhalten hat. Mit dem Start des Projekts zum Oktober dieses Jahre konnte das Bildungsbüro um Aufgaben (u.a. Bildungsmonitoring und Bildungsmanagement) und Personal erweitert werden. Ein kom-

munales Entwicklungsteam, in dem das Bildungsbüro, die Verbundpartner, weitere Ämter der Kreisverwaltung, ein kommunaler Steuerungskreis der kreisangehörigen Kommunen, das Staatliche Schulamt, Polizei und Landrat mitwirken, wird als weiteres zentrales Strukturelement des kommunalen Bildungsmanagement eingeführt (siehe Abb. 10, S. 48).

2 Die Förderrichtlinie steht unter www.landkreis-elbe-elster.de als Download zur Verfügung

3 Der Start des Programms »Lernen vor Ort« erfolgte zum September 2009. Ausführliche Informationen sind unter www.lernen-vor-ort.info zu finden, unter anderem eine Kurzbeschreibung des Programms, die Förderrichtlinien sowie eine Übersicht über die bundesweit insgesamt 40 geförderten Landkreise bzw. kreisfreien Städte.

Reden reicht nicht, Bildung muss man machen

EIN GESPRÄCH MIT BILDUNGSVERANTWORTLICHEN
IM LANDKREIS ELBE-ELSTER

Klaus Richter ist seit 2002 Landrat des Landkreises Elbe-Elster. Peter Hans ist Dezent und Erster Beigeordneter. Marlies Eilitz steht dem Schulverwaltungs- und Sportamt beim Landkreis vor, dem auch das Bildungsbüro zugeordnet ist, welches von Andrea Hähnlein geleitet wird.

Vor welchen Herausforderungen steht der Landkreis Elbe-Elster?

KLAUS RICHTER: Elbe-Elster ist ländlich strukturiert und liegt weit von der Landeshauptstadt Potsdam entfernt. In der DDR prägten der Maschinenbau und das Bauwesen die Region. Nach der Wende wurden viele Unternehmen geschlossen. Mittlerweile haben wir einen sehr leistungsstarken Mittelstand in den Bereichen Metall, Elektro, Ernährung und Gesundheit, der allerdings den dramatischen Arbeitsplatzabbau nach der Wende nicht kompensiert. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 16 Prozent, ein hoher Anteil davon sind Langzeitarbeitslose. Wir haben nach wie vor ein hohes Maß an Abwanderung. Rund 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner verlassen uns jährlich, vor allem die Leistungsträger. Umso bedeutender ist für uns als Region die Frage nach Bildung. Dabei ist mir besonders wichtig, Schule und Wirtschaft so zeitig wie möglich zusammenzubringen. Ich weiß, dass Betriebe qualifizierten Nachwuchs brauchen. Bevor ich 2002 Landrat wurde, war ich acht Jahre Wirtschaftsdezernent und davor habe ich u. a. als Stellvertreter des Direktors viele Jahre in einem großen Unternehmen gearbeitet. Als Wirtschaftsdezernent habe ich Unternehmer und Berufsschullehrer zusammengebracht. Eine Reaktion damals war die Frage, ob ich denn als Wirtschaftsdezernent nicht ausgelastet bin, dass ich mich mit Bildungsfragen beschäftige. Das würde heute keiner mehr fragen, es hat sich viel im Verständnis rund um Bildung verändert.

Was machen Sie anders in Elbe-Elster?

KLAUS RICHTER: Jeder Politiker sagt, wie wichtig Bildung ist. Wir sagen das nicht nur, wir machen das. Wir haben bereits vor mehr als zehn Jahren damit begonnen, eine Vielzahl von Bildungsinitiativen zu starten: 1996 gründeten wir eine Schülerakademie, 1997 eine Seniorenakademie, die sich zu einer Dauerveranstaltung mit anspruchsvollen Themen etabliert hat. Im Jahr 2000 entstand das »Regionale Lernforum im Wirtschaftsraum zwischen Elbe und Elster«. Seit 2003 beteiligen wir uns am Programm »Lernen in den Regionen« mit dem Projekt »Schule von morgen. Wege zu einer neuen Lernkultur«. Das läuft in fünf Beispielschulen im Kreis



Peter Hans (li.), bei der Eröffnung der 6. Bildungskonferenz, gemeinsam mit Dr. Karsten Schuldt (Progress Institut für Wirtschaftsforschung Teltow GmbH) und Hans-Jürgen Kuhn (Referatsleiter im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg)

mit gutem Erfolg. Einmal jährlich veranstalten wir eine Bildungskonferenz, in diesem Jahr zum sechsten Mal. 2005 haben wir den »Verein zur Förderung der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft« gegründet. In ihm sind Politik, Verwaltung und Unternehmen vertreten. Seit 2008 gibt es das »Entwicklungsforum Elbe-Elster« und als Steuerungsinstrument die Stabsstelle »Zukunftstrategien für Elbe-Elster«. 2008 nahm auch die Sinus-Stiftung ihre Arbeit auf, die das Bundesprogramm »Jobstarter« und den Beschäftigungspakt »Xenos« im Landkreis umsetzt. Wir haben eine Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich, dort bilden wir Meister für ganz Südbrandenburg aus. In unserer Region gibt es eine sehr leistungsstarke Landwirtschaft, die ein erhebliches Nachwuchsproblem beklagt.

Herr Hans, als Kämmerer verantworten Sie den Haushalt in Elbe-Elster. Wie schaffen Sie es nur, diese zahlreichen Bildungsinitiativen zu finanzieren?

PETER HANS: Die Haushaltssituation ist äußerst angespannt. Wir haben 18,2 Millionen Euro Defizit. Und zwar nicht deshalb, weil wir soviel Geld ausgeben, wir sind sparsam, sondern weil wir so schwache Einnahmen haben. Die Kreisumlage ist abhängig von der Steuerkraft der Kommunen. Wir haben die niedrigste im Land Brandenburg. Langfristig kommen wir daher nur aus der Misere, wenn wir die Steuerkraft stärken. Das erreichen wir nur, indem wir

in Ausbildung investieren. Hier sparen wir nicht, sondern nehmen Geld in die Hand und versuchen, weitere Mittel für den Bereich Bildung einzuwerben. Die Sparkassenstiftung unterstützt uns zum Beispiel bei der Finanzierung von Praxistagen und bei der Finanzierung des Berufswahlpasses. Der Kreispräventionsrat hilft uns, das »Anti-Bullying-Projekt« flächendeckend im Kreis einzuführen. Vom aktuellen Konjunkturpaket der Bundesregierung fließen zwei Drittel der Investitionen in unsere Schulen. 2015 sollen alle Schulen im Kreis tiptop sein.

KLAUS RICHTER: Bildungspolitik in allen ihren Facetten war dem Landkreis immer schon sehr wichtig. Wir haben im Rahmen der Investitionstätigkeit stets zuerst die Schulen gesehen. Erst als die Schulen fertig waren, haben wir die Verwaltung saniert. Außerdem waren wir in Fragen der Finanzierung immer sehr kreativ und haben Fördermittel von Land, Bund und Europa akquiriert. Dabei war es hilfreich, dass Regine Hildebrandt ihren Wahlkreis in Herzberg hatte. Sie hat viel Wert darauf gelegt, sich um benachteiligte Menschen zu kümmern. Und die haben nur dann eine Chance voranzukommen, wenn sie ihr Bildungsniveau erhöhen.

MARLIES EILITZ: Zusätzlich haben wir eigene Mittel in die Hand genommen und das im Kreistag durchgesetzt. Unsere Musikschule konnten wir durch eine erhöhte Eigenfinanzierung aufrechterhalten. Zurzeit fließen 800.000 Euro Eigenmittel in die Musikschule. Mit 2.300 Schülerinnen und Schülern ist sie die größte im Land Brandenburg. Wir erreichen jedes vierte Kind mit der Musikschule. Und auch das Bildungsbüro wird ausschließlich aus eigenen Mitteln finanziert.

Wo sehen Sie noch Handlungs- und Unterstützungsbedarf bei Ihren Bemühungen?

KLAUS RICHTER: Die Landesförderung der Kreisvolkshoch-

schulen und Musikschulen ist extrem zurückgegangen. Sinnvoller wäre es, Musikschulen, auch im Sinne von präventiven Maßnahmen, so zu fördern, dass jedes Kind eine musikalische Ausbildung machen kann. Wer eine Gitarre in der Hand hat, hat keine mehr für eine Spraydose frei. Es lohnt sich darüber nachzudenken, ob Musikschulen nicht eine Pflichtaufgabe werden sollten. Auch an den Schulen passiert noch viel zu wenig. Es reicht nicht, über erfolgreiche Bildung in Finnland zu reden, man muss auch vieles so machen wie in Finnland: Das fängt bei den Klassenstärken und der Anzahl der Pädagoginnen und Pädagogen an und geht bis hin zur Abschaffung der Förderschulen. Wie sollen Förderschüler Motivation entwickeln, wenn sie einen Abschluss bekommen, der wertlos ist? Wir müssen von diesen zehn Prozent Schulabgängern ohne Abschluss wegkommen.

Was müsste sich Ihrer Ansicht nach in der Zusammenarbeit von Land und Kommune ändern?

KLAUS RICHTER: Wir haben das Thema gerade im Rahmen einer Vorstandssitzung des Brandenburger Landkreistages diskutiert. Dabei haben wir für eine Kommunalisierung der Bildung plädiert. Es ist unserer Ansicht nach höchst unglücklich, wenn Schulräte über kommunale Bildungspolitik entscheiden. Ihnen fehlt der Bezug zur Kommune. Die Trennung in innere und äußere Angelegenheiten der Schule erweist sich zunehmend als hinderlich. Die Schulbediensteten sind Angestellte des Landes und es gibt immer wieder Probleme, wenn wir als Schulträger den Lehrkräften nichts zu sagen haben. Vor kurzem haben wir eine kommissarische Schulleiterin verloren, die sehr gute Arbeit geleistet hat, da der Posten des Schulleiters an jemanden von außerhalb vergeben wurde. Der Staatssekretär im Bildungsministerium, Herr Jungkamp, hat sich sehr aufgeschlossen gegenüber unserer Vor-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 6. Bildungskonferenz im Landkreis Elbe-Elster

stellung gezeigt, dass der Landkreis künftig mehr Mitsprache-recht erhält. Wichtig wäre die Einbindung in die Schulentwicklung bis hin zur Besetzung von Lehrerstellen.

MARLIES EILITZ: Wenn hier jemand über Bildung schimpft, schimpft er über den Landrat und die Leiterin des Schulverwaltungsamtes. Deshalb muss es auch so sein, dass der Kreis für seine Region Lehrkräfte einstellen und versetzen kann und nicht vom Schulamt einen Lehrer aus dem Gymnasium für die Förderschule vorgesetzt bekommt.

Was kann das Bildungsbüro unter den gegebenen Rahmenbedingungen leisten?

KLAUS RICHTER: Das Bildungsbüro leistet die Koordinierung einer Vielzahl von Projekten und bündelt Aktivitäten. In der Verwaltung wäre es niemals möglich, diese Arbeit zusätzlich zum täglichen Geschäft zu erledigen. Bund und Land legen jedes Jahr neue Programme auf. Wir wollen die Projekte verstetigen, die erfolgreich laufen. Dabei sind wir auf die Unterstützung von Förderprogrammen aus Bund und Ländern angewiesen. Das ist der Spagat, den wir ständig zu machen haben. Wir schauen nicht mehr, was wir abgreifen können, sondern überlegen schon bei der Beantragung der Projekte: Was sind unsere Ziele?



Bildungskonferenz Elbe-Elster: Schülerinnen des Elsterschlossgymnasiums Elsterwerda präsentieren ihr Projekt »Schule trifft Wirtschaft: Werbeflyer in deutsch und englisch für einen Fliegerblouson«

Hatten Sie Vorbilder beim Aufbau des Bildungsbüros?

MARLIES EILITZ: Als wir angefangen haben, über die Fortbildung von Lehrern nachzudenken, wurden wir auf den Kreis Herford aufmerksam. Die haben ein Bildungsbüro. Dort haben wir uns angeschaut, wie man's macht. Wir haben viel von Herford gelernt. Der Beginn war nicht einfach: Unter den Lehrkräften war das Bildungsbüro anfangs umstritten, es hieß, wir mischten uns ein. Unsere Lehrerfortbildungen hat das Schulamt zunächst dankbar angenommen, aber nachdem wir die Multiplikatoren auf Kosten des Landkreises ausgebildet hatten, wurde uns klar gemacht, dass Lehrerfortbildung Landessache ist. Wir sind daraufhin in die Berufsorientierung eingestiegen. Durch die Bildungskonferenzen haben wir die Wünsche von Betrieben und Schulen erfahren. Mittlerweile sind die Leistungen des Bildungsbüros an den Schulen sehr gefragt.


ANDREA HÄHNLEIN: Projekte der Berufsorientierung an Schulen fördern wir allerdings nur dann mit kommunalen Mitteln, wenn die Projekte ergebnisorientiert und öffentlichkeitswirksam durch-

geführt werden. Als wir mit den Informationstouren durch die Metall- und Elektrobetriebe angefangen haben, habe ich Informationen an jede Schule geschickt. Jede Schule ist informiert, aber zumeist nur über eine Person. Ich habe es erlebt, dass mich Lehrkräfte ansprachen: »Ich habe in der Zeitung gelesen, dass Sie solche Touren anbieten!«. Ich stelle immer wieder fest, wie wichtig der persönliche Kontakt ist, und arbeite immer intensiver mit den Schulen zusammen. Allerdings kann ich nicht mit jeder einzelnen Lehrkraft Kontakt halten.

Wo sehen Sie neben dem Übergang Schule – Beruf weiteren, dringenden Handlungsbedarf?

MARLIES EILITZ: Ich erwarte von der Kita, dass sie die Kinder so auf die Schuleingangsphase vorbereitet, dass alle die gleichen Voraussetzungen haben. Das ist eine große Aufgabe, denn aus der Kita kommen Kinder, die kaum sprechen und Kinder, die schon einen Computer bedienen können. Grundschulen sollen ihre Schüler auf die Sekundarstufe I vorbereiten und dafür sorgen, dass sie schreiben können. Dabei müssen Schulen die lernschwachen Kinder integrieren, ohne die leistungsstarken Kinder aus den Augen zu verlieren. Schulen sollen mit Elternhäusern, Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten. Ich bin immer wieder darüber enttäuscht, dass ich noch keine Klasse im Kreistag gesehen habe.

ANDREA HÄHNLEIN: Die Bildungsübergänge sind insgesamt Knackpunkte. Zurzeit arbeiten wir daran, den Übergang Kita – Grundschule abgestimmter zu gestalten. Hier kommen uns die Bemühungen des Landes mit dem Orientierungsrahmen zur Zusammenarbeit von Schule und Kita entgegen. Ich möchte mich in Zukunft unter anderem verstärkt darum kümmern, die Eltern mehr ins Boot zu holen. Im Kreislehrerrat und in den Kreiselternräten stellen wir unsere Projekte schon regelmäßig vor.

Viel gewonnen wäre, wenn wir den Informationsfluss zwischen unseren vielfältigen Netzwerken verbessern können. Wir brauchen verbindliche Informationsstrukturen, die dazu beitragen, die Arbeit effektiver zu gestalten. Wichtig ist auch, diejenigen zu entlasten, die sich schon sehr stark engagieren, und Angebot und Nachfrage gezielter zueinander zu bringen. So frage ich bei den Firmen ab, welche Formen der Berufsorientierung sie für die Schülerinnen und Schüler bieten, und vermittele an Schulen die Information, welches Unternehmen welche Partnerschaften eingehen möchte. 

Im Bus durch die Bildungslandschaft

ZU BESUCH BEI BETRIEBEN IM LANDKREIS ELBE-ELSTER

»Herr Zilinski ist sehr streng, einer von der alten Schule«, hatte Björn Bade gewarnt, nachdem sie aus dem Bus gestiegen waren. Sie, das sind 13 Schülerinnen und Schüler der Ganztagschule »Ch. G. Salzmann« aus Herzberg, einer Schule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen. Jetzt stehen sie vor dem Eingangstor der Firma Industriegalvanik GmbH (GALFA) in Finsterwalde und ein kompakter Herr eilt mit forschenden Schritten auf sie zu. »Mein Name ist Zilinski, ich bin der Produktions- und Ausbildungsleiter bei der GALFA«, begrüßt er seine Gäste. Die 13 Schülerinnen und Schüler hören gespannt zu. Da Zilinski zunächst noch etwas zu erledigen hat, darf Björn Bade die Siebtklässler durch die heiligen Werkhallen führen. Bade kennt sich aus. Als Mitarbeiter der Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz GmbH (EEpL), die vom Landkreis Elbe-Elster mit der Durchführung der Schülerbustouren beauftragt wurde, begleitet er regelmäßig Schülerinnen und Schüler im Rahmen von Schülerbustouren zu Metall- und Elektrofirmen der Region. Bei der GALFA sind die Schülerbustouren besonders häufig zu Gast. Sie dienen der Berufsorientierung sowie dem Kennenlernen der regionalen Unternehmenslandschaft und werden von mehreren Akteuren vor Ort unterstützt: Das Bildungsbüro des Landkreises Elbe-Elster bietet den Schulen die Tour als Berufsorientierungsprojekt an und finanziert sie. EEpL fragt bei den Unternehmen an und organisiert die Tour. Die Lehrkräfte an den Schulen begleiten die Fahrt und bereiten ihre Schülerinnen und Schüler darauf vor.

Die Mädchen und Jungen aus der Ganztagschule mit dem sonderpädagogischen Förderschwerpunkt Lernen »Ch. G. Salzmann« aus Herzberg brauchten sich heute Morgen nur in den Bus zu setzen. Bevor sie bei der GALFA eintreffen, haben sie bereits zwei andere Firmen besucht. »Drei Firmen bei einer Tour sind genug für die Schülerinnen und Schüler«, weiß Björn Bade, nachdem er es auch schon mit vier probiert hat. Diesmal hat

er genug Zeit für Pausen eingeplant. Dem entsprechend konzentriert sind die Schülerinnen und Schüler bei der Sache. Sie haben viele Fragen zur GALFA, einem Unternehmen, das sich auf die Veredelung von Schrauben spezialisiert hat. Wie viel wiegt so eine Schraube? Warum ist Fett daran? Arbeiten auch Frauen hier?

Aussichtsreiche Zukunft?

Zum Erstaunen der Schülerinnen und Schüler sind nur wenige Arbeiter am Werk. Einige sieht man auf Gabelstaplern umher-



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bustour im Gespräch mit Auszubildenden und Mitarbeitern von GALFA und beim Betriebsrundgang

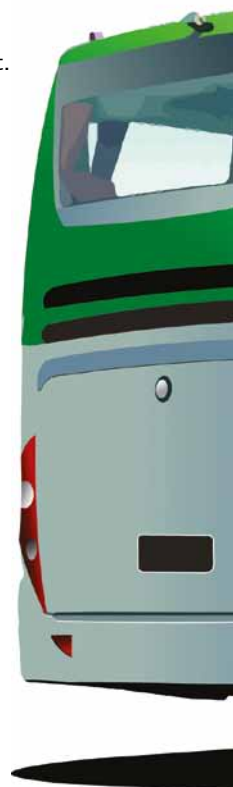
düsen und Maschinen kontrollieren. »Der Beruf sieht einfacher aus, als er ist«, bemerkt Bade, »der hat viel mit Technik zu tun. Ohne Computer geht hier gar nichts mehr!«. Die Schüler stellen vor allem fest, dass er ganz schön hart ist. Die Arbeit ist schmutzig, es stinkt nach Chemie. Aber der Verdienst ist gut, verspricht Bade. Wie viel man verdient, will Herr Zilinski aber erst im Vorstellungsgespräch verraten. Jährlich stellt die GALFA zwei Lehrlinge ein. Die Schüler wollen wissen, ob man dafür gute Noten braucht. »Wir wollen junge Leute mit guten Noten haben, jedenfalls in Mathe und Naturwissenschaften«, antwortet Zilinski. Ob er ahnt, dass seine Besucher wohl nicht mit Bestnoten aufwarten können? »Wenn ihr über 16 seid, könnt ihr euch in den Ferien für einen Job bewerben«, ermutigt Zilinski. Die Schüler machen sich auf den Weg zurück zum Bus. »Hey Basti, das ist schon der zweite Betrieb, wo ich ein

Praktikum machen kann«, freut sich Ronny. Den ersten hat er heute Morgen kennen gelernt, die Firma Heller.

Barbara Hackenschmidt vom Verein zur Förderung der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft findet es erschreckend, wie wenig Kinder und Jugendliche über das Wirtschaftsleben in der Region wissen, vor allem, wenn die Eltern ALG II-Empfänger sind. Bis 1993 arbeitete sie als Lehrerin und erinnert sich noch gern an die praxisnahe Schulausbildung in der ehemaligen DDR: »Wir haben bereits in der vierten Klasse



mit Holz und Metall gearbeitet. Die Kinder haben einen Einblick in die Wirtschaft bekommen und konnten sich ausprobieren. Das war ein Fach, in dem auch Schüler, die sonst Schwierigkeiten hatten, erfolgreich sein konnten«. Durch die hohe Arbeitslosigkeit nach der Wende ging auch der Bezug vieler Erwachsener zur Wirtschaft verloren. »Die Leute wissen nicht, welche Firmen es in Finsterwalde und Umgebung gibt«, ist Hackenschmidt überzeugt. »Sie kennen Obi und was sie auf dem Weg zu Obi sehen«. Dass viele Firmen seit der Wende mehrmals ihre Namen änderten, macht die Sache nicht leichter.

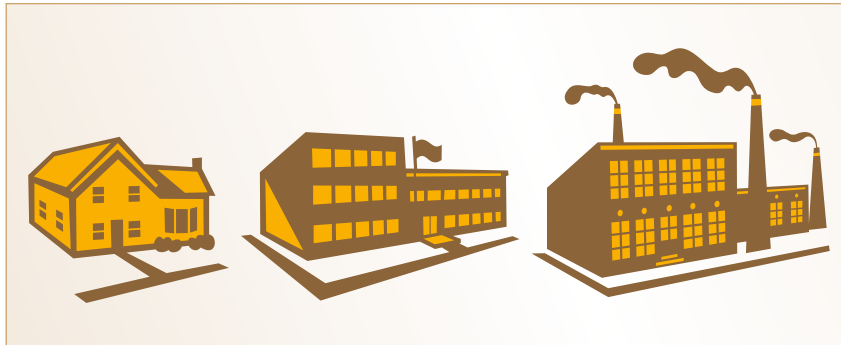


Faszinierende Technik

Kennen viele Kinder und Jugendliche gerade einmal die Firmen auf ihrem Schulweg, können die Mädchen und Jungen aus dem 40 Kilometer entfernten Herzberg nun ein paar Unternehmen in Finsterwalde kennen lernen. Auf der Fahrt zu McDonalds fahren sie durch den Technologiepark. Als Björn Bade erklärt, welche Firmen hier angesiedelt sind, wird es still im Bus. Fasziniert hören die Schüler von den Notstromaggregaten der Firma FIMAG, die mit alternativen Brennstoffen die Bundeswehr bei ihren Auslandseinsätzen im Kosovo und in Afghanistan mit Energie versorgen. Sie erfahren, dass Kjellberg und GALFA hier erst kürzlich neue Werke errichtet haben. Und dass riesige Stahlrohtürme für Windkraftanlagen in Finsterwalde hergestellt werden, wussten sie auch noch nicht.

Die begleitenden Pädagoginnen sind von der Tour mindestens genauso angetan wie ihre Schülerinnen und Schüler. »Mir

gefällt es gut«, sagt die Klassenlehrerin Frau Bader. Sie hatte mit mehr Aufwand im Vorfeld gerechnet und ist nun erleichtert, dass die Tour vom Bildungsbüro sofort genehmigt wurde und EEpL ein Programm zusammengestellt hat, das für ihre Klasse machbar ist. Es sei wichtig, dass ihre Schülerinnen und Schüler mal aus der Schule herauskommen und den Landkreis kennen



lernen. »Viele Eltern sind arbeitslos und können selbst wenig erzählen. Es ist wichtig zu sehen, wie und wo man sich Geld verdient«, ist Bader überzeugt.

Bedrohliche Tendenzen

Auf der anderen Seite haben auch die Unternehmen in Elbe-Elster erkannt, dass sie die Jugendlichen brauchen. Das geht aus der jüngsten Umfrage hervor, die EEpL einmal jährlich bei 50 Unternehmen der Region durchführt. Die Fir-

men waren sich einig, dass es in Zukunft ein Fachkräfteproblem geben wird. Die Kluft zwischen dem Bedarf und dem Angebot an Nachwuchskräften wird immer größer. EEpL befragte auch 600 Schülerinnen und Schüler aus den oberen Klassen in verschiedenen Schultypen. Dabei stellte sich heraus: Zwei Drittel der Schüler erwägen, die Region zu Ausbildungszwecken und

für den Beruf zu verlassen. Nur zwei Prozent haben Interesse an Metall- oder Elektroberufen, zwei der führenden Branchen des Landkreises. Hinzu kommt der demografische Wandel. Jedes Jahr schließen weniger Absolventen die Schule ab.

Knapp neun Prozent der Absolventen erreichen keinen anerkannten Schulabschluss. Ihnen einen Ausbildungsplatz zu verschaffen, ist eine große Herausforderung. »Die Kluft lässt sich nicht damit überbrücken, dass die Unternehmen sagen, wir nehmen jeden«, erklärt der Leiter der Studie, Prof. Dr. Frank Berg von der Sinus-Stiftung. Vielmehr müssten Angebote und Bedarfe zueinander finden. »Das ist ein strategisches Langfristthema«, sagt Berg. »Man muss die jungen Menschen vom Kindergarten an für die regionale Wirtschaft interessieren. Dafür braucht man zielstrebige und langfristige Kontakte zu Schulen und Unternehmen«.



Die frauenpolitisch aktive Barbara Hackenschmidt möchte vor allem die Mädchen mehr für die Bereiche Metall und Elektro begeistern. Dass hochintelligente Mädchen Friseurin werden wollen, findet sie immer wieder enttäuschend. Sie ist überzeugt: Berufsorientierung muss bereits in der Kita anfangen. »Je eher ich den Funken zünde, desto leichter kann ich die Kinder begeistern. Wenn die Mädchen erst Gel-Fingernägel tragen, ist es für Metall zu spät«, weiß Hackenschmidt aus Erfahrung. Letztes Jahr organisierte ihr Verein den Besuch von Kita-Kindern in einem Betrieb. Die Kinder durften Blaukittel anziehen und sich dreckig machen. »Die Augen haben geleuchtet«, erinnert sich Hackenschmidt. Für die Grundschulen im Kreis hat der Verein gemeinsam mit der Niederlausitzer Kreishandwerkerschaft das Projekt »Holz macht stark« angeboten. Zwölf Schulen waren beteiligt. Erstaunlich war die Vielfalt der Projekte – von der Schulhofgestaltung mit Baumstämmen bis hin zum Puppenblockhaus – eine tolle Sache. Die Prüfmodelle der Tischler (Hocker) und Zimmerleute (Fachwerkteil) wurden als Spielhäuser an Kitas weitergegeben.

Die Schülerbustour ist inzwischen bei EEpL angekommen. Auf dem großen Kon-

ferenztisch stehen Getränke bereit wie bei den Erwachsenen. Während Björn Baden Beamer vorbereitet, um einen Film über Firmen in Finsterwalde zu zeigen, begrüßt seine Kollegin Gabi Witschorke die jungen Besucherinnen und Besucher sehr herzlich. Höchste Zeit, mal zu erfahren, was sich eigentlich hinter den vier Buchstaben EEpL verbirgt. Die Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz GmbH (EEpL) wurde 1996 gegründet, um die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und die Bildung in Elbe-Elster voranzubringen, wobei Natur- und Umweltschutz mit dazugehört und die Arbeitsmarktförderung eng mit der Bildung verbunden ist. Als Witschorke die Kinder fragt, wo sie sich später mal vorstellen können, ihre Ausbildung zu machen, nennt ein Mädchen die Automobilzuliefererfirma, in der ihr Vater arbeitet. Die meisten anderen nennen einen der beiden Betriebe, die sie heute besucht haben.

Nützliche Förderinstrumente

Ihre Chancen, dort auch eine Lehrstelle zu bekommen, sind allerdings nicht die besten. Die Ausbildung ist anspruchsvoll, der Beruf nicht weniger. Gute Realschüler werden gern genommen. Aber Förderschüler? »In Zukunft werden sich Unternehmen



Frank Berg, Prof. Dr. phil. habil., Vorstandsvorsitzender der SINUS-Stiftung

darauf einlassen müssen, auch die Leistungsschwächeren zusammen mit Fördergesellschaften so fit zu machen, dass sie in einem bestimmten Bereich gut arbeiten können«, glaubt Berg. Er nennt Arbeitsförderungsprojekte, die ausdrücklich junge Leute unter 25 Jahren mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen an den Arbeitsmarkt heranzuführen sollen. Auch im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung würden alle Förderinstrumente genutzt bis hin zu eigenen Werkstätten, in denen Jugendliche, die auf dem freien Markt keine Chance haben, eine Ausbildung machen können.

Zurück zur Schülerbustour. Im Konferenzraum von EEpL fragt Gabi Witschorke die begleitenden Lehrerinnen, wel-

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DER ZUSAMMENARBEIT VON SCHULE UND WIRTSCHAFT

»Der Verein fördert

- die nachhaltige Entwicklung konkreter Praxisbeziehungen (zwischen Schule und Wirtschaft),
- neue Formen der Studien- und Berufsorientierung sowie die Berufsvorbereitung,
- die Verbesserung des Unterrichts durch größere Berufs- und Praxisnähe,
- die Forcierung des Praxislernens in der Region.

(...) Zur Erreichung dieser Ziele wirkt er unterstützend bei der Schaffung von Voraussetzungen insbesondere für

- eine Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft zur Verbesserung der Studien- und Berufsorientierung der Kinder und Jugendlichen,
- eine Entwicklung regional wirksamer Unterstützungsstrukturen,

- eine wirksame Begleitung der schulischen Entwicklungsprozesse sowie Sicherung des Aufbaus nachhaltiger Unterstützungsstrukturen in der Region durch Zusammenarbeit von Kommune, staatlicher Schulaufsicht und Wirtschaft.

(...) Der Verein legt Wert auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Schulträger, Staatlicher Schulaufsicht und Wirtschaft.

Ziel ist die Vernetzung und Weiterentwicklung der Regionalen Bildungslandschaft im Landkreis Elbe-Elster.«

Auszug aus der Vereinssatzung

Quelle: www.zsw-ee.de

Weitere Informationen zum Verein, Richtlinien und Anträgen zur Projektförderung sowie die Darstellung laufender und bereits geförderter Projekte sind unter www.zsw-ee.de einsehbar. Über die Website kann auch der Newsletter des Vereins abonniert werden.

che berufsvorbereitenden Maßnahmen auf ihre Schülerinnen und Schüler zukommen. In der 8. Klasse gehen sie ins Praktikum. Ab Klasse 9 verbringen die Jugendliche einen Tag in der Woche in Betrieben der Region, zum Beispiel in Gärtnereien, Großküchen, Pflegeheimen oder Einkaufsmärkten. Jede/r Schülerin und Schüler durchläuft drei Unternehmen, die Lehrkräfte kümmern sich um die Plätze. Diese Form der Berufsorientierung gehört an den Förderschulen des Landkreises mittlerweile zum Standard. Darüber hinaus gibt es auch zahlreiche Projekte und Initiativen für Schülerinnen und Schüler anderer Schultypen. So können sich Oberschüler, die in die Förderschule abzurutschen drohen, für das Produktive Lernen bewerben. Dort lernen sie drei Tage im Betrieb und zwei Tage in der Schule. Und auch für die Leistungsstarken gibt es Förderprogramme. So hat EEpL im Rahmen des Programms Jobstarter ermöglicht, dass Jugendliche bereits während der Berufsausbildung die Fachhochschulreife erwerben können. Die erste Klasse mit 16 Schülerinnen und Schülern ist im letzten Jahr gestartet. »Das spricht auch die Leistungsstärkeren an, die in der Region gehalten werden sollen«, ist Berg überzeugt. Den Nachwuchs in der Region zu halten, ist

Ziel der von EEpL gegründeten Sinus-Stiftung. Frank Berg ist ihr Vorstandsvorsitzender. Namhafte Unternehmen aus der Region haben finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt und beteiligen sich aktiv im Kuratorium.

Stimmige Chemie

SINUS gehört ebenso wie EEpL, der Verein Schule-Wirtschaft und das Regionale Lernforum zu den Partnern des Landkreises, der jetzt ein Projekt »Kommunales Bildungsmanagement« startet. Gefördert wird das kommunale Bildungsmanagement im Rahmen des Programms »Lernen vor Ort«, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gemeinsam mit einem Stiftungsverbund aufgelegt wurde.

»Seitdem das Bildungsbüro aufgebaut worden ist, spüren wir ein stärkeres Engagement der Kreisverwaltung, was gut mit unseren Aktivitäten zusammenpasst«, freut sich Berg: »Man kennt sich, man redet miteinander. Die Chemie stimmt«. Im Rahmen des Gesamtprojekts wollen EEpL, SINUS und der Verein Schule-Wirtschaft die Beziehungen von Schulen und Unternehmen besser koordinieren. So werden beispielsweise einige Unternehmen sehr

in Beschlag genommen, die beklagen, dass sie mit jeder Schule alles immer wieder neu besprechen und planen müssen. Deshalb soll es in Zukunft mit dem Netzwerkaufbau auch eine zentrale Anlaufstelle für den Kontakt zwischen den Schulen und den Unternehmen geben.

Für die Schülerinnen und Schüler aus Herzberg geht die Reise in die Wirtschaftswelt nun zu Ende. Zum Abschluss dürfen sie einen Berufsinteressen-Test und einen USB-Stick mit nach Hause nehmen. »Ich fand's sehr interessant und schön. Ich hab ganz viel erfahren, wie das so abläuft«, resümiert die 13-jährige Stefanie. Ihr Mitschüler Torsten (zwölf Jahre) lobt: »Ich fand es auch interessant, wir durften Schrauben anfassen und haben geguckt, wo man später mal arbeiten gehen kann«. Und dann sagt er noch, was man wohl als größtes Lob aus Schülermund betrachten darf: »Ich fand es cool«.

SINUS – STIFTUNG ZUR INTEGRATION VON NACHWUCHS IN UNTERNEHMEN SÜDBRANDENBURGS

»Der Zweck der Stiftung besteht in der Förderung der beruflichen Bildung mit dem Ziel, einen wirksamen Beitrag für die Gestaltung zukunftsfähiger regionaler Entwicklung und insbesondere für die Sicherung des regionalen Fachkräftebedarfes zu leisten. Die SINUS-Stiftung reagiert hierbei vorausschauend und nachhaltig auf die Herausforderungen des demografischen Wandels und insgesamt des regionalen Strukturwandels. Sie orientiert sich bei der Realisierung dieses Zwecks vorrangig auf den regionalen Raum des südlichen Brandenburgs und der Lausitz.«

LÄNGERFRISTIGE VORHABEN DER STIFTUNGSARBEIT

FÜR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DER 7. BIS 12. KLASSE:

Heranführen an Berufsperspektiven in regionalen Branchen und Unternehmensnetzwerken, z.B. durch betriebliche Erkundungen, Ferienjobs, Berufsvorbereitungshilfen, Kreativwerkstätten und Innovationswettbewerbe.

FÜR AUSZUBILDENDE:

Bedarfsgerechte Zusatzqualifikationen in regionalen Unternehmensnetzwerken und Unterstützung durchlässiger Bildungswege vom Facharbeiter bis zum Hochschulabsolventen, z.B. Berufsausbildung mit Fachhochschulreife und duale Studiengänge.

FÜR STUDENTEN UND STUDENTINNEN SOWIE HOCHSCHULABSOLVENTINNEN UND -ABSOLVENTEN:

Unternehmensübergreifende Programmangebote, z.B. für Praktika, Studienarbeiten und Traineeprogramme.

Weitere Informationen über die Stiftung (Zweck, Mitglieder, Kuratorium, Stifterinnen und Stifter sind einsehbar unter www.sinus-stiftung.de)

Qualifikation ist der wichtigste Standortfaktor

EIN GESPRÄCH MIT WILFRIED HÖHNE,
GESCHÄFTSFÜHRER DER REGIONALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT
ELBE-ELSTER MBH IN HERZBERG UND JENS ZWANZIG,
MITARBEITER DER REGIONALEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT

Die Regionale Wirtschaftsförderungsgesellschaft Elbe-Elster mbH ist die zentrale Serviceeinrichtung für die mittelständische Wirtschaft in der Region Elbe-Elster. Als effiziente Wirtschaftsförderungsstruktur sichert sie eine umfassende und qualifizierte Begleitung von Investitionsvorhaben – vom Grunderwerb über die Baugenehmigungsphase und Fördermittelberatung bis zur Produktionsaufnahme. Hauptarbeitsfelder sind neben der Bestandsbetreuung regionaler Unternehmen die kompetente Unterstützung von Existenzgründungen sowie Unternehmensnachfolgen bzw. Betriebsübergaben. Die Gesellschaft unterstützt agrarwirtschaftliche Strukturen in den Schwerpunktfeldern nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien und Direktvermarktung und leistet einen aktiven Beitrag zur Koordinierung von Tourismus- und Wirtschaftsförderung für die Region.

Die RWFG Elbe-Elster mbH ist Träger des Projektmanagements für das durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte »Regionalbudget« zur Integration von Langzeitarbeitslosen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Als Partner unterstützt sie das vom Bundesministerium für Arbeit (BMA) geförderte und gemeinsam mit der Agentur für Arbeit finanzierte Projekt zur Verbesserung der Wiedereingliederung älterer Arbeitsloser (Perspektive 50 plus – Beschäftigungspakt in den Regionen). Weitere Informationen: www.wfg-elbe-elster.de

Wie beurteilen Sie die Ausbildungssituation in Elbe-Elster?

WILFRIED HÖHNE: Nach einer Studie von prognos aus dem Jahr 2008 beträgt der Anteil der 18- bis 30-Jährigen in Brandenburg 14,3 Prozent. Wir haben 14,1 Prozent. Innerhalb von Brandenburg liegen wir also recht gut wenn auch unter dem Bundesdurchschnitt. Deshalb wehre ich mich gegen das Märchen, wir hätten nicht genug Jugendliche. Unser Problem ist ein anderes. Beim Anteil der hoch qualifizierten jungen Menschen liegen wir mit 6,76 Prozent im Vergleich zu anderen Regionen ganz am Ende der Fahnenstange. Wir verfügen demnach noch über eine ausreichende Anzahl von jungen Menschen, aber wir müssen sie besser qualifizieren. Damit meine ich unter anderem die Fachkräfteausbildung im Bereich der Oberstufenzentren und der Berufsausbildung. Gut qualifiziert ist jemand, der einen Melkstand oder einen Mähdreher oder eine CNC-Maschine bedienen kann. Dafür haben wir hier gute Voraussetzungen. Die Zusammenarbeit der Regionalen Wirtschaftsförderung mit dem Oberstufenzentrum in der Schul-



Wilfried Höhne und Jens Zwanzig bei der Sichtung der Ausbildungsfibel 2009

ausbildung und Berufsausbildung ist sehr gut.

Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat natürlich auch Auswirkungen bei uns. Das Angebot an Lehrstellen ist 2008 erstmals rückläufig gewesen. Ich bin aber optimistisch, dass die Unternehmen ihr Engagement in der Ausbildung nicht noch viel stärker zurückfahren werden. Die Betriebe wissen, dass sie trotz der Wirtschaftskrise in ein bis drei Jahren die Jugendlichen brauchen werden. Bereits jetzt haben wir das Problem der Überalterung in vielen Unternehmen.

JENS ZWANZIG: Ein Manko ist, dass wir keine Universitäten und keine Fachhochschulen in der Region haben. Jedes Jahr verlassen rund 1.000 Menschen den Landkreis, vor allem junge Frauen. Viele von ihnen fangen ein Studium an und bauen ihre Lebensperspektive erst einmal woanders auf.

Lassen sich diese jungen Leute nach Abschluss ihres Studiums zurückgewinnen?

WILFRIED HÖHNE: Wir versuchen es. Zurzeit entwickeln wir eine Heimkehrerplattform im Internet. Wir wollen Informationen zu den Komplexen Wohnen, Leben und Arbeiten in der Region ins Netz stellen, damit interessierte Jugendliche, die woanders studieren oder studiert haben, auf dem Laufenden bleiben, wie es in

der Heimat aussieht. Die Plattform soll lesbar und anschaulich sein. Wir informieren über die Entwicklung am Arbeitsmarkt und über die Berufsperspektiven in den verschiedenen Branchen. Im Komplex Wohnen werden wir sämtliche Einrichtungen für Kinder und Jugendliche aufführen. Insgesamt möchten wir ein attraktives Bild der Region vermitteln. Wir hoffen, Familien anzusprechen und setzen dabei auf die Kombination von Wirtschaftsdaten und Standortfaktoren. Elbe-Elster hat eine geringe Bevölkerungsdichte, Radwanderwege, Industriekulturdenkmäler und Schlösser. Auf der Elster kann man paddeln, mit dem Auto und mit der Bahn ist man in einer Stunde in Leipzig oder Berlin. Wir haben ein hervorragendes Angebot an Oberstufenzentren, in die der Landkreis viel Geld investiert hat. Die gymnasiale Landschaft ist gut.



Geschafft: Stolz präsentiert das Team die aktuelle Ausbildungsfibel 2009 – über sechs Monate intensive Arbeit verbergen sich dahinter

Wird das Bildungsangebot auch genutzt? Anders gefragt: Wie ist es um die Ausbildungsreife der jungen Menschen in Elbe-Elster bestellt?

WILFRIED HÖHNE: Wenn wir die Unternehmen fragen, antworten sie, dass sie teilweise Schwierigkeiten haben, geeignete Jugendliche zu finden, die motiviert und leistungsbereit sind und die eine gewisse Grundausbildung mitbringen. Wir haben auch mit dem Trend zu kämpfen, dass der Anteil der Ausbildungsabbrecher und die Zahl der jungen Menschen, die keinen Schulabschluss mitbringen, höher wird. Das ist beängstigend. Die Mitte schwindet. Die durchschnittlichen Lehrlinge, die gute Leistungen bringen, werden weniger. Insofern ist die Fachkräftesicherung unsere Hauptaufgabe in den nächsten Jahren. Noch können die meisten Lehrstellen in den Unternehmen aber mit sehr gut motivierten Lehrlingen besetzt werden. Die Ansiedlung eines Automobilzulieferers in Finsterwalde mit 360 Mitarbeitern ist hierfür ein gutes Beispiel. Die Wahl fiel auf Finsterwalde, weil über 300 ausgebildete Fachkräfte am Standort zur Produktionsaufnahme zur Verfügung standen, darunter viele Jugendliche. Die Firmenleitung bescheinigt den Arbeitern eine hohe Motivation, eine gute Ausbildung und eine überdurchschnittliche Arbeitsleistung. Qualifikation ist der wichtigste Standortfaktor, für den wir hier in Elbe-Elster sehr viel tun. Wir stellen fest, dass bei Investitionsentscheidungen die Frage nach dem Grundstück und der Förderquote zurückgedrängt wird von der Frage nach der Verfügbarkeit von geeigneten und qualifizierten Fachkräften.

JENS ZWANZIG: Es gibt Firmen, die finden nicht die passenden Bewerber, weil die Jugendlichen gar nicht wissen, dass es dort attraktive Ausbildungsplätze gibt. Bestimmte Berufe sind gefragt, andere, die in der Region eine Reihe von Arbeitsplätzen stellen, sind nicht angesagt. Des Weiteren ist eine gewisse Wirtschaftsferne bei den jungen Menschen zu konstatieren. Die wissen oft nicht, wie es in der Produktion abläuft. Der Tag des offenen Unternehmens reicht da nicht aus. Unternehmen und Schüler müssen sich näher kommen.

Wo setzen Ihre Aktivitäten an, um den festgestellten Defiziten zu begegnen?

JENS ZWANZIG: Wir haben mehrere Initiativen ins Leben gerufen, um den Jugendlichen dabei zu helfen, den passenden Ausbildungsplatz zu finden. Dabei arbeiten wir eng mit dem Landkreis zusammen. Mit dem Jobcenter, der Sparkasse sowie der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung des Landkreises organisieren wir den Tag der Ausbildung. Ein Highlight für die Region ist die Ausbildungsmesse, die regelmäßig veranstaltet wird. Zur Ausbildungsmesse erscheint die Ausbildungsfibel. Die Ausbildungsfibel erstellen vier Jugendliche. Sie sind ein gutes halbes Jahr damit beschäftigt, die Unternehmen zu befragen, welche Ausbildungs- und Praktikumsplätze sie anbieten. Wir helfen den Jugendlichen dabei, die Berufsbilder anschaulich darzustellen. Meistens gelingt es, diese Jugendlichen während der Maßnahme selbst in Arbeit zu bekommen. Zur Messe wird die Fibel präsentiert und geht weg wie warme Semmeln; in diesem Jahr erscheint sie schon zum fünften Mal. Die meisten Exemplare gehen an die Schulen. Wir geben sie an die Lehrkräfte Wirtschaft-Arbeit-Technik und die stellen sie im Unterricht vor. Die Jugendlichen sind aufgefordert, zur Ausbildungsmesse zu gehen und sich die Fibel zu holen. Wir stellen die Informationen aber auch ins Internet. Wir haben bereits Anfragen aus anderen Landkreisen, die wissen wollten, ob sie die Ausbildungsfibel übernehmen dürfen.

Überraschend viele Betriebe in der aktuellen Ausgabe der Fibel wollen ausdrücklich männliche Auszubildende. Das erstaunt, wenn man bedenkt, dass die Mädchen im Durchschnitt die besseren Abschlüsse mitbringen.

WILFRIED HÖHNE: Hier ist noch Aufklärungs- und Informationsbedarf notwendig. Im Bereich der Berufsorientierung machen wir schon etwas speziell für Mädchen, zum Beispiel organisieren wir den Girls' Day. Ich kann mir vorstellen, dass die Zurückhaltung in unseren Unternehmen daran liegt, dass die meisten nicht sehr groß sind. Da muss ein Azubi eine CNC-Maschine bedienen, aber auch mit dem Schweißgerät grobe Arbeit machen können. Über 90 Prozent unserer Unternehmen haben nur 20 Mitarbeiter/innen oder weniger.

Wie sieht es im Bereich Landwirtschaft aus?

WILFRIED HÖHNE: Neben der Metall- und Elektroindustrie sind Ernährung und Landwirtschaft die Bereiche, die Elbe-Elster prägen. Wir arbeiten als Wirtschaftsförderung sehr intensiv daran, die Fachkräfteversorgung in der Landwirtschaft voranzubringen. Hier haben wir mit dem Agrarwirt, dem Viehwirt und dem Pferdewirt Berufe, die auch von Mädchen nachgefragt werden. Leider haben wir kein Oberstufenzentrum in der Region, das diese Komplexausbildung anbietet. Bislang mussten die Agrarbetriebe ihre Lehrlinge also sehr weit für die Grundausbildung schicken. Da ha-

ben 25 Agrarbetriebe gesagt, »lasst uns doch kooperieren«. Fünf Betriebe bilden für die anderen 20 Betriebe mit aus. Daraus entstand ein Modellprojekt, das vom Landwirtschaftsministerium unterstützt und vom Bildungsministerium begleitet wird. Es wurde eine Betreuerin eingestellt, welche die Bildungsbedarfe der Betriebe zusammenfasst und in einem Betrieb die Ausbildung ermöglicht. In einem Betrieb lernen die jungen Frauen und Männer einen Melkstand zu bedienen, ein anderer Betrieb macht die Technischulung. Das Modellprojekt gewährleistet eine ausgewogene Ausbildung für Brandenburger Agrarbetriebe über Elbe-Elster hinaus, von Luckau bis hin zum Oberspreewald Lausitz. Wir als Wirtschaftsförderung moderieren das Projekt, haben beim Projektantrag mitgewirkt und Fördermittel für die Betreuerin akquiriert, welche die Lehrpläne aufstellt. Zurzeit engagieren wir uns in Absprache mit den Ministerien dafür, die Pilotphase zu verlängern. Das muss noch wachsen, muss sich organisatorisch entwickeln. Landesbauernverband und Kreisbauernverbände haben bereits Interesse signalisiert.

Was halten die Azubis von dem Modellprojekt?


WILFRIED HÖHNE: Die Jugendlichen nutzen gern den Erfahrungsaustausch in der Gruppe. Sie sehen das sehr positiv, dass sie Einblicke bekommen in Tätigkeitsfelder, die ihnen vorher gar nicht vermittelt wurden. Ein Tierwirt hat die Möglichkeit, die Steuerung auf einem Mähdrescher kennen zu lernen. Ein Pflanzenwirt lernt einen Melkstand kennen. Die Rundumausbildung ist wesentlich besser. Hinzu kommt: Die Jugendlichen lernen sich kennen, sie kommen motivierter zurück und haben eine andere Qualität der Zusammenarbeit kennen gelernt. Auch die Betriebe profitieren. Sie investieren monatlich 20 Euro pro Azubi. Das sind Mittel, die sie zusätzlich zu den übrigen Ausbildungskosten zahlen. Sie machen das deshalb, weil sie der Überzeugung sind, dass sie damit die Selbständigkeit und Teamfähigkeit ihrer Azubis fördern. Sie hoffen, dass sich die Durchfallquoten verringern und die Abschlussquoten verbessern. Ich finde das Projekt sehr gut, weil die Idee von den Unternehmen kam. Wir müssen in der Landwirtschaft darauf achten, dass gut qualifizierte Menschen eine Perspektive in diesem Wirtschaftszweig sehen. Das sind Jugendliche, die naturverbunden sind und eher in der Region bleiben.

Wie arbeiten Sie mit den Schulen zusammen?

WILFRIED HÖHNE: Wir sind Mitglied im »Verein Schule-Wirtschaft«. Mit Schulen arbeiten wir zumeist im Rahmen von Projekten zusammen. Zum Beispiel unterstützen wir die Schulen bei der Bewerbung. Unser Engagement muss allerdings noch stärker werden, da gibt es noch Reserven. Da wären die Gründerstammtische. Warum gehen wir damit nicht mal in die Schule und lassen Existenzgründer über ihre Ideen sprechen? In der Oberstufe machen wir das schon, da beschäftigten sich Schüler mit einer fiktiven Gründungsidee, die sie selbst wählen. Meist sind es Event- und Modeagenturen. Wir haben gemeinsam mit ihnen die Gründungskonzepte durchleuchtet und bewertet. Wir erwarten aber auch, dass die Schulen auf uns zukommen, ihre Bedürfnisse und Wünsche benennen. Jede Lehrkraft, die auf uns zukommt, stößt auf unsere Bereitschaft, in ihrem Unterricht die wirtschaftliche Situation in der Region vorzustellen. Da kommt man dann ins Gespräch mit den jungen Menschen, das ist anregend für alle Beteiligten. Meist reichen dazu 45 Minuten gar nicht aus.

Unterstützt Sie das Bildungsbüro bei Ihrer Arbeit mit den Schulen und den Schülerinnen und Schülern?

JENS ZWANZIG: Wir sind froh, dass das Bildungsbüro eingerichtet wurde. Für uns und auch für die Unternehmen ist die Bündelung von Informationen und ihre Weitergabe durch das Bildungsbüro wichtig. Der Ausbildungsverantwortliche in einem Kleinbetrieb kann nicht gleichzeitig seine Schüler betreuen, bei der Messe dabei sein und in der Bildungskonferenz sitzen.

WILFRIED HÖHNE: Auf jeden Fall. Das Bildungsbüro unterstützt uns bei der täglichen Arbeit. Ich mache Wirtschaftsförderung schon seit 1992. Früher haben die Unternehmen auf die Lehrer geschimpft und die Schule hat beklagt, dass die Wirtschaft nicht sagt, was sie braucht. Jetzt geht man aufeinander zu. Die Zeit der Schuldzuweisungen ist vorbei. Das ist auch eine Leistung des Bildungsbüros. 



Die Ausbildungsfibel – eine Orientierungshilfe für Multiplikatoren (Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter) und die Jugendlichen selbst bei der Suche nach geeigneten Praktikums- und Ausbildungsplätzen
 Download der Ausbildungsfibel unter www.region-elbe-elster.de/index.php?id=6&key=0&href=downloads

Für uns ist Schule ein Lebensraum



EIN GESPRÄCH IN DER ALLGEMEINEN FÖRDERSCHULE FINSTERWALDE MIT DEM SCHULLEITER UWE MADER,
DER SCHULSOZIALARBEITERIN SABINE MEHNERT UND DEM FACHLEHRER TORSTEN WINKLER

Die Allgemeine Förderschule Finsterwalde ist eine vollgebundene Ganztagschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen. Zurzeit werden an der Schule 135 Schülerinnen und Schüler in den Klassen 1 bis 10 von 27 Lehrkräften unterrichtet. Die Schule arbeitet mit einer jahrgangsübergreifenden Schuleingangsphase und setzt verstärkt fächerübergreifendes Lernen und jahrgangsübergreifenden Unterricht um. Dem individualisierten Lernen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt, unter anderem durch die Arbeit mit dem Wochenplan oder durch Stationenlernen. An der Schule werden derzeit über 20 Arbeitsgemeinschaften (zum Beispiel Tischtennis, Computer, Englisch, Tanzen, Schülerband, [...]) als Teil des Ganztagsangebot durchgeführt, die durch die Lehrkräfte und zahlreiche Kooperationspartner (Sportvereine, Musikschule, freie Träger der Jugendhilfe, Kommune) angeboten werden.

Ein vollständiges Profil der Schule sowie weitergehende Informationen sind auf den folgenden Websites zu finden:

www.afs-finsterwalde.de und www.bildung-brandenburg.de/schulportraits/index.php?id=6&schulnr=400932

Wie stellt sich die Ausgangssituation an Ihrer Schule mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler dar?

UWE MADER: Alle unsere Kinder haben Auffälligkeiten im Lernen, zum Beispiel Schwierigkeiten in Deutsch und Mathe. Weiterhin haben wir zahlreiche Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten sowie mit Hör- oder Körperbehinderungen. Zu uns kommen Kinder aus Jugendhilfeeinrichtungen, zurzeit sind es 25 Schülerinnen und Schüler aus fünf Heimen. Insgesamt ist der Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien sehr hoch.

Soziale und emotionale Probleme sind eine tägliche Herausforderung neben der pädagogischen Arbeit. Es ist manchmal ganz schön anstrengend, wenn man zuerst familiäre Probleme klären muss, bevor man den eigentlichen Unterrichtsbetrieb machen kann. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegt deshalb im sozialen Bereich. Und wir achten darauf, dass jedes Kind wenige Lehrkräfte als zentrale Ansprechpartner hat. Wir sorgen damit für kurze Wege und ein intensives Lehrer-Schüler-Verhältnis. Das Klassenlehrerprinzip hat einen hohen Stellenwert, dadurch verlangen wir von unseren Lehrerinnen und Lehrern aber auch, dass sie fachfremd unterrichten. Unser Unterricht ist von fächerverbindendem Arbeiten geprägt.

Wird die Ausstattung der Schule dem gerecht, was Ihre Kinder und



Uwe Mader, Schulleiter, und Sabine Mehnert, Schulsozialarbeiterin der Allgemeinen Förderschule Finsterwalde

Jugendlichen brauchen?

UWE MADER: Ja, die Bedingungen sind optimal. Das Land Brandenburg und der Landkreis Elbe-Elster haben 1995 umgerechnet 17,5 Millionen Euro in den Neubau unserer Schule investiert. Auch die Kinder schwärmen von der schönen Schule. Wir haben hier Schulen zu Besuch gehabt aus anderen Regionen, die kämpfen um jeden Euro. Bei uns ist es anders. Die (der Landkreis, Anm. der Redaktion) haben ein Faible für unsere Kinder. Die machen möglich, was möglich ist.

Welchen Anteil hat der Schulträger am pädagogischen Konzept der Schule?

UWE MADER: Der Schulträger interessiert sich für unsere pädagogische Arbeit, er ist auf dem Laufenden, was unsere inhaltlichen Konzepte betrifft, und er nimmt auch an Schulkonferenzen teil. Aber er greift in unsere Arbeit nicht ein. Klar ist: Wenn wir Laptops wollen, müssen wir ein Medienkonzept vorlegen. In einigen Projekten nimmt der Landkreis selbst pädagogische Arbeit wahr. Zum Beispiel wenn die Schülerinnen und Schüler mit der Schülerbustour auf Inforeise durch die Betriebe gehen. Wir begrüßen das. So ein Angebot ist durch uns nicht nebenbei zu machen. Das Bildungsbüro des Landkreises fungiert hier als Schnittstelle zwischen Landkreis, Schule und Wirtschaft. Es steuert, organisiert und stellt Ressourcen zur Verfügung.



Anregende, gut ausgestattete Lernräume und Projekte zum Sozialen Lernen und zur Verantwortungsübernahme wie an der Allgemeinen Förderschule Finsterwalde sollten grundsätzlich an allen Schulen zu finden sein

Wie greifen da Ihre Arbeit und das Angebot des Landkreises, solche Projekte durchzuführen, ineinander?

UWE MADER: Angebote wie die Schülerbustour ergänzen sinnvoll unsere pädagogische Arbeit. Wir bemühen uns, die Schülerinnen und Schüler früh auf den Beruf vorzubereiten. Praxisorientiertes Lernen findet schon ab Klasse 5 im Rahmen von Schülerfirmenarbeit und im W-A-T-Unterricht statt. In der Schülerfirma »KÜSCH« (Künstlerisches Gestalten und Schulgarten) arbeiten die Kinder klassenübergreifend zusammen. Die Produkte, die sie mit Stich- und Laubsäge, mit Öl auf Leinwand, aus Naturmaterialien und Metall herstellen, dekorieren das Schulhaus und werden verkauft. Unsere zweite Schülerfirma sorgt für die Pausenversorgung. Über den »Regionalen Wachstumskern West-Lausitz« werden Betriebspraktika für Lehrkräfte und Berufsinfor-

mationstouren angeboten, in die die Fachlehrer und Klassenleiter miteinbezogen sind.

Unsere Erfahrung: Neben der besseren Berufsorientierung führen diese Aktivitäten dazu, dass Schule mehr Spaß macht. Sie wirken der Unlust auf Schule, der Schulbummelei entgegen. Bei den Praxiserntagen passiert es kaum, dass Schüler da nicht hingehen.

TORSTEN WINKLER: Unser Ansatz ist es, den Schülerinnen und Schülern außerhalb von Schule Erfahrungen in Betrieben und eine praxisnahe Betreuung zu ermöglichen. In Klassenstufe 7 sind sie mindestens 20 Praxistage außer Haus. Die Siebtklässler gehen zum Beispiel in landwirtschaftliche Betriebe, in Reinigungsfirmen oder in die Wäscherei. Wir achten darauf, dass die Praktika ihren Fähigkeiten und Interessen, aber auch ihren möglichen künftigen Berufsfeldern entsprechen. Bei der Infotour mit den 7. Klassen besuchen wir mit EEPL als Partner dann noch weitere Betriebe, um den Erfahrungsraum zu erweitern und neue Impulse zu setzen. In Klasse 8 vertiefen wir das. Die Schülerinnen besuchen beispielsweise für drei Tage die Schülerakademie in Domsdorf und machen dort Metallbearbeitung. Wir leben in einer Region, die viele Metall verarbeitende Betriebe hat, daher dieser Schwerpunkt. Wir kooperieren aber auch mit dem TÜV, gehen in Betriebe der Glasbearbeitung oder fahren in den Lehrhof nach Großräschen. In insgesamt 80 Stunden durchlaufen die Schülerinnen und Schüler im Lehrhof sechs Bereiche: Mauern, Tischlern, Fliesen legen, Dach decken, Landschaftsgestaltung, zimmern und Trockenbau. Dabei stellen sie fest: Das könnte mir Spaß machen oder das ist es überhaupt nicht. Ab Klasse 9 besuchen sie dann für einen Tag in der Woche über einen Zeitraum von zwei Jahren einen selbstgewählten Praktikumsbetrieb. Die Schülerinnen und Schüler wechseln die Betriebe während dieser Zeit, damit sie möglichst viel kennen lernen und ihre Interessen entwickeln. Wenn ein Betrieb signalisiert, er würde einen Schüler gern übernehmen, dann kann der natürlich auch bleiben.

Wie finanzieren Sie Ihre vielfältigen Maßnahmen und Angebote außerhalb des Unterrichts?

UWE MADER: Wir bekommen sehr gute finanzielle Unterstützung vom Landkreis, unter anderem über die Schnittstelle Bildungsbüro. Daneben verfügen wir über Projektmittel aus Bundesprogrammen und über die Handwerkskammer Cottbus. Weitere Unterstützer sind der Arbeitskreis Schule – Wirtschaft, der Regionale Wachstumskern West-Lausitz mit den Städten Finsterwalde, Lauchhammer und Senftenberg. Aber: Ein Selbstläufer ist das nicht. Die Mittelakquise ist zeitaufwendig und muss koordiniert werden.

Wie rechtfertigen Sie den Aufwand für diese Aktivitäten, woraus ziehen Sie Ihre Motivation?

UWE MADER: Die Schule wird durch diese Aktivitäten zu einem attraktiven Lern- und Lebensort und die Vernetzung mit den anderen Bildungs-Akteuren, insbesondere am Übergang Schule – Beruf, erleichtert letztlich unsere Arbeit, denn grundsätzlich gilt: Die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler ist so komplex, dass eine Institution alleine dem nicht gerecht werden kann. Und die Arbeit wird anerkannt. So haben wir 2007 bei einem Wettbewerb der IHK für unsere Schülerfirmenarbeit den Sonderpreis gewonnen.

Ein Indikator für den Erfolg unserer Arbeit sind unter anderem

die Schulabgängertreffen, die wir jedes Jahr Ende November/Anfang Dezember veranstalten. Dabei ist es eine ganz lockere Zusammenkunft, die von Wiedersehensfreude geprägt ist. Die ehemaligen Schülerinnen und Schüler kommen vorbei, erzählen: Mir geht's gut, ich habe eine Familie gegründet, etc. Dieser Kontakt freut und motiviert uns. Auch für uns es wichtig zu sehen, ob das, was wir hier lehren, dem entspricht, was im Beruf erwartet wird.

TORSTEN WINKLER: Und wir nutzen diese Treffen für unsere Arbeit. Die Ehemaligen erzählen den zukünftigen Abgängern, was sie erwartet. Das hat eine enorme Wirkung. Wir können uns miteinander den Mund fuselig reden, damit die Praktikumshefte ordentlich geführt werden. Wenn ein Ehemaliger erklärt, dass er die Unterschrift seines Lehrlingsbetreuers erst bekommt, wenn er alles ordentlich aufgeschrieben hat, dann wirkt das.



Der Geschäftsführer der Schülerfirma »KÜSCH« (Künstlerisches Gestalten und Schulgarten)

Was tun Sie darüber hinaus gegen die schlechten Berufsaussichten Ihrer Schülerinnen und Schüler?

UWE MADER: Ziel soll sein, möglichst viele Jugendliche zum Hauptschulabschluss zu bringen, ob in der Förderschule oder im Berufsvorbereitungsjahr. Wir arbeiten gerade an einem Kooperationsvertrag mit dem Oberstufenzentrum. Dabei wird ein Kollege des Oberstufenzentrums in Klasse 10 der Förderschule eingesetzt, damit er die jungen Menschen und deren Schwierigkeiten sowie den W-A-T-Unterricht an der Förderschule kennen lernt. Das hat es in der Form bislang nicht gegeben.

SABINE MEHNERT: Bereits jetzt arbeite ich mit der Sozialarbeiterin des Oberstufenzentrums zusammen. Wir organisieren Projekttag für die Jugendlichen, die voraussichtlich am Oberstufenzentrum ihre Ausbildung machen. Dabei schauen sie sich die Räume an und kommen mit den Schülern in Kontakt, mit denen sie später in eine Klasse gehen werden. Für mich ist wichtig, dass sie dabei auch die Sozialarbeiterin am OSZ kennen lernen. Es beruhigt zu wissen, dass sie wieder einen Ansprechpartner für ihre alltäglichen Probleme und Krisen, aber auch für ihre Erfolge haben.

Wie ist die Schulsozialarbeit noch in die bestehenden Angebote der Förderschule eingebettet?

SABINE MEHNERT: Seit 1999 arbeite ich als Schulsozialarbeiterin an der Förderschule über Familienhilfe e.V., einen freien Träger der Jugendhilfe. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Träger besteht seit 1994. Diese Kontinuität ist wichtig – für die Institutionen ebenso wie für die Schülerinnen und Schüler. Meine Stelle wird über den Landkreis finanziert. 32 Stunden direkt an der

Förderschule, acht Stunden sind Teamleitung für die Sozialarbeiter an der Gesamtschule, der Realschule und dem Oberstufenzentrum. Meine Projekte werden durch das Jugendamt des Landkreises Elbe-Elster bis zu 80 Prozent gefördert.

Mittlerweile habe ich ein umfangreiches Netzwerk aufgebaut. Die Stadt Finsterwalde unterstützt diese Vernetzungsaktivitäten sehr intensiv.

Wir sind mit vielen Vereinen verbunden, unter anderem aus den Bereichen Sport und Kultur, und arbeiten mit verschiedenen Künstlern zusammen. Zu unseren Netzwerkpartnern gehören unter anderem der sozial-psychiatrische Dienst des Gesundheitsamtes, die Suchthilfe, die Psychiatrie in Lübben, die AOK oder auch die Polizei.

Wie greifen Ihre Aktivitäten, wenn Schüler und Schülerinnen den Anschluss zu verlieren drohen bzw. sich Verhaltensauffälligkeiten einstellen? Und gibt es Angebote, die hier präventiv ansetzen?

SABINE MEHNERT: Ich weiß, wo Anlaufstellen sind, ich kenne die Personen, die beraten. Bis hin zur Pflegschaft geht die Vernetzung. Mit Familienbetreuern von verschiedenen Trägern arbeite ich in der Einzelfall- und Familienhilfe zusammen. Dadurch gelingt es relativ gut, intensive Hilfen im Einzelfall zu organisieren. Diese intensive Einzelfallarbeit kann und muss ich als Schulsozialarbeiterin nicht leisten. Auch hier ist Vernetzung die »Zauberformel«, um erfolgreich zu arbeiten, ebenso wie in der Präventionsarbeit.



Die Schulcafeteria wird ebenfalls in Form einer Schülerfirma betrieben

Gemeinsam mit der Stadt veranstalten wir in Zusammenarbeit mit der Oberschule eine Anti-Drogen-Woche. Unsere Schüler und Schülerinnen lernen in ihrem Sozialverhalten dazu, wenn Jugendliche von der Oberschule dabei sind. Wichtig sind auch Projekte speziell für Jungen, um deren Aggressionen in den Griff zu bekommen. Andere sind nur für Mädchen. Wir haben aggressive, aber auch viele depressive Mädchen, die sehr in sich gekehrt sind. So führen wir zum Beispiel jedes Jahr in den Sommerferien ein dreitägiges Mädchencamp durch. In Kooperation mit dem Kuroi-Tora-Dojo-Kampfsport und dem Gesundheitszentrum konnten wir hier beim letzten Mal Selbstverteidigung anbieten. Dabei ging es um Themen wie: Kann ich mir selber vertrauen, kann ich anderen vertrauen?

Tragen solche Angebote dazu bei, dass Schule sich verändert?

UWE MADER: Dafür ist unser Trommelprojekt ein gutes Beispiel, das von der Schule organisiert wird. Wir haben es vor Jah-

ren zusammen mit der Musikschule begonnen, um Gewaltbereitschaft abzubauen und die Kinder an die Musik heranzuführen. Musikunterricht gehört in der Regel nicht zu den Fächern, die unsere Schülerinnen und Schüler gern haben. Doch das Trommeln ist bei ihnen so gut angekommen, dass wir im Rahmen des Ganztags durch IZBB-Förderung einen Musikraum eingerichtet haben. Eine Musikband wurde gegründet, die von Gymnasiasten geleitet wird. Mittlerweile werden viele weitere Projekte von der Musikschule unterstützt.

Kann Trommeln tatsächlich Gewalt verhindern?

SABINE MEHNERT: Es ist nur ein Beispiel von vielen. Wir setzen konsequent auf Prävention und arbeiten dabei unter anderem eng mit der Polizei zusammen. Vor ein paar Monaten haben wir einen Preis für unsere präventive Arbeit in den Bereichen Gewalt, Drogen und Alkohol bekommen. Eine weitere Unterstützung erfahren wir dabei durch die Familienhelfer der freien Träger aus dem gesamten Elbe-Elster-Kreis. In der Schule wirkt sich das Streitschlichterprojekt, in dem sich 16 Schüler und Schülerinnen aktiv beteiligen, positiv aus. Die Streitschlichter steigen in der 7. Klasse ein und bleiben bis zur 10. Klasse. Die Streitschlichter bringen sich wiederum in Aktivitäten außerhalb der Schule ein, zum Beispiel beim Kreispräventionstag.

Wie wirkt sich der Ganztag auf die Schule aus?

SABINE MEHNERT: Wir essen, wir spielen und wir feiern in der Schule. Und manchmal übernachten die Kinder auch dort. Die

Schule ist ein Lebensraum für uns geworden.

UWE MADER: Der Ganztag hat den Zugang zu den Eltern erleichtert, sie sind interessierter an dem, was in der Schule passiert. Eine Mutter betreut die AG »Kochen und servieren«.

Wenn Ihre Schule drei Wünsche frei hätte, was würde sie sich wünschen?

UWE MADER: Erstens, dass mehr Kinder Hauptschulabschluss erreichen. Zweitens, dass die Öffentlichkeit mehr Kenntnis und Anteil nimmt an der Arbeit, die wir hier leisten. Das wird zum Teil sehr oberflächlich und klischeehaft diskutiert. Und wir wünschen uns mehr Selbständigkeit, verbunden mit dem Abbau an Bürokratie und Stärkung der Rolle des Schulleiters. Viel Verwaltungsarbeit ließe sich vermeiden, wenn man überflüssige Regularien abbaut oder vereinfacht. Der Schulsozialfonds ist zum Beispiel grundsätzlich eine schöne Sache, wir können viel für Hartz-IV-Familien organisieren. Aber der ist so bürokratisch angelegt, dass mich die Verwaltungsarbeit blockiert.

Ich bin auch durchaus für eine bestimmte Unterrichtsverpflichtung für Schulleiter, aber sechs Stunden für Leitung und Verwaltung sind zu wenig. Ich muss und möchte Mitarbeitergespräche führen. Ich muss sofort handeln können, wenn Krisen bei den Kindern auftreten. Wir haben regelmäßig Fälle, da brennt die Luft. Und nicht zuletzt: Wenn ich Leitungsverantwortung habe, dann will ich auch Entscheidungen treffen können. Natürlich muss ich auch kontrolliert werden, aber das müssen nicht drei Mann tun. ☺

In der **SCHÜLERFIRMA »KÜSCH«** stellen die Schülerinnen und Schüler floristische und keramische Dekorationsartikel her. Die Schülerfirma konnte im Jahr 2005 starten und wurde dabei durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung mit einer Anschubfinanzierung in Höhe von 2.000 € und die Servicestelle-Schülerfirmen unterstützt. Innerhalb der Schülerfirma wird jahrgangsstufenübergreifend im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft und im WAT-Unterricht gearbeitet. Die Schülerfirma erstellt regelmäßig Geschäftsberichte, beteiligt sich aktiv an der Gestaltung des Schullebens, an überregionalen Wettbewerben und an regionalen wie überregionalen Fachtagungen. 2007 belegte die Schülerfirma beim »IHK-Schulpreis« den 2. Platz. Seit 2008 arbeitet die Schülerfirma im Netzwerk für Schülerfirmen an Förderschulen mit.

DIE SERVICESTELLE-SCHÜLERFIRMEN berät Schulen aller Schulformen und -stufen. Sie bietet unter anderem Gründungsberatungen und fortlaufendes Coaching von Schülerfir-

men, Fort- und Weiterbildungen für Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte, Unterstützung beim Aufbau von Kooperationen in der Region und die Vermittlung von Expertinnen und Experten. Weiterhin wird der Informationsaustausch und Wissenstransfer rund um das Thema Schülerfirmen durch regionale, landesweite und bundesweite Tagungen und Messen, den Aufbau von Schülerfirmennetzwerken und eine umfangreiche Datenbank befördert.

Die Servicestelle ist Teil des Projektverbundes kobra.net und wird gefördert durch die DKJS und das Land Brandenburg. Weitere Informationen zur Servicestelle-Schülerfirmen unter WWW.SERVICESTELLE-SCHUELERFIRMEN.DE. Die Webseite bietet unter anderem zahlreiche Materialien als Download an (z.B. Checkliste zum Aufbau einer Schülerfirma, Beispielsatzungen für Schüler-Aktiengesellschaften) und die Möglichkeit, den Newsletter der Servicestelle zu abonnieren.

Kitas zu Familienkompetenzzentren ausbauen



EIN INTERVIEW MIT DEM LEITER DES JUGENDAMTES, JENS SCHEITHAUER

Wie ist das Jugendamt in die Bildungslandschaft Elbe-Elster eingebunden?

JENS SCHEITHAUER: Die Mitwirkung des Jugendamtes im Bildungsausschuss ist eine Verbindungsstelle. Des Weiteren haben wir schon seit vielen Jahren die AG Schule, in der wir auf Augenhöhe mit den Vertretern der Schulen agieren. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch diese Vernetzung einen guten Kontakt zu den meisten Fachkräften an Schulen.

Im Rahmen von Sozialarbeit an Schule haben wir uns eine sehr gute Lobby an den Oberschulen, Förderschulen und Oberstufenzentren erarbeitet. Den Schulsozialarbeitern und Schulsozialarbeiterinnen stand man anfangs durchaus skeptisch gegenüber. Mittlerweile will man auf sie nicht mehr verzichten.

Wie ist das Verhältnis zwischen Lehrkräften und Schulsozialarbeitern?

JENS SCHEITHAUER: Wir sprechen heute ganz bewusst von Sozialarbeitern an Schule. Früher war es zum Teil so: Der Schulsozialarbeiter kam an die Schule und die setzte ihn ein, wo es gerade passte – als Erzieher bei Verhaltensproblematiken jeglicher Art, als Helfer bei Klassenfahrten oder als Pausen- bzw. Busaufsicht. Das kann es aus unserer Sicht nicht sein. Nicht die Schule, sondern die Kinder und Jugendlichen haben den Bedarf. Sozialarbeit an Schule ist ein sozialpädagogisches Angebot der Jugendhilfe und sollte als solches erkennbar sein.

Was machen Sie gegenüber der eben beschriebenen, ursprünglichen Ausgangssituation jetzt anders?

JENS SCHEITHAUER: Wir haben Handlungsfelder der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit definiert. Die freizeitorientierten Handlungsfelder werden dabei von Jugendkoordinatoren »bedient«, die hauptberuflich für die Kommunen im Landkreis Elbe-Elster tätig sind. Die sozialpädagogischen Handlungsfelder haben wir an freie Träger der Jugendhilfe gegeben und die Leistungserbringung an Schulen verortet. Unsere Fachkräfte gehen also dorthin, wo sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Dabei orientieren sie sich daran, was die Kinder und Jugendlichen nachfragen. In unserer ländlichen Region ist klar: Wir bekommen unsere Angebote nicht in jedes Dorf. Deshalb werden ganztags schulische Angebote immer wichtiger, auch als Begegnungs- und Kulturzentrum.

Während die fachliche Steuerung natürlich durch das Jugend-

amt erfolgt, haben wir die Fachberatung in die Zuständigkeit des Kreisjugendrings gegeben. Dies hat zunehmend positive Impulse, auch weil er keine Behörde ist.

Welche Rolle spielen die Eltern?

JENS SCHEITHAUER: Wir legen zunehmend Wert auf Elternarbeit. Der ganze Bereich der informellen Bildung innerhalb der Familie wird meines Erachtens unterschätzt und zu wenig beachtet.

Dabei verfolgen wir den Ansatz, das Vertrauen der Eltern zu gewinnen, anstatt Kontrollbesuche durchzuführen. Wir bekommen die Eltern ja nicht in ein paar Stunden geändert. Unser Ansatz besteht darin, Orte zu schaffen, wo Familien aufeinander treffen können und sich Anknüpfungspunkte für die Fachkräfte ergeben. Zum Beispiel beim Frauenfrühstück für 1,50 Euro, wo die Fachkräfte, die das organisieren und gestalten, für pädagogische Fragen greifbar sind. Dabei ist die Bestätigung für erzieherisches Handeln ebenso bedeutsam wie die Beratung bei familiären Problemen. Auch der Austausch der Mütter untereinander ist dort sehr wichtig. Da geht es um Werte, um Fragen der Kindererziehung und ganz praktische Tipps für die Bewältigung des Lebensalltages.

Als Städter ist man geneigt zu glauben, auf dem Land herrsche noch die heile Welt. Wie groß ist denn der Beratungsbedarf in Elbe-Elster?

JENS SCHEITHAUER: Es werden immer mehr Eltern, die Beratung und Unterstützung bei erzieherischen Problemen nachfragen oder Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Kinder erziehen wird generell immer schwieriger. Viele Eltern kommen an ihre Grenzen des Machbaren und des Aushaltbaren. Anfangs können es ganz kleine Probleme sein wie: Mein Kind fordert mehr Taschengeld und ein Handy will es auch haben. Wenn alltägliche Fragen bei einem solchen Treff oder in der Kita beantwortet werden, weil jemand Kompetentes da ist, dann wendet man sich auch bei größeren Problemen dorthin. Wir müssen den Eltern diese Plattformen bieten, Gelegenheiten zur Begegnung schaffen.

Ist das schon Bildung, wenn Menschen aufeinander treffen?

JENS SCHEITHAUER: Man muss den Bildungsbegriff sehr weit sehen und sich bewusst sein, dass die Unterstützungsangebote und Hilfen zur Erziehung, die wir anbieten, Menschen bilden. Prof.



Kindertagesstätten können insbesondere im ländlichen Raum eine vernetzende und koordinierende Funktion übernehmen und sind idealer Ansatzpunkt für eine umfassende Elternarbeit

Dr. Reinhart Wolff von der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin sagt: »Der Mensch bildet sich nur in dem Moment, in dem er es will.« Deshalb müssen wir Eltern im freiwilligen Bereich für Erziehungshilfe interessieren und ihr Vertrauen gewinnen. Das gelingt nur, wenn ich ihnen selbst Vertrauen entgegenbringe. Wir können die Eltern nicht verändern, sie können sich nur selbst verändern. Manchmal muss man verschiedene Methoden ausprobieren, bis man herausgefunden hat, was der oder die andere braucht. Grundlage ist, dass man sich gegenseitig akzeptiert.

Im Austausch und in der Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro, unter anderem bei der Bewerbung des Landkreises zum Programm »Lernen vor Ort«, stellten wir fest, dass deren Aktivitäten ebenfalls auf einem erweiterten Bildungsbegriff beruhen. Die Leiterin des Bildungsbüros, Frau Hähnlein, hatte die Eltern und die Familienbildung von Beginn an in ihrem Konzept. Dadurch ist eine Anschlussfähigkeit an unsere Ansätze und Konzepte gegeben. Ich bin davon überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro ganz erheblich dazu beitragen wird, dass die Jugendhilfe innerhalb der Bildungslandschaft Elbe-Elster eine wichtige Rolle spielen wird.

Wo sind für Sie die zentralen Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft in Elbe-Elster?

JENS SCHEITHAUER: Ich sehe in unserer Region eine ganz zentrale Rolle bei den Kitas. Sie können im ländlichen Raum Vernetzung initiieren und Koordinatoren von allen Akteuren sein, die sich im ländlichen Raum um Kinder bemühen. Ich sehe niemanden, der diese Rolle besser übernehmen könnte als die Kita. Versuchen Sie mal, eine Kita auf dem Dorf zu schließen. Bei den Schulen hat man das mehr oder weniger hingenommen. Mit den Kitas hingegen identifizieren sich sogar die Senioren.

Meine Vision für die Bildungslandschaft Elbe-Elster: Kitas zu Familienkompetenzzentren ausbauen. Zu einem Ort, wo der Arzt erklärt, warum die U7 so wichtig ist. Wo Eltern Hintergrundinformationen bekommen, für die sonst keine Zeit ist. Wo Eltern sich

Rat holen können, wenn sie sich überfordert fühlen. Wo das Dorf fest mitorganisiert wird und die Kinder sinnvoll ihre Freizeit verbringen können.

Wie könnte das geschehen, Kitas zu Familienbildungszentren umzuwandeln?

JENS SCHEITHAUER: Dafür braucht es Kitas, die mit anderen Professionen, mit Ehrenamtlichen und mit Eltern zusammenarbeiten, die sich vernetzen. Die Kita sollte auch Erziehungsberatungsstelle werden, um damit ein niedrigschwelliges Beratungsangebot zu schaffen. Viele Eltern haben Angst, der Nachbar könnte sie sehen, wenn sie zur Beratungsstelle gehen. In die Kita geht jede und jeder, da muss man sich nicht schämen. Die Kitas könnten zum Beispiel ein Budget von Fachleistungsstunden im Jahr bekommen, das sie in Erziehungsberatung investieren. Das kann auch eine Beratung für die Erzieherinnen und Erzieher sein, damit diese die Eltern besser beraten können. Wir müssen mit unseren Bildungsangeboten dorthin gehen, wo der Bedarf dafür besteht und diese Angebote nachgefragt werden. Ich weiß von vielen Fachkräften der Kindertagesbetreuung, dass sie eine solche Entwicklung befürworten und bereits jetzt tun, was möglich ist. Leider sind die Kitas in Brandenburg personell schlecht ausgestattet. Wir hoffen, dass nach den Wahlen ein Prozess der schrittweisen Verbesserung der Personalausstattung beginnt und die Grundlage für den beschriebenen Weg geschaffen wird. Außerdem müssen die Kitas Formen und Partner finden, mit deren Hilfe sie einer solchen Rolle gerecht werden können. Sie brauchen Beratung und Unterstützung, das Jugendamt steht ihnen dabei zur Seite. ☞



Gemeinde Schwielowsee

Aktivitäten und Erfahrungen im Land Brandenburg

Die Gemeinde Schwielowsee	67
Grenzen überwinden – Bildung neu denken	69
<i>Ein Interview über die Bildungslandschaft Caputh mit drei Frauen, die sie aufgebaut haben</i>	
Ein Schultag in Schwielowsee	72
<i>Zu Besuch bei der Grundschule Albert-Einstein in Caputh</i>	
Integrierte Kindertagesbetreuung	76
<i>im Verbund mit Grundschule im Rahmen von Ganztagsschulmodellen im Landkreis Potsdam-Mittelmark</i>	

Die Gemeinde Schwielowsee

Nicht einmal zehn Kilometer von Potsdam und nur 45 Autominuten von Berlin entfernt ist Schwielowsee als reizvolles Ausflugsziel und Urlaubsort bekannt. Hier kann man aktiv Wasser, Landschaft und Kultur genießen. Die Gemeinde Schwielowsee besteht aus den Ortsteilen Caputh, Ferch und Geltow, die sich 2003 freiwillig zusammenschlossen und gemeinsam auf knapp 10.000 Einwohner kommen.

Caputh, einst ein Fischerdorf, blickt auf eine fast 700-jährige Geschichte zurück. Im Zentrum steht das 1662 erbaute Schloss Caputh. Der kleine kurfürstlich-königliche Landsitz ist der einzige erhaltene Schlossbau der Potsdamer Kulturlandschaft, der die Zeit des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg repräsentiert. Die meisten der heute ausgestellten Kunstwerke stammen aus dem Nachlass der Kurfürstin Dorothea, der das Schloss einst gehörte. Sie repräsentieren die höfische Kunstentfaltung und Wohnkultur der Zeit um 1700.

Capuths berühmtester Sommergast war Albert Einstein, der sich 1929 ein schlichtes Holzhaus bauen ließ, um dort die Sommerfrische zu verbringen. 1933 von den Nazis aus Deutschland vertrieben, kehrte er nie mehr dorthin zurück. Die Ausstellung im Bürgerhaus erzählt vom Leben Einsteins in Berlin und Caputh, an einer Hörstation kann man seiner Stimme mit dem sympathischen schwäbischen Dialekt lauschen. Für die Grundschule in

Caputh ist Einstein Namensgeber und Ansporn zugleich. Seit 1949 ist sie nach ihm benannt. Jedes Jahr im März finden eine Woche lang die Albert-Einstein-Projektstage statt, zu denen sich die Schüler intensiv mit Leben und Werk des Nobelpreisträgers auseinandersetzen. Im Einsteinjahr 2005 durften bei der Abschlussveranstaltung in Berlin die Caputher Schüler als einzige Grundschule vor 400 Zuhörern über ihr Engagement berichten.

Auch die anderen beiden Ortsteile setzen auf Kultur und Sehenswürdigkeiten. In Ferch erzählt das Museum der Havelländischen Malerkolonie von Künstlern, die sich am Schwielowsee niederließen oder zum Malen gern ins Berliner Umland kamen. Ihre Bilder zeigen den bäuerlichen Dorfkern im Morgenlicht und immer wieder den Schwielowsee. Das Kossätenhaus, in dem die Werke aus dem 19. und 20. Jahrhundert gezeigt werden, stand selbst häufig Modell für die Landschaftsmaler. Es gehört zu den letzten erhaltenen Fachwerkbauten. Fünfeinhalb Jahre

hat es gedauert, bis das Museum 2008 eröffnet wurde. In einer Zeit leerer Kassen, in der andere Kommunen Museen schließen, brachte die Gemeinde mit Hilfe von Sponsoren insgesamt 600.000 Euro für ihr Museum zusammen. Die Resonanz zeigt, dass sich die Investition gelohnt hat. Bereits im ersten halben Jahr sahen über 4.000 Menschen die Ausstellung.

Im ältesten Ortsteil – Geltow wurde 993 n. Chr. erstmalig erwähnt – hat seit 1939



Albert Einsteins Sommerhaus in Caputh



Das Kossätenhaus – Museum der Havelländischen Malerkolonie

die traditionelle Kunst des Handwebens einen Wirkungsort. Weberinnen des Aktiven Handweberei-Museums »Henni Jaensch-Zeymer« lassen sich bei der Arbeit über die Schulter schauen und erklären die historischen Webstühle, Techniken und Materialien. Ende Mai jedes Jahres beweisen die »Modenschauen in Leinen«, dass dabei auch heute zeitgemäße Leinenmodelle entstehen.

Ob Ferch, Caputh oder Geltow – die Gemeinde Schwielowsee ist nicht nur für Besucher attraktiv. Die Lebensqualität für die Bewohnerinnen und Bewohner ist hoch und der stetige Zuzug zeigt, dass sich hier Jung und Alt wohlfühlen können. »Wir sind eine Zuzugsregion für Familien, die einen hohen Anspruch an die Bildung ihrer Kinder haben. Und das sind nicht alle kleine Einsteine«, erklärt die Bürgermeisterin Kerstin Hoppe. Es sind Kinder mit Stärken und Schwächen, deren Eltern sich eine bestmögliche Förderung für ihren Nachwuchs wünschen.

In Schwielowsee nehmen die Verantwortlichen diesen Anspruch ernst: Allen voran die Bürgermeisterin, die sich Bildung als wichtigstes Thema auf die Fahnen geschrieben hat. Sie wird unterstützt vom Jugendamtsleiter des Landkreises Potsdam-Mittelmark, Bodo Rudolph, der die Gemeinde mit Rat, Tat und einem funktionierenden Finanzplan unterstützt.



Kerstin Hoppe, Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee und Mitglied im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg

Der Anspruch nach bestmöglicher Förderung der Kinder wird getragen und umgesetzt von Lehrerinnen und Lehrern, die ihren Unterricht hin zu mehr individueller Förderung umstellen, von Erzieherinnen in Kindergarten und Hort, die mit der Schule zusammenarbeiten und die frühkindliche Bildung ausbauen, von der Jugendkoordinatorin, die die Jugendlichen darin unterstützt, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, die Kontakte vermittelt und über Jugendförderprogramme informiert. Nicht zuletzt lebt das Engagement für Bildung auch von den Bürgerinnen und Bürgern, die in den vielen Vereinen vor Ort tätig sind und untereinander gut vernetzt sind. Im Schulförderverein engagiert sich z.B. auch die Schulleiterin. In der Steuerungsgruppe, die den Prozess beim Aufbau

der Ganztagschule begleitete, ist die Bürgermeisterin mit vertreten. Erzieherinnen und Lehrkräfte arbeiten eng zusammen, nicht nur in Hort und Schule, sondern auch, wenn es um den Übergang von der Kita zur Grundschule geht.



„Weisheit ist nicht das Ergebnis der Schulbildung, sondern des lebenslangen Versuchs, sie zu erwerben.“

Grenzen überwinden – Bildung neu denken



EIN INTERVIEW ÜBER DIE BILDUNGLANDSCHAFT CAPUTH MIT DREI FRAUEN,
DIE SIE AUFGEBAUT HABEN

Kerstin Hoppe ist die Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee, Cathrin Rudzinski ist die Schulleiterin der verlässlichen Halbtagsgrundschule »Albert Einstein« in Caputh, Annett Krüger ist die Managerin der integrierten Kindertagesbetreuung.

Wann und wie entstand eine Bildungslandschaft in Caputh?

KERSTIN HOPPE: 2004 haben die Bürgermeisterin und die Schulleiterin hier im Rathaus beieinander gesessen. Die Schulleitung wollte die Grundschule zu einer Ganztagschule weiterentwickeln – mit allem, was dazu gehört – und die Abstimmung zwischen den Bildungsinstitutionen verbessern. Gern wollte ich als Bürgermeisterin diesen Prozess unterstützen. Daraus entstand eine Vision, die wir dann in die Tat umgesetzt haben. Natürlich haben wir den Schulentwicklungsplan intensiv besprochen. Bei unseren Planungen war auch der Kontakt zu Herrn Rudolph, dem Fachdienstleiter des Jugendamtes beim Landkreis Potsdam-Mittelmark, wichtig. Gemeinsam wurde die Finanzierung für das pädagogische Personal besprochen und der Landkreis war an dieser Stelle beispielhaft in der Zusammenarbeit. Wir haben dann eine Steuergruppe¹ zur Konzepterstellung eingerichtet.

CATHRIN RUDZINSKI: Wir haben natürlich nicht bei Null angefangen. Es gab bereits einige Grundsteine, die gelegt waren: Zum Beispiel hatten wir uns erfolgreich um die Titel »Bewegte Grundschule« und »Grünes Klassenzimmer« beworben und die Schule profiliert. Durch die finanziellen Zuwendungen für den Ganztags konnten wir alle schulischen Aktivitäten aber bündeln und verstärken.

Ein anderes wichtiges Anliegen war für uns die Gestaltung der Übergänge, vor allem der zwischen Kindergarten und Grundschule. Bei einer Fortbildung von kobra.net wurden wir auf das Programm »ponte« (siehe S. 71) der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung aufmerksam.

Wie konnten Sie »ponte« nutzen?

CATHRIN RUDZINSKI: Es gab viele Befindlichkeiten zwischen Grundschule und Kindergarten. Man hat sich nicht ausgetauscht, fühlte sich schnell angegriffen und unter Druck gesetzt. Alleine hätten wir die nicht oder zumindest nicht so rasch überwunden.

»ponte« brachte, unterstützt von professionellen Begleiterinnen, alle Beteiligten dazu, sich über eine künftige Zusammenarbeit zu verständigen. Dabei ging es erst einmal darum, den anderen jeweils kennen zu lernen und zu erfahren, wie die Kita und wie die Schule arbeitet. Es gab zahlreiche Veranstaltungen, bei denen sich die Bildungseinrichtungen ausgetauscht haben. Alle haben hospitiert. Das war ein interessanter, erfolgreicher Prozess, der nach einem Jahr in einen Kooperationsvertrag mündete. Darin verpflichteten sich beide Partner, gemeinsam den Übergang zwischen Kita und Grundschule zu gestalten. Mittlerweile ist eine gute und verlässliche Zusammenarbeit vorhanden.

KERSTIN HOPPE: Darauf bin ich stolz. Jede/r Bürgermeister/in muss sich fragen: Wo kann ich mich einbringen? Wo will ich mich engagieren? Wo will ich »Flagge zeigen«? Ich muss aktiv werden und kann nicht darauf warten, dass jemand auf uns zukommt und uns unterstützt. Nichts geschieht von allein. Ich habe mich regelmäßig ans Bildungsministerium in Potsdam und an das staatliche Schulamt gewandt und versucht, unsere Sorgen und Probleme zu schildern. Wir recherchieren ständig nach Neuigkeiten, neuen Möglichkeiten der Förderung u. v. m. Ein Beispiel: Ende Dezember 2007 war der Baubeginn der Kita in Geltow, im Februar 2008 haben wir bereits beim zuständigen Landkreis Fördermittel beantragt, im März wurde die Richtlinie vom zuständigen Minister im MBS unterzeichnet und im Oktober erhielten wir als erste Gemeinde im Land Brandenburg Fördermittel für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren.

Vorausschauend planen und handeln ist der richtige Weg. Und ich muss als Kommune bereit sein, Anreize zu schaffen, ausgewogene Satzungen zu erarbeiten, aber diese auch konsequent umzusetzen. Ganztags ist nicht umsonst.

Brauchen Schulen mehr Unterstützung dabei, sich weiterzuentwickeln?

KERSTIN HOPPE: Davon bin ich überzeugt: Man kann die Schulen mit ihren Aufgaben nicht allein lassen. Ich bin der Meinung, dass die Verbesserung der Bildungsangebote einen wichtigen Baustein für die positive Gemeindeentwicklung darstellt. Das nehme ich ernst und engagiere mich als Schulträger mit unseren Gemeindevertretern. Und ich muss bereits in der Kita beginnen

1 In der Steuergruppe wirken neben der Bürgermeisterin die Schulleiterin, je drei Erzieherinnen aus den Kitastandorten Caputh und Ferch, vier Lehrkräfte sowie bei Bedarf Elternvertreterinnen mit. Aufgabe der Steuergruppe war zunächst die Konzeptentwicklung und der Informationstransfer, seit dem Schuljahr 2006/07 die Evaluation des Ganztags und die Konzeptweiterentwicklung.

und einen fließenden Übergang in die Schule erreichen.

Wie haben Sie die politisch Verantwortlichen von Ihren Prioritäten überzeugt?

KERSTIN HOPPE: Wir haben gemeinsam in der Gemeinde Schwielowsee für den Ganzttag erworben. Die Grundschule hat zunächst einige Informationsveranstaltungen durchgeführt, die wir als Träger begleiteten. Da kamen zu Beginn noch nicht sehr viele Gemeindevertreter. Das hat mich enttäuscht. Aber letztendlich war das auch der Ansporn, noch intensiver in unseren gemeindlichen Gremien zu diskutieren. Wir haben dann eine Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses in die Schule gelegt. Der Gedanke war dabei: Wenn wir vor Ort zeigen, was in der Schule alles möglich ist, dann verstehen alle, was Ganzttag ist.



Schule als Bildungs- und Lebensort

In diesen Phasen konnten wir bereits auf ein ausgewogenes, gut strukturiertes und verständlich geschriebenes Konzept der Grundschule aufbauen. Der Funke sprang über. Unser gemeinsames Engagement und letztlich das Konzept hat sie überzeugt, dass die Ganzttagsschule die beste Möglichkeit ist, um den Kindern von Anfang an ein gewisses Maß an selbständigem und flexiblem Lernen zu ermöglichen. Wir hatten ausnahmslos einstimmige Gemeindevertreterbeschlüsse. Natürlich gab es auch Bedenken und viele Fragen. Wir konnten nicht alle am Anfang beantworten und wir haben die Eltern gebeten, uns die Chance zu geben, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen. Heute sind alle stolz, wenn sie die Schule besuchen und täglich erleben, was hier bewegt wurde.

Haben Sie bzw. die Gemeindevertretung über das pädagogische Konzept der neuen Ganzttagsschule mitentschieden?

KERSTIN HOPPE: Die Gemeindevertretung hat über die Einführung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule ab Schuljahr 2006/2007 einen einstimmigen Beschluss gefasst. Danach wurde der Antrag beim staatlichen Schulamt im Dezember 2005 zur Genehmigung eingereicht. Die Politik hat sich inhaltlich bei der Konzepterarbeitung völlig herausgehalten. Das war Aufgabe der Schulleitung und der Steuergruppe. Meine Aufgabe war es, für das Konzept und deren Umsetzung zu werben.

Haben Sie auch Rückschläge bei der Gestaltung der Bildungslandschaft hinnehmen müssen?

KERSTIN HOPPE: Meine bitterste Erfahrung war, dass wir

trotz intensiver Bemühungen die Oberschule nicht weiterführen konnten. Dazu hätte man einfach nur die Vorgabe für die Schülerzahlen ändern müssen. Mein Vorstoß in diese Richtung hat mir damals vor allem Schmunzeln über mich eingebracht: »Frau Hoppe, dazu müssten wir das Schulgesetz ändern.« Jetzt hat das Brandenburger Bildungsministerium endlich einen entsprechenden Erlass verabschiedet. Für unsere Oberschule war es leider zu spät.

Drohte der Grundschule Caputh, ähnlich wie der Oberschule, das Aus aufgrund sinkender Schülerzahlen?

CATHRIN RUDZINSKI: Nein. Als wir uns zur Ganzttagsschule entwickelten, war unsere Motivation nicht, den Standort zu retten, sondern das Lernen zu erneuern. Der Ganzttag bietet den Kindern so viele Lern- und Freizeitangebote. Er ermöglicht es uns, sich gemeinsam den Kindern intensiver zuzuwenden, auch mit vielen Partnern. Das entspricht auch den hohen Erwartungen, die die Eltern an uns haben. Aber seit wir eine Ganzttagsschule sind, haben wir rund 60 Schüler mehr als vorher, Tendenz steigend.

Wollten die Eltern die Ganzttagsschule von Beginn an?

CATHRIN RUDZINSKI: Mehrheitlich auf jeden Fall. Wir mussten aber auch erklären, was sich mit dem Ganzttag verändern soll. Es gab viele Fragen: Muss mein Kind in der ersten Klasse wirklich bis 13.30 Uhr in der Schule bleiben? Was heißt individuelles Lernen? Diesen Fragen haben wir uns gestellt, auch wenn wir nicht immer alle sofort beantworten konnten. Letztlich haben die Eltern über die Einführung der Ganzttagsschule entschieden. 60 Prozent Zustimmung hätten wir gebraucht, wir hatten 87 Prozent.

Hilfreich war es, die Eltern an der Konzeptionserarbeitung zu beteiligen. Hier unterstützen uns besonders die Elternvertretung und der Schulförderverein. Bevor wir den Ganzttag eingeführt haben, haben wir alle Eltern gefragt, was sie sich wünschen und zwar in allen Bereichen: Hausaufgabenbetreuung, Unterrichtsgestaltung, Nachmittagsbetreuung. Dabei war die Offenheit der Eltern groß, nach innovativen, neuen Möglichkeiten zu suchen. Ängste gab es eher im Kollegium und bei den Erzieherinnen.

ANNETT KRÜGER: Im ersten Jahr waren wir in der Pflicht zu zeigen, was sich ändert; was an der Ganzttagsschule mit integrierter Kinderbetreuung wirklich anders ist als beim vorherigen Modell Schule und Hort. Wir mussten den Eltern beweisen, dass es sich für ihr Kind lohnt, nach 13.40 Uhr in der »Schule« zu bleiben. Nun haben auch die fünften und sechsten Klassen Anrecht auf einen Platz in der Nachmittagsbetreuung, eine echte Herausforderung. Im ersten Jahr waren es sieben Kinder, heute sind es sechzehn.

Wie hat die Ganzttagsschule den Hort verändert?

ANNETT KRÜGER: Früher hat jeder sein Ding gemacht. Heute ist die Arbeit verzahnt. Die Altersgruppen mischen sich. Dabei lernen die Jüngeren von den Älteren und umgekehrt soziale Kompetenzen. Es gibt mehr Transparenz, was auch eine Forderung der Eltern war. Sie wollten wissen, was am Nachmittag passiert und ob es eine sinnvolle Vernetzung zum Vormittag gibt. Natürlich haben wir schon früher kreativ im Hort gearbeitet. Dabei haben die AGs die Arbeit in den Gruppen aber eher gestört und die Eltern waren unzufrieden, weil beides nicht miteinander harmonierte. Jetzt sind die AGs besser in den Tagesablauf integriert. Es bleibt genug Zeit für die Kinder, Luft zu holen, zu spielen und ihre restlichen Lernaufgaben zu machen.

Was hat sich dabei für die Erzieherinnen, Lehrerinnen und Lehrer geändert?

CATHRIN RUDZINSKI: Wir arbeiten heute in Tandems zusammen, jedes bestehend aus Erzieherinnen und Lehrkräften. Die Tandems reden täglich miteinander, einmal wöchentlich findet eine Besprechung mit der Doppeljahrgangsstufe statt. Man hat ein Gefühl von Zusammengehörigkeit.

Am Anfang war die Angst der Erzieherinnen groß, als bloßes Aufsichtspersonal eingesetzt zu werden. Mittlerweile hat sich gezeigt: Das neue Modell erlaubt es gerade ihnen, sich professionell mit dem einzubringen, was sie besonders gut können. Außerdem sind Lehrerinnen und Lehrer und die pädagogischen Fachkräfte gleichberechtigte Partner.

Wie haben Sie die außerschulischen Partner eingebunden?

ANNETT KRÜGER: Zunächst haben wir den Bestand der Schul-AG genutzt. Außerdem haben wir die Eltern und die Kinder gefragt: Was wünscht ihr euch noch? Auf dieser Grundlage haben wir ein Programm ausgetüftelt, wir haben den Segelverein Potsdam, den Sportverein und andere Vereine als Kooperationspartner gewonnen. Wir bieten nachmittags Geigenunterricht, Zirkus, einen Kurs für gesunde Ernährung und viele andere Aktivitäten.

CATHRIN RUDZINSKI: Wir haben eine Heilpädagogin und eine Mediatorin für unsere Schule gewinnen können. Wichtig ist natürlich der Schulförderverein.

KERSTIN HOPPE: Hier sehe ich einen weiteren Vorteil der Ganztagschule: Sie bietet die Möglichkeit, viele Aktivitäten innerhalb der Gemeinde mit einzubinden, ob Sportvereine oder Senioren. Wir wollen ein vielfältiges und abgestimmtes »Rundumpaket« der integrierten Kinderbetreuung, bei der es von vormittags bis nachmittags immer um Bildung geht, sei sie sportiv oder kreativ. Die Kinder sollen dabei aber nicht mit beliebigen Angeboten überfrachtet werden.

Wird das Angebot angenommen?

ANNETT KRÜGER: Wir haben jedes Jahr 30 Kinder mehr, die nach der verlässlichen Zeit in der Schule bleiben. Die Eltern wissen: Ich muss mir keine Sorgen machen, mein Kind ist bis 17 Uhr gut betreut.

Wie gestaltet sich der Übergang von der Grundschule zu den weiterführenden Schulen?

CATHRIN RUDZINSKI: Wir organisieren Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern und lassen sie an Schnuppertagen teilnehmen.


Gibt es Konkurrenz zwischen den beiden Grundschulen vor Ort?

KERSTIN HOPPE: Es gibt keine Konkurrenz, aber eine unterschiedliche Profilierung unserer beiden Grundschulen. Die Grundschule in Geltow hat einige Ansätze von der Grundschule in Caputh übernommen, zum Beispiel den Blockunterricht, der in Caputh schon eingeführt war, bevor die Albert-Einstein-Grundschule Ganztagschule wurde.

Ich hoffe, dass wir auch weiterhin viele Kinder in unserer Region haben werden, so dass unsere zwei Grundschulstandorte eine gesicherte Zukunft haben. Und hier müssen wir als Gemeinde ansetzen, d.h. die Infrastruktur weiterentwickeln und unsere Kindertagesstätten und Schulen weiterhin unterstützen.

Mit einem Satz, was macht Ihre Bildungslandschaft aus?

KERSTIN HOPPE: Grenzen überwinden – Bildung neu denken. Wir mussten viele Grenzen überwinden. Dabei war sich die Steuergruppe von Anfang an einig: Es darf kein Schnellschuss werden. Eine Bildungslandschaft ist wie eine Pflanze. Sie blüht nur, wenn man sie pflegt. Deshalb haben wir die gesamte Arbeit von Anfang an nicht nur auf Fördermittel aufgebaut, sondern an die nachhaltige Gesamtentwicklung gedacht. Eine Leitfrage für uns war: Wie können wir unsere Bildungslandschaft über die IZBB-Fördergelder hinaus erhalten und weiterentwickeln?

Meine Anregung an dieser Stelle: Das IZBB-Programm war eine sehr gute Unterstützung und sollte weiterverfolgt werden. Auf Bundesebene sollte es, trotz der Föderalismusreform, eine Diskussion zur Neuauflegung des Programms geben. Es ist meines Erachtens nicht richtig zu sagen: Bildung ist Ländersache. Es muss nationale Standards geben. Die Ergebnisse der Vergleichsarbeiten zeigen uns z.B. immer wieder, wo das eigentliche Problem liegt. 

Im Programm **ponte** (ital. »die Brücke«, ein Gemeinschaftsprogramm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Internationalen Akademie für Innovative Pädagogik und Ökonomie an der Freien Universität Berlin) wurden Grundschulen und Kindergärten zu »Lerntandems« zusammengeschlossen, die unter der Anleitung geschulter Moderatorinnen und Moderatoren mit- und voneinander lernten, den Übergang der Kinder vom Kindergarten in die Grundschule besser zu gestalten. Insgesamt haben etwa 200 Pädagoginnen und Pädagogen in 74 Einrichtungen (aus Brandenburg, Berlin, Sachsen und der Region Trier in Rheinland-Pfalz) mitgewirkt.

Laufzeit des Programms war von 2004 bis Ende 2008. Die Erfahrungen und Ergebnisse der Programmarbeit enthält eine Abschlusspublikation: *Jörg Ramseger, Jens Hoff-sommer (Hrsg.): ponte. Kindergärten und Grundschulen auf neuen Wegen. Erfahrungen und Ergebnisse aus einem Entwicklungsprogramm.*

Berlin: verlag das netz, 2008. ISBN: 978-3-86892-004-8

Die Erfahrungen sind in das Programm »**TANDEM. UNTERSCHIEDE MANAGEN**« das in Sachsen umgesetzt wird eingeflossen. Pädagoginnen und Pädagogen aus jeweils einem Kindergarten und einer Grundschule bilden dabei ein Tandem. Ein Bestandteil des Programms ist die regionale Zusammenarbeit. Mehrere Kindergärten und Grundschulen aus einer Region werden in ihren Kooperationsbemühungen zusammen begleitet. Auf jährlichen Netzwerktreffen geben die Tandems ihre Erfahrungen und ihr Wissen an andere Tandems.

Weitere Informationen zu **TANDEM** unter www.dkjs.de/programme/kita-und-schulegestalten/tandem-sachsen.html

Ein Schultag in Schwielowsee

ZU BESUCH BEI DER GRUNDSCHULE ALBERT EINSTEIN IN CAPUTH

7.30 Uhr. Jetzt ist es noch dunkel, wenn die Kinder morgens zur Schule gehen. Auf den Straßen türmt sich der Schnee. Es sind gefühlte minus 20 Grad. Wie kalt es wirklich ist, werden die Schwestern Ronja (sechs Jahre) und Luca (sieben Jahre) später zusammen mit ihren Mitschülern auf dem Außenthermometer am Fenster ihres Klassenraums ablesen. Sie gehen gemeinsam in die Klasse 1b der Grundschule »Albert Einstein« in Caputh, einem Konsultationsstandort für Ganztagschulen im Primarbereich in Brandenburg. Heute bringen beide Eltern, Maria und Heiko Parussel, ihre Töchter mit dem Auto.

Die Eltern



Engagierte und zufriedene Eltern: Maria und Heiko Parussel

Früher war es ungewöhnlich, dass zwei Geschwister, die ein Jahr auseinander sind, in derselben Schulklasse lernen. Durch Veränderungen im Schulgesetz des Landes Brandenburg dürfen nun alle Kinder eingeschult werden, die im Laufe des Schuljahres sechs Jahre alt werden. »Luca haben wir mit fünf noch im Kindergarten gelassen. Leider!«, meint Maria Parussel. Ihre Tochter hätte sich im letzten Jahr gelangweilt. Ronja durfte bereits mit fünf Jahren in die Schule und kam in dieselbe Klasse wie ihre Schwester. Mit der Vorarbeit, die der Kindergarten geleistet hat, sind die Eltern sehr zufrieden: »So wie die Kinder hier gestartet sind, kann es nicht schlecht gewesen sein. Sie konnten schon alles, was in den ersten Wochen verlangt wurde«, sagt Maria Parussel, und ihr Mann Heiko ergänzt:

»Die Klassenlehrerin, Frau Jeenel, hat uns bestätigt, dass die Kinder gut vorbereitet waren«.

Am Nachmittag besuchen Luca und Ronja die integrierte Kindertagesbetreuung (iKb) der Verlässlichen Halbtagsgrundschule Caputh. »Die Vernetzung zwischen Vor- und Nachmittagsbetreuung der Ganztagschule und die Zusammenarbeit zwischen Klassenlehrerin und Erzieherinnen ist fantastisch«, sagt Maria Parussel. Sie schätzt die vielen Möglichkeiten der Ganztagschule, die ihre Töchter eigenständig nutzen. Sie suchen sich ihre AGs selbst aus, sie gehen von der iKb zur Turnhalle. »Die Kleine war immer schon selbständig. Für das Selbstbewusstsein der Großen hat es viel gebracht«, sagt Maria Parussel. Besonders erfreut ist sie darüber, wie einfach es war, katholischen Religionsunterricht an der Schule für ihre Töchter zu initiieren, den es vorher mangels Nachfrage nicht gab. Die Offenheit und Unterstützung durch die Schulleitung war dabei hilfreich. Heiko Parussel begeistert die vielen AGs: Zu den 34 Angeboten gehören Tanz und Bewegung, Fußball, Handarbeit, Theater, Flöten, Tier und Mensch, Musikschule, Schülerzeitung, Kreativwerkstatt, Schreibwerkstatt, Judo, Handball, Segeln, Klavier und Englisch Förderung. Ronja und Luca nehmen die Zirkus AG wahr, singen im Chor und machen Leichtathletik. Die Eltern fragen sie regelmäßig, ob sie sich damit wohl fühlen. Sie sollen sich nicht überfordern mit ihrem Programm am Nachmittag. »Doch sie wollen das gerne machen, es macht ihnen Spaß«, berichtet ihre Mutter. Bis 13.45 Uhr sind Ronja und Luca täglich mindestens in der Schule. Stehen noch AGs an, bleiben sie bis 16.30 Uhr. In der ersten Zeit wollten die Eltern gar nicht glauben, dass ihre Kinder so lange in der Schule bleiben möchten. »Wir wurden früher von unseren Mädchen oft wieder weggeschickt, wenn wir sie abholen wollten«, berichtet Maria Parussel und scherzt: »Ich hab mich schon gefragt: Mögen die es zu Hause nicht mehr?«. Nein, dass die Kinder auch nachmittags gern in der Schule bleiben, gehört zum Konzept:

»Die besondere Organisationsform als Ganztagschule und das innovative Konzept unserer Verlässlichen Halbtagsgrundschule mit integrierter Kindertagesbetreuung ermöglichen den 335 Kindern tägliche Betreuung von 6.00 - 17.00 Uhr, einen Tagesrhythmus, der durch Blockunterricht, Bewegungs- und Spielpausen, Ruhephasen und Möglichkeiten des Rückzuges das natürliche Bedürfnis nach Anspannung und Entspannung berücksichtigt«, kann man auf der Internetseite der Gemeinde Schwielowsee über die Schule lesen. Maria und Heiko Parussel wünschen sich für die Zukunft ihrer Töchter, dass die beiden weiter so viel Freude in der Schule haben. Sie möchten, dass ihre Töchter später aufs Gymnasium gehen können und ihnen möglichst viele Wege offen stehen.

Der Fördervereinsvorsitzende



Erhardt Ewert, Vorsitzender des Schulfördervereins

Erhardt Ewert ist seit drei Jahren Vorsitzender des Schulfördervereins. »Ich bin nicht schnell genug weggetaucht«, antwortet Ewert scherzend auf die Frage, warum er das Amt übernommen hat. In Wirklichkeit steht er der Schule sehr gern zur Seite. Dabei ist er nicht der Einzige. Der Schulförderverein hat 110 Mitglieder, das entspricht in etwa einem Drittel der Elternschaft. Wie andere Eltern auch überlegte er damals, als die Einschulung seiner Tochter anstand, durchaus, sie nach Potsdam zu schicken. Aber dann hat das schon damals große AG-Angebot an der Albert-Einstein-Grundschule den Ausschlag gegeben. »An-



dere Schulen in Potsdam haben manchmal nur eine AG«, sagt Ewert. Dass das schulische Angebot in Caputh so groß und gut ist, dazu trägt nicht zuletzt sein Förderverein bei, dessen Mitglieder AGs anbieten, Feste mitgestalten, aber auch bei den Projekttagen thematische Angebote machen wie zum Beispiel »Erlebte Physik«, Ewerts Steckenpferd.

Der Förderverein versteht sich als Bindeglied zwischen Schule und Eltern. Da die Schulleiterin im Vorstand vertreten ist, sind die Informationswege kurz und die Einbindung schon langfristig gesichert. »Wir sehen uns als unabhängige Ansprechpartner für die Eltern, wenn es Probleme gibt, wenn es an Spielzeug fehlt, Bücher für die Schulbibliothek angeschafft werden müssen, die Umgestaltung des Schulhofes ansteht oder die Weihnachtsfeier, das Fährfest oder das Einstein-Jubiläum organisiert werden müssen – der Schulförderverein kümmert sich darum. Als der Schulgarten geschaffen wurde, legten viele Eltern selbst mit Hand an. Das Engagement der Eltern ist groß, sagt Ewert. Natürlich sind nicht alle Mitglieder so en-

gagiert wie der harte Kern von 30 Menschen, die regelmäßig aktiv sind. Das hat für ihn aber auch nachvollziehbare Gründe: »Viele Eltern arbeiten in Potsdam oder Berlin, die klassische Hausfrau gibt es nicht mehr«, erklärt er. Hinzu kommt, dass viele Eltern zusätzlich in anderen Vereinen aktiv sind, die Freizeit ist knapp.

Die Lehrerin

Für Ronja und Luca hat der Blockunterricht begonnen. In der Grundschule »Albert Einstein« wurde schon vor vier Jahren der 45-Minuten-Takt zugunsten eines 90-minütigen Blockunterrichts abgeschafft. Individuelle Lernvoraussetzungen, Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler können so stärkere Berücksichtigung finden und die Mädchen und Jungen zunehmend zum selbständigen Lernen befähigt werden. »Anfangs war es eine Herausforderung für mich, 90 Minuten zu unterrichten«, so ihre Klassenlehrerin Marion Jeenel. Marion Jeenel kam aus einer Potsdamer Schule und musste sich auf die Rhythmisierung erst einstellen. Dass die Vorteile überwiegen, davon war

sie aber schnell überzeugt: »Ich kann viel offener arbeiten mit Wochenplan, Tagesplan, Projektarbeit und Werkstattarbeit. Es ist toll, wenn keine Klingel die Arbeit unterbricht«. Die Eingangsphase der Klasse 1 verlangt Marion Jeenel viel Differenzierung ab. »Die Kinder sind so unterschiedlich! Das größte Problem ist für mich diese riesengroße Schere. Da fragt man sich manchmal abends: Bin ich auch jedem Kind



Marion Jeenel, Klassenlehrerin und »ihre« 1b

gerecht geworden?«. Am fehlenden Engagement liegt es jedenfalls nicht: Sie hat Arbeitsblätter hergestellt, Lern- und Spielmaterialien aus alltäglichen Dingen wie

Joghurtdeckeln gefertigt, nutzt die vielen Materialien aus dem Schulfundus und hat alle 24 Eltern persönlich besucht. In den ersten sechs Wochen bekam jedes Kind einen individuellen Lernplan auf der Grundlage der Lernstandserhebung, da jedes mit unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule kam. Luca zum Beispiel konnte bereits lesen. Ronja hatte Schwierigkeiten Laute herauszuhören und brauchte hierfür besondere Förderung. Jedes Kind hat einen eigenen Ordner, in dem die Lernfortschritte dokumentiert sind. Die Eltern können dieses Portfolio jederzeit, nicht nur zu Sprechtagen, einsehen.

An zwei Tagen in der Woche ist eine Sonderpädagogin stundenweise mit in der Klasse 1b. Sie bespricht mit Marion Jeenel, mit welchen Kindern sie noch gezielter üben muss, wer gerade nicht mitzukommen droht oder wer noch größere Herausforderungen braucht. Und sie wendet sich gezielt den Kindern zu, die eine besondere Förderung brauchen. Marion Jeenel war anfangs durchaus skeptisch als sie erfuhr, dass eine Sonderpädagogin sechs Stunden zu ihr in die Klasse kommt. Und dann auch noch eine ehemalige Schulleiterin einer Förderschule! Mittlerweile schätzt sie die Zusammenarbeit, es ist sogar eine Freundschaft zwischen den beiden Frauen

entstanden. Von Kolleginnen aus anderen Schulen weiß Marion Jeenel, dass Sonderpädagogen die Kinder mit Förderbedarf aus der Klasse heraus holen. »Dabei ist es eine Bereicherung für die ganze Klasse, wenn zwei Lehrerinnen mit den Kindern arbeiten können«. Ein weiteres Plus für die Kinder ist der Förder- und Förderunterricht, den Marion Jeenel an drei Tagen in der Woche anbietet. Was ihr in Caputh besonders gut gefällt, ist die gute Zusammenarbeit mit der integrierten Kindertagesbetreuung: »Die ist so wie es früher in der DDR war«.

Die erste Klasse liest das Thermometer ab. Es ist sonnig geworden und es ist kalt: Minus 13 Grad. Und sonst? »Sind es heute wenige oder viele Wolken? Haben wir Regen, haben wir Schnee?«, fragt Marion Jeenel. Sie kontrolliert, ob alle Kinder die Wetterverhältnisse richtig in ihre Arbeitsblätter eintragen.

Die Schulleiterin

Essenszeit, es gibt Milchreis mit Zimt und Zucker. Die ersten Klassen nehmen ihre Mahlzeit in der iKb in Form des »pädagogischen Mittagstisches« ein. Nach dem Mittagsband von 55 Minuten hat die Schulleiterin Zeit für ein Gespräch.

Ende 2006 begann die intensive Zusammenarbeit mit den Kitas in Caputh und Ferch, berichtet Cathrin Rudzinski. Den Ausschlag gab ein Bildungskongress in Potsdam, bei dem das Programm »ponte« der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung vorgestellt wurde. »Wir wollten die Zusammenarbeit mit den Kitas besser organisieren, um den Kindern den Übergang in die Grundschule zu erleichtern. Schon lange hatte sie einen Kooperationsvertrag vor Augen, der verbindlich genug regelt,



Cathrin Rudzinski, Schulleiterin der Grundschule Albert Einstein

wer wann was macht. Die Gemeinde finanzierte die Teilnahme an der Fortbildung »ponte« und am 1.6.2008 wurde ein Kooperationsvertrag geschlossen. In diesem verpflichten sich zum Beispiel die Kitas, vor

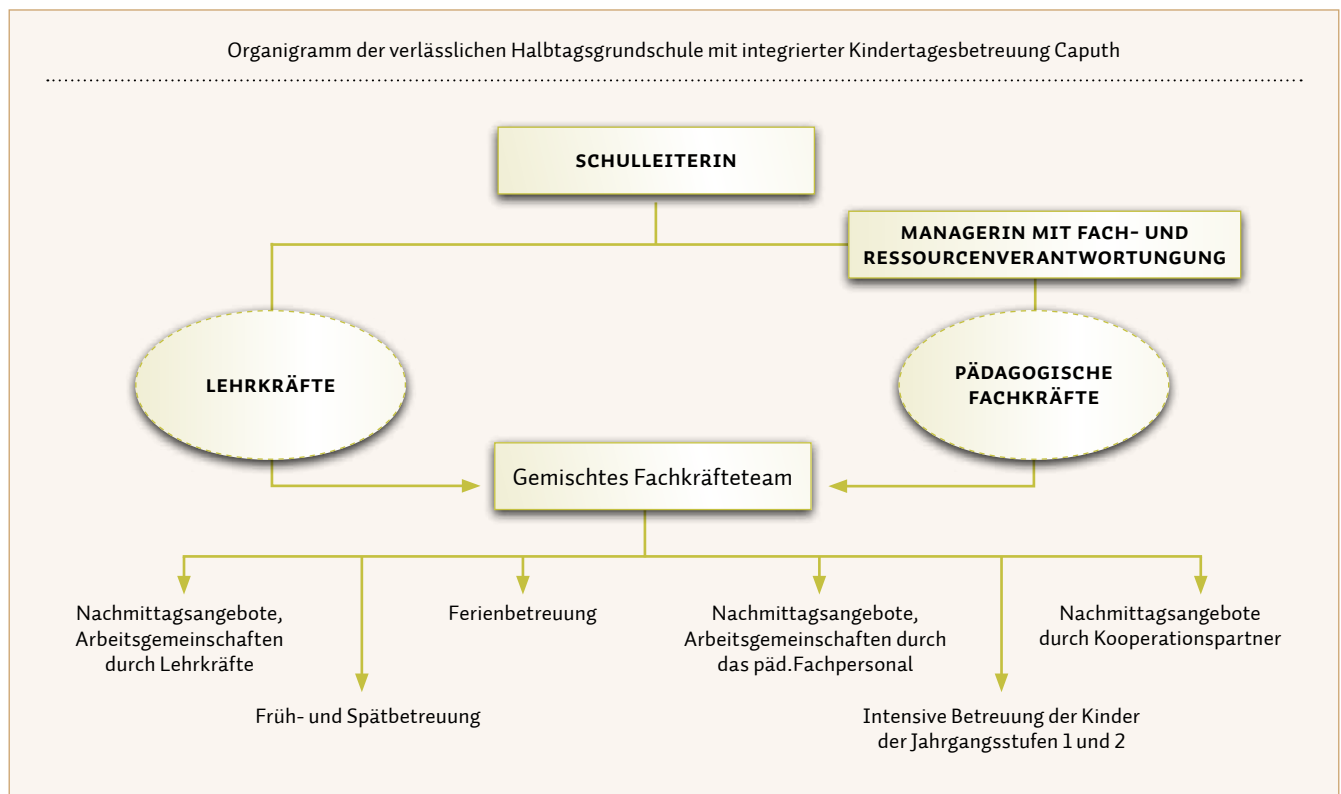
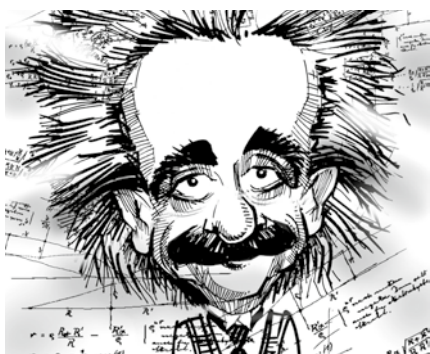


Abb. 11: Organigramm der verlässlichen Halbtagsgrundschule mit integrierter Kindertagesbetreuung Caputh

dem Schuleintritt Elterngespräche zu führen und zu dokumentieren. Die Eltern können diese Dokumentation der Grundschule übergeben. »Wir brauchen Informationen über den Entwicklungsstand der Kinder, um auf die Bedürfnisse eingehen zu können«, erklärt Rudzinski. »Wenn Kinder individuell lernen sollen, müssen die Lehrerinnen und Lehrer von Anfang an wissen, wo das Kind steht«, ist Rudzinski überzeugt.

Und auch die Kitas interessieren sich zunehmend für die Schule: Bei den Einstein-Projekttagen der Grundschule präsentieren die Kindergartenkinder ihre Projekte und führen kleine Experimente durch. Schnupperstunden in der Schule sind im Programm fest verankert und werden ausgebaut. Die Lehrerin Marion Jeenel koordiniert die Aktivitäten mit dem Kindergarten. Die Lehrer/innen haben in der Zusammenarbeit mit der Kita viel über deren Bildungsschwerpunkte erfahren. Zum Beispiel ist die Kita in Ferch sehr naturverbunden und unternimmt regelmäßig Exkursionen ins Birkenwäldchen. »Im nächsten Schritt wollen wir schauen, welche Elemente wir davon übernehmen, zum Beispiel im Rahmen der *naturnahen Schule*. Wir könnten kleine, grüne Inseln auf dem Schulgelände gestalten. Die Kinder der Kita Ferch bringen hier schon gute Voraussetzungen mit«, erklärt Rudzinski.



»Das Ziel der Schule sollte immer sein, harmonische Persönlichkeiten und nicht Spezialisten zu entlassen«.

In der individuellen Lernzeit werden Lernaufgaben erledigt und die Kinder individuell gefördert und gefordert. Eng arbeiten hier die pädagogischen Fachkräfte und Lehrkräfte mit den Kindern zusammen. Im individuellen Lernplan werden die Fortschritte von der Lehrerin dokumentiert und in der Teamsitzung beraten. Aber auch für die besonderen Neigungen und Fähigkeiten eines jeden Kindes ist Raum in der

Lernzeit. Das kann ein Obstsalat oder ein Garten sein, der gestaltet wird. Oder ein Laufspiel für Kinder, denen Bewegung fehlt. Die Ganztagschule mit integrierter Kindertagesbetreuung bietet dafür Zeit und Raum. Externe Kooperationspartner unterstützen die Schule durch ihre speziellen Angebote. Da ist es nur konsequent, dass die Hausaufgaben abgeschafft wurden. Zwar bekommen die Kinder individuelle Lernaufgaben für ihre Lernzeit, aber die müssen so bemessen sein, dass sie auch in



Annett Krüger, Managerin der integrierten Kindertagesbetreuung

dieser Zeit zu schaffen sind und eben nicht mit nach Hause genommen werden müssen.

So wie sich Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte regelmäßig absprechen, arbeiten auch die Leiterin der iKb und der Grundschule eng zusammen. Einmal pro Woche werden alle Dinge besprochen, die beide Institutionen betreffen: AGs, Gestaltung von Lernplänen und Portfolio (Bildungsdokumentation), Feste, Projekte und mehr.

Heute kann man sich in Caputh kaum mehr vorstellen, getrennt zu arbeiten. Dank verbindlicher Teamsitzungen, einer Steuergruppe auf dem Weg zur Ganztagschule und der vielen gemeinsamen Vorhaben sind die Einrichtungen zusammengewachsen und auch die Zusammenarbeit mit den Kitas ist selbstverständlich.

Die Uni Potsdam/Primarstufe in Gestalt von Frau Dr. Wegener begleitet die Albert-Einstein-Grundschule seit 2005/2006 auf dem Weg zum Ganztags mit wissenschaftlicher Forschung und Expertise. Zurzeit entsteht ein Leitfaden, der anderen Schulen helfen soll, die sich auf denselben Weg begeben. Außerdem hat die Uni Potsdam beim Erarbeiten eines Methodencurriculums wertvolle Hilfe geleistet.

Die Zusammenarbeit mit den weiterführenden Schulen, hauptsächlich dem Gymnasium Michendorf, der Oberschule Wilhelmshorst und der Steuben-Gesamtschule Potsdam, ist noch am Wachsen. Es gibt bereits Schnuppertage und gemeinsame Elternversammlungen sowie Absprachen darüber, was die Grundschule vermitteln sollte, damit die Kinder in der weiterführenden Schule einen guten Start haben und Anschluss finden können.

13.45 Uhr. Schade, die Zirkus-AG fällt für die Grundschüler heute aus. Der AG-Leiter ist mit seinem Auto auf dem Weg von Potsdam nach Caputh im Schnee stecken geblieben. Ronja und Luca nehmen es gelassen. Sie freuen sich schon auf morgen. Und nächste Woche findet ihre Lieblings-AG auch wieder statt, da sind sie sich sicher.

Integrierte Kindertagesbetreuung

im Verbund mit Grundschule im Rahmen von Ganztagschulmodellen im Landkreis Potsdam-Mittelmark

VON BODO RUDOLPH

Aus Sicht des Jugendamtes Potsdam-Mittelmark liegen in der Entwicklung von kooperativen Ganztagsangeboten in der Primarstufe große Chancen, zentral zur Gestaltung eines systemübergreifenden Gesamtkonzeptes von Bildung, Betreuung und Erziehung beizutragen. Diese Chance kann dann genutzt werden, wenn pädagogische und erzieherische Fachkräfte von Beginn an auf der Grundlage eines gemeinsam erarbeiteten Konzepts partnerschaftlich und zielorientiert zusammenarbeiten. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Jugendamtes liegt daher in der Gestaltung von förderlichen Rahmenbedingungen, um ein partnerschaftliches Zusammenarbeiten zu erleichtern, in der Vorgabe von fachlichen Standards und Kennzahlen zur Bewertung von Ganztagskonzepten sowie in der Unterstützung bei der Konzeptionsarbeit. Auf der Grundlage eines bestehenden Kreiskonzeptes¹ soll diese Arbeit im Folgenden beschrieben werden.

In der Entwicklung von kooperativen Ganztagsangeboten sieht das Jugendamt des Landkreises Potsdam-Mittelmark echte Chancen, die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen wirksam und zukunftsorientiert zu gestalten und definiert sich deshalb als wichtiger Kooperationspartner von Schulen mit ganztägigen Angeboten. Vor diesem Hintergrund wurde ein eigenes Kreiskonzept zum Ganzttag erarbeitet. Die neue Qualität ist, dass der Hort in seiner bisherigen Form so nicht weiter existiert und auch in der Begrifflichkeit nicht mehr genutzt wird! Das Konzept des Jugendamtes soll die Arbeit vor Ort bzw. den Ausbau der Kooperation anregen und unterstützen. Die Entwicklung und Einrichtung einer integrativen Kindertagesbetreuung, integriert in Grundschulen mit Ganztagsangebot im Modell einer verlässlichen Halbtagsgrundschule, wird dabei seitens des Jugendamtes vorrangig empfohlen. Das Konzept beschreibt Ziele, Standards und enthält Checklisten. Sofern das Jugendamt im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eine Stellungnahme abgeben muss, greift es insbesondere auf die im Kreiskonzept beschriebenen fachlichen Ansätze zurück. Diese fachlichen Standards sind somit handlungsleitend und durch ihre Veröffentlichung für die Öffentlichkeit zugänglich und transparent.

Da nach unserer Auffassung die Kooperation von Grundschule und Hort grundsätzlich, also unabhängig vom Ganzttag, eine qualitative Entwicklung erfahren muss, ist das Konzeptpapier des Landkreises an alle Grundschulen und Horte gerichtet und soll Anregungen für ein Mehr an Kooperation liefern. Gerade die gemein-

same Konzeptentwicklung von Grundschule und Hort bzw. von Lehrkräften, Erzieherinnen, Eltern, Schülerinnen und Schülern und Kooperationspartnern stellt einen wesentlichen Eckpfeiler des zukünftigen Erfolges solcher Projekte dar. Eine gute, intensive Startphase lässt die Fachkräftesysteme zusammenrücken, die Arbeit gemeinsam und tatsächlich auf Augenhöhe reifen, Stolpersteine erkennen und beseitigen und legt die Basis für eine gelingende Kooperation. Das partnerschaftliche Miteinander der Fachkräfte und den Eltern und die wertschätzende Arbeit mit allen Kindern bringt wirklich die »neue Qualität«.

Zielsetzung kooperativer Ganztagsangebote aus Sicht des Jugendamtes

Aus der Sicht des Jugendamtes sollen mit Ganztagschulprojekten bzw. mit einer engeren Kooperation von Grundschule und Hort insbesondere folgende Ziele erreicht werden:

- Lernerfolge für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen,
- Abbau sozialer ggf. herkunftsbedingter Benachteiligungen,
- Individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen,
- Vermitteln und Entwickeln von sozialen Kompetenzen,
- Selbstbildungsprozesse anregen, das Lernen lernen.

Diese Zielstellungen können in umfassender Weise nur erreicht werden, wenn pädagogische und erzieherische Fachkräfte sehr eng und auf gleicher Augenhöhe kooperieren und sozialpädagogische Kompetenzen der Jugendhilfe konzeptionell Eingang in die Gestaltung der (ganztags-)schulischen Angebote finden.

Kooperation und sozialpädagogische Ansätze als zentrale Bestandteile einer pädagogischen Gesamtkonzeption

Folgende Elemente mit besonderer sozialpädagogischer Bedeutung sollten nach Auffassung des Jugendamtes Eingang in die Konzeptentwicklung finden. Die Elemente sind dabei nicht isoliert zu betrachten. Vielmehr müssen sie einfließen in eine pädagogische Gesamtkonzeption. So ist beispielsweise die Aneinanderreihung einer Vielzahl von Kooperationspartnern kein Ausdruck von Qualität. In der Konzeption muss deutlich werden, mit welchen Partnern, Angeboten und Maßnahmen an sich die pädagogischen Ziele erreicht werden sollen.

1 Das vollständige Konzept steht unter www.potsdam-mittelmark.de/images/bilder/Konzept_Ganzttag_Landkreis_26102005.pdf als Download zur Verfügung.

MERKMAL	KENNZAHL	ENTWICKLUNGSZIEL	ZEITPLANUNG*
Durchführung von Kinder-Besprechungen	Ja/Nein	Ja (x Anzahl im Monat/je Woche)	
Durchführung von Projekten, die durch Mitwirkung von Kindern aus ihren Ideen erwachsen sind	Ja/Nein	Ja Manifestierung als Standard, jährlich verbale Beschreibung und gemeinsame Reflexion der Projekte	
Durchführung Elternbefragung zu den Angeboten und ihren Mitwirkungsmöglichkeiten	Ja/Nein	Ja 1x im Schuljahr	
Durchführung Kinderbefragung zu den Angeboten und ihren Mitwirkungsmöglichkeiten	Ja/Nein	Ja 1x je Schulhalbjahr	
Aktivierung von selbstorganisierter Elternbegegnung	Ja/Nein	Ja (x Anzahl im Schuljahr)	
Einbezug von SchülerInnen aus Familien, die soziale Leistungen, insbesondere Hilfen zur Erziehung, des Jugendamtes erhalten, in die Projekte	Ja/Nein	100 % soll als Ziel gesetzt werden	
Durchführung von Projekten mit aktiver Elternbeteiligung	Ja/Nein	Ja Vorschlag: 6 Veranstaltungen im Schuljahr	
Durchführung von Teambesprechungen aller Fachkräfte u. a. mit Evaluation der Ziele	Ja/Nein	Ja 2x im Monat Evaluation 1x im Schulhalbjahr	
Supervision für die Fachkräfte	Ja/Nein	Ja 2x im Schulhalbjahr	
Fortbildungsangebote für die Fachkräfte	Ja/Nein	Ja Laut Fortbildungskonzept	
Durchführung Familienbildungsangebot	Ja/Nein	Ja 1 Kurs im Schulhalbjahr	
Projekte mit Partnern im Sozialraum	Ja/Nein	Ja Abstimmung mit Fachkräften	

Tab. 2: Empfohlenes Raster des Jugendamtes Potsdam-Mittelmark für die Bewertung der Kooperation anhand von Kennzahlen

* Die konkrete Zeitplanung erfolgt mit der Erstellung des Konzepts

1. Die Orientierung auf die Kinder steht im Mittelpunkt der Arbeit

Eine Gesamtkonzeption, die diesen Grundsatz berücksichtigt, sollte Aussagen zu folgenden Aspekten enthalten:

RAHMEN, STRUKTUREN UND REGELN: Es werden Rahmenbedingungen aufgestellt, die Kinder gut erkennen und annehmen können. Sie leben in klaren Strukturen und Regeln in der Tagesgestaltung und des Miteinanders. Es gibt spezifische Orte und Zeiten gemeinsamer Aktivitäten, aber auch der Ruhe, Besinnung und Entspannung.

SELBSTTÄTIGKEIT UND EIGENVERANTWORTUNG FÖRDERN: Die strukturierten Tagesabläufe ermöglichen es, dass die Kinder in selbst gewählten Kleingruppen oder auch allein ihren Spielbedürfnissen und Aktivitäten nachgehen können. Die Räume sind so gestaltet, dass sie Anreize und Orientierung geben für die unterschiedlichen Aktivitäten der Kinder (Funktionsräume und Bildungsineln). Das Außengelände bietet Anregungen für unterschiedliche Tätigkeiten. Spielmaterialien sind für alle Kinder sichtbar und offen zugänglich, so dass Impulse für Selbstaktivität auch vom Material heraus entstehen. Bei der Strukturierung der Tagesabläufe, der Gestaltung der Räume und des Außengeländes als auch bei der Auswahl der Spiel-Materialien sind die Kinder altersangemessen zu beteiligen. Rechte und Pflichten sind ausgewogen zueinander zu erarbeiten und deren Einhaltung zu begleiten.

JEDES KIND KANN SEINEN LERNINTERESSEN UND SEINER EXPERIMENTIERFREUDE NACHGEHEN: Dazu gehören Formen ent-

deckenden Lernens durch Ausprobieren, Forschen und Arbeiten in der »Lernwerkstatt«. Die Kinder entscheiden, an welchem Projekt oder Angebot sie sich beteiligen möchten. Dies gilt auch für gruppenübergreifende Angebote.

DIE INITIIERTEN BILDUNGSPROZESSE WERDEN AUS DER PERSPEKTIVE DER KINDER HERAUS GESTALTET: In Gesprächen mit den Kindern und in regelmäßigen Kinderbesprechungen werden Ideen, Vorschläge und Erfahrungen zu den zukünftigen Angeboten gesammelt und in die Planung einbezogen. Die pädagogischen Fachkräfte nutzen das Instrument der Beobachtung der Kinder, um sie bei der Themenfindung bzw. der Bearbeitung ihrer Themen zu unterstützen.

BETEILIGUNG DER KINDER AN ENTSCHEIDUNGEN UND MITGESTALTUNG AM LEBEN IN DER EINRICHTUNG: Mitbestimmung und Mitgestaltung durch die Kinder sind zentrale Qualitätsfragen. Zu thematisieren sind hierbei Haltungen und Wertmuster der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Formen der Vermittlung und Umsetzung (Selbständigkeit, Autonomie).

DIE BEDEUTUNG DER GLEICHALTRIGEN UND DER GRUPPE FINDET BERÜCKSICHTIGUNG: Im Grundschulalter werden Beziehungen in der Gruppe zum Motor der kindlichen Entwicklung. Merkmale einer Orientierung des Angebotes an der sozialpädagogischen Gruppenarbeit sind:

- Gruppenformen (jedes Kind muss die Möglichkeit haben, passende Freunde zu finden),
- Rahmenbedingungen (Angebote, Räume, Personen – Kindern Wahlmöglichkeiten geben),

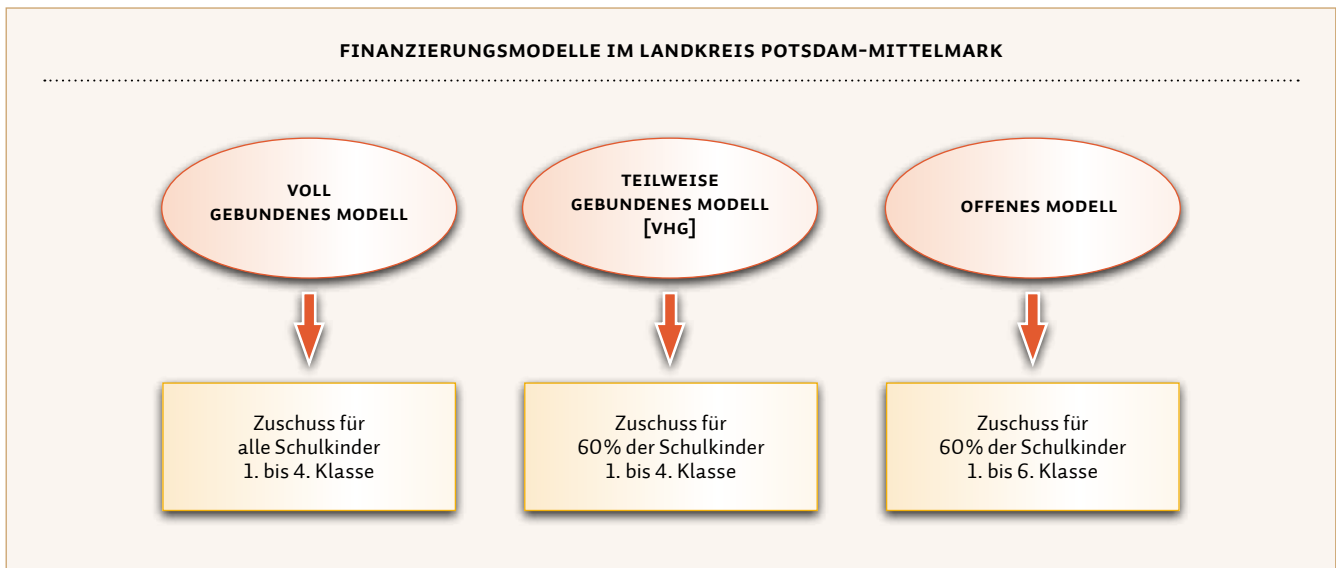


Abb.12: Finanzierungsmodelle im Landkreis Potsdam-Mittelmark

- Selbstorganisation (Formen der Selbstorganisation und Konfliktregelung werden zwischen den Erwachsenen und Kindern ausgehandelt),
- Aktivitäten (Unterstützung der Kinder bei der Differenzierung von Interessen und Aktivitäten).

2. Einbeziehung der und Orientierung auf die Eltern/Familien

- Unterstützungsangebote zur Entlastung, Kompetenzvermittlung, Ressourcenaktivierung in der Erziehungs- und Erwachsenenrolle der Eltern (z.B. durch Familienbildungsangebote in der Einrichtung, Eltern-Newsletter zur regelmäßigen Information und Kontakthaltung, regelmäßige Würdigung von Elternaktivitäten durch Veröffentlichung in der Presse, Schulausgang) werden vorgehalten.
- Orte der Begegnung und Mitgestaltung für Familien schaffen (z. B. Elternstammtisch, inhaltliche Beteiligungsprojekte, Einbeziehung im Ehrenamt).
- Selbstorganisierte Elternbegegnungen werden ermöglicht.
- Die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit der Erwachsenen (Eltern, pädagogische, sozialpädagogische und erzieherische Fachkräfte in der Einrichtung, im Sozialraum, von Jugendhilfeträgern) in Bezug auf die Entwicklung des jeweiligen Kindes wird hervorgehoben.

3. Kooperation der unterschiedlichen Fachkräfte am Standort Schule und mit Partnern im Gemeinwesen

- Die gemeinsame Erarbeitung eines integrierten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungskonzeptes ist Ausdruck der partnerschaftlichen Zusammenarbeit und enthält die Eckpunkte: gemeinsame inhaltliche Ziele, gemeinsame Vorhaben, gegenseitige Unterstützung, gemeinsame Fortbildungen, Regelung zur Raumnutzung und die Öffnung ins Gemeinwesen.

- Die Öffnung ins Gemeinwesen wird als aktiver Teil in der Vernetzung der sozialen Infrastruktur und der Durchführung von konkreten Kooperationsprojekten verstanden bzw. umgesetzt.

Die beteiligten Fachkräfte aus Schule und Hort (Schulleitung, Lehrkräfte, Hortleitung und ErzieherInnen) werden durch ein integriertes Gesamtkonzept vor neue Herausforderungen gestellt, die eine Veränderung des bisherigen beruflichen Rollenverständnisses beinhalten. Diese Prozesse sind durch Fortbildung, Supervision und Teambesprechung zwingend zu begleiten. Die persönliche Eigenleistung und -willen der Fachkräfte sind entscheidend für den Erfolg der Kooperation.

Die Finanzierungsfrage als Stolperstein der integrierten Kindertagesbetreuung

In der Startphase der Ganztagsbetreuung stellte sich die Finanzierungsfrage als eine besondere Problematik heraus. Nachfragen von Hortträgern und erzieherischen Fachkräften zu befürchteten Mindereinnahmen durch Hortabmeldungen und zugleich verminderter Finanzierung der Fachkräfte durch den Landkreis konnten zumeist nur unklar durch das Jugendamt beantwortet werden. Dies führte bei den Fachkräften – nachvollziehbar und berechtigt – zu großer Verunsicherung und Ängsten in Bezug auf den Verlust des Arbeitsplatzes. Diese Situation musste dringend positiv geklärt werden, um die Fachkräfte für die inhaltliche Konzeptarbeit aufzuschließen und als Partner zu gewinnen. Als Lösung wurde im Landkreis Potsdam-Mittelmark ein eigenes Finanzierungsmodell entwickelt, das auf dem Modell einer in die Grundschule integrierten Betreuung basiert und den Hort als Institution praktisch abschafft.²

² Um das Finanzierungsmodell nicht unsachgemäß zu verkürzen wird an dieser Stelle auf das Gesamtkonzept verwiesen, das eine ausführliche Darstellung des Finanzierungsmodells enthält.

1. PÄDAGOGISCHES KONZEPT / KINDORIENTIERTE ZIELE UND ANGBOTE				
Werden Aussagen getroffen zu?	Ja	Nein	teilweise	Bemerkungen
Lernerfolge für alle SchülerInnen ermöglichen				
Abbau sozialer, ggf. kultureller Benachteiligungen				
Individuelle Förderung von Kindern				
Vermitteln und Entwickeln von sozialen Kompetenzen				
Selbstbildungsprozesse / Selbsttätigkeit anregen				
Möglichkeiten für Rückzug, Entspannung und Erholung				
Kinderkultur erleben und gestalten				
Möglichkeiten für Bewegung, Sport und Spiel				
Mitwirkung an der Planung, Gestaltung und Evaluation durch SchülerInnen				

Tab. 3: Bewertungsraster zur Beurteilung der Konzeptqualität

Kennzahlen zur Einordnung von Kooperationserfolgen

Die vom Jugendamt entwickelten Kennzahlen sollen dazu dienen, mittel- und langfristig den Erfolg der Kooperation messbar zu gestalten. Kooperationserfolge zu messen bzw. Maßnahmen / Projekte direkt als Erfolg der Zusammenarbeit zu erfassen und zu bewerten ist unseres Erachtens schwierig. Es bedarf hier einer erhöhten Reflexion der Beteiligten und gut handhabbarer Instrumente. Die entworfenen Kennzahlen (siehe Abb. 1) wurde den Trägern empfohlen und haben sich als sehr hilfreich erwiesen.

Bewertungsraster für Konzepte von Schulen mit ganztägigen Angeboten aus Sicht der Jugendhilfe

Auf Basis der Ziele und Grundsätze für Ganztagschulprojekte/Schulen mit ganztägigen Angeboten wurden durch das Jugendamt Bewertungsraster für Konzepte erarbeitet. Die Raster sind eine gute Grundlage, um die Qualität von Ganztagskonzepten einzuschätzen. Dabei liegt das Augenmerk in Potsdam-Mittelmark auf integrierten Konzepten. Ein Beispiel für ein Bewertungsraster ist in Abb. 2 dargestellt. Mit dem Modell der integrierten Kindertagesbetreuung (integriert in Grundschule mit Ganztagsangebot) konnten im Landkreis Potsdam-Mittelmark sehr positive Erfahrungen gesammelt werden. Insbesondere die enge Kooperation der Fachkräfte in gemischten Jahrgangsteams bewirkt eine neue Qualität der Arbeit, steigert die Attraktivität der Grundschule für Kinder und deren Familien und stellt aus Sicht des Jugendamtes die zentrale Innovation dar. Anmeldungen von zahlreichen Kindern der 5. und 6. Jahrgangsstufe zeigen sich an mehreren Standorten. Frühere Hortbetreuungsquoten werden zu über 30% übertroffen. Befragungen zeigen eine sehr gute Annahme der Angebote und eine hohe Kundenzufriedenheit.

Die transparente und frühzeitige Klärung der kreislichen Finanzierung stellt die zweite tragende Innovation dar und fördert entschieden die Entwicklung. Aus Sicht des Jugendamtes konnte mit dem Modell der integrierten Kindertagesbetreuung ein zentraler Baustein in der Region für ein konsistentes System von Bildung, Betreuung und Erziehung umgesetzt werden. Die er-

folgreiche Entwicklung im Landkreis mit der integrierten Kindertagesbetreuung im Rahmen ganztagsschulischer Angebote benötigt aber weiterhin Impulse, Erfahrungsaustausch, Fortbildungen und Fortschreibungen. Daher wird der Landkreis gemeinsam mit dem Schulamt Brandenburg eine Plattform »Ganztag in PM« im Jahr 2010 initiieren. Mit diesem angestrebten Kommunikationsforum wird auch dem Wunsch der Praxis nach zielgerichtetem Austausch entsprochen.

Dieser Beitrag wurde im wesentlichen der Zeitschrift »Forum GanzGut« Ausgabe 04/07 entnommen und aktualisiert. Der Autor, **BODO RUDOLPH**, ist seit 1998 Leiter des Fachdienstes Kinder, Jugend und Familie im Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Kontakt: jugendamt@potsdam-mittelmark.de
Tel.: 033841-914 91, Fax: 033841-423 36

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel berührt als Querschnittsthema Fragen der Bildungspolitik bzw. des Bildungswesens, der Sozial-, Familien- und Wirtschaftspolitik ebenso wie die der Stadt- und Regionalplanung. »Die demografische Krise ist ein Problem mit vielen Facetten, das sich in jedem Bereich des gesellschaftlichen Lebens auswirkt. Einzelne Ressorts sind mit der Lösung der in ihrem Zuständigkeitsbereich auftauchenden Fragen schlicht überfordert« (Berlin Institut 2007, S. 7). Dem Bildungsbereich wird bei der Bewältigung der Herausforderungen durch den demografischen Wandel eine zentrale Rolle zugeschrieben.

Laut Angaben des Statistischen Bundesamts wird die Gesamtbevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2050 um rund sieben Millionen Menschen auf dann 75 Millionen schrumpfen. Allerdings greift der Blick auf Gesamtdeutschland zu kurz, da es spezifische Entwicklungen auf Landesebene gibt und diese wieder gebrochen werden durch sehr unterschiedliche, zum Teil diametral entgegengesetzte Entwicklungen in den Regionen.

Demografischer Wandel in Brandenburg: Zweiteilung des Landes

Gegenüber den anderen ostdeutschen Flächenländern weist Brandenburg die Besonderheit auf, dass die Gesamtbevölkerung gegenüber dem Jahr 1990 kaum gesunken ist.¹

JAH R	GESAMTBEVÖLKERUNG (IN TSD.)
1990	2.589
1995	2.542
2000	2.602
2005	2.559
2007	2.535
August 2008	2.528
Veränderung 2008 zu 1990	98,84%

Tab. 4: Entwicklung der Gesamtbevölkerung in Brandenburg in den Jahren 1990 bis Aug. 2008

»Die Erklärung liegt in der faktischen Zweiteilung des Landes. Der engere Verflechtungsraum – also der suburbanisierte Raum rund um die Stadt Berlin – weist so hohe Wanderungsgewinne auf, dass die erheblichen Bevölkerungsverluste des ä-

ßeren ländlichen Raumes im Landesdurchschnitt vollständig kompensiert werden« (Budde / Büttner 2007, S. 33).

Es gibt Regionen/Städte, die wachsen,

JAH R	BERLIN-NAHER RAUM	ÄUSSERER ENTWICKLUNGSR AUM
1990	30	70
2006	40	60
2030	48	52

Tab. 5: Bevölkerungsverteilung zwischen dem berlinnahen Raum und dem äußeren Entwicklungsraum in %

solche, die ausschließlich von einem Bevölkerungsrückgang geprägt sind, und eine dritte Kategorie, bei der Schrumpfungs- und Wachstumsprozesse eng beieinander liegen. In einer Gemeinde eines Landkrei-

ses wurden Schulen, Bibliotheken oder Jugendclubs geschlossen, in einer anderen Gemeinde im Kreis wurde eine Schule gebaut, Jugendclubs eingerichtet. Ein exemplarischer Blick in den Landkreis Barnim mag das verdeutlichen².

In den kommenden Jahren werden sich die Auswirkungen des demografischen Wandels in Brandenburg verschärfen. Es wird zwar weiterhin einige Regionen geben, die wachsen, aber das positive Wanderungssaldo wird immer weniger in der Lage sein, den Geburtenrückgang auszugleichen. Bis zum Jahr 2030 wird für das Land Brandenburg insgesamt ein Rückgang von fast 14 % (354.000 Personen) der Gesamtbevölkerung prognostiziert.

Und wenn seit 1990 auch die Gesamtzahl der Bevölkerung landesweit fast kon-

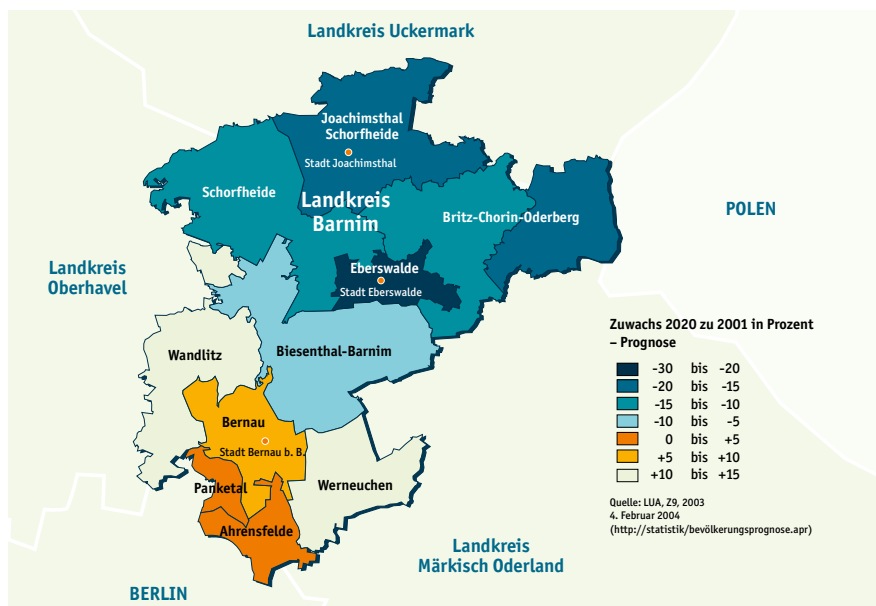


Abb. 13: Bevölkerungsentwicklung Landkreis Barnim 1990 - 2025

1 Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen hatten im gleichen Zeitraum Bevölkerungsrückgänge zwischen 10% und 15% zu verzeichnen.
 2 Siehe auch »MORO Abschlussbericht Modellregion Havelland-Fläming« (November 2008), in dem die Bevölkerungsentwicklung für diese Region dargestellt wird. Innerhalb der Planungsregion (umfasst die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel) wird bei der Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2004 bis 2020 eine Spannweite von über 15% Rückgang bis zu 15% Zuwachs beschrieben. Download des Berichts unter www.havelland-flaeming.de/PDF/40420/5_abschlussbericht.pdf

KOMMUNE	INDIKATOR	BEVÖLKERUNGS- ZAHL	DURCHSCHNITTSALTER (JAHRE)	ANTEIL UNTER 18-JÄHRIGE (%)	ANTEIL 65- BIS 79-JÄHRIGE (%)	ANTEIL AB 80- JÄHRIGE (%)
Stadt Eberswalde	1990	53.601	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Stadt Eberswalde	2007	41.400	44,9	12,7	18,7	4,1
Stadt Eberswalde	2025	35.700	50,4	12,3	21,3	11,1
Stadt Bernau bei Berlin	1990	24.532	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Stadt Bernau bei Berlin	2007	35.900	43,3	14,3	16,0	3,7
Stadt Bernau bei Berlin	2025	39.600	49,6	13,2	20,7	9,2
Ahrensfelde	1990	1.400	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Ahrensfelde	2007	13.000	42,5	12,7	11,0	2,0
Ahrensfelde	2025	15.900	49,2	11,6	20,0	4,2
Landkreis Barnim	1990	150.000	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Landkreis Barnim	2007	177.589	44,1	13,5	16,4	3,6
Landkreis Barnim	2025	191.035	50,2	12,5	20,9	8,7

Tab. 6: Bevölkerungsentwicklung und -prognose ausgewählter Städte/Gemeinden im Landkreis Barnim 1990 – 2025

stant blieb, so führte der demografische Wandel doch zu einer erheblichen Verschiebung in der Altersstruktur (siehe hierzu die exemplarischen Daten aus dem Kreis Barnim, die eine fast landesweite Entwicklung widerspiegeln). Der Rückgang der Altersgruppe der unter 18-Jährigen ist im-

mens, die über 80-Jährigen sind die am rasantesten wachsende Bevölkerungsgruppe. Damit verbunden ist nicht nur eine Verschiebung der notwendigen sozialen Infrastruktur, die nicht ausgelastete Kindertageseinrichtungen und Schulen gegenüber einem wachsenden Bedarf an geriatris-

schen Angeboten und Pflegeeinrichtungen zur Folge hat bzw. haben wird.

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Schulstandorte

Für das Land Brandenburg hatte der Rückgang der Zahl von jungen Menschen Schulschließungen bis zum heutigen Tage zur Folge. Seit 1993 wurden insgesamt 525 Schulen in öffentlicher Trägerschaft geschlossen: 222 Grundschulen, 224 weiterführende Schulen der Sek. I, 21 Gymnasien, 19 Berufliche Schulen und 39 Förderschulen. Die Schulschließungen bzw. Schulzusammenführungen erfolgten fast ausschließlich anhand planerischer Vorgaben: Mindestgrößen für die Schulstandorte und Konzentration auf Kern- und Mittelzentren, an denen Schulstandorte erhalten werden sollten.

Für die Schulen und die Lehrkräfte war die Integration neuer Schülerinnen und Schüler und von Teil-Kollegien eine besondere Herausforderung. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen und gestaltet sich mitunter nach wie vor schwierig, kam es doch im Empfinden der Beteiligten auch zu »feindlichen Übernahmen«, denen

ein jahrelanger, wenig fruchtbarer Konkurrenzkampf um die jungen Menschen in der Region, um den Erhalt des Arbeitsplatzes und die Fortführung von bewährten pädagogischen Konzepten vorausging.

Nur selten gelang es, die Zusammenführung von Schulstandorten langfristig vorzubereiten und die jeweiligen Stärken der Schulstandorte bzw. der beteiligten Kollegien zu etwas gemeinsamem Neuen zusammenzuführen. Noch seltener wurde die Zusammenführung unter Nutzung von partizipativen Elementen zusammen mit den Schülerinnen und Schülern gestaltet. Positive Beispiele der Zusammenführung sind die heu-

tige Oberschule »Herbert Tschäpe« in Blankenfelde-Dahlewitz sowie der Prozess der Zusammenführung der Oberschulen »Erich Weinert« und »Friedrich Engels« in Falkensee, der durch Schulprojekte (gefördert über die Initiative Oberschule)



Schulstandorte erhalten – auch bei der Zukunftskonferenz im Amt Döbern-Land ein Thema

vorbereitet und begleitet wurde³. Überlagert wurde dieser Prozess durch die Einführung der neuen Schulform Oberschule zum Schuljahr 2005/2006. Ein Teil der ehemaligen Realschulen wurde dabei mit einer neuen Schülerschaft konfrontiert, die eine Anpassung der pädagogischen Konzepte und ein verstärktes Bemühen im Bereich des Sozialen Lernens erforderten. »In eben dieser Situation werden die Schulen in der Nach-PISA-Ära mit deutlich höheren Anforderungen an ihre schulinternen Entwicklungsprozesse konfrontiert. Systemisch gesehen sind damit wesentliche Merkmale einer Überforderung gegeben« (Budde/Büttner 2007, S. 34).

Dieser Trend ist im Land Brandenburg vorerst beendet. Im Grundschulbereich wird es keine demografiebedingten Schlie-

destschülerzahlen gesichert werden [...]« (Presseerklärung Nr. 319/2009 des MBS vom 25.08.2009). Die kommenden ca. 15 bis 20 Jahre bringen eine relative Stabilität im öffentlichen Schulnetz. Das befreit vom Konkurrenzdruck bezüglich der Schulschließungen und lässt berechtigte Hoffnung zu, dass die »pädagogischen Entwicklungsperspektiven [...] wieder mehr Raum einnehmen und konzentrierter angegangen werden« können (Budde / Büttner 2007, Seite 34).

Da es aufgrund des »demographischen Echos«⁴ ab ca. 2030 zu einem weiteren Rückgang der Schülerinnen und Schüler kommen wird, sollten in der Zusammenarbeit von Land und Kommunen perspektivisch flexible Lösungen für den Erhalt von Schulstandorten vereinbart werden.



Schulschließungen erhöhen den Problemdruck in den Kommunen

ßungen mehr geben und in der Sek. I ist der Schrumpfungsprozess ebenfalls abgeschlossen. Selbst der Schülerrückgang bei der Sek. II wird nicht zu Schulschließungen führen. »75 Gymnasien sind [...] langfristig stabil und bieten das 12-jährige Abitur an. Darüber hinaus kann der 13-jährige Bildungsgang zum Abitur an 20 Gesamtschulen und 18 beruflichen Gymnasien infolge einer Absenkung der Min-

Schulschließungen verschärfen die Situation

Für die Städte und Gemeinden haben Schulschließungen und der Rückgang jugendkultureller Räume/Treffpunkte und anderer Bildungsangebote zum Teil existenzielle Implikationen. »Beispielhaft ist die essentielle Rolle des Bildungsangebotes für die peripheren Räume: Ohne gute

und leicht erreichbare Schulen wandern vor allem solche (potentiellen) Eltern ab, die selbst einen hohen Bildungsstand haben. Eine Bildungserosion unter den Verbliebenen ist die Folge. [...] Die Schule gehört [...] zu den Basisdiensten des Gemeinschaftslebens, ohne die Menschen ein Gemeinwesen schnell als tot wahrnehmen und ihm dann den Rücken kehren. [...] Alle anderen Probleme des Bevölkerungsschwundes verschärfen sich mit der Schließung von Schulen« (Berlin Institut 2007, S. 8 ff.).

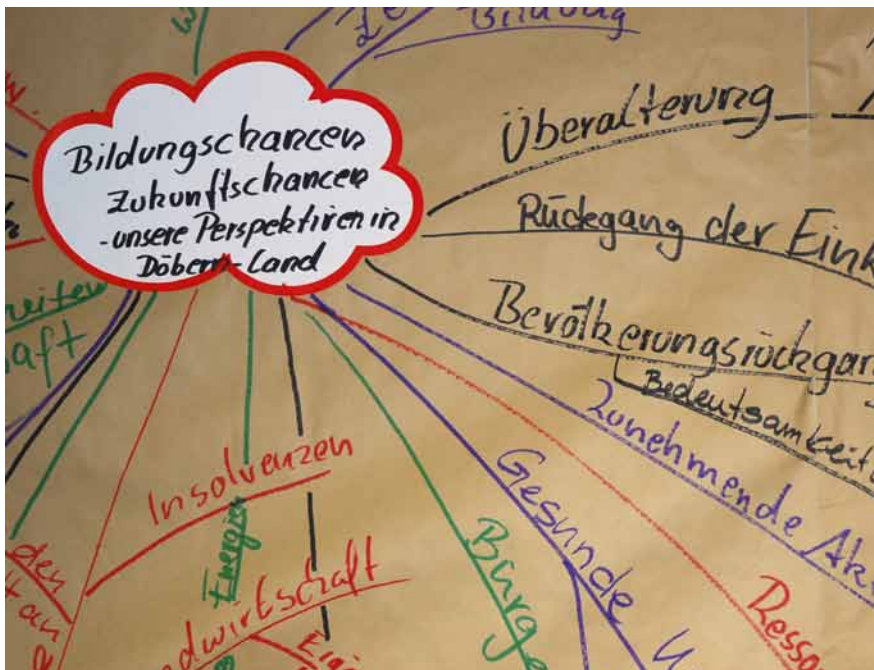
Von Seiten der Kommunen wurden immer wieder flexiblere Lösungen bei der Erhaltung von Schulstandorten und eine größere Eigenständigkeit bezüglich der Entscheidung für oder gegen Schulstandorte eingefordert.⁵ Der Deutsche Landkreistag (DLT) und der Deutsche Bauernverband (DBV) führen in einem gemeinsamen Positionspapier aus: »Im ländlichen Raum sollte ein gut erreichbares Bildungsangebot für die Schüler bzw. Bildungsteilnehmer weiterhin im Vordergrund der Entwicklung stehen – auch dann, wenn dadurch kleinere Klassen- bzw. Gruppengrößen in den Schulen entstehen. Nur so wird es möglich sein, die Innovations- und Zukunftsfähigkeit sowie das gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Potential der ländlichen Regionen abzusichern« (DBV und DLT 2008, S. 2).

Wie Kommunen auf drohende oder stattgefundene Schulschließungen konstruktiv reagieren können, zeigen die Porträts im Teil B der Broschüre. Im Amt Döbern-Land wurde die drohende Schließung der Oberschule durch die Stärkung der Grundschulen und die Etablierung eines ganztags schulischen Angebots abgewendet (siehe S. 27). In der Gemeinde Schwielowsee setzte man auf eine qualitative Stärkung der Grundschulen (siehe S. 69). Und der Leiter des Jugendamtes im Kreis Elbe-Elster verweist darauf, dass gerade dort, wo Grundschulen geschlossen wurden, die Kitas qualitativ weiter zu entwickeln sind und neue Aufgaben übernehmen müssen (siehe S. 64). Die Akteure in diesen Beispielen setzen mit ihren Bemühungen auf Qualitätssteigerung bestehender bzw. verbliebener Angebote.

3 Das Projekt an der Oberschule Herbert Tschäpe, eine Zukunftswerkstatt, wurde filmisch dokumentiert. Der Film ist erhältlich über die Serviceagentur Ganztags/kobra.net

4 Die nicht geborenen Kinder der geburtenschwachen Jahrgänge fehlen als Eltern für eine zukünftige Generation.

5 Siehe Interview S. 69 und Forum GANZGUT Ausgabe 04/07, »Schulträger mit Stimme«, S. 36-39.



Demografischer Wandel – ein Thema das auch bei der Zukunftswerkstatt im Amt Döbern-Land aufgegriffen wurde

Bildung als Hebel, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen

Bildung ist ein zentraler Hebel zur Bewältigung des demografischen Wandels: »Der Bildungsgrad der Bevölkerung [...] beeinflusst das Angebot an Arbeitskräften [...] Gute Bildung schenkt Autonomie (Hervorhebung im Original). [...] Mangelnde Bildung verschärft nahezu alle Probleme des demografischen Wandels, während Investitionen in Bildung positive Auswirkungen auf beinahe alle Problembereiche haben. Leerstellen in der Bildungsbiografie sind kaum zu beheben und verursachen hohe Folgekosten, etwa Langzeitarbeits-

losigkeit, Integrationsprobleme, mangelnde Elternkompetenz« (Berlin Institut 2007, S. 21f.).

... sowie interkommunale Kooperation.

Zur Bewältigung des demografischen Wandels ist neben einer Prioritätensetzung auf Bildung eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Kommunen sowie zwischen Kommunen und Land anzustreben. »Kooperation ist ein Grunderfordernis für alle Kommunen und insbesondere für die kleineren Kommunen im ländlichen Raum. Der demographische Wandel und die damit verbundenen Risiken einer weiteren Infrastrukturausdünnung und ver-

schärfter ruinöser Konkurrenzen verleihen diesem Erfordernis eine zusätzliche existenzielle Dimension. [...] Es geht jetzt darum, Kooperationsstrukturen zu festigen oder neu zu etablieren, die sich auf Anpassungsstrategien zur Gestaltung des demographischen Wandels konzentrieren.« (Fahrenkrug/Melzer o. J., S. 2 f.). Die Autoren der zitierten Expertise empfehlen allen Gemeinden, bestehende Netzwerke inhaltlich auf die Bewältigung des demografischen Wandels hin auszurichten oder eben solche Netzwerke zu gründen. Landkreise sollten eine koordinierende Funktion bei den notwendigen Anpassungsprozessen übernehmen. Dabei sind die Interessen und Aufgaben des Kreises und die der Gemeinden gleichberechtigt und abgestimmt zu bearbeiten (vgl. ebd., S. 3 f.).

Bildungsteilhabe und Bildungsbenachteiligung

Eine große Zahl junger Menschen wird im bestehenden Bildungssystem in nicht ausreichendem Maße gefördert. Ihre Bildungsbiografie ist gekennzeichnet von Erfahrungen des Scheiterns und einer Demotivation gegenüber formaler Bildung, die sich vielfach bereits in jungen Jahren verfestigt. In der Folge entsteht mangelnde Bildungsteilhabe, die letztlich zum Ausschluss von einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben führen kann. Lokale Bildungslandschaften richten bei ihren Bemühungen einen Fokus auf diese Gruppe. Mit der vorgenommenen Prioritätensetzung sollen andere Herausforderungen (z.B. Förderung von Hochbegabten) nicht ausgeblendet werden. Es soll aber sensibel gemacht werden für das Ausmaß an Ausgrenzung und Segregation, das eine enorme gesellschaftliche Sprengkraft birgt: Es geht darum, die ca. 25% der Jugendlichen zu erreichen, die als »Risikojugendliche« klassifiziert sind.

Der erste Bildungsbericht für Berlin und Brandenburg unterscheidet bei den Risiken, die eine Nichtteilhabe am Bildungssystem begünstigen, nach dem wirtschaftlichen Risiko (Armutrisiko)⁶, dem Bildungsrisiko (Bildungshintergrund der Eltern) und dem sozialen Risiko. »Ein Armutrisiko wird angenommen, wenn eine Familie über weniger als 60% des durchschnittlichen Familieneinkommens verfügt. Ein Risiko bzgl. des Bildungshintergrundes wird angenommen, wenn kein Elternteil über eine Berufsausbildung verfügt, und ein soziales Risiko, wenn kein Elternteil erwerbstätig ist« (Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 33).⁷

In Brandenburg ist von diesen Risiken das Armutrisiko am deutlichsten ausgeprägt (siehe Abb. 14). Dabei ist das Risiko für Kinder, von Armutslagen betroffen zu sein, bedenklich hoch (siehe Abb. 15).

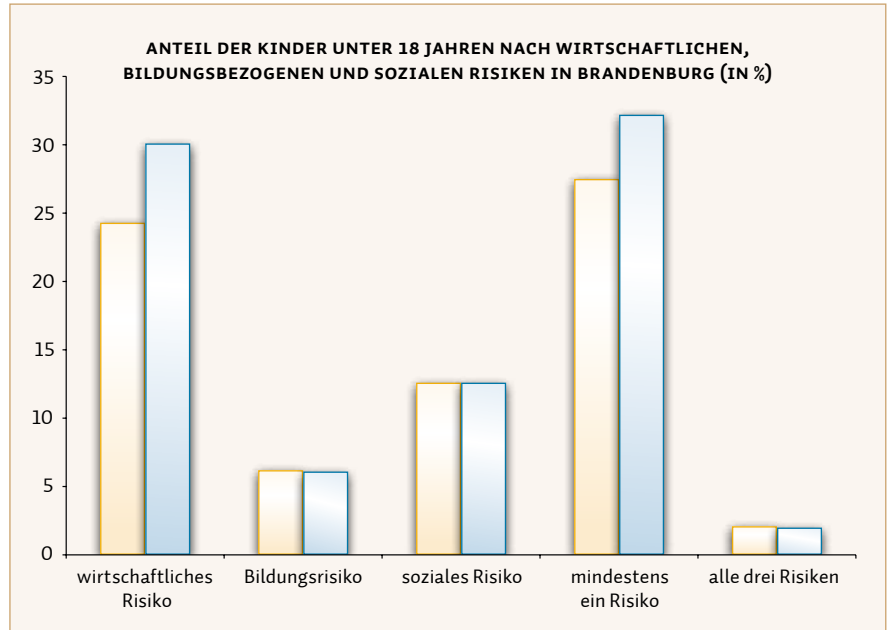


Abb. 14: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

2000 2007

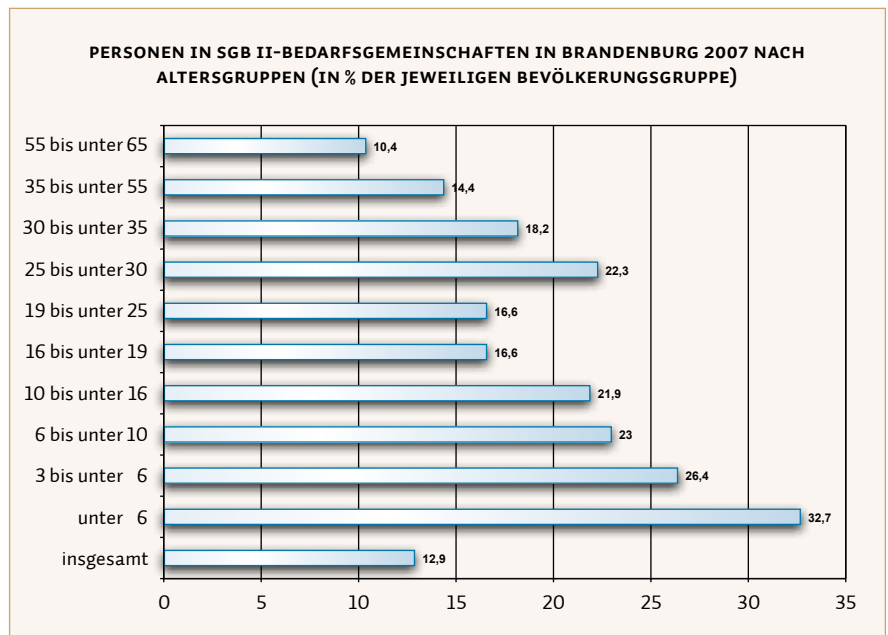


Abb. 15: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

So leben z.B. in der Stadt Frankfurt (Oder) 36,2%, im Landkreis Uckermark 35,2% der unter 15-Jährigen in »Hartz-IV-Familien.

6 »Obwohl die Bundesrepublik, je nach Altersgruppe, zehn bis 20 Prozent mehr Geld für Bildung, Dienstleistungen und direkte Finanztransfers ausgibt als die Mitgliedsstaaten im Schnitt, lebt hierzulande fast jedes sechste Kind in Armut. Im OECD-Schnitt ist es nur jedes achte. (...) Natürlich sind die Armen in einem reichen Land wie Deutschland nur relativ arm, die Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind aber nicht weniger dramatisch. Armut bedeutet für sie meist nicht nur den Verzicht auf anregende Ferien oder Nachhilfeunterricht, sondern auch höhere Gesundheitsrisiken: Sie ernähren sich häufig schlechter, bewegen sich weniger, sind öfter übergewichtig und leiden stärker an psychischen Problemen. [...] Der Staat muss großzügig sein bei seinen Ausgaben für Kinder, aber er muss sie auch so lenken, dass das Geld bei den Bedürftigen ankommt. Denn wenn Armut Kindern ihre Gesundheit raubt, dann bleibt vom Versprechen des Sozialstaats, all seinen Bürgern die gleichen Startchancen zu ermöglichen, nicht mehr viel übrig« (Taffertshofer 2009, S. 3).

7 Das Armutrisiko ist mit Arbeitslosigkeit eng verbunden. Die Armutquoten der Familien erhöhen sich im Durchschnitt auf etwa 80%, wenn die Eltern von Arbeitslosigkeit betroffen sind (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 79).

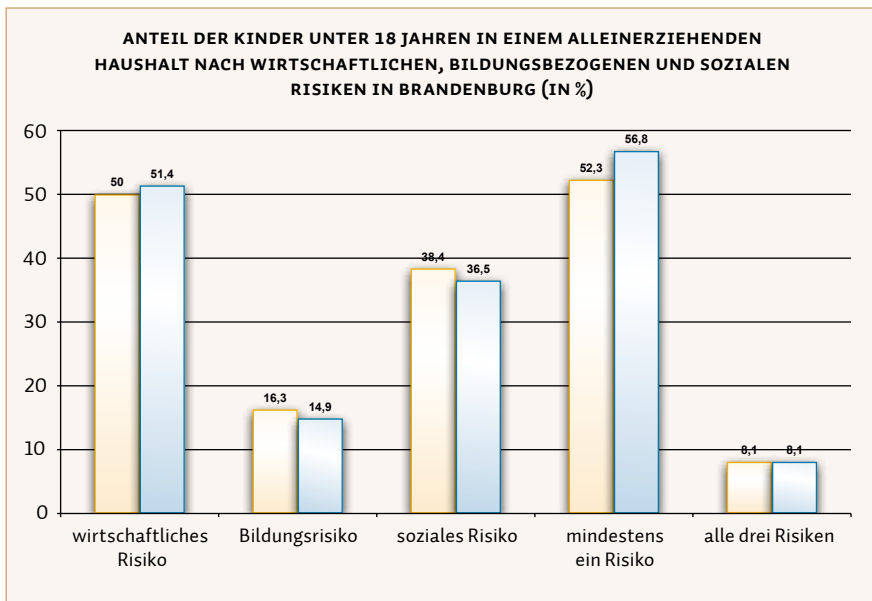


Abb. 16: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

2000 2007

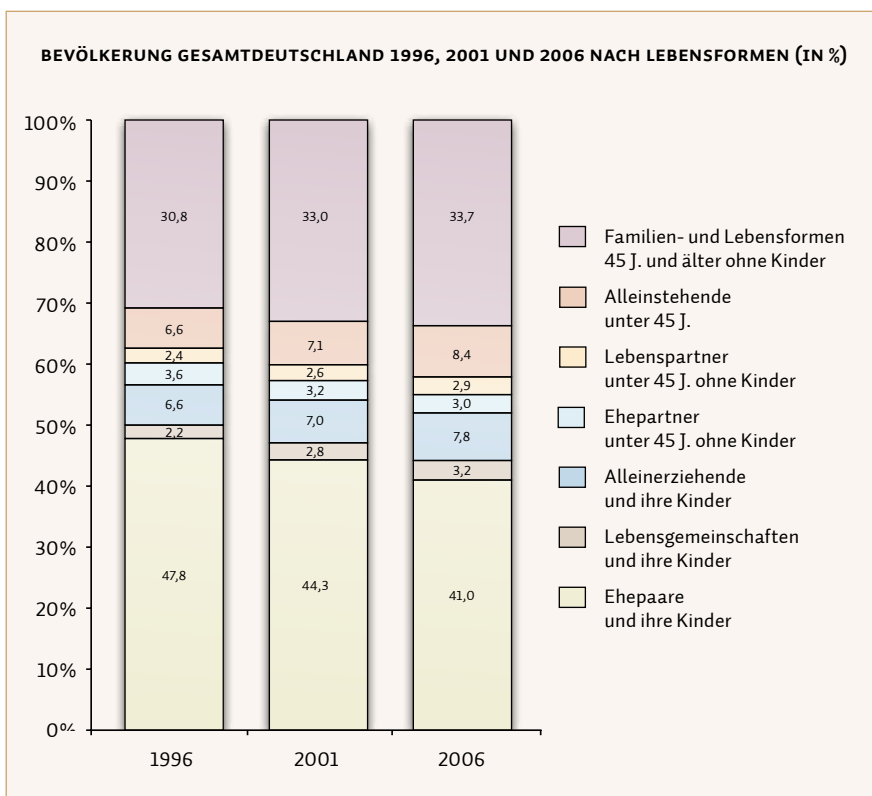


Abb. 17: Quelle: Bildung in Deutschland 2008

Der Bildungsstand der Elterngeneration ist in Brandenburg vergleichsweise hoch, so dass von einem Bildungsrisiko wenige Kinder betroffen sind. Es sollte aber nicht verkannt werden, dass dieser Indikator keine Aussagen über die heutige Verwertbarkeit dieser Bildungsabschlüsse auf dem Arbeitsmarkt zulässt (vgl. Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 33). Ein geringer Bildungsstand geht in der Regel mit einem höheren Armutsrisiko einher. So

schnell das Armutsrisiko in Brandenburg von 11,9% für Personen mit Fachhochschulabschluss auf 51,2% für diejenigen hoch, die keinen beruflichen Abschluss haben (vgl. ebd., S. 34).

Veränderte Familienkonstellationen und andere Lebensformen

Die Gruppe der Alleinerziehenden ist von den Risiken in besonderer Weise be-

troffen. Jede/r zweite muss mit einem Einkommen von weniger als 60% des Durchschnittsauskommen (siehe Abb. 16).

Diese Tatsache ist vor dem Hintergrund der sich verändernden Lebensformen bedenklich. Zwar ist »verheiratet mit Kind(ern)« bundesweit die vorherrschende Familienkonstellation, »aber sie hat im Zeitraum von 1996 bis 2006 fast 8% an Anziehungskraft verloren (siehe Abb. 17). Dieser Rückgang wird nicht durch die Zunahme bei den Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgeglichen (von 2,2% auf 3,2%). Der Anteil der Kinder, die bei einem geschiedenen Elternteil leben, hat sich im Zeitraum von 1975 bis 2004 für die Gruppe der Kinder unter sechs Jahren verdoppelt und für die 15- bis 18-Jährigen verdreifacht (vgl. Bildung in Deutschland 2006, S. 16). So nimmt auch in Brandenburg »der Anteil der Ehepaare mit Kindern zugunsten von Alleinerziehenden und Lebensgemeinschaften beständig ab.« (Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 31)

Die zunehmende (Teilzeit-)Erwerbstätigkeit von Frauen ist hier als weiterer Aspekt zu nennen. Im Zeitraum von 1972 bis zum Jahr 2000 stieg die Quote der erwerbstätigen Frauen mit Kindern im Alter von sechs bis vierzehn Jahren von 44% auf 68%. Diese Entwicklung bedeutet eine »deutlich veränderte Ausgangslage, die auch das Verhältnis von Familie und Schule berührt und in vielen Fällen die Unterstützungsmöglichkeiten von Kindern bei der Bewältigung schulischer Anforderungen beschränkt und Schulen zugleich eine lebensweltsensiblere Berücksichtigung veränderter Familienbeziehungen abverlangt« (Bildung in Deutschland 2006, S. 16).

Um positive Lebensperspektiven für die von Armutslagen betroffenen Kinder und Jugendlichen zu eröffnen kommen Bildungsfragen eine wesentliche Bedeutung zu: »Investitionen in die Bildung und Förderung von Kindern und Jugendlichen fördern deren Chancen zur sozialen Teilhabe und individuellen Verwirklichung und tragen dazu bei, dass kulturelle und soziale Ressourcen gebildet werden können, die späteren Armutslagen vorbeugen« (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 79). Die berechtigten Forderungen nach Investitionen in Bildung sollen aber nicht verbergen, dass der von Armut betroffene bzw. der (wach-

sende) von Armut bedrohte Teil der Bevölkerung auf eine unterstützende Sozial- und Familienpolitik angewiesen ist. Dies betrifft eine Versorgung mit einem angemessenen Regelsatz, passgenaue schnelle Hilfen für Familien, die an der Versorgungsgrenze leben, sowie eine kluge (finanzielle) Unterstützung von Familien zum jetzigen Zeitpunkt. Armutslagen sind nicht ausschließlich durch pädagogische Programme (die die Lebenslage der Betroffenen individualisieren) und durch noch so engagierte Pädagogen und Pädagoginnen zu bewältigen. Hier sollte eine bundes-, landes- und kommunalpolitische Prioritätensetzung erfolgen.

Hohe Zahl junger Menschen ohne allgemeinbildenden und berufsbildenden Abschluss

Hinter dem Armutsrisiko verbirgt sich oftmals Bildungsarmut bzw. diese ist eng damit gekoppelt (vgl. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S. 79). Bildungsarmut ist in Deutschland in besonders hohem Maße sozial vererbt und dem gegliederten Bildungssystem immanent.⁸

Sie drückt sich unter anderem im Nichterwerb schulischer Abschlüsse aus. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Gesellschaft wird in diesem Sinne vom Bildungssystem ausgeschlossen. In 2007 blieben bundesweit 7,7% der Schulabgänger und Schulabgängerinnen (in der Altersgruppe der 15- bis unter 17-Jährigen) an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen ohne Hauptschulabschluss (vgl. Bildung in Deutschland 2008, S. 272).⁹ Für Brandenburg stellt sich die Zahl der jungen Menschen, die ohne Schulabschluss verblieben (siehe Abb. 18).

Von den 2.676 jungen Menschen ohne Abschluss waren 394 weiblich, was einem Anteil von 14,7% entspricht (vgl. Bildungs-

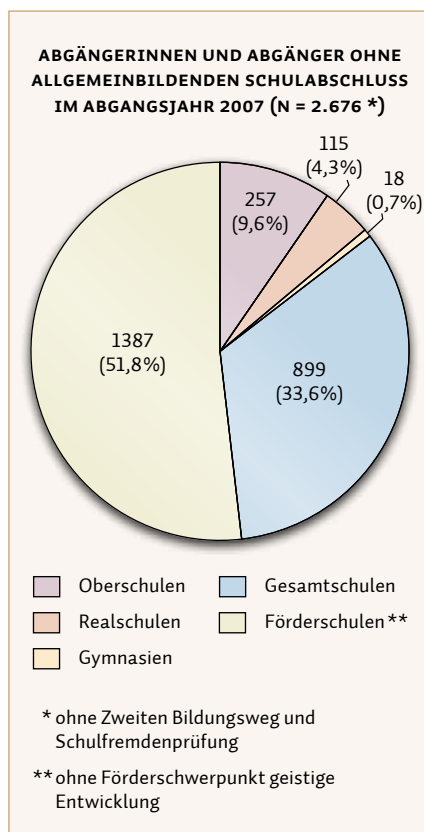


Abb. 18: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

bericht Berlin-Brandenburg 2008, S. 289). Ein Blick auf die Zeitreihe zeigt folgende Entwicklung für Brandenburg im bundesweiten Vergleich: siehe Abb. 19.

Misserfolge beim Schulbesuch sind für fast 40% aller jungen Menschen Realität

Bundesweit verbinden ca. 40% aller Schülerinnen und Schüler mit dem Schulbesuch ein Misserfolgserlebnis: Sie wurden entweder zurückgestellt, zurückgestuft, in die Sonderschule versetzt oder sind mindestens einmal sitzengeblieben. Überproportional betroffen von diesem Selektionsprozess sind Schülerinnen und Schüler aus einfachen sozialen Verhältnissen so-

wie Migrantenkinder.¹⁰ Der (unfreiwillige) Wechsel an die nächstniedere Schulform stellt eine Erfahrung des Scheiterns für ca. 10% der Kinder und Jugendlichen dar. »Insgesamt zeigt sich, dass trotz der Vielfalt an Übergängen und Wechselmöglichkeiten im allgemeinbildenden Schulwesen soziale Ungleichheiten nicht annähernd ausgeglichen werden können, was nicht zuletzt auch daran liegt, dass die Durchlässigkeit in der Praxis eher gering sowie überwiegend »abwärts« gerichtet ist« (Bildung in Deutschland 2006, S. 53). Der allgemeine Sprachgebrauch vom dreigliedrigen Schulsystem verschleiert die Tatsache, dass unter Einbeziehung der Sonder- bzw. Förderschulen im Prinzip von einem viergliedrigen System zu sprechen wäre. »International gilt Deutschland längst als Sonderfall. [...] Während Nationen wie Italien ihre Sonderschulen schon vor dreißig Jahren abgeschafft haben, Länder wie Großbritannien, Norwegen oder Schweden nur rund ein Prozent aller Schüler in Spezialschulen unterrichten, liegt die Sonderschulquote hierzulande bei über fünf Prozent. [...] Häufig entscheidet schon die Geografie darüber, ob jemand überhaupt zum Förderfall wird: In Hessen gelten fünf Prozent aller Kinder als Sonderschüler, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sind es rund doppelt so viele, obwohl der Behindertenanteil im Osten objektiv nicht höher sein dürfte als im Westen der Republik« (Spiewak 2009, S. 33).

Zum Schuljahr 2006/07 wurden bundesweit 5,8% (484.346) aller Schülerinnen und Schüler an dieser Schulform unterrichtet (vgl. Bildung in Deutschland 2006, S. 52).¹¹

In Brandenburg betrug die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf zum Schuljahr 2007/08 15.938. Dies entspricht einer Förderquote von 8,6% (+ 0,3% gegenüber dem Vorjahr). Der Anteil der Integrationsschülerinnen und -schü-

8 In keinem anderen OECD-Staat gibt es eine engere Kopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg! Oder anders ausgedrückt: Nirgendwo sonst hat – bei gleicher Kompetenzentwicklung – ein Arbeiterkind im Vergleich zu einem Mittelschichtkind geringere Chancen, ein Gymnasium zu besuchen« (Stolz 2007, S. 6). »Im Rahmen der Analysen von PISA 2003 hat sich gezeigt, dass die Schichtzugehörigkeit sogar einen stärkeren Einfluss auf die besuchte Schulform hat als die tatsächlich erbrachten Schulleistungen [...]« (Shell Jugendstudie 2006, S. 66)

9 Laut Bildungsbericht 2006 verteilte sich die Quote der jungen Menschen ohne allgemeinbildenden Abschluss im Abgangsjahr 2004 wie folgt: In Westdeutschland 8% bzw. Ostdeutschland 10%. Die Bandbreite innerhalb der Bundesländer betrug dabei 6,9% (Nordrhein-Westfalen) und 13,9% (Sachsen-Anhalt). Brandenburg lag mit 8,6% damals knapp über dem Bundesdurchschnitt. Laut Bildungsbericht 2008 lag im Abgangsjahr 2007 folgende Verteilung vor: In Westdeutschland 7,4% und in Ostdeutschland: 9,9%. Die Bandbreite innerhalb der Bundesländer betrug 6,3% (Baden-Württemberg) und 12,1% (Mecklenburg-Vorpommern). Brandenburg liegt mit 10,7% nun an vierthöchster Stelle.

10 Die Frage der Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund stellt sich für die westlichen Bundesländer in einer anderen Schärfe dar als für die östlichen Bundesländer. Allerdings hat diese Anforderung die ostdeutschen Städte schon erreicht: In der Altersgruppe der unter 5-Jährigen kommen die neuen Bundesländer bereits auf einen Anteil von 5% mit Migrationshintergrund.

11 Zum Schuljahr 2006/07 hatte Brandenburg mit 8,3% die vierthöchste Förderquote aller Länder, wobei hier der größte Teil dem Förderschwerpunkt Lernen zugeordnet ist.

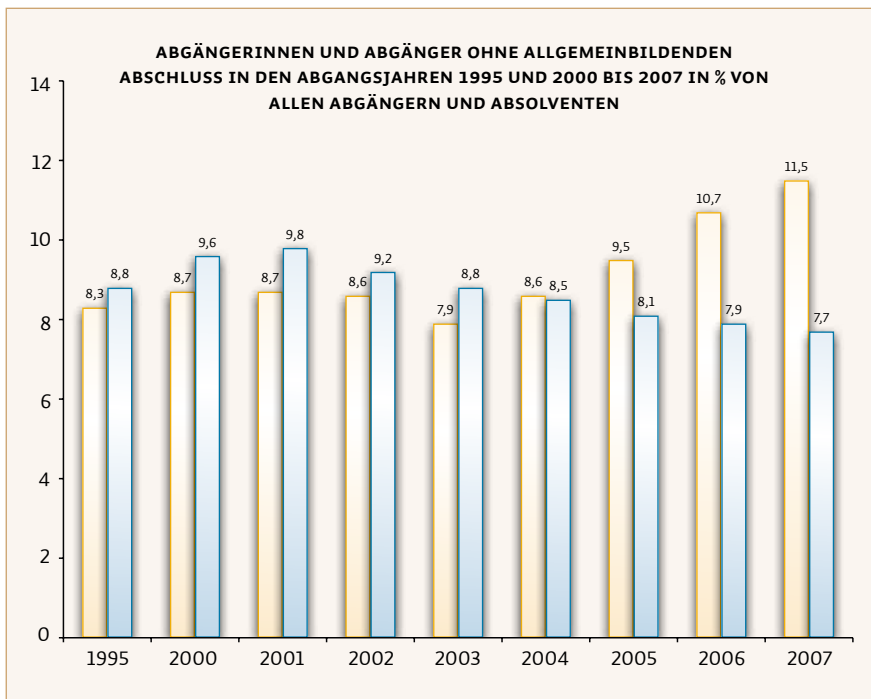


Abb. 19: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008 ■ Brandenburg ■ Deutschland gesamt

Menschen nach seinen individuellen Möglichkeiten zu fördern und zu einem bestmöglichen Abschluss zu führen.

ler wurde auf 34,1% erhöht. Im Schuljahr 2007/08 konnten 6,7% aller Förderschülerinnen und Förderschüler einen allgemeinbildenden Schulabschluss erreichen. Einen Abschluss für Lernbehinderte erreichten 62,2% der Schülerinnen und Schüler, 31,1% verblieben ohne Abschluss (vgl. Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 290).

Schwieriger Übergang in die Berufsausbildung und das Berufsleben

Die Übergänge Schule – Berufsausbildung – Berufsleben bringen für eine wesentliche Zahl von jungen Menschen (weitere) Erfahrungen des Scheiterns mit sich. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss haben lediglich zu etwa einem Fünftel die Chance, einen Ausbildungsplatz im Dualen System zu erhalten. Der Rest ist auf das Übergangssystem mit seinen Qualifizierungsmöglichkeiten angewiesen (siehe vertiefend zu diesem Übergang S. 89). »Die Quote der Bildungsteilnehmer, die in der Berufsausbildung letztlich ohne Abschluss bleiben, hat zwar eine Zeit lang abgenommen, stagniert aber seit 20 Jahren auf hohem Niveau. In einer Gesellschaft, in der Abschlüsse und Zertifikate eng mit Lebenschancen verbunden sind, ist das für die Betroffenen eine generelle Hypothek, die im weiteren Lebensverlauf kaum ausgeglichen werden kann« (Bildung in Deutschland 2006, S. 32). Jugendliche nehmen die-

se Situation sehr bewusst wahr. Bei der Frage nach ihren Ängsten und Befürchtungen nennen sie an erster Stelle die schlechte Wirtschaftslage gefolgt von »Arbeitsplatz verlieren« bzw. »keinen Arbeitsplatz/Ausbildungsplatz finden« (vgl. Shell Jugendstudie 2006, S. 74).

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland von einer Bildungsteilnahme ausgeschlossen sind, ist bedenklich hoch. Wenn im 11. Kinder- und Jugendbericht noch auf die Gefahr einer 2-Klassen-Gesellschaft (bildungsnah und bildungsfern) in Deutschland hingewiesen wird, muss konstatiert werden, dass diese Gefahr inzwischen Realität ist (vgl. Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend 2002, S. 334). Die Kommunen haben ein hohes Interesse daran, diese Zahlen zu minimieren. Auf kommunaler Ebene sind die Folgen von Ausgrenzung und Nichtteilnahme am deutlichsten zu spüren und schlagen sich auch in finanziellen Belastungen nieder.

Bei dem Bemühen um die Integration benachteiligter Kinder und Jugendlicher darf dabei der Blick auf die ausgrenzenden und selektiven Wirkungen des bestehenden Schul- und Ausbildungssystems nicht ausgespart werden. Grundsätzlich muss es der Anspruch des gesamten Schul- und Ausbildungssystems sein, mit Heterogenität professionell umzugehen und jeden

Übergänge

Bildung im Lebenslauf ist gekennzeichnet durch Übergänge zwischen Bildungsphasen und Bildungsinstitutionen, die organisiert sind nach Funktionalität, getrennter Zuständigkeit und Abgrenzung. Diese Übergänge werden zuweilen zu einer »Sollbruchstelle« im Lebensverlauf der Kinder und Jugendlichen. Bildungsbiografische Scheiternserfahrungen stellen sich in der Regel als nicht gelungene Übergänge dar. »Vor allem an diesen Gelenkstellen entscheidet sich, ob Bildung soziale, migrations- und geschlechtsbedingte Ungleichheit verstärkt oder ihr entgegenwirkt« (Bildung in Deutschland 2008, S. 8). Eine bessere Abstimmung der beteiligten Institutionen an den Übergängen ist eine zentrale Entwicklungsaufgabe innerhalb einer lokalen Bildungslandschaft.

Lebensverläufe verlaufen in der Regel nicht mehr geradlinig, sondern beinhalten Schleifen, Wechsel und Umorientierung sowie verschiedene Statuspassagen bis ins hohe Alter (siehe Abb. 20, S. 89). Das stellt die Individuen immer wieder vor Herausforderungen, die mit der Notwendigkeit des lebenslangen Lernens treffend beschrieben sind. »Individuelle Übergänge sind nicht einmalig, sondern immer wieder zu gestaltende Abschnitte bei der Entwicklung der individuellen Berufsbiographie. [...] Lebenslanges Lernen bedeutet, sein eigenes Lernen – unabhängig von formalen Bildungskonzepten – organisieren zu können« (Lumpe 2009, S. 8). Nicht gelingende Anschlüsse werden für einen großen Teil der jungen Menschen zu Ausschlüssen und damit zu Ausgrenzung und Chancengerechtigkeit. An den Übergängen sind verstärkt Ineffizienzen und unkoordinierte Doppelaktivitäten sowie Informations- und Erfahrungsverlust zwischen den Institutionen bzw. den Professionen zu beobachten (vgl. Bildung in Deutschland 2008, S. 8 ff.). »Kinder und Jugendliche erleben die soziale Umwelt, in der sie



Übergänge meistern

aufwachsen, zunächst als eine ganzheitliche Lebenswelt. Gleichzeitig erleben sie diese Welt aber auch als fragmentiert und aufgeteilt zwischen Familie, Schule, Jugendhilfe, etc. als einzelne Bereiche, die

wenig miteinander zu tun haben und deren Zusammenarbeit, vorsichtig formuliert, sehr zu wünschen übrig lässt« (Faltermeyer/Mund, 2008, S. 37).

Der »Gemeinsame Orientierungsrahmen für die Bildung in Kindertagesbetreuung und Grundschule – Zwei Bildungseinrichtungen in gemeinsamer Bildungsverantwortung beim Übergang vom Elementarbereich in den Primarbereich« (Diskussionsentwurf) des MBSJ bietet eine gute Grundlage für die Stärkung und Verbesserung dieses Übergangs. Der Übergang der Kinder vom Elementar- in den Primarbereich wird dabei durch sechs Qualitätsmerkmale inhaltlich gekennzeichnet, die zentral für die gemeinsame Bildungsverantwortung beim Übergang sind.

- Qualitätsmerkmal 1: Einen gelingenden Übergang aus der Kindertagesbetreuung in die Grundschule gemeinsam gestalten;
- Qualitätsmerkmal 2: Ein gemeinsames Bild vom Kind entwickeln, das Eingang in die pädagogischen Konzeptionen / Schulprogramme findet;
- Qualitätsmerkmal 3: Eine gemeinsame Vorstellung von einer neuen Lernkultur gewinnen;
- Qualitätsmerkmal 4: Anschlussfähige Formen von Beobachtung, Dokumentation und Analyse praktizieren;
- Qualitätsmerkmal 5: Professionalität im Bereich von Kita und Grundschule stärken;
- Qualitätsmerkmal 6: Gemeinsame Erziehungs- und Bildungsverantwortung von Eltern, Kita und Schule wahrnehmen.

Die einzelnen Qualitätsmerkmale werden in dem Orientierungsrahmen noch anhand von Qualitätskriterien konkretisiert.

Download des Orientierungsrahmen unter www.transkigs.de/brandenburg-gorbiks.html

ÜBERGÄNGE ZWISCHEN BILDUNGS- UND LEBENSPHASEN UND BILDUNGSINSTIUTIONEN

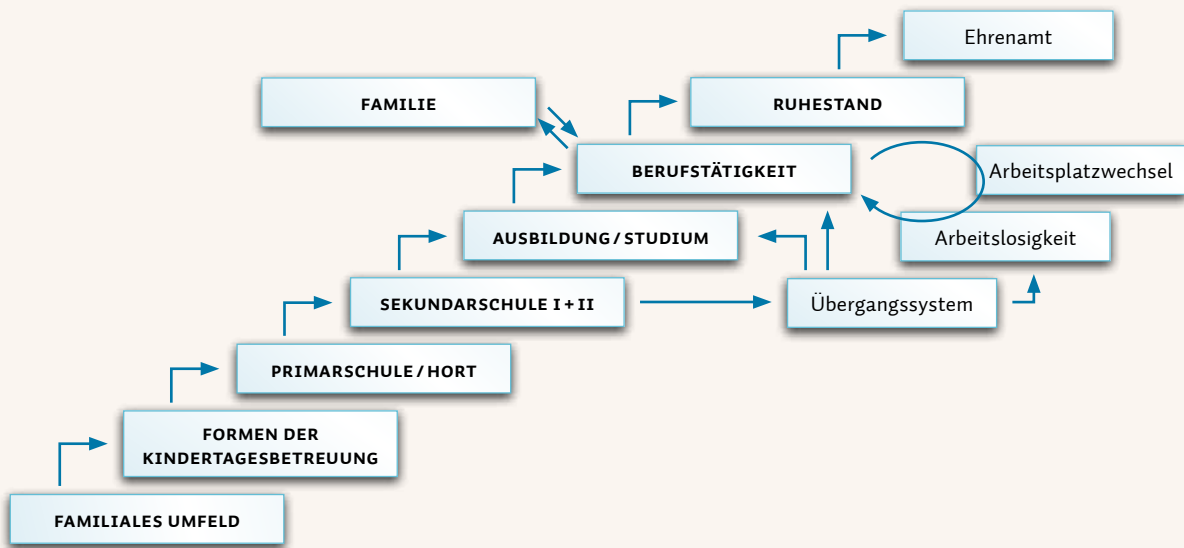


Abb. 20: Übergänge zwischen Bildungs- und Lebensphasen und Bildungsinstitutionen

Alle Übergänge im Lebensverlauf näher zu betrachten ist im Rahmen dieser Publikation nicht zu leisten. Im Folgenden werden die Übergänge Kita – Primarschule und weiterführende Schulen – Berufsausbildung sowie der Übergang am Ende eines Berufslebens ausschnitthaft beleuchtet.

Übergang vom Elementar- in den Primarbereich

Der Übergang von der Kita in die Primarschule bedeutet für Kinder (und ihre Eltern) eine Zäsur. Tages- und Jahresabläufe (Stunden- und Ferienpläne) werden von anderen Zeitrhythmen bestimmt, die Kin-

der müssen sich in neuen Räumen, veränderten Lernarrangements, in neuen sozialen Beziehungen (Klassenverband, Schule, Lehrkräfte) orientieren und werden mit veränderten Verhaltenserwartungen und Verpflichtungen konfrontiert.

Der Orientierungsrahmen für die Bildung in Kindertagesbetreuung und Grundschule in Brandenburg weist auf die grundlegende Bedeutung dieses Übergangs hin, bei dem wichtige Ressourcen für den Schulanfang und auch für spätere Übergänge erworben werden. »Wichtig ist, dass sich beide Seiten ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Mitgestaltung dieses Übergangs bewusst sind; Aufgabe der

einen ist es, den Kindern für die nächsten Schritte Sicherheit zu geben, wie es die Aufgabe der anderen ist, die bisher gemachten Schritte anzuerkennen und hieran anzuknüpfen. Beide Partner gehen darüber hinaus beim Übergang einige Schritte gemeinsam, begleiten das Kind und geben es nicht an der Grenzlinie zwischen den Institutionen einfach ab.«

Übergang vom Primarbereich in die Sekundarstufe I

Die größte Herausforderung der darauf folgenden Schnittstelle liegt in der sozialen Selektion: »Der Übergang von der Primarschule in eine der Schularten der Sekundarstufe I gehört zu den Stellen, an denen im deutschen Bildungssystem große soziale Disparitäten entstehen. Nur wenige korrigieren die einmal getroffene Übergangentscheidung durch einen nachträglichen Wechsel der Schulart« (Bildung in Deutschland 2008, S. 8). Wie an der Schnittstelle Kita – Grundschule ist zu fragen, wie die abgebenden und die aufnehmenden Schulen zusammenarbeiten: Wird die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler an den weiterführenden Schulen bewusst gestaltet um einen guten Start in einem veränderten räumlichen und sozialen Umfeld zu ermöglichen? Wie wird das Wissen um die Kinder, deren individuelle Fähigkeiten und Neigungen weitergegeben? Werden in der Grundschule praktizierte Methoden und Formate des Lernens (z.B. Klassenrat oder Morgenkreis im Bereich sozialen Lernens) in der weiterführenden Schule aufgenommen und weitergeführt? Findet ein Austausch über die Erwartung der weiterführenden Schulen zu den erreichten Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler statt?



Die Schulleingangsphase – Freude und Herausforderung für Eltern und Kinder

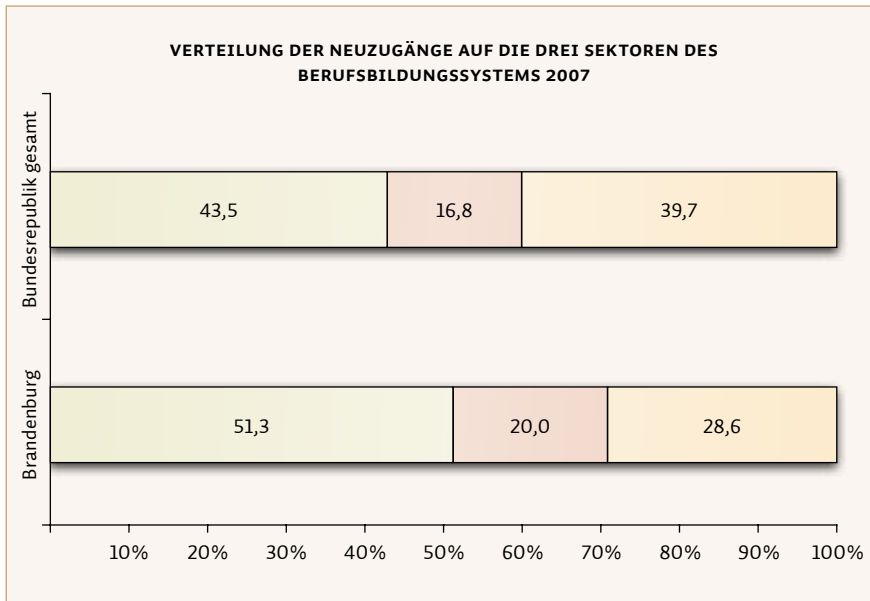


Abb. 21: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

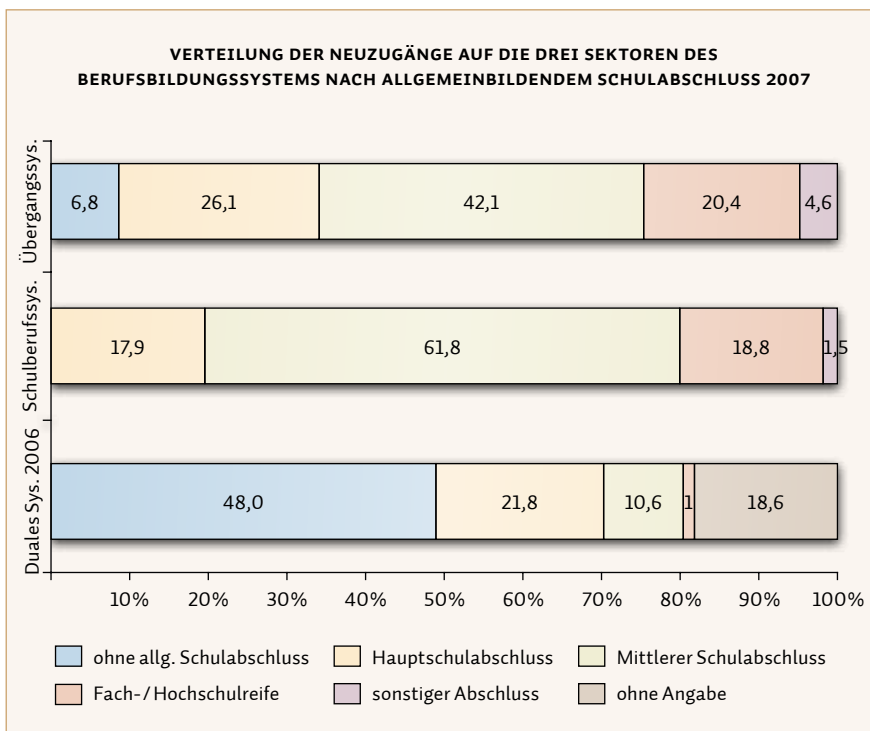


Abb. 22: Quelle: Bildung in Berlin und Brandenburg 2008

Übergang Schule – Berufsleben

Übergänge in die berufliche Ausbildung bzw. in die Hochschule sowie anschließend in den Arbeitsmarkt verlaufen oftmals kompliziert und langwierig und stellen für bestimmte Gruppen von Jugendlichen erhebliche Barrieren dar. Das Berufsaus-

bildungssystem besteht aus dem Dualen System (führt zu einem qualifizierten Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf), dem Schulberufssystem (gesetzlich anerkannter Beruf in vollzeitschulischer Form) und dem Übergangssystem (führen zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss). Seit 1995 wachsen das

Schulberufs- und Übergangssystem zulasten des Dualen Systems. Bundesweit verteilen sich die Neuzugänge im Jahr 2006 »zu 43,5 % auf das Duale System, zu 16,8% auf das Schulberufssystem und zu 39,7% auf das Übergangssystem[...]« (Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 132). Brandenburg erzielt hier eine wesentlich bessere Quote (siehe Abb. 21): Über 71% der Neuzugänge entfallen auf Ausbildungsplätze, die zu einem Berufsabschluss führen (vgl. ebd., S. 132).

Betrachtet man die Verteilung auf die drei Sektoren nach dem erreichten Schulabschluss der Neuzugänge (siehe Abb. 22) fallen zwei Aspekte besonders auf:

- das hohe Risiko für die Absolventen ohne Schulabschluss oder lediglich mit einem Hauptschulabschluss, in das Übergangssystem einzumünden und
- der hohe Anteil der Absolventen, die mit einer Fachhochschul-/Hochschulreife in das Duale System bzw. das Schulberufssystem münden und damit einen Verdrängungseffekt bei den anderen Abschlüssen bewirken

Beinahe die Hälfte der jungen Menschen, die in das Übergangssystem einmünden, scheitert im ersten Anlauf am Übergang Schule – Berufsausbildung. Sie verbleiben in der Regel ohne Abschluss und sind damit die Bevölkerungsgruppe, die im weiteren Lebensverlauf am ehesten von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht und auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist. Das Übergangssystem erweist sich für eine zu große Zahl junger Menschen als ein zeitlich begrenztes Auffangsystem ohne befriedigende Anschlussperspektive (vgl. Bildung in Deutschland 2008, S. 168).

Ein weiteres Problem am Übergang in die berufliche Ausbildung ist die relativ hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche. In Brandenburg wurden 2007 insgesamt 11% aller Ausbildungsverträge vorzeitig gelöst. Bundesweit liegt die Quote bei 8,5% (Ostdeutschland mit Berlin 9,5%; Westdeutschland 8,2%). Auch wenn die Gründe für eine vorzeitige Auflösung in der Insolvenz von Betrieben liegen können und ein Teil der jungen Menschen eine Ausbil-

13 Siehe vertiefend hierzu die Ausgabe 05/2009 der Zeitschrift PÄDAGOGIK mit dem Schwerpunkt »Übergang Schule – Beruf«, die grundsätzliche konzeptionelle Anregungen sowie eine Darstellung gelungener Praxisbeispiele enthält. Des weiteren die Broschüre »Qualitätsentwicklung von IOS-Schulprojekten«, die neben Qualitätsaspekten für Maßnahmen der Berufsorientierung in Zusammenarbeit zwischen Schule und Kooperationspartnern grundlegende Beiträge für Schulprojekte zur Berufsorientierung und zum Konzept des Praxislernens enthält. Download der Broschüre unter www.mbj.s.brandenburg.de/media/bb2_a_5813.de/IOS-Publikation2009online.pdf

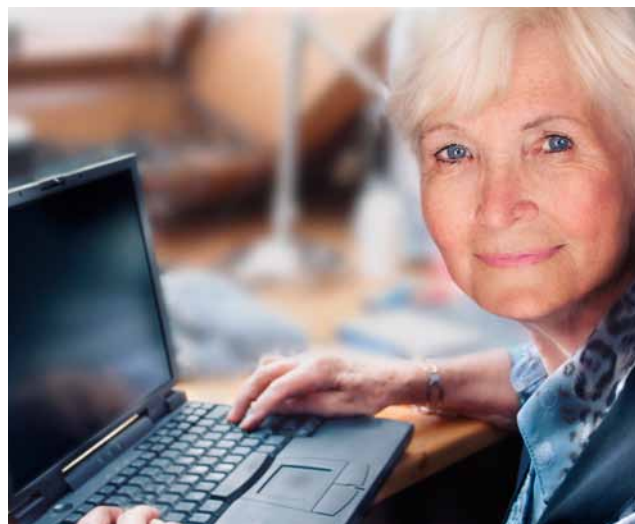
derung in einem anderen Betrieb oder einem anderen Ausbildungsberuf absolvieren, ist kritisch zu hinterfragen, wie Maßnahmen der Berufsorientierung in Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft ausgestaltet werden. »Eine gute Berufsorientierung holt die Zukunft in die Gegenwart. Dass dies von traditionellen Betriebspraktika kaum geleistet wird, ist bekannt. Deshalb sind Alternativen zur Gestaltung der Übergänge von Schule, Ausbildung und Beruf von großem Interesse« (Johannes Bastian, 2009, S.3).¹³ Verschiedene Lebensbereiche der jungen Menschen sind zu verknüpfen: »Berufsorientierung ist ein Lernprozess in unterschiedlichen Lernumgebungen: In der Schule, der Familie, der Freizeit, den Medien, mit Freunden und durch Erfahrungen in der Arbeitswelt. Aufgabe der Schule ist es, neben den formellen Lernprozessen, Gelegenheiten für informelle Lernprozesse und zur Reflexion zu schaffen« (Zöllner / Riedt 2009, S.16). Bei Maßnahmen der Berufsorientierung ist es notwendig, die unterschiedlichen Rollenbilder von Jungen und Mädchen, deren Erwartungen und Wünsche an das spätere Berufs-/Erwerbsleben zu berücksichtigen.¹⁴ Erste Erfahrungen im Rahmen der Initiative Oberschule zeigen, dass es noch keine ausreichende Sensibilisierung für den Genderaspekt bei Maßnahmen der Berufsorientierung auf Seiten der Schulen wie auch der Kooperationspartner gibt.¹⁵ Neben der Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen, Einstellungen und Verhaltensweisen wird dies durch Veränderungen am Arbeitsmarkt erforderlich: Während typische Männerberufe zwischen 1995 und 2006 einen Rückgang von insgesamt 5% zu verzeichnen haben, konnten die Frauenberufe um 10% zulegen. Das legt nahe, nicht nur Frauen für die sogenannten MINT-Berufe zu gewinnen, sondern verstärkt Männer für die »Frauenberufe« (z.B. Erzieher, Altenpfleger) zu interessieren und zu fördern (vgl. Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S. 23).

Beim Übergang in die Hochschule erfolgt die »grundsätzliche Studienentscheidung, die Wahl des Studienfaches (und des damit verbundenen Berufsfeldes), der Hochschule und des Hochschultyps [...] weithin unter Informationsdefiziten, Orientierungsproblemen und Unsicherheiten – mit der Folge häufiger Fehlentscheidungen, die dann teilweise während des Studiums wieder korrigiert werden« (Bildung in Deutschland 2008, S.174). Die Studienabbruchquote, das Verlassen des Hochschulbildungssystems, ohne dass ein erster Abschluss erreicht werden konnte, lag 2006 bei bundesweit 21% (vgl. Bildung in Berlin und Brandenburg 2008, S.178).

Potentiale der älteren Generation nutzen

Der Übergang in den Ruhestand sollte unter Beachtung der vorhandenen Potentiale der älteren Generation mehr in das Blickfeld der Bemühungen genommen werden. »Vernetzung von Kompetenzen ist die Grundlage einer modernen Sozialstruktur. [...] Mehrgenerationenhäuser, generationsoffenes bürgerschaftliches Engagement und generationsübergreifende Freiwilligendienste sind wichtige Grundpfeiler eines zivilgesellschaftlichen Generationenvertrags für Deutschland« (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005, S.3). Für ein Engagement in diesen Bereichen existieren bereits gute Vorbilder, wie z.B. das Modell »Seniorpartner in School«, bei dem ehrenamtliche Seniorinnen und Senioren als Mediatoren in Schulen wirken¹⁶ oder ältere Arbeitnehmer / Senioren als Paten für Auszubildende eingesetzt werden,

um Ausbildungsabbrüche zu reduzieren.¹⁷ Hier ist grundsätzlich noch Wachstumspotential festzustellen. Bei der Gruppe der ab 60-Jährigen nahm der Anteil der in Vereinen, Organisationen oder in anderen Gruppen aktiven Personen bundesweit von 55% auf 63% zu. Die Beteiligung in den Aktivitätsbereichen ist dabei sehr unterschiedlich. Sport/Bewegung sowie Freizeit/Geselligkeit sind mit 29% bzw. 26% große Bereiche, während zum Beispiel die Bereiche lokales Bürgerengagement bei 8%, Jugendarbeit/Bildung bei 5% oder Schule/Kindergarten bei 3,5% liegen. Notwendig erscheint eine bessere Information und Aufklärung durch die Kommunen über die verschiedenen Möglichkeiten, sich zu engagieren (ebd., S.342). Neben dem Bedarf an Information kann auch durch eine stärkere öffentliche Anerkennung freiwilliges Engagement gestärkt werden.



Dass bürgerschaftliches Engagement bei der Gestaltung einer lokalen Bildungslandschaft selbst wieder bürgerschaftliches Engagement befördern kann ist dabei fast nur konsequent. Zumindest kommt dem Bildungsstatus eine hohe Bedeutung zu bei der Frage, ob sich eine Person freiwillig engagiert: Ein höherer Bildungsstatus scheint eine gute Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einer »Engagementkultur«

14 Siehe vertiefend hierzu »Bildungs(miss)erfolge von Jungen und Berufswahlverhalten bei Jungen/männlichen Jugendlichen«. Bildungsforschung Band 23 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (Hrsg.), als Download unter www.bmbf.de/pub/Bildungsmisserfolg.pdf

15 Siehe Prof. Dr. Klaus Hurrelmann »Schülerinnen und Schüler stärken! Was sagt dazu die Jugendforschung?« In: Qualitätsentwicklung von IOS-Schulprojekten, S. 32-38.

16 Siehe Seniorpartner in School Brandenburg e.V. unter www.seniorpartnerinschool.de. Eine Kurzbeschreibung der Arbeit der Seniorpartner ist in der Broschüre »Partnerschaften bilden – Ausgewählte Kooperationen zwischen Schulen und Partnern im Land Brandenburg« enthalten, Download der Broschüre unter www.kobranet.de/fileadmin/userupload/LSJ/Downloads/Partnerschaften_bilden.pdf

17 Beispielhaft sei hier auf den Verein »Paten für Arbeit Essen e.V.« hingewiesen. Gute Einblicke in die Arbeit des Vereins bietet die Website des Vereins unter www.paten-fuer-arbeit-in-essen.de

zu sein. Bei Männern und Frauen ist dieser Faktor gleich bedeutsam. (Freiwilligen-survey, S. 293)

Übergänge zwischen formeller, nichtformeller und informeller Bildung gestalten

Wie in Teil A dargelegt kann entlang dem Lebensverlauf eine Anordnung der unterschiedlichen Bildungsorte vorgenommen und dabei nach formeller, nichtformeller und informeller Bildung unterschieden werden (siehe S. 6 ff). Unter Übergängen soll hier auch die Verknüpfung zwischen den formellen, informellen und nichtformellen Lernorten verstanden werden. In der Verknüpfung der unterschiedlichen Lernprozesse, einem abgestimmten Miteinander und planvollem Beziehen aufeinander liegen beträchtliche Potentiale, etwa für den Übergang Schule – Beruf: »Konzepte der Berufsorientierung müssen deshalb auch danach beurteilt werden, inwieweit sie informelles Lernen unterstützen und wie sie dazu beitragen, das Lernen an unterschiedlichen Orten und Zeiten miteinander zu verbinden« (Lumpe 2009, S. 8).

Es ist zu konstatieren, dass ein abgestimmtes Miteinander der drei Bereiche allerdings kaum existiert. So ist zum Beispiel die konsequente Einbeziehung und Ansprache der Familien in die Arbeit der Institutionen weitestgehend eine Ausnahme. Die Umsetzung ganztags-schulischer Angebote erfolgt weitgehend im additiven Modell. Schule und Kooperationspartner bewegen sich im Nebeneinander und Verbleiben in abgegrenzten Strukturen. Vormittags die Lehrkräfte für den Unterricht (der von Veränderungen weitgehend unberührt bleibt) und am Nachmittag die Kooperationspartner. Inhaltlich nehmen die Partner kaum Bezug aufeinander. Sie bewegen sich in einem Nebeneinander, ohne dass ein Austausch über die Angebote am Nachmittag oder über Verläufe / Ereignisse am Vormittag stattfinden würde.

Die qualitative Entwicklung bestehender ganztags-schulischer Angebote kann dabei die Verknüpfung der unterschiedlichen Lernprozesse wesentlich voranbringen. Neben den Bemühungen der Akteure vor Ort bedarf es dazu der Qualifizierung der Lehrkräfte und der Kooperationspartner, fördernder Rahmenbedingungen durch die Länder bei der Ausstattung der Schulen sowie einer breiten Akzeptanz der Ausweitung von ganztags-schulischen Angeboten.

Das betrifft insbesondere die Jugendhilfe, die in Teilen dem ganztags-schulischen Ausbau skeptisch bis ablehnend gegenübersteht.

Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld 2008.

Autorengruppe Regionale Bildungsberichterstattung Berlin-Brandenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung Berlin und des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport Brandenburg (Hrsg.): Bildung in Berlin und Brandenburg 2008. Ein indikatorengestützter Bericht zur Bildung im Lebenslauf. Berlin, Potsdam 2009.
www.bildungsbericht-berlin-brandenburg.de/PDFs/Bildungsbericht_2008.pdf

Bastian, Johannes: Übergang Schule – Beruf. In: PÄDAGOGIK, Ausgabe 05/09, S. 3.

Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Gutachten zum demografischen Wandel in Brandenburg. Expertise im Auftrag des Brandenburgischen Landtages. Berlin 2007.
www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/Studien/Brandenburg_Webversion.pdf

Bertelsmann Stiftung [a]: Kommunen schaffen Zukunft. Grundsätze und Strategien für eine zeitgemäße Kommunalpolitik. Gütersloh 2008.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) [b]: Chancen ermöglichen – Bildung stärken. Handlungsempfehlungen für kommunale Entscheider, Träger und Kindertageseinrichtungen. Gütersloh 2008.

Budde, Hermann/Büttner, Gerhard: Die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften im Land Brandenburg. Schwierige Rahmenbedingungen eines ambitionierten gesellschafts- und schulpolitischen Reformprojektes. In: Forum GANZGUT, Ausgabe 4/07, S. 32 - 35. Potsdam 2007.
www.kobranet.de/i62.html

Bundesjugendkuratorium / Sachverständigenkommission des Elften Kinder- und Jugendberichts / Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe: Bildung ist mehr als Schule. Leipziger Thesen zur aktuellen bildungspolitischen Debatte. Bonn / Berlin / Leipzig 2002.
www.bmfsfj.de/Kategorien/aktuelles,did=5420.html

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 12. Kinder- und Jugendbericht. Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule. München 2005.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. München, Dezember 2005.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: 11. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin 2002.
www.bmfsfj.de/doku/kjb/data/download/11_Jugendbericht_gesamt.pdf

Deinet, U./Icking, M.: Jugendhilfe als Partner der Schule – die Öffnung zu informellen und nicht-formellen Bildungsbereichen. In: Jugendhilfe und Schule. Analysen und Konzepte für die kommunale Kooperation. Leverkusen / Opladen 2006.

Deutscher Bauernverband / Deutscher Landkreistag: Bildung – Zukunftsfaktor für die Entwicklung ländlicher Räume. Gemeinsame Positionen Deutscher Bauernverband (DBV) und Deutscher Landkreistag (DLT). Berlin 2008.
www.kreise.de/landkreistag/dlt-aktuell/presstexte/presstexte-2008/pt-08-11-25a-pos.pdf

Deutscher Städtetag: Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. Novem-

ber 2007
www.staedtetag.de/imperia/md/content/presstexte/2007/17.pdf

Deutscher Verein: Diskussionspapier zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften. Berlin 2007.
www.deutscher-verein.de/05-empfehlungen/empfehlungen2007/pdf/Diskussionspapier_des_Deutschen_Vereins_zum_Aufbau_Kommunaler_Bildungslandschaften.pdf

Fahrenkrug, Katrin / Melzer, Michael (Institut Raum & Energie, Wedel / Hamburg): Kleine Gemeinden im ländlichen Raum.
www.wegweiser-kommune.de/themenkonzepte/demographie/download/pdf/LaendlicherRaum.pdf

Faltermeier, Josef / Mund, Petra: Kommunale Bildungslandschaften gestalten. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Hrsg.: Deutscher Verein), Ausgabe 3/2008: Kooperation und Vernetzung in der Jugendhilfe, S. 36 - 45.

Freese, Jörg: Kooperation und Koordination. Lernende Regionen und kommunale Bildungslandschaft aus Landkreissicht. In: inform. Das Netzwerk-Magazin für Lernende Regionen, Ausgabe 02/08 (Hrsg.: Projektträger im Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt für das Bundesministerium für Bildung und Forschung).
www.lernende-regionen.info/dlr/4_33.php

Grossmann, R. / Lobnig, H. / Scala K.: Kooperationen im Public Management. Theorie und Praxis erfolgreicher Organisationsentwicklung in Leistungsverbänden, Netzwerken und Fusionen. Weinheim, München 2007

Kühn, Axel: Bildungsberichterstattung aus regionaler und kommunaler Perspektive. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 7/2008.
www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Monatshefte/PDF/Beitrag08_07_03.pdf

Lumpe, Alfred: Übergänge in Ausbildung und Beruf: Was hat sich bewährt? In: Zeitschrift PÄDAGOGIK, Ausgabe 5/09, S. 8 - 9.

Maykus, Stephan [a]: Kooperativ gestaltete Lern- und Lebensorte – Auswirkungen für die Kinder- und Jugendhilfe. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Hrsg.: Deutscher Verein), Ausgabe 3/2008: Kooperation und Vernetzung in der Jugendhilfe, S. 22 - 35.

Maykus, Stephan [b]: »Wie kann eine gemeinsame Planungspraxis gelingen? Kommunale Bildungsplanung – Schritte auf dem Weg zu einer integrierten Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung. In: Bildungslandschaften in gemeinschaftlicher Verantwortung gestalten (Hrsg.: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung), S. 44 - 59. Berlin 2008.

Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg: Presseerklärung Nr. 319/2009 vom 25.08.2009.

Olk, Thomas: Vom Randthema zum Topthema: Kooperation von Jugendhilfe und Schule. In: Übergänge gestalten. Wie Bildungsprozesse anschlussfähig werden. Jahrbuch des pfv. Verlag das netz (Hrsg.: Diskowski, Detlef, u. a.), S. 66 - 81. Weimar, Berlin 2006.

Otto, Hans-Uwe / Oelkers, Jürgen (Hrsg.): Zeitgemäße Bildung. Herausforderungen für Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik. München / Basel 2006.

Pauli, Bettina: Kooperation von Jugendarbeit und Schule: Schwierigkeiten und Chancen. Schwalbach 2006.

Schubert, Herbert: Interinstitutionelle Kooperation und Vernetzung in der sozialen Arbeit. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit (Hrsg.: Deutscher Verein), Ausgabe Nr. 3/2008, S. 4 - 20.

Schweizerische Koordinierungsstelle für Bildungsforschung:
www.skbf-csre.ch/bildungsmonitoring.o.html

Shell Deutschland Holding (Hrsg.): 15. Shell Jugendstudie. Jugend 2006. Frankfurt am Main 2006.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband Brandenburg / Die Linke Landesverband Brandenburg: Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2009 bis 2014. Potsdam 2009.

Spiewak, Martin: Ausgesondert. In: DIE ZEIT, Ausgabe Nr. 36 vom 27. August 2009, S. 33 - 34.

Statistisches Bundesamt / Statistisches Landesamt Baden-Württemberg / Deutsches Institut für Erwachsenenbildung: Orientierungspunkte eines regionalen Bildungsmonitorings. Wiesbaden/Stuttgart/Bonn, 2007.
www.innovation-weiterbildung.de/uploads/media/3.1_Hetmeier_Gnahn_Wolf_01.pdf

Stolz, Heinz-Jürgen: Schule ist mehr als Bildung – Bildung ist mehr als Schule. Auf dem Weg zu lokalen Bildungslandschaften. In: Forum GANZ-GUT, Ausgabe 4/07, S. 6 - 8. Potsdam 2007
www.kobranet.de/162.html

Taffertshofer, Birgit: Bildung statt Pillen. In: DJI Bulletin 3/2009, Heft 87 (Hrsg.: Deutsches Jugendinstitut), S. 3.

Tippelt, Rudolf und andere: Regionale Netzwerke zur Förderung lebenslangen Lernens – Lernende Regionen. In: Bildung über die Lebenszeit (Reinhard Fatke / Hans Merken (Hrsg.), S. 279 - 290.

Tromp, Ute / Weber, Jochen: In Osnabrück findet kommunale Bildungsplanung statt. Bildungsverlierer stehen dabei im Mittelpunkt In: Bildungslandschaften in gemeinsamer Verantwortung gestalten, S. 60 - 76 (Hrsg.: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung). Berlin 2008.

Zöllner, Hermann / Riedt, Roman: Berufsorientierung durch IOS-Schulprojekte unterstützen. In: Qualitätsentwicklung von IOS-Schulprojekten. Potsdam 2009, S. 16 - 18.
www.mbjs.brandenburg.de/media/bb2.a.5813.de/IOS-Publikation2009online.pdf

Weiterführende Literatur und Websites

Lokale Bildungslandschaften

Bleckmann, Peter / Durdel, Anja (Hrsg.): Lokale Bildungslandschaften. Perspektiven für Ganztagschulen und Kommunen. Wiesbaden 2009. ISBN 978-3-531-16354-3

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.): Dokumentation zum Fachtag »Lokale Verantwortungsgemeinschaften für Bildung« Berlin 18.11.2008.
www.lebenswelt-schule.net/fileadmin/lebenswelten/dokumente/pdf/LW-Doku_web_final.pdf

ELLI - Online Portal der Bertelsmann Stiftung zum lebenslangen Lernen in der Europäischen Union:
www.elli.org

Luthe, Ernst-Wilhelm: Kommunale Bildungslandschaften. Rechtliche und organisatorische Grundlagen. Berlin 2008.

Stern, Cornelia / Ebel, Christian / Schönstein, Veronika / Vorndran, Oliver (Hrsg.): Bildungsregionen gemeinsam gestalten. Erfahrungen, Erfolge, Chancen. Gütersloh 2008. ISBN 978-3-89204-983-8

Website zum Thüringer Bildungsmodell »Neue Lernkultur in Kommunen« (in Kooperation mit der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung):
www.nelecom.de

Partizipation

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2008: Eine Stadt für uns alle. Handbuch zur Entwicklung kommunaler Strukturen für die Jugendbeteiligung. ISBN 978-3-89204-986-9

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (2007): Bildungslandschaften in gemeinsamer Verantwortung gestalten. Grundsatzfragen und Praxisbeispiele (mit CD-ROM: Die Fensterschulen in Groningen). Themenheft 07. ISBN 978-3-98-11265-2-5

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung / Thematisches Netzwerk »Integrierte Bildungslandschaften: (2008) Über den Schulhof hinaus [...] Bildungschancen gemeinsam verwirklichen. Hintergründe und Praxisbeispiele (Dokumentation 050). ISBN 978-3-940898-00-5

Knauer, Raingard / Friedrich, Bianca / Herrmann Thomas u.a. (2004): Beteiligungsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen. ISBN 3-8100-3873-3

Ködelpeter, Thomas / Nitschke, Ulrich (Hrsg.) 2008: Jugendliche planen und gestalten Lebenswelten. Partizipation als Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel. ISBN 978-3-8350-7016-5

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie des Landes Schleswig-Holstein (Hrsg.) 1997: mitreden – mitplanen – mitmachen. Kinder und Jugendliche in der Kommune. ISSN 0935 – 4379

Demografischer Wandel

Bertelsmann Stiftung: Aktion Demographischer Wandel.
www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xml/prj_73032.htm

Bertelsmann Stiftung: Wegweiser Kommune. Für alle Kommunen Deutschlands mit mehr als 5.000 Einwohnern beinhaltet der Wegweiser Daten, Bevölkerungsprognosen und konkrete Handlungskonzepte für die kommunale Praxis.
www.wegweiser-kommune.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Region schafft Zukunft. Demografischen Wandel aktiv gestalten. Berlin 2009.
www.region-schafft-zukunft.de/nn_252850/DE/Kongress/Magazin_Download_templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Magazin_Download.pdf

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Modellvorhaben Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft – Das Konzept Stadtverein in Weißwasser (Sachsen). Berlin 2009.
www.stadtverein-weisswasser.de/Broschuere/BroschuereWeisswasser.pdf

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung: Website des Modellvorhabens »Demographischer Wandel – Region schafft Zukunft«
www.region-schafft-zukunft.de

Staatskanzlei des Landes Brandenburg: Website zum demografischen Wandel in Brandenburg.
www.demografie.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.377483.de

Ulmer, Philipp / Ulrich, Joachim Gerd (Hrsg.): Der demografische Wandel und seine Folgen für die Sicherstellung des Fachkräftenachwuchses. 2008 Bonn.
www.bibb.de/dokumente/pdf/wd_106_demografischer_wandel_und_seine_folgen.pdf

Benachteiligtenförderung

Braun, Frank / Birgit Reiig / Jan Skrobaneck: Jugendarbeitslosigkeit und Benachteiligtenförderung. In: Tippelt, R.; Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung, S. 953-966. Wiesbaden 2009.

Braun, Frank / Richter, Ulrike / Marquardt, Editha (Deutsches Jugendinstitut): Unterstützungsangebote in Deutschland für bildungsbenachteiligte Jugendliche beim Übergang von der Schule in den Beruf. Expertise im Auftrag der Universität Luxemburg.
www.dji.de/bibs/9_8596_expertise_lux.pdf

Butz, Berta / Wust, Christoph: Berufsorientierung an Schulen mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen/Förderschulen. Eine Dokumentation im Auftrag des LISUM Brandenburg.
www.bildung-brandenburg.de/fileadmin/bbs/unterricht_und_pruefungen/rahmenlehrplaene/foerderschule/pdf/Handreichung_Berufsorientierung.pdf

Michel, Andrea (Hrsg.): Den Schulausstieg verhindern. Gute Beispiele einer frühen Prävention. Deutsches Jugendinstitut München/Halle 2005.
www.dji.de/bibs/229_4452_Doku_3_2005_michel.pdf

kobra.net
Kooperation in Brandenburg

 **WIBB GmbH**
Wirtschaftsberatung, Intermediation,
Beschäftigung, Betreuung

Herausgeber:

Landeskooperationsstelle
Schule - Jugendhilfe
Benzstraße 8/9, 14482 Potsdam
www.kobranet.de

Redaktion:
Roman Riedt

Tel.: 0331 - 704 69 55
Fax: 0331 - 740 004 56
E-Mail: riedt@kobranet.de
V.i.S.d.P.: Roman Riedt

kobra.net arbeitet in Trägerschaft
der WIBB GmbH

Potsdam, Dezember 2009
ISBN 978-3-00-029767-0


**LAND
BRANDENBURG**
Ministerium für Bildung,
Jugend und Sport



Gefördert vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des
Landes Brandenburg, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung
(DKJS) und dem Europäischen Sozialfonds (ESF)

Gestaltungskonzept und Layout: www.mufos.de | Titelillustration: Elise Gravel | Bildmaterial mit Lizenz von Shutterstock.com | Druck: www.quickprinter.de

